Gemeindebetriebe

Zweiter Band Zweiter Teil

Die Gemeindebetriebe der Stadt Düsseldorf

Von Otto Most



Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik herausgegeben von Carl Johannes Fuchs



Duncker & Humblot reprints

Schriften

Des

Vereins für Socialpolitik.

129. Band. Zweiter Teil.

Gemeindebetriebe.

Ausdehnung der kommunasen Tätigkeit in Deutschland und im Ausland.

3 weiter Band.

3meiter Teil.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.
1909.

Die Gemeindebetriebe der Stadt Düsseldorf.

23on

Dr. Otto Most,

Direktor des Statistischen Umte ber Stadt Duffeldorf.

Der Gemeindebetriebe zweiter Band. Zweiter Teil.

Mit einem Stadtplan und einer Situationssfizze.

Im Auftrag des Bereins für Socialpolitik herausgegeben von

Carl Johannes Fuchs.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.
1909.

Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg, Pierersche Hofbuchbruderei Stephan Geibel & Co.

Inhaltsverzeichnis.

			Eeite
U B	r b e	merfung	VII
I. ;	Die	industriellen Berke	1
	1.	Die städtischen Gaswerke	1
		a) Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung	1
		b) Die Preise für ben Konsum bes Stadtgebiets	6
		c) Die Gasversorgung ber außerhalb bes Stadtfreises gelegenen	
		Gebiete	9
		d) Finanzielles	13
	2.	Das städtische Wasserwert	18
		a) Borgeschichte, Gründung und Entwicklung	18
		b) Die Preise für ben Konsum bes Stadtgebiets	24
		c) Die Wafferverforgung ber außerhalb bes Stabtfreifes gelegenen	
		Gebiete	28
		d) Finanzielles	32
	3.	Das ftabtische Gleftrigitätswerf	37
		a) Gründung und Entwicklung	37
		b) Die Preise für ben Konsum bes Stadtgebiets	4:3
		c) Das Versorgungsgebiet	49
		d) Finanzielles	50
Ιſ	æ:	e Berkehrs- und Sandelsunternehmungen	54
11.	1.	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	54
	1.	a) Außere Geschichte	54
		b) Die Fahrpreise	60
		e) Vorortlinien und Vorortbahnen.	65
		d) Finanzielles	68
	2.	Der städtische Rheinhafen.	72
		Die städtische Tonhalle und das Beingeschäft	87
		Die städtischen Wagen	89
		Das städtische Sichamt	90
			91
		Die städtische Marktverwaltung	
Ш.		ie Rredit= und Sparanstalten	92
		Die städtische Leihanstalt	92
		Die städtische Sparkasse mit Alterssparkasse und Sammelkasse	96
	3.	Die städtische Hypothekenverwaltung	103

Seite
IV. Der städtische Grundbesit und Wohnungsbau 115
1. Der städtische Grundstücksfonds
2. Der städtische Häuserbau
V. Der Fonds für Beteiligungen ber Stadt Duffelborf an ge=
werblichen Unternehmungen 128
VI. Sanitäre Unternehmungen
1. Die Kanalisation
2. Straßenreinigung und Fuhrpark
3. Die städtischen Badeanstalten
4. Der städtische Schlacht- und Biehhof
5. Die städtische Tierkörpervernichtungsanstalt 148
6. Die städtische Nahrungsmittel-Untersuchungsanstalt 14
7. Die städtische Desinfektionsanstalt
8. Die städtische Friedhofs- und Begräbnisvermaltung 148
VII. Städtifche Betriebe für ben Gigenbedarf ber Gemeinde . 148
1. Das ftädtische Gartenamt
2. Die städtische Druckerei
3. Ausführung häufig wiederkehrender Arbeiten und fleinere Regiebetriebe 15:
Schlußwort (Busammenfaffender Rudblid auf wirtschaftliche und finanzielle
Bedeutung, Entwidlung ber Gemeindebetriebe und Stellung ber Stadt-
verwaltung zur Frage des Regiebetriebes)
Stadtplan.
Situationsffizze zur Ermeiterung bes Stadtfreifes Duffeldorf.

Berichtigung.

Auf S. 10 Zeile 19 von oben find die beiben Ziffern 18 und 16 miteinander zu vertauschen.

Borbemerkung.

Bon Amtsgeschäften ständig stark in Anspruch genommen und durch Rücksichten auf den beschränkten Raum behindert, konnte der Verkasserte der nachfolgenden Darstellung nicht überall die vielleicht wünschenswerte Breite und Tiese geben. Immerhin war er, namentlich hinsichtlich der industriellen Anstalten, bestrebt, auch für weiter Zurückliegendes zu der bereits vorhandenen Literatur sowohl durch Ergednisse des Aktenstudiums wie durch die Art der Behandlung neue Ergednisse zu Tage zu fördern, die vielleicht im Rahmen dieser Veröffentlichung um so eher einen Plat beanspruchen dürsen, als Düsseldorf nach verschiedenen Richtungen hin als vorbildlicher Träger eines modernen deutschen "Munizipalindustrialismus" gelten dars.

Bornehmlich ist versucht worden barzulegen: Zunächst die Borgeschichte und Begründung der Kommunalisierung und die wachsende Bedeutung der gemeindlichen Betriebe für die Allgemeinheit; zu zweit das Wesen und die Bandlungen der gemeindlichen Preise und Tarise politik; drittens die Bedeutung der Gemeindebetriebe für die Ausdehnung der wirtschaftlichen und damit künftighin politischen Interessensphäre der Großstadt sowie viertens — last not least — für deren Finanzegebarung.

Um ben organischen Zusammenhang zu bewahren, wurde babei jedes Betriebsunternehmen unter Beobachtung dieser Richtlinien gesondert bestrachtet; daß die innere Einheit trothem gewahrt ist, wird der Leser hoffentlich bemerken. Einige Hauptziffern und Hauptergebnisse für alle Betriebe gemeinsam sinden sich zudem im "Schlußworte" noch besonders hervorgehoben. Der Zoologische Garten, der als einziger im Deutschen Reich rein städtisches Unternehmen ist, blieb im Einverständnis mit dem Herausgeber außerhalb der Bearbeitung.

Als Quellen dienten neben den städtischen Berwaltungsberichten und Etats der letten 50 Jahre sowie Auskunften und Mitteilungen der be-

treffenden Berwaltungszweige für sämtliche Abschnitte außer Abschnitt VI, dem das erst jüngst erschienene Werk "Die Assanierung von Düsseldorf", herausgegeben von Theodor Weyl (Leipzig, 1908) zugrunde gelegt wurde, die betreffenden Akten; für die Genehmigung zu ihrer Benutzung schuldet der Verfasser Herrn Oberbürgermeister Mary besonderen Dank.

Für Abschnitt II, 1 leistete die Tübinger Inauguraldissertation von Sinner über "Die Düsseldorfer Straßenbahnen" (1906) mannigsache Dienste, während den sich daran anschließenden Abschnitt über den Hafen Herr Hat. Als dauernd wertvolle Hilfsmittel wurden schließlich die von Simonis und Meydens dau er 2 redigierten Festschriften und das inhaltreiche Buch von Brandt "Studien zur Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Düsseldorf im 19. Jahrhundert" (Düsseldorf 1902) durchweg, sowie die ältere "Geschichte der Stadt Düsseldorf in 12 Abhandlungen" (Düsseldorf 1888) hier und dort verglichen, zu Rate gezogen und benutzt.

Die Darstellung schließt im allgemeinen ab mit den Ergebnissen des Berwaltungsjahres 1907 und der Haushaltsvoranschläge auf das Jahr 1908, doch haben auch die in der Zeit zwischen Niederschrift des Manustriptes (Dezember 1908) und Beendigung der Korrektur (Anfang April 1909) gefaßten Gemeindebeschlüsse betr. die Eingemeindung einer Reihe von Bororten noch gebührend Berücksichtigung finden können.

Der Berfasser.

Düffelborf im Jahre 1898. Fesischrift für die Teilnehmer an ber 70. Ber-fammlung beutscher Naturforscher und Arzte. Duffelborf 1898.

² Die Stadt Duffelborf und ihre Berwaltung im Ausstellungsjahre 1902 Festschrift im Auftrage bes Oberburgermeisters, Duffelborf 1902.

Die industriellen Werte.

1. Die städtischen Gaswerte.

a. Borgeschichte, Gründung und Entwicklung.

In der städtischen Gasversorgung, dem ersten Industriezweige, welchen die Duffeldorfer Gemeindeverwaltung in eigene Regie genommen hat, hat diese den Privatbetrieb abgelöst, aber nicht in organischer Fortsetzung, sondern in der Gegenüberstellung eines völlig neuen Unternehmens. Die Geschichte ihrer ersten Jahrzehnte ist darum für die Beurteilung der Frage "Gemeindes oder Privatbetrieb" von besonderem Interesse.

In Düsseldorf ist die Verwendung des Gases zur Straßenbeleuchtung mit zuerst unter den Städten des Kontinents in ernstliche Erwägung gezonen worden. Noch bevor in Hannover und Berlin als ersten deutschen Städten die Imperial-Kontinental-Gasassoziation ihre Gassabrisation des gonnen hatte, schlug im Jahre 1825 die Londoner European-International-Gascompany dem damaligen Oberbürgermeister von Fuchsius vor, die Stadt Düsseldorf in der bislang vorhandenen Laternenzabl — es waren deren 284 mit insgesamt 474 Lichtern — "mit Ölgas dergestalt zu beleuchten, daß die dadurch hervorzubringende Helle diesenige der gegenwärtig bestehenden Beleuchtung zweimal übersteige". Als Entschädigung forderte die Gesellschaft denselben Betrag, welchen die Ölbeleuchtung disher erfordert hatte (1858 Taler jährlich), und für 12 Jahre das ausschließliche Recht, "Gasröhren unter den Straßen und Pläten der Stadt hinzuleiten".

In sofortiger Erkenntnis ber Bebeutung ber neuen Lichtart, erklärte sich die Stadtverwaltung zur Unnahme bieser Vorschläge bereit, aber sinanzielle Schwierigkeiten, in welche die genannte Gesellschaft geriet, machten ben Abschluß unmöglich.

Erst 20 Jahre später, nachdem man sich inzwischen mit der "verbesserten" Ölbeleuchtung eines Kölner Unternehmers beholfen hatte und andere benachbarte Städte, wie Aachen, Köln und das kleine Lennep be-Schriften 129. Zweites heft. — Gemeindebetriebe II. 2. reits zur Gasftraßenbeleuchtung übergegangen waren, kam man auf das Projekt zurück, veranstaltete eine Submission zwecks Übernahme der städtischen Straßenbeleuchtung mit der Bedingung, daß diese mit Gas zu bewerkstelligen sei, und übertrug daraushin am 20. Juni 1846 einer einheimischen Firma die öffentliche Beleuchtung auf 20 Jahre und für einen gleichen Zeitraum das ausschließliche Recht der Rohrlegung zur Gasabgabe an Brivate. Zunächst auf die Berwendung von Steinkohlengas verpflichtet, ging die Unternehmerin 2 Jahre später mit Genehmigung der Stadt-verwaltung zu Ölgas über.

Die Bergütung für die Beleuchtung der Straßen und öffentlichen Gebäude wurde vertraglich auf $2^{22/25}$ Pf. pro Flamme und Stunde, der Höchstpreis sur den Privatkonsum auf $3^{3/4}$ Pf. für den Kubitsuß, d. h. 121,13 Pf. pro chm festgesest.

Trot ber unleugbaren Vorteile ber neuen Beleuchtungsart murbe biefer Breis von vornherein in der Allgemeinheit als zu hoch empfunden und ber Absat blieb, auch nachdem in den 50 er Jahren der Breis für Privatfonsum auf 2 1/2 Pf. pro Rubitfuß, b. h. 80,75 Pf. pro cbm ermäßigt und für die größeren Abnehmer eine Rabattierung zugestanden mar, nur be-Mehrfach gelangten Eingaben aus ber Burgerschaft mit berechtigten Rlagen über bie Koftspieligfeit bes Gafes an bie Stadtvermaltung; auch die Stragenbeleuchtung murbe nicht nur im Laufe ber Bertragsbauer immer mangelhafter, sonbern forberte auch verhältnismäßig gang ansehnliche Beträge; so daß der Stadthaushaltsplan 1860 5360, für die letten Jahre bes Bertrages sogar 7400 Taler bei einer Abschluffumme bes Stadthaushaltsetats von inegesamt 200 000 Taler hierfür vorsah. folgedeffen beschloß die Stadtverordnetenversammlung vom 14. März 1863 bie Basbeleuchtung nach Ablauf bes Bertrages felbft zu übernehmen. Die Borfcblage ber bisherigen Bertragsfirma auf Berlangerung bes Bertrages bis zum Sahre 1900 (!) unter Beibehaltung ber bisherigen Gate für die öffentliche Beleuchtung und Festlegung eines Maximalpreises für ben Privatkonfum auf 2 Taler für 1000 Rubiffuß, b. h. 19,38 Bf. pro cbm Steinkohlengas murbe als indiskutabel abgelehnt, infolge ber feindfeligen Haltung ber Gefellschaft auch auf bas vertraglich ausbedungene Recht, bie Gasfabrik und bas Rohrnet ber Unternehmerin zu erwerben, verzichtet. Man befchloß vielmehr eine völlig neue Unlage zu errichten.

Schon beim Bau biefer ersten gewerblichen Gemeindeanstalt kam bas bis heute vorherrschende Brinzip bes Regiebaus in Anwendung: er ersfolgte nicht, wie damals in fast allen anderen Städten, durch Unternehmer, sondern unter Leitung bes kunftigen Direktors. Die Erdarbeiten begannen

am 28. August 1865, die regelmäßige Beleuchtung am 20. September 1866. Das gesamte Anlagekapital belief sich auf 1 259 782 Mk., das Röhrenssystem hatte bei Inbetriebsehung eine Gesamtlänge von 194 000 Fuß (= 60916 m), die Zahl der Straßenlaternen betrug 753 und die Leistungsfähigkeit war eine jährliche Erzeugung von 50—60 000 000 Kubissuß = 1547000—1857000 cbm; doch war die Anlage, zunächst ausgerüstet mit zehn Retortenösen, zwei Dampskesseln und zwei Gasometern zu je 105 000 Kubissuß = 3251 cbm, für eine Erhöhung der jährlichen Produktion auf rund 100 000 000 Kubissuß = 3 095 900 cbm von vornsherein eingerichtet.

Während, wie hervorgehoben, die Privatgasfabrif in den 20 Jahren ihres Monopols nur wenig an Absatzebiet gewinnen konnte, nahm die Inanspruchnahme des gemeindlichen Gaswerks, das von Ansang an nur Steinkohlengas herstellte, rasch zu; 1867 wurde der Betried durch den Ankauf einer Privatgasanstalt und Ausdehnung des Rohrnezes auf die Außensbezirke wesentlich erweitert. Gleichzeitig ging man zur rationelleren Berswendung der Rebenprodukte über, und schon 1870 mußte ein dritter Gasometer eingestellt, 1873 aber eine zweite Gasbereitungsanstalt (in räumlichem Zusammenhange mit der ersten) gebaut werden. Die Leistungsfähigkeit der Gesamtanlage wurde dadurch mit nunmehr vier Gasometern auf 7 ³/4 Milslionen Kubikmeter, das Anlagekapital auf 2 222 665 Mk. erhöht.

Die Steigerung bes Konsums hielt, wie Tabelle 1 beutlich macht, auch in den folgenden Zeiten der geschäftlichen Depression, unter der die Gasanstalten der meisten benachbarten Städte sichtbar zu leiden hatten, weiter an — nach einem städtischen Berwaltungsberichte jener Zeit ein Zeichen für die Gunst des Absatzebiets und eine praktische Widerlegung der vielsachen seinerzeit gegen die Übernahme der Gasversorgung in städtische Regie geäußerten Bedenken, die in einer gutachtlichen Außerung von sonst hervorragend sachverständiger Seite ihren prägnantesten Ausdruck dahin gestunden hatten, "daß die lokalen Berhältnisse der Stadt gar nicht derart sind, um die Möglichseit eines solchen (sc. wie für die starke Bergrößerung des Konsums notwendigen) Ausschwunges des Berkehrs und der Industrie ernsthaft anzunehmen. Die Lage, Beschaffenheit und Tradition Düsseldorfs bestimmen es zum Aufenthaltsort einer mehr der idealen und gemütlichen

¹ Zwei kleinere Privatgasanstalten für eigenen Bedarf haben bald darnach ihre Tätigkeit eingestellt, so daß seitdem die städtische Anlage ein tatsächliches Monopol besitzt und ihr Versorgungsgebiet mit dem Stadtgebiet zusammentraf, bis es seit 1899 (vgl. Abschnitt c) sich über dessen Grenzen ausgedehnt hat.

Lebensweise hulbigenden Bevölferung, aber nicht zum Stapelplat einer rein materielle Tendenzen verfolgenden Handels= und Industriewelt". —

Im Jahre 1888 war die Gasproduktion auf nahezu 7000000 cbm, b. h. auf fast das dreifache des Jahres 1869 gestiegen, und es wurde eine abermalige Erweiterung durch Errichtung eines völlig neuen Gaswerses an der östlichen Peripherie (Flingern: vgl. den Stadtplan) vorgenommen. Die Wahl des Plates war bedingt durch die bevorstehende Berlegung der Bahnhöfe und die fortschreitende Bebauung in der Gegend der alten Anstalt.

Das neue Werk wurde im Jahre 1890 in Betrieb gesetzt und arbeitete zunächst gemeinschaftlich mit dem alten Gaswerk, bis letzteres im Jahre 1898 außer Betrieb gesetzt wurde. In diesem Jahre übernahm die neue, inzwischen weiter ausgebaute Anstalt die gesamte Gasfabrikation; sie besitzt heute eine Leistungsfähigkeit von rund 30 000 000 cbm.

Die Produktionsentwicklung erhellt aus folgenden, der Tabelle 1 entnommenen Ziffern: Die Zahl der Privatkonsumenten betrug 1869 — 1987, 1. April 1908 — 18857; Straßenlaternen waren vorhanden 1869 — 837, 1908 — 5521; die Nohrleitungen hatten 1869 eine Gesamtlänge von 229097 Fuß, d. h. 71936 m, 1908 von 452996 m, die Jahreserzeugung umfaßte 1869 — 74334300 Kubilfuß, d. h. 2298417 cbm, 1907 — 28369400 cbm. Welchen Unteil an der starken Zunahme, namentlich troß der Konkurrenz der Elektrizität während des letten Jahrzehnts, die Berwendung des Gases zu anderen als Beleuchtungszwecken hat, erhellt daraus, daß von dem Gasverbrauch der Privatkonsumenten entsielen auf:

	Leuchtgas	Heiz- und Rochgas	Rraftgas
1887/88	4 301 344 cbm	236 104	ebm
1897/98	6 118 083 "	4 907 007	"
1907/08	11 172 671 "	11 909 137 cbm	1 337 270 cbm
			

Zunahme seit 1887 6 871 327 cbm 13 010 303 cbm In Prozent des Standes von 1887 159,75 5510,41

Un Nebenprodukten

murben gewonnen:

1869 4 535 650 kg Kokk, 354 350 " Teer und 6 012,5 " schwefelsaures Ammoniak; 1907 67 297 200 " Kokk, 4 248 018 " Teer und 920 000 " Ammoniak.

Eabelle 1. Befriebsentwicklung der ftadtifchen Gaswerke zu Duffeldorf 1866 bis 1907.

Zahr	Ein= wohner= 3ahl der Stadt	Ga€abgabe Privat= fonfum cbm	Öffent= liche Be- leuchtung cbm	Selbst= verbrauch und Berluste cbm	Insgefamt ebm	Zahl der Privat: fonfumenten	≥traßen= flammen	Gefamt: länge ber Röhren: leitungen m
1866 1867 (15'/s Won.)	56 200 58 500		2 210 040	207 954	2 417 994	1 764	753 772	60 916 69 394
1869	61 400 63 300		1 847 267 2 138 540	124 239 159 877	1 971 506 2 298 417	1 966 1 987	811 837	70 271 71 936
1869 1870 1871 1872 1873 1874 1875 1876 1877 1878 1880 1881 1882 1883 1884 1885 1888 1889 1890 1890 1901	63 300 67 200 68 800 70 900 73 700 76 500 79 400 82 300 85 100 88 000 91 100 94 200 97 600 101 400 105 300 113 500 113 500 123 800 123 600 141 900 148 000 153 800 147 000 153 800 173 000 180 700 190 000 198 700 201 200 220 450	1 911 453 2 180 654 2 623 434 3 016 703 3 157 651 3 157 876 3 386 426 3 608 677 3 271 630 3 107 097 3 493 834 3 694 837 3 865 545 4 175 662 4 305 783 4 200 710 4 248 611 4 537 448 5 0 8 121 5 507 615 6 336 473 6 923 433 7 205 878 7 079 378 8 107 532 9 031 820 9 890 117 11 025 090 11 909 951 13 252 081 14 845 906 15 282 481		159 877 149 395 186 491 242 870 292 971 354 167 465 152 409 125 321 188 329 266 237 511 227 957 343 705 416 739 415 958 489 494 503 190 461 105 484 789 553 215 572 451 588 044 739 709 854 539 837 082 959 727 1 137 295 1 263 887 1 365 172 1 304 104 1 326 172 1 486 174 1 513 299	2 298 417 2 462 806 2 794 417 3 380 681 3 881 466 4 114 439 4 284 810 4 487 403 4 654 391 4 341 713 4 567 647 4 896 142 5 168 180 5 501 961 5 748 580 5 670 882 5 730 087 6 088 200 6 777 629 7 375 211 8 529 428 9 338 562 9 908 856 9 801 716 11 082 060 12 298 950 13 379 210 14 338 400 15 999 900 17 830 400 18 359 300	1 987 2 156 2 266 2 688 2 796 2 859 2 986 5 024 2 782 2 802 2 846 2 937 3 051 3 112 3 236 3 392 3 512 3 753 4 064 4 566 4 977 5 796 6 230 6 236 7 706 8 406 9 438 9 148	837 855 871 914 966 1 007 1 062 1 112 1 132 1 152 1 162 1 220 1 261 1 289 1 324 1 371 1 413 1 475 1 413 1 475 2 448 2 488 2 885 3 026 3 274 3 548 3 793 4 069 4 332 4 463 4 736	71 936 75 856 79 364 82 689 94 583 100 926 104 757 109 824 111 895 112 696 114 100 116 814 119 775 121 832 124 213 126 937 130 373 138 235 144 798 153 196 163 154 169 330 183 3:2 196 505 208 217 215 029 230 201 241 573 257 246 271 859 28f 667 296 379 319 410
1902 1903 1904 1905 1906	225 100 232 200 240 600 249 700 259 400	17 267 903 18 639 661 19 909 815 21 995 624 23 870 202	1 832 758 1 795 788 2 017 621 1 991 715 2 036 390	1 715 299 1 715 939 1 657 351 1 709 464 1 605 361 1 770 208	20 816 600 22 092 800 23 696 900 25 592 700 27 676 800	11 569 11 299 14 660 16 658 17 552	4 756 4 576 4 767 5 010 5 275 5 398	343 376 364 399 382 880 409 075 435 431
1907	266 600	24 419 078	2 133 907	1 816 415	28 369 400	18 857	5 521	452 996

Da ber Kohlenverbrauch in dem dazwischenliegenden Zeitraum von 7745500 kg auf 94459500 kg gestiegen ist, ergibt sich deren intensivere Ausnuhung wie folgt:

Auf je 100 l	kg vergaster	Кo	hler	ι:	1869	1907
erzeugtes G	as cbm .				29,72	30,03
gewonnener	Rofs kg				F9, 60	71,24
,,	Teer kg				4,50	4,50
"	Ammoniak	kg			0,78	0,97

b. Die Preise für ben Ronfum bes Stadtgebietes1.

Die Grundsäße der Preispolitik für Hauptprodukte einerseits und Nebenprodukte andererseits sind naturgemäß völlig verschieden, da letztere durch die Gestaltung der allgemeinen Marktlage, jene aber infolge des bestehenden örtlichen Monopols durch einseitige Festsetzung seitens der Stadts verwaltung bedingt werden, zudem auch einen nicht unwesentlichen Faktor der Konfumpolitik (b. h. der planmäßigen Bemühungen zur Erhöhung des Absatz) darstellen.

Als die Stadtgemeinde die Gasversorgung in die Hand nahm, setzte sie den Preis vorläufig auf 2 Taler pro 1000 Kubiksuß, d. h. 19,38 Pf. pro com fest, d. h. also ebenso hoch, wie ihn die Privatsgesellschaft in ihrem Antrag auf Konzessionserneuerung (S. 2) bis zum Jahre 1900 stipuliert zu haben wünschte.

Schon Anfang 1869 aber wurde angesichts des guten Ergebnisses der ersten beiden Geschäftsjahre beschlossen, "daß von den pro 1868 über die etatsmäßige Summe hinaus erzielten Betriebsüberschüssen 25 %, jedoch mindestens 5000 Taler und höchstens 10000 Taler dem zu bildenden Reservesonds überwiesen, im Verhältnis des dann noch bleibenden Restes aber die Gaspreise für das Jahr 1869 ermäßigt werden". Infolgedessen erhob man vom 1. April 1869 ab nur noch 17 Ps. pro obm unter gleichzeitiger Einführung eines Nabattspstems, dessen Sähe je nach Umfang des Konsums zwischen 4 und 25 % schwankten. Aber schon 1872 sah man sich, angesichts der erheblich gestiegenen Kohlenpreise (vgl. Tabelle 2) und Arbeitslöhne genötigt, den Normalpreis von 17 Ps. auf 20 Ps. zu erhöhen unter Gewährung eines Nabatts von 4 bis 20 % sür Jahrestonsume von mehr als 3000 obm.

Im städtischen Berwaltungsbericht des genannten Jahres murde bazu bemerkt: "Durch biefe Erhöhung werden bie entstandenen Mehrausgaben

¹ Bergl. Tab. 2.

Tabelle 2. Freisentwicklung für Saupt- und Aebenprodukte der städtischen Gaswerke 1866 bis 1907.

-	Rosten der		epreis des Privatfon		28 6	rfaufspreis	von
Jahr	Rohlen pro 100 kg Mt.	Leucht= gas pro cbm Bf.	Heiz= u. Kochaas pro ebm P'.	aas	Rofs pro 100 kg Mf.	Teer pro 100 kg Mf.	Ummo= niaf pro 100 kg
1867 (15½) Wlon.) 1868 1869 1870 1871	1,20 1,31 1,48	19,38 19,38 17 17 17 20	19,38 19,38 17 17 17 20	19,38 19,38 17 17 17 17 20	1,08 1,05 1,16 1,40 1,75	2,60 3,25 2,93 2 45 2,57	0,25 ¹ 19,80 36,00 56,00 39,33
1873 1874 1875 1876 1877 1878 1879 1880 1881 1882	2,21 2,16 1,42 0,98 0,87 0,79 0,76 0,88 0,90 0,94	20 20 20 18 18 18 18 18 18	20 20 20 18 18 18 18 18	20 20 20 18 18 18 18 18	2,28 1,72 1,54 1,22 	3,28 4,41 4,24 3,59 — 3,54 3,42 4,11 4,70 5,83	35,46 ————————————————————————————————————
1883 1884 1885 1886 1887 1888 1889 1890	1,00 0,97 0,97 0,95 0,95 0,98 1,13 1,76	18 18 18 18 16 16 16	18 12 12 12	18 12 12 12	0,91 0,90 0,94 1,00 0,98 1,02 1,27 1,53	5,76 5,13 3,85 2,20 1,90 2,74 3,62 3,99	33,70 27,27 23,67 21,16 23,14 23,28 24,59 23,48
1891 1892 1893 1894 1895 1896 1897 1898 1899	1,62 1,37 1,20 1,24 1,27 1,31 1,28 1,29	16 16 16 16 16 16 16 16 16	& & & & & & & & & & & & & & & & & & &	888888888888888888888888888888888888888	1,31 1,16 1,04 1,03 1,03 1,12 1,16 1,22 1,25	4,21 3,75 3,11 3,12 3,06 3,91 3,91 2,58 2,43	21,56 20,51 21,70 25,57 19,71 15,64 15,86 17,58 20,02
1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907	1,34 1 47 1,42 1,42 1,52 1,35 1,42 1,52	16 16 16 16 16 16 16	8 8 8 8 8 10 10	888888888888888888888888888888888888888	1,57 1,50 1,10 1,02 1,09 1,16 1,33 1,54	2,77 2,72 2 33 2,69 2,70 2,49 2,72 2,68	22,66 21,62 22,13 23,29 23,74 24,48 23,82 23,28

¹ Ammoniakwasser.

nur teilweise aufgebracht und muß die Deckung des Restes von der höheren Einnahme aus dem Berkauf des Koks und aus dem gesteigerten Konsum erwartet werden."

In der zweiten Hälfte der 70 er Jahre sanken die Kohlenpreise wieder erheblich; man setzte beshalb den Normalpreis 1876 auf 18 Bf. pro chm herunter und erhöhte die Rabattsätze auf 5 bis 25 %, freilich mit der einige Jahre darauf erfolgenden Einschränkung, daß die höheren Sätze der Rabattskala nicht mehr wie bislang bis zum ersten Kubismeter zurück, sondern nur bis zur nächst niedrigen Grenze in Anrechnung gebracht wurden.

Im Frühjahr 1883 wurden angesichts des zunehmenden Konsums, trop ftark gestiegener Rohlenpreise, Die Rabattfage wiederum erhöht (auf 10 bis 30 %), und am 1. Januar 1884 murbe, unter Beibehaltung bes bisherigen Breifes für Leuchtgas, berjenige für Roch-, Heiz- und Kraftgas auf 12 Bf. herabgesett. Rachbem bann seit 1886 bie Rohlenpreise wieder etwas gefunken waren, trat am 1. Januar 1887 eine weitere Reduktion ein: aleichzeitig murbe freilich ber Rabatt für Leuchtgas auf 1 bis 3.5 Bf. pro cbm vermindert, mährend für den Heiz- und Kraftgasverbrauch ein Rabatt von vornherein ausgeschloffen mar. Um ben Gastonsum zu motorischen Ameden, namentlich bei Kleingewerbetreibenben weiter zu förbern, murbe am 1. April 1887 ber Preis für Kraft=, Beiz= und Rochgas auf 8 Pf. reduziert; doch haben die seitdem fortbauernd gestiegenen Rohlenpreife und Arbeitelohne am 1. April 1906 wiederum eine Erhöhung bes Preises für Beize und Rochgas auf 10 Pf. pro cbm erforderlich gemacht, vornehmlich mit Rudficht barauf, bag bie mit ber Jahreszeit fehr ungleichmäßige Bermendung diefer Gasart das Rohrnet besonders unaunftia beeinflußt und beffen fortbauernde Erweiterung notwendig macht. Kraftgaepreis blieb dagegen der alte 1, fo daß heute der Normalpreis beträgt für:

```
1. Leuchtgas 16 Pf., vermindert bei einem Sahrestonsum von
   üher
          3000 bis 20000 cbm um
                                           Pf. pro cbm
                                       1
                 ,, 40 000
         20000
                                       \mathbf{2}
         40000
                    70 000
                                       2,5
         70000
                 ,, 100 000
                                       3
        100000
                                       3.5
2. Roch und Beiggas
                                               (ohne Rabatt)
                                      10
3. Kraftaas
```

^{&#}x27; Für Kraftzwecke wird das Gas in erster Linie von Kleingewerbestreiben den verwendet; die 301 Konsumenten dieser Art unterhielten am 31. März 1908 309 Kraftmaschinen mit zusammen 1593 PS.

Etwas höher stellt sich der Preis für den Konsum durch Gasautosmaten, nämlich auf 17 Pf. für Leuchtgas und 11 Pf. für Heizgas, was berechtigt ist angesichts des Umstandes, daß der Betrieb weit teurer ist wegen der durch die Kassendern erforderlichen Kontrolle, der nicht seltenen Berstörung der Automaten oder Unterschlagung der darin gesammelten Beträge usw., vor allem aber weil der Konsument für Miete und Aufstellung nichts zu zahlen hat, während bei den übrigen Berbrauchern die Gassmessserwiede in früheren Jahren je nach Flammenzahl 4 bis 32 Mf., neuerdings 2 bis 25,20 Mf. jährlich beträgt.

In den ersten Jahren der Berwendung des Gases zu Heizzwecken gab die Gasanstalt zwecks Propaganda auch Gasherde, je nach Größe für 1,50 Mt. bis 2,00 Mt. monatlich zur Miete ab; die Nachfrage war zunächst rege, doch blieb sie dann, nachdem sich inzwischen eine leistungsfähige Privatinstallation entwickelt hatte, allmählich aus, und neuerdingssindet eine Herdvermietung nicht mehr statt. Aus demselben Grunde hat das städtische Gaswerk 1905 ausgehört, Installationen im Inneren des Grundsstückes auszuführen, nachdem sie schon Jahre zuvor auf ein Minimum reduziert worden waren.

Über die Schwankungen in den Preisen der Nebenprodukte im Bergleich zu den Kohlenpreisen unterrichtet ebenfalls Tabelle 2.

c) Die Gasversorgung der außerhalb bes Stadtfreises gelegenen Gebiete.

Im letten Jahrzehnt hat sich bas Berforgungegebiet ber städtischen Gaswerke erheblich über bie gemeindlichen Grenzen ausgebehnt.

Den Anfang machte die auf dem linken Rheinufer Duffeldorf gerade gegenüber gelegene Gemeinde heerdt (1905: 10065 Einwohner). Als in den Jahren 1896 bis 1898 ein privates Konsortium, die spätere Rheinische Bahngesellschaft, Duffeldorf und heerdt durch eine feste Rheinsbrücke verband (vgl. den Stadtplan), schloß die Stadt Duffeldorf mit der Gesellschaft einen Bertrag ab, wonach das städtische Gaswerk die Berforgung der Gemeinde heerdt unter folgenden Bedingungen übernahm:

Der Gaspreis beträgt einheitlich 10 Pf. pro cbm ab Hauptmeffer am Heerdter Brückenkopf; die Weiterführung des Gases zu den Konsumenten ist Sache der Unternehmerin; der Bertrag läuft vom 1. Januar 1899 ab auf 30 Jahre mit der Maßgabe, daß für den Fall, daß die Gasentnahme aus den Düsseldorfer Werken vorzeitig eingestellt wird, die Gesellschaft eine Entschädigung von 3½ Pf. für jeden Kubikmeter Gas zu zahlen hat, der

an dem jährlichen Durchschnittskonsum von 100000 cbm für den bereits abgelausenen Teil der Periode sehlt; die Gasabgabe ersolgt ferner nur solange, als die Entnahme von Gas und Wasser für das Gebiet der Gemeinde Heerdt ausschließlich aus den Werken der Stadt Düsseldorf erfolgt oder eine Entnahme von mindestens 200000 cbm Gas garantiert bleibt; trifft keine dieser beiden Boraussetzungen mehr zu, so ist die Unternehmerin verpflichtet, die Rohrleitungen vom Beginn der Brücke auf der Düsseldorfer Seite ab sowie die Hauptmesser zu erwerben und der Stadt Düsseldorf die Kosten der zu erwerbenden Anlage abzüglich 2% Amortisation pro Jahr zu erstatten; die Unternehmerin garantiert einen Mindestkonsum von 12000 cbm und verpflichtet sich, von ihren Konsumenten keine höheren Breise als die in Düsseldorf erhobenen zu nehmen.

Die Gesellschaft ihrerseits schloß gleichzeitig mit der Gemeinde Heerbt entsprechende Verträge unter Wahrung des Monopols ab, jedoch ist letztere am 1. Juli 1907 unter Zustimmung der Stadt Düsseldorf in das Verstragsverhältnis anstelle der Gesellschaft getreten. Im Jahre 1907 wurden 873 665 cdm Gas an Heerbt abgegeben. Die Privatkonsumenten bezahlen für Leuchtgas in Oberkassel, dem Düsseldorf nächst gelegenen Teil der Gemeinde, 18 Pf., im übrigen 16 Pf., für Heizs und Kochgas einheitlich 10 Pf. pro Kubikmeter.

Auf ähnlicher Grundlage bewegt sich ber Vertrag, ber im November 1901 mit ber östlich von Düsseldorf gelegenen Gemeinde Erkrath (3000 Einswohner) abgeschlossen wurde. Auch hier sührt Düsseldorf das Gas nur dis zur Stadtgrenze, ebenfalls unter Berechnung eines Einheitspreises für alle Verwendungsarten; er beträgt 12 Pf. pro Kubikmeter unter Gewährung der Hälfte des regulativmäßigen Rabatts. Der Vertrag läuft 20 Jahre, — für Erkrath unkündbar, für Düsseldorf unter Vorbehalt jederzeitiger Kündigung mit zweizähriger Frist — vom 1. Januar 1902 ab; während dieser Zeit darf die Gemeinde Erkrath weder Gas von anderer Seite beziehen, noch eine eigene Anstalt errichten oder durch andere errichten lassen. Die abnehmende Gemeinde garantiert einen Mindestverbrauch von jährlich 9000 cbm. Tatsächlich wurden 1907 111 975 cbm Gas nach Erkrath geliefert.

Schließlich übernahm die Stadt im Jahre 1906 in einem auf 15 Jahre und darnach auf unbestimmte Zeit abgeschlossenen Vertrage die ausschließliche Gasversorgung auch der südöstlich gelegenen Ortschaft Wersten (1905: 4573 Einwohner), ebenfalls unter Gewährung des Monopols, jedoch mit dem Unterschiede, daß während der ersten 15 Jahre nicht

Düffeldorf, sondern Wersten ein Kündigungsrecht mit einjähriger Frist sich vorbehielt; nach 15 Jahren sollte auch Duffeldorf dies Recht haben.

Für den Brivatkonsum waren die für Duffelborf selbst geltenden Bebingungen maßgebend, mährend das Rubikmeter Gas zu Straßenbeleuchtungsswecken für 10 Bf. ohne Rabatt zu liefern war. Die Leitung hatte die Stadt Duffeldorf auf eigene Kosten zu legen; im Falle der Kündigung durch Wersten sah der Bertrag den Ersat der Herstellungskoften mit bestimmten Zuschlägen, im Falle der Kündigung durch Duffeldorf dagegen Entfernung der Leitung auf dessen Kosten vor.

Dieser Bertrag wurde jedoch bald hinfällig, da Wersten am 1. Upril 1908 in Düsseldorf eingemeindet wurde und seitbem in der gleichen Beise wie das alte Stadtgebiet versorgt wird. —

In allen biesen Fällen handelte es sich um die Neuein führung ber Gasbeleuchtung durch die Düsseldorfer Gaswerke; anders verhält es sich mit den übrigen Teilen des heutigen Bersorgungsgebiets außerhalb der Stadtgrenzen, in dem bereits ein Brivatunternehmen zu diesem Zwecke bestanden hatte.

Um 6. Mai 1895 wurde die "Aktiengefellschaft Gas- und Clektrizitätswerke Gerresheim" gegründet und der Betrieb am 6. Oktober desselben Jahres eröffnet.

Laut besonderer auf 25 bezw. 46 Jahre lautender Verträge übernahm die Gesellschaft die ausschließliche Gasversorgung der Stadt Gerresheim (1905: 14434 Einwohner) sowie der Landgemeinden Eller (1905: 8120 Einwohner) und Ludenberg mit Morp und Bennhausen (1905: 3833 Einwohner).

Der Gaspreis wurde für Privatkonsumenten auf 18 Pf. unter Gewährung eines Rabatts von 5 bis 25% je nach Höhe des Konsums für Leuchtgas, auf 12 Pf. ohne Rabatt für Heiz-, Koch- und Kraftgas festgesett. Die öffentliche Straßenbeleuchtung wurde nach bestimmten Säßen pro Flamme und Brennstunde vergstet. Der Stadt Gerresheim wurde ferner "von demjenigen Reingewinn, der sich nach den gesetzmäßigen Abschreibungen, Verteilung der Tantiemen und der Dotierung des Reservesonds, Amortisationen über 7% für das Anlage- und Betriebskapital (Hypotheken, Prioritäten) ergibt", die Hälfte, der Landgemeinde Eller ein Drittel als Interessenanteil zugesichert. Im Rechnungsjahre 1904/05 gaben die Werke insgesamt 622325 ohm Gas ab und sonnten bei einem Reingewinn von 24026,87 Mk. 7% Dividende verteilen.

Am 1. April 1906 ging bas Bermögen ber Aktiengesellschaft im Rennwert von 300 000 Mt. zum Preise von 300 0/0 als Ganzes unter

Ausschluß der Liquidation in den Besitz der Stadt Düsseldorf über und wird ihr Unternehmen seitdem von dieser betrieben. Mit Gerresheim und Ludenberg sind fürs erste die alten Lieserungsverträge bestehen geblieben; insbesondere ersolgt ihre Bersorgung weiter durch die Gerresheimer Werke; mit Eller dagegen wurde Mitte 1908 ein Nachtragsvertrag geschlossen, wonach die Bersorgung künstig von der Düsseldorser Hauptanstalt aus erfolgt und worin die oben erwähnten Bestimmungen über den Gewinnanteil dahin abgeändert wurden, daß die Stadt Düsseldorf der Landgemeinde Eller sür jedes in ihrem Gebiete an Privatpersonen abgegebene Kubikmeter Gas je 1 Pf. vergütet.

Die gesamte Gaserzeugung belief sich im ersten Jahre bes Duffelborfer Besitzes auf 779 250 cbm gegen 689 590 cbm im Jahre zuvor, im zweiten Jahre auf 852 812 cbm.

Der technische und wirtschaftliche Betrieb bes Gaswerkes Gerresheim ist äußerlich, trot Personal-Union in der Leitung, von demjenigen der städtischen Gaswerke getrennt. Die Bilanz schloß am 31. März 1908 mit 470 500,32 Mk. ab, das Gewinn- und Verlustkonto mit 63 554,14 Mk., der Reingewinn belief sich auf 40 527,60 Mk. gegen 34 460,64 Mk. im letzten Jahre des Privatbetriebs. Dieser Reingewinn wurde wie folgt verwandt:

5 % Reservesonds aus 40 527,60	Dif.			2026,38 Mf.
4 % Dividende aus 300 000 Mf.				12000,— "
15 % Tantieme				3975,18 "
3 % weitere Dividende				9000,— "
Stadt Gerresheim				4090,84 "
Gemeinde Eller				1336 ,6 5 "
Reft für die Stadt Duffeldorf				8098,55 "

Der ber Stadt Duffeldorf zufließende Gewinn betrug bemnach insegefamt 29098,55 Mt. bei einem Anlagekapital von 950 738 Mk. —

Die Stadt Düffelborf hatte hiernach die Gasversorgung aller im Kreise um ihr Gemeindegebiet herum gelagerten Ortschaften, hinsichtlich derer in kürzerer oder längerer Zeit die Frage der Eingemeindung spruchreif werden konnte, mit Ausnahme der nördlich gelegenen Ortschaften Lohause oh ausen set och um (1905: 1676 Einwohner), das zur Zeit noch ohne Gasversorgung ist, und des Dorfes Rath, in dem ein privates Werk das Monopol dessit, Der Beschluß der Düfseldorfer Stadtverordnetenversammlung vom 6. März 1906 "den herrn Oberbürgermeister zu ermächtigen, der Aftiensgesellschaft Gass und Elektrizitätswerfe in Rath ein Angebot auf Übernahme ihres Vermögens als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation unter bestmöglichsten Bedingungen und zu einem ihm angemessen Vreis zu

machen", wurde zwar befolgt, führte aber zunächst nicht zum Ziele, da ein entsprechendes Angebot in der Generalversammlung der Attiengesellschaft vom 31. März 1906 abgelehnt wurde. Erst im März 1909 konnte der Ankauf zum Preise von 240 000 Mk. (gleich dem Nennwerte der Aktien) vorgenommen werden.

Inzwischen ist auch die Eingemeindung fämtlicher vorerwähnter Ortschaften (mit Ausnahme Erfraths und einiger kleiner Barzellen) beschloffen worden, nach deren Bollzug die Lieferungsbedingungen in den neuen Stadtteilen die gleichen wie in Alt-Duffelborf sein werden.

d. Finanzielles.

Die städtischen Gaswerke haben vom ersten Jahre ihres Bestehens ab einen Gewinn erzielt. Die Art seiner Berwendung ist jedoch nicht immer die gleiche gewesen.

Während ber Reingewinn bes Jahres 1866/67 zur Amortisation bes Unlagekapitals mit verwandt wurde, trat schon für 1868 jener oben er= mahnte Beschluß in Rraft, wonach er teils zur Bilbung eines Referve= fond's, teils zur Reduktion der Gaspreise verwandt werden follte. Infolgebeffen murbe, wie ebenfalls ichon mitgeteilt, ber Gaspreis vom 1. April 1869 ab unter biefen Gesichtspunkten reduziert und in ben Jahren 1869/70 ein Refervefonds von insgefamt 30 000 Mf. gebilbet. Schon im Sahre barauf aber murbe biefer Refervefonds wieder aufgelöft. sein Betrag zur Amortisation verwendet und der gefamte Reingewinn der Stadtkaffe zugeführt. Im Saushaltsvoranschlag erscheint ein Poften "Gewinn ber Gasanftalt" im Etat ber Stadtfaffe jum erften Male für 1874 mit 15 000 Mf. Ungefichts ber gunftigen Entwicklung bes Betriebs fonnte biefer Betrag aber ichnell erhöht werben. Schon ber Etat von 1876 ftellt bei 1 585 000 Mf. Gesamteinnahme der Stadtfaffe 137 000 Mf. als zu erwartende Abführung der Gasanstalt ein.

Vom Rechnungsjahre 1877 ab wird das Berfahren dahin abgeändert, daß ber, ben etatsmäßigen Unsatz übersteigende Reingewinn nicht mehr zur Stadtkasse fließt, sondern zur außersordentlichen Ubschreibung verwandt wird; am 31. März 1878 wurden demnach von dem Gewinn des vorausgegangenen Jahres in Höhe von 178 649 Mt. 146 300 Mt. gemäß dem Etatsansatze der Stadtkasse überwiesen, 32 349 Mt. aber zur außerordentlichen Ubschreibung verwandt. 1885 schließlich wurde der heute noch geltende Grundsatz aufgestellt, daß von diesen überschießen Bewinnbeträgen nur die Hälfte außerordentlichen Ubschreibungen, die andere Hälfte aber außerordentlichen Ausschlagen, die andere Hälfte dient.

Stadtifde Gasanftalt Duffeldorf.

Soll.

Bilanzfonto 1907.

Saben.

		Mt.	PF.	Mf.	Зβf.		Mf.	Bf.
U n	Baukonto		1			Ber Stadtkaffen-		
	Grundstücke	683 604	40		:	fonto	3 703 681	40
	Gebäude	943 763	20		i	" Sparkassen-		
	Gasbehälter	433 762	68			fonto	2 903 942	55
	Retortenöfen	661 340 756 602	89			" Rapitalkonto	ļ	
	Apparate	100 002	60			der Straßen- bahn	1 705 000	!
	Hof= und Wege=				1	" Kapitalionto	1 100 000	
	anlagen	146 997	86			Berresheim .	51 000	۱_
	Rohrleitung	783482			j i	" Gewinn= u.		!
	Gasmefferkonto .	317 360	76	4 726 913	86	"Berluftkonto .	436 782	50
#	Versuchsapparate:							
	fonto			3				į
"	Mobilarkonto			3	- i			
"	Rapitalkonto des Wasserwerks			e20,000	. 1			
	Rofskonto			630 000 25 230				
"	Teerfonto			57 600				
"	Ammoniaffonto .			32 665				i
"	Gasabgabefonto .		, 1	7 231	_ '			
,,	Gaskohlenkonto .			134 368	_			1
,,	Ronto der öffent=			!	j			f
	lichen Beleuch=							
	_tung			3				
"	Erweiterung der			40.00	_,			
	Röhrenleitung .			68 867	71 12			
"	Raffakonto Betriebsutenfilien=			489 766	12			
"	u. Unkostenkonto			3				
	Öfenunterhaltungs-							
"	forto			3	_		:	
,,	Hausanschluß= u.				i		,	ı
	Magazintonto .			16 269	43		1	
#	Effektenfonto			126091	87		!	
"	Gaswerk Gerres-		ļ.					
	heim=Unlagewert		i	950 738	03			
"	Rapitalfonto des			1 500 000	!	1		
	Elektrizitätswerkes Dampfmaschinen=			1 500 000	<u> </u>		:	!
*	betriebstonto			4 340				
	Gasmesser = Miete=			4 540	_			
"	fonto			192	40	1 / 1		
,,	Gastonsumenten=		:		- "			
.,	fonto			17382	85			
"	Diverse Debitoren			12735	18		,	
			;	0.000.400	1 45	 '	0.000.400	15
			I	8 800 406	45	1	8 800 406	45

Stadtifde Gasanfialt Duffeldorf.

Soll. Geminn= und Berluftkonto 1907.

Haben.

	Mŧ.	Pf.	Mŧ.	邶		Mf.	Pf.
Rabattfonto		1	30 439	19	Per Pächtekonto	10 000	i —
Retortenfeuerungskonto			147 879	i —	" Gasabgabe-	i	į.
Gehaltskonto			77 481	22	fonto	3 195 677	58
Penfionstonto	ļ	!	4 548	137	" Ferrocyan-	10.000	140
Dampfmaidinenbetriebstonto	•	i	49 511	45	fonto	13 028	
Gaskohlenkonto			1 517 628	96	" Rofstonto .	877 215	
Öfenunterhaltungskonto			42 295 199 977	40 73	" Teerfonto .	104 101	04
Betriebsarbeiter-Lohnkonto			51 119	08	" Ammoniuf:	168 014	07
Generalunkostenkonto			91 119	100	fonto "Hausanschluß-		. 01
und Beleuchtung des Betriebs .			60 175	90	"Hagazin=		
Utensilien u. Unkosten d. Betriebs			69 225	05	fonto .	15 313	. 56
Reinigungsmaterialkonto			23 110	08	(Un amostion	10010	100
Grundstücks- u. Gebaude-Unter-	Ì		20110	00	unterhaltungs=	İ	
haltungskonto			25 390	84	fonto	64 637	68
Apparate = Unterhaltungstonto .	Ì		23 158	19	" Kapitalkonto		1
Rohrleitungs-Unterhaltungsfonto			13 452	03	Gerresheim		02
Ronto ber öffentlichen Beleuchtung	i				" Effettentonto		
Aufstellung von Laternen	10 675				l " " <i>ı</i> —	1	
Unterhaltung, "	141 520	73		İ	l <i>1</i>	i	
Gastonfum	147 086	10	299 282	11	1 <i>1</i>	l	
Binfento		1	238 124	83	1		
Stadtfaffentonto, etatsmäßige Ab-		į.	١.		1 · /	1	
führung an bie Stadtfaffe	İ	1	780 000 ¹	i —	i /	1	
Baufonto,				į	1 /	ł	
ctatom. Abschreibungen:	00.150				1 /	İ	
äude 3% v. Mt. 1271958,75		76			1 /	i e	
behälter 6 % v. Mt. 625 412,13		73				ļ	
rtenöfen 10 % v. Mf. 719 600,—	71 960 87 773	11				l	
arate 10% v. Mf. 877 731,06	01 110	11			l <i>1</i>	ĺ	
nbahnanschluß,		i			! /		
u. Wegeanlage 6% v. Mf. 232 250,52	13 935	03			! /	•	
rleitung 4% v. Mf. 252 250,52		43			f /		
messer 12½% v. Mt. 355 010,65			291 616	87	1 1		
		101	201 010	. 01			
Baukonto, Rohrleitung, außer-			100 000				
ordentl. Abschreibung			100 000	$\frac{1}{10}$	1 /		
Gasmesser=Mietekonto		-	6370	83	l <i>1</i>		
Diverse Debitoren			293	55	l <i>1</i> 1		
Bilanzfonto			436 782	50			
Changionio				<u> </u>	/	1 100 110	1
1			4 488 008	28		4 488 008	28
1							

Laut Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Juli 1908 wurde die Hälfte des schuffes von 436 782,50 Mf. = 278 391,25 Mf. der Stadtkasse überwiesen, die andere Hälfte zu Erweiterungen des Gaswerkes und zu Abschreibungen verwendet werden.

¹ Davon 25 000 Mf. Beitrag zu den Berwaltungstoften und 75 000 Mf. für die Tief-

Bas bie Betriebsausgaben auf Gasproduktionskonto

	1907 (28 369 90	0 cbm)	1906 (27 699 900) cbm)
	im ganzen	auf 1000 cbm erzeugtes Gas	im ganzen	auf 1000 cbm erzeugtes Gas
	Mt.	Mf.	Mf.	Mt.
An Gaskoblen	1 517 628,96	53,49	1 385 630.15	50.02
" Unterfeuerung ber Öfen	147 879.00	5 21	141 334,60	5,10
" Betriebearbeiterlöhne .	199 977,73	7,05	204 069,39	7,37
" Unterhaltung ber Gas-		1		1,4
" öfen	42 295,40	1,49	41 201,45	1,49
" Reinigung bes Gafes .	23 110,08	0,81	20 360,27	0,73
" Wafferverbrauch, Strom-	,	i	 	,
verbrauch, Heizung u.		;	}	
Beleuchtung des Be-			ł	
triebes	60 175,90	2,12	121 734,57	4,39
" Betriebsutenfilien und			}	4,00
Unfosten	69 225,05	2 44	[]	İ
" Dampfinaschinenbetrieb	49 511,45	1,75	38 482,00	1,39
" Unterhaltung d. Grund-	07.000.01	0.00		
ftude und Gehaude .	25 390,84	0,90	30 332,20	1.10
" Unterhaltung d. Arparate	23 158,19	0,82]	1,20
" Unterhaltung der Rohr-	10 150 00	0.45	14,500,10	0.50
leitungen	13 452,03	0,47	14 500,12	0,52
" Gehälter	77 481,22	2,73	57 211,84	2,07
"Bensionen	4 548,37	0,16	12 866,32	0,46
" Generalunkosten	51 119.08	1,80	77 999,94	2,82
Sunine	2 304 953,30	81,24	2 145 722,85	77,46
		1	1	1 '
		Die Rei	neinnahme	n für bie
Für Kofs	877 215,83	30,92	786 105.56	28.38
Grann Grann	104 101,64	3,67	100 (90,44	3.63
" Olympiat	168 014,07	5 92	152 773.65	5,52
" Zilittibilitat	19 00 2 40	0.46	0 000 00	0,95

Die Reineinnahme für bas Rubikmeter Gas betrug im Durchschnitt bes Gesamtverbrauchs für Leucht-, Heiz-, Koch- und Kraftzwecke nach Abzug ber Rabatte:

1898	11,89 Pf.	1903	11,39 Pf.
1899	11,71 "	1904	11,36 "
1900	11,54 "	1905	11,24 "
1901	11,46 "	1906	12,30 "
1902	11,39 "	1907	12,22 "

im befondern anlangt, fo betrugen biefe:

1905		1904		1903 (22 052 700 cbm)		
(25 588 200 im ganzen	auf 1000 cbm erzeugtes Bas	(28 723 200 im ganzen	auf 1000 cbm erzeugtes Gas	(22 052 700 im ganzen	ocbm) auf 1000 cbm erzeugtes Bas	
		<u> </u>				
Mf.	Mŧ.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	
1 221 261,06	47,73	1 205 064,30	50,80	1 030 437,24	46,73	
133 376,10	5,21	117 897,00	4,97	108 427,00	4,91	
168 544,02	6,59	155 892,82	6,57	133 845,44	6,07	
34 938,97	1,36	50 651,51	2,13	31 703,95	1,44	
19 727,22	0,77	18 158,98	0,77	15 615,49	0,71	
•			'			
110.000.00	4.41	105 000 17	4 47	77.001.00	0 5 1	
112 963,99	4,41	105 926,17	4,47	77 381,90	3,51	
NE 140 OF	1 45	30 117,78	1,27	04.005.91	1 19	
37 142,87	1,45	30 111,10	1,24	24 925,31	1,13	
20.400.00	. 0.00	18 796 47	. 0.70	11 740 05	0.50	
23 469,93	0,92	10 190 41	0,79	11 748,85	0,53	
17 117 00	0.67	12 431,02	0.50	10 117 71	0.55	
17 115,96 55,483,39	0,67 2,17	h '	0,52	12 117,71	0,55	
12,751,48	0,50	61 263,99	2,58	55 580,10	2,52	
80 771,90	3,16	76 749,32	3,24	$68\ 474.93$	3,10	
1 917 546,89	74,94	1 852 949,36	78,11	1 570 257,92	71,20	
,	* 1	,	·		,	
gewonnenen	Nebenpro	dukte betrug	en:			
662 385,82	25,88	589 287,36	22,73	468 134,50	21,23	
91 274,50	3,57	86 965,24	3,67	87 911,72	3,99	
157 118,91	6,14	139 119,59	5,86	128 326,41	5,82	
9 754,95	0.38	5 452,79	0,23	12 903,00	0,58	

Die Selbftfoften ber koftenfrei erfolgenben Stragenbeleuchtung betrugen:

32,49

770 824,98

inegesamt 299 282,11 Mf.

697 275,63

Das Gesamtanlagekapital betrug am 1. April 1908: 14 925 243 Mk., ber Buchwert 4 726 914 Mk., ber Feuerversicherungswert für Mobilien 506 200 Mk., für Immobilien einschließlich Raschinen 5 569 700 Mk.

Schriften 129. Zweites Beft. - Gemeinbebetriebe II. 2.

35,97

 2

31,62

Die etatsmäßige Abführung an die Stadtkaffe betrug 1880 bis 1893 je 150000 Mf. und ist von da ab mit Vergrößerung des Bestriebs und Anwachsen der kommunalen Aufgaben auf dem Gebiete der allgemeinen Bohlfahrtspflege allmählich bis auf 680000 Mf. im Rechnungssjahre 1908 gestiegen.

Hieraus und aus der unter o mitgeteilten Geschichte der Preispolitif ergibt sich als Leitgedanke für die Verwendung des Gewinns aus den städtischen Gaswerken, daß diese nicht dazu verwendet werden, die Konsumpreise unter ein bei den heutigen Verhältnissen als normal anzusehendes Riveau sinken zu lassen, sondern einerseits angesichts der technischen Sigenart der Gasproduktion zu entsprechend hohen Abschreibungen und anderseits dazu, der Stadtgemeinde zur Durchführung ihrer allgemeinen Kulturausgaben Mittel zur Verfügung zu stellen, die sonst nur durch Anziehen der Steuerschraube zu schaffen wären.

Im übrigen leiftet das Gaswerk, wie aus der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich, noch einen Beitrag zu den allgemeinen Berwaltungskoften (z. Zt. 25000 Mk.) und ersetzt mit 75000 Mk. der Tiefdauverwaltung die Kosten für die durch das Gasrohrnetz verursachten Tiefdauarbeiten.

Einzelheiten über bie allgemeine Finanzgebarung ber städtischen Gaswerke sind ben vorstehend abgedruckten Übersichten (Gewinn- und Berluftonto 1907 und Bilanzkonto 1907) zu entnehmen.

2. Das städtische Baffermert.

a. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung.

Das städtische Wasserwerk in Düsseldorf ift nur wenige Jahre jünger als die Gasanstalt und damit eines der ältesten Werke Deutschlands. Bon den Städten der Rheinprovinz kann nur das städtische Wasserwerk in Essen auf eine um einige Jahre (Indetriedsetzung 1856) längeren Betried zurücklicken. Während aber hier schon jahrhundertelang eine künstliche städtische Wasservleitung vordem tätig gewesen war und deren Ersetzung durch ein städtisches Wasserwerk im wesentlichen durch Wasser ersetzung durch ein städtisches Wasserwerk im wesentlichen durch Wasser und gel verhältnismäßig früh zwingend notwendig wurde, führten in Düsseldorf in erster Linie Bedenken über die Beschaffenheit des bislang benutzten Wassers, insbesondere nach der hygienischen Seite hin, dazu. Um die Mitte des Jahrhunderts, wo mehrfach Epidemien um sich griffen, die bei einigermaßen einwandsreier Beschaffenheit des Trinkwassers auch nicht entse

fernt gleichen Umfang hätten annehmen können, wollten die Klagen in der Öffentlichkeit nicht wieder verstummen.

Nach umfänglichen Vorerörterungen im Schoße ber städtischen Verswaltung trat die Stadtverordnetenversammlung zum ersten Male im September 1865 der Angelegenheit näher, indem sie eine Kommission zum Studium von Kosten, Leistungsfähigkeit und Rentabilität der bereits vorshandenen Werke einsetzte.

Gleichzeitig wurde mit mehreren Privatunternehmern unverbindlich in Verhandlung getreten, in beren Verlauf der als Erbauer einer ganzen Reihe von Wasserwersen bekannte Oberbaurat Moore der Stadt das Anerbieten machte, das Werk mit etwa 900000 Mk. Anlagekapital zu bauen und darnach von der Stadt gegen eine jährliche Pacht von 5 ½ % o des Anlagekapitals unter 25 jähriger Vertragsdauer zu übernehmen. Dies Angebot wurde aber abgelehnt, weil, wie es in der Druckschrift des Oberbürgermeisters Hammers von 1866 heißt, "schon der ärmeren Klassen wegen die Herbeischaffung eines so unentbehrlichen Bedürfnisses nicht an Private überlassen, sondern seitens der Gemeinde dafür gesorgt werden solle. Für diese sei her Herbeischaffung des für den persönlichen und wirtschaftlichen Bedarf ihrer Mitzglieder sowie für die allgemeinen kommunalen Zwecke nötigen Trinkz und Rutwassers eine der vorzüglichsten in ihren natürlichen Wirkungskreis fallenden Aufgaben."

Die Bürgerschaft nahm an dem Projekt regsten Anteil, wie aus zahlreichen mehr oder weniger umfassenden Preßveröffentlichungen jener Tage
hervorgeht; die königliche Regierung griff ebenfalls fördernd ein, indem sie
in ihrer Verfügung vom 12. Juli 1867 hervorhob, daß "der Staub, die
Exhalationen der Ruinen und Moräste fast unerträglich seien und die Frage
um so dringender werde, als noch im November 1866 mehrere öffentliche
städtische Brunnen wegen der zunehmenden Choleragefahr hätten gesperrt
werden müssen."

Benn es in bieser Verfügung dann freilich unter Hinweis auf die bereits getätigten Verhandlungen weiter hieß: "Es ist nicht denkbar, daß die Vertretung der Stadt das äußerst günstige Anerdieten Moores von der Hand weisen könnte", betonte die Stadtverordnetenversammlung demgegenüber erneut, daß, so günstig der Vertrag auf den ersten Blick erscheine, alle Erschrungen doch dahin übereinstimmten, daß Wasserwerke, "sollten sie wirklich gemeinnüßig sein, von den Stadtverwaltungen selbst verswaltet werden müßten." Allerdings erwog man zunächst, ob es nicht zwecks Herabminderung des Risikos empsehlenswert sei, wenigstens eine Beteiligung von Privatkapital, dem dann in beschränktem Maße freilich

2*

wohl auch ein Einfluß auf die Berwaltung zu gewähren sein wurde, zuzulassen; boch ging man fpäterhin auch hiervon ab.

Entscheibend für die schließliche Akzeptierung des reinen Kommunalsprinzips war neben den Erwägungen allgemeiner Art die Überlegung, "daß der Selbstverbrauch einer Stadt einen erheblichen Teil des ganzen Wasserverbrauchs bilde, wofür ihr alsdann nur der Selbstkostenpreis zur Last falle", und wie es außerdem "aus sanitären Rücksichten und zum Zwecke der Feuerlöschung allein schon wichtig sei, daß die Stadt stets über ein genügendes Quantum Wasser zu verfügen habe, ohne von dritten, durch andere Rücksichten geleiteten Bersonen, abhängig zu sein".

Nachbem, um einen Anhalt für den mutmaßlichen Konsum zu gewinnen, mehrere Aufruse veranlaßt worden waren und vielseitigen Anklang gefunden hatten, beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni 1866 den Bau und den Betrieb eines Wasserwerks als städtischer Anstalt unter der Bedingung, daß eine Rentabilität von mindestens 3% ighrlich schon während der ersten drei Betriebsjahre garantiert werden würde. Nachdent dieser Nachweis in außerordentlich eingehender Berechnung erbracht zu sein schien (vgl. Unterabschnitt d), folgte ein vorbehaltloser Beschluß am 6. Oktober 1868. Im Jahre darauf wurde zur Deckung der Kosten eine Anleihe von 780 000 Mt. in 5 prozentigen Stadtobligationen ausgenommen.

Der Bau selbst begann am 15. Mai 1869 und wurde so gefördert, daß schon am 1. April 1870 der partielle, am 1. Mai 1870 der volle Betrieb der ganzen Anlage eröffnet werden konnte.

Als geeigneter Plat für die Anlage war ein etwa 3 km süblich von der Stadt gelegenes Terrain, durchschnittlich 10 m über dem Nullpunkt des Rheinpegels gewählt worden, nachdem die Prüsung ein mächtiges, grobstückiges Rieslager von einer Tiefe dis zu 24 m und die eingehende Wasseruntersuchung nach Menge und Beschaffenheit vorzügliche Resultate ergeben hatte. Das Pumpwerk wurde mit einer Leistungsfähigkeit von 8808 cbm in 24 Stunden und 2 Corliße Dampsmaschinen ausgerüstet; die Hauptrohrleitung umfaßte dei Indetriedsetung von der Pumpstation dis zum Eintritt in die Stadt 2860 m, von da dis zum Austritt aus der Stadt 3520 und von da dis zum Hochreservoir auf dem Grafenberg (vgl. den Stadtplan) 3670 m, insgesamt 10050 m, wozu noch die Ableitungsrohre mit einer Länge von 30000 m hinzusommen. Das ursprüngliche Anlagekapital bestrug 299000 Taler.

Anders wie in der ersten Beriode der von privater Seite betriebenen Gasversorgung, fand die kommunale Wasserversorgung sofort Anklang und gewann schnell Berbreitung. Die Zahl der Konsumenten betrug am

1. Juli 1870: 218, am 1. Januar 1871: 416, am 1. Juli 1871: 543 und am 1. Dezember 1871 bereits 707. Schon 1871 und 1872 mußten daher zwei weitere Brunnen abgeteuft werden. 1874 war der Konsum bereits so gestiegen (vgl. Tabelle 3), daß gleichzeitig auch zwecks größerer Sicherheit der Wasserversorgung ein zweiter Hauptrohrstrang von der Pumpsstation nach dem Hochbassen gelegt und der Bau eines zweiten Pumpwerks ausgeführt werden mußte.

Bon 1876 an etwa nahmen die Konsumenten weniger sprunghaft als bislang zu, da in diesem Jahre etwa der Anschlußprozeß der in Betracht kommenden, bereits bebauten Privatgrundstücke im allgemeinen besendet war; der Konsum dagegen stieg weiter außerordentlich stark, und da seine unverhältnismäßige Vergrößerung zum wesentlichen Teil auf die Verbraucher nach Tarif (vgl. Unterabschnitt b) entsiel, trat man dem Gedanken näher, dem Vorgehen anderer Städte entsprechend, durch obligatorische Sinstührung der Wassermasserichte aus den letzten siedziger Jahren beklagten Wasservergeudung ein Ziel zu setzen. Nach mehrjährigen Verhandlungen aber stand man von diesem Plane ab, und das "Prinzip der reichlichen Wasserversorgung" drang durch. Die Folge davon war eine neuerliche, 1888 abgeschlossene Erweiterung des Werks durch den Bau eines dritten Pumpwerks mit zwei liegenden Verbundmaschinen, die zusammen in der Stunde 1119 odm schw schöpften.

In der folgenden Zeit nahm mit dem Anwachsen der Einwohnerzahl und der Vermehrung der industriellen Betriebe der Wasserverbrauch weiter ständig zu, verlor aber gleichzeitig an Regelmäßigkeit; während z. B. im Jahre 1884 der durchschnittliche Tagesverbrauch 9081 obm und der höchste 15 130 obm betrug, lauteten die Zisserverbrauch 9081 obm und der höchste 15 130 obm betrug, lauteten die Zisserverbrauch 9081 obm und der höchste Da die gesamte Tagesleistung der drei Pumpwerke dei mittlerem Wassersstande 7300 + 7700 + 22 300 = 37 300 obm betrug, bei niedrigem Wasserstande dazu die Werke nicht einmal völlig ausgenut werden konnten, wurde am 24. April 1900 die Errichtung eines vierten Pumpwerkes beschlossen und in den Jahren 1901 und 1902 vollendet. Diese neueste Anlage besteht ebenfalls aus zwei liegenden Verdundmaschinen und besitzt eine Leistungsfähigkeit von 40 000 obm für den Tag. Neuerdings genügt auch sie nicht mehr, und die ersten Schritte zu weiterer Anderung des Werkes (Zwangsenteignung der dazu benötigten Grundstücke) sind bereits getan.

Die vier Pumpwerke liegen fämtlich auf dem gleichen Terrain; das Rohrnet ist 1890/91 durch zwei weitere Hauptwasserrohrstränge vergrößert

Gabelle 3. Betriebsentwicklung des fladtifchen

				Tanes	abgabe	ล	b	
Jahr	Einwohner- zahl einschl. der mit Wasser verforgten Außen- gemeinden	Gesamt= abgabe im	Durch: chnittliche Tages:= abgabe pro Kopf in Litern			Wasserabgabe an Privatkonsumenten		
		Jahr		ftärffte	geringste	nach Waffer= meffern	nach Tarif	
	gemeinven	ebm	Zitetii	ebm	cbm	ebm	cbm	
1	2	3	4	5	6	7	8	
1871	70 094	538 000	21					
1872	72525	696 161	$\frac{26}{26}$	3986	418	328 419	319 444	
1873	74 718	1060294	39	4965	1 000	$450\ 025$	557 803	
1874	76 979	1292024	42	6352	1432	597 720	636 461	
1875	80 568	1 497 189	50	7385	1 672	597825	853 169	
1876	83 261	1 648 104	54	11225	1 737	631 980	961 179	
1877	87 698	1972344	62	9147	2069	682965	1 198 809	
1878	90.037	2 204 137	67	11 453	3 303	677 105	1 449 852	
1879	93 543	2490920	73	10535	3 583	760 235	1 638 115	
1880	95 907	3 146 214	90	14 780	4 403	1018885	1 980 974	
1881	99 533	2 969 034	82	16990	4 377	1 038 105	1 510 356	
1882	103 404	2 835 821	75	12037	4 369	1035815	1 366 739	
1883	107 039	3 226 021	82	16 493	4 787	1146252	1 538 167	
1884	111 224	3 314 689	82	15 130	4 124	1249465	1 475 530	
1885	116 736	3 397 040	80	17 171	5 086	1 387 355	1 468 166	
1886	123 260	3 691.290	82	16 011	4 975	1 441 376	1 653 515	
1887	132 000	3 903 633	81	17 869	5 049	1 652 200	1 654 985	
1888	136 000	3 995 388	80	17 563	5 793	1 748 882	1 635 663	
1889	140 000	4 430 031	81	19 508	6 839	2 015 600	1 740 628	
1890	146 900	4 503 016	84	19 090	6 986	2 162 640	1 623 009	
1891	152 300	4 774 668	86	20 898	6613	$2337591 \ 2628303$	1 645 910 1 730 941	
$\frac{1892}{1893}$	$156600 \\ 162600$	5 382 954	95 98	$25571 \ 25978$	$\begin{array}{c} 8175 \\ 8863 \end{array}$	2 874 153	1 936 143	
1894	166 500	5 831 440 5 462 099	90	26 301	8 526	2 995 770	1 445 759	
1895	175 000	6 100 304	95	24527	8 104	3 527 856	1 516 718	
1896	182 000	6 169 321	93	29 361	9 361	3 935 285	1 469 966	
1897	205 300	6847828	91	29 727	9 033	4 589 420	1 417 318	
1898	213 000	7 758 717	99	33 490	11 251	5 230 145	1 613 737	
1899	224 000	8 606 267	105	38 619	12 717	6 017 590	1 704 367	
1900	228 000	8 890 891	107	40 886	13 167	6 661 255	1 261 091	
1901	250 000	8 846 416	97	40 780	13 247	6 790 182	994 179	
1902	255 500	10 458 368	112	48 065	13 831	7 904 635	1 274 140	
1903	264 800	11 078 937	115	49 511	17 965	7 850 440	1 847 605	
1904	275 850	13 711 071	136	65 868	21 006	9 508 104	1 735 850	
1905	287 450	14 407 063	137	58 920	24 746	10 828 990	1 460 183	
1906	303 500	15 169 626	137	61 544	27 877	11 776 008	1 260 041	
1907	320 500	16 284 384	139	59 270	27 348	12 411 669	620 000	

¹ Die Unichluggemeinden Lubenberg, Gerresheim, Eller, Dberkaffel-Beerdt und Erfrath

Wasserwerks ju Dusseldorf 1871 bis 1907.

c d Wafferabgabe für öffentliche Zwecke		e Berlufte burch Berleh, des Rohr- fystems bei Rohr-	In % zur Gesamtabgabe betrug die Wasserabgabe					Bahl ber mit Waffer verforg- ten Grundstücke		Sefamt≠ länge
jür Etraßen- besprengung, Bedürsnisanst., Kinnsteinspül., Theater, Versch.	Springs brunnen cbm	tenproben, für Minderangabe der Waffermeffer, so- wie für Feuer- löschzwecke usw. Chm	3u 2	au b	ди e	ди d	gu e		dar= unter nach Messer	des Rohr= nepes m
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
131 440 99 055 106 085 111 290 135 450 137 235 163 065 162 600 342 910 299 625 322 660 300 700 279 020 299 765 312 190 314 715 283 685 271 910 202 180 224 425 450 170 424 950	7 593 7 312 6 188 4 470 8 900 26 320 17 230 15 280 22 705 51 585 101 202 760 121 185 94 795 75 855 93 565 104 000 151 100 145 000 176 580 145 000 176 580 189 935 195 710 139 285 240 315 347 825 554 495 602 520 645 840 612 410	3 000 4 600 4 400 6 000 10 000 296 903 283 582 322 602 331 469 339 704 369 129 399 538 443 003 450 302 477 467 538 295 583 144 546 210 610 030 308 470 342 390 386 935 430 310 444 545 442 320 522 918 553 947 1 371 107 1 080 530	37,70 40,84 39,03 42,33 48,77 45,50 48,03 48,96 49,28 54,85 57,83 63,79 67,02 67,59 69,92 74,76 75,58 70,86 69,35 75,16	52,61 49,26 56,98 56,78 65,78 65,76 62,96 50,87 44,51 43,22 44,79 42,39 40,94 39,29 36,04 33,21 26,47 24,83 20,70 20,85 19,80 14,19 11,218 16,68 10,14	4,264 4,010 2,611 3,032 2,522 3,864 3,452 3,452 3,411 5,140 4,522 4,386 3,19 3,662 3,19 1,062 3,19 1,062 3,19 1,062 3,19 1,062 3,19 1,062	0,699 0,477 0,299 0,544 0,488 0,778 1,822 3,329 2,43 3,822 3,299 2,43 1,901 2,311 3,65 2,578 2,588 2,593 2,593 2,793 3,544 4,711	0,18 0,23 0,20 0,24 0,32 10,00 10,00 10,00 10,00 10,00 10,00 10,00 10,00 10,00 5,00 5	8 817 9 131 9 450 9 872 10 403 10 805 11 263 11 926 1 12 534 13 044 13 462	139 150 186 196 226 242 205 215 257 321 458 507 1 131 1 262 1 541 1 987 2 235 2 611 3 030 3 458 4 102 4 876 5 615 6 625 8 6666 7 185 8 523 9 976 10 615 11 220	40 050 54 860 68 511 71 400 72 213 74 146 75 864 76 979 81 177 82 693 86 959 90 268 93 776 96 265 100 818 107 975 122 404 126 010 134 660 138 869 148 613 151 801 164 621 171 487 177 923 186 198 195 533 201 435 249 392 259 228 272 057 295 907
439 235	556 620	1 137 722	77,63	8,31	6,5	56	7,50	13 789	11 755	314 657
519 845	800 000	1 932 870	76,22	3,81	8,	10	11,87	14 017	12 224	331 428

jählen nur je als ein Grundstück.

und die Behälteranlage durch einen Hochbehälter von 3600 cbm Faffungs= vermögen, welcher neben bem ersten erbaut wurde, erweitert worden.

Das Berforgungsgebiet ber städtischen Wasserwerke mar von Unfang an mit dem städtischen Gebiet identisch, bis auch hier im Laufe des letzten Jahrzehnts über die Düsseldorfer Gemarkung hinaus gegangen und eine Reihe umliegender Ortschaften angeschlossen worden ist (vgl. c).

Die Betriebs= und Produktionsentwicklung wird burch folgende, der Tabelle 3 entnommene Ziffern illustriert. Die Zahl der mit Wasser versorgten Grundstücke betrug 1874: 1970, am 1. April 1908 14017, das Rohrnet hatte 1874 eine Gesamtlänge von 54860 m, 1908 von 331428 m; abgegeben wurden 1874: 1292024 cbm, 1907 16284384 cbm.

Der Prozentsat der Wasserabgabe für öffentliche Zwecke ist dabei (unter mancherlei Schwankungen in dazwischenliegenden Jahrzehnten, wie Tabelle 3 im einzelnen zeigt) heute ungefähr der gleiche wie zu Beginn des Betriebs, dagegen hat sich seit etwa 1880 das Verhältnis zwischen dem Konsum nach Wassermesser und dem Konsum nach Tarif völlig verschoben, so daß letzterer, der, wie oben erwähnt, vordem die Mehrheit ausmachte, sich heute zu ersterem wie 1:20 verhält. Die Abgabe auf den Kopf der Bevölkerung ist erheblich, namentlich im letzten Jahrzehnt mit seinem hohen, gewerbslichen Ausschwinge gewachsen; er betrug 1907 mit 189 l pro Jahr rund das Siebensache wie im ersten Jahre des Betriebes.

An Brennmaterial wurden verwandt 1874: 820 000, 1907 7 220 450 kg Kohlen und Kofsgruß; zur Förderung von 100 obm Wasserwaren 1874 durchschnittlich 63,48 kg, 1907: 44,34 kg erforderlich.

b. Die Preise für ben Ronsum bes Stadtgebietes.

In dem ersten der oben erwähnten Aufruse vom 25. Januar 1868, in denen der Oberbürgermeister an der Spitze einer Zahl hervorragender Bürger zum Anschluß an das in Aussicht genommene städtische Wasserwerk aufforderte, wurden als voraussichtliche Preisbedingungen folgende mitgeteilt:

"Der Preis des Wassers berechnet sich bei Privathäusern nach der Zahl der bewohnbaren Räume, der Rüchen, Waterklosets und Badezimmer eines Hauses derart, daß jeder dieser Teile mit einem Taler, eine Wasch= küche aber mit 3 Taler jährlich veranschlagt wird und die hiernach ers mittelte Summe den von dem Hause zu entrichtenden jährlichen Betrag bildet. Ein Haus von zwölf Teilen und Waschtüche z. B. würde alles Wasser für den Hausbedarf bis in die obersten Etagen für 15 Taler

pro Jahr erhalten. Wer Pferde oder Bieh besitzt, zahlt außerdem für einen Wagen, ein Pferd, Rindvieh usw. 1 Taler pro Stuck jährlich.

Für einen Privatgarten werden 2 ¹/₂ Sgr. pro Quadratrute = 14,21 qm, für ein Treibhaus ¹/₂ Sgr. pro Quadratfuß = 0,098 qm Fläche und für einen Springbrunnen mit einer Ausflußöffnung von ¹/₈ Zoll Durchmesser, 5 Taler jährlich gezahlt.

Bei gewerblichen Anlagen, z. B. Dampfmaschinen, Brauereien, Schlächtereien, Bauunternehmungen, Ziegeleien, Handelsgärtnereien, sowie bei Gasthösen, Badeanstalten, Krankenhäusern, Kasernen und ähnlichen Gebäuden, wird das Wasser nach einem Wassermesser geliefert, und es werden für 1000 Kubiksuß (225 Ohm) = 30,90 cbm 15-30 Sgr. gezahlt, je nach der Höhe des jährlichen Konsums.

Alle biefe Preife murden bei einer Steigerung bes Gesamtkonsums sich entsprechend ermäßigen.

Die Kosten ber ersten Einrichtung betragen bei einsacher Leitung nur bis ins Erdgeschoß 15—20 Taler, bei komplizierten Leitungen und solchen bis in die obersten Stagen etwas mehr. Diese Kosten sind zwar von den Konsumenten zu tragen, werden aber auf Verlangen der letzteren von der Stadt vorgeschossen und mit 5 % Zinsen in 10 Jahren ratenweise wieder eingezogen."

Schon im zweiten Aufruse bes Oberbürgermeisters vom 15. Juli 1868 wurde ein billigerer Preis in Aussicht gestellt und zwar berartig, baß er "bei einem Hause mittlerer Größe für alles Wasser zum Hausbedarf jährlich durchschnittlich 12 Taler betragen wird". Überdies wurde in Aussicht gestellt, daß bei der Feststellung der Konsumhöhe allen besonderen Berhältnissen des Hauses und seiner Bewohner, welche auf den größeren oder geringeren Wasserbrauch von Einfluß sind, Rechnung getragen werden solle.

Die Versprechungen bieser Aufruse wurden nicht nur gehalten, sondern in dem Regulativ für die Entnahme von Wasser aus dem städtischen Wasserwerf vom 24. November 1869 wesentlich übertroffen.

Nach diesem Regulativ, das bis zum 1. Juli 1877 in Geltung stand, wurde entweder nach Tarif, d. h. nach staffelmäßig abgestuften Bauschsummen, ober nach dem Stande der Wassermesser bezahlt. Nach Wassermessern, die von der Direktion des städtischen Wasserwerks käuslich oder gegen Miete zu beziehen waren, wurde Wasser nur zum Gewerbebetriebe und in den Fällen verabsolgt, wo der durchschnittliche Tagesverbrauch mindestens 3 chm betrug — hierbei kosteten die ersten 15 000 chm des Jahreskonsums 8 Kf. pro Kubikmeter, jedes weitere Kubikmeter 6,50 Kf. —;

nach Tarif, wenn ein anderer oben nicht genannter Fall eintrat, wurde berechnet — um aus den vielen Festsetzungen für die verschiedenen praktischen Berhältnisse die wichtigsten und häusigst angewendeten herauszugreisen — für das Wasser zum gewöhnlichen Hausdedarf von jedem bewohndaren Raum, jeder Küche oder Waschstüche eines Gebäudes dis zu 10 Studen pro Jahr 2,50 Mt., für jeden weiteren bewohndaren Raum, Waschstüche oder Küche 1,50 Mt. Diese fallende Teilgebühr entsprach dem verminderten Preise für die größeren Konsumenten bei den Wassermessern. In Ergänzung dieses Regulativs beschloß die Wasserwerkstommission im Jahre 1870 einige Ausstührungsbestimmungen, deren wesentlichste dahin ging, Wassermesser hinfort für Wohnhäuser überhaupt nicht aufzustellen, sowie einzelne Etagen, einzelne Räume, Küchen, Pferdeställe nicht zu versorgen.

Diefe Bestimmungen waren gang bagu angetan, die oben bereits geschilderte Wasserverschwendung großzuziehen, so daß eine Zeitlang sogar als entgegengesettes Extrem an eine obligatorische Einführung der Baffermesser gedacht wurde. Wenn hiervon auch wieder Abstand genommen wurde, so erfolgte doch am 12. März 1877 ber Erlaß eines neuen Regulativs, bas zwar auch fernerhin die Wafferentnahme nach Waffermeffer ober nach Ginschätzung (Tarif) gestattete, jedoch an Stelle ber bisherigen Abgrenzung beiber Berechnungsarten bie Bestimmung fette: "Uber ben ju mählenden Modus entscheidet bie Berwaltung bes städtischen Wafferwerks." Für das nach Einschätzung zu entnehmende Waffer blieb der Tarif im wefentlichen unverändert, nur bei einigen Tarifftellen mar eine Erhöhung, (2. B. für jebe Babeeinrichtung von 4,50 Mt. auf 6 Mf. pro Sahr) vorgesehen; bei ber Entnahme nach Wassermessern bagegen murde ber Preis von 8 Pf. pro Rubikmeter jest einheitlich auch für die größeren Konsumenten burchgeführt und lettere bafur burch einen, bei einem Sahrestonfum von mehr als 10000 cbm mit 10 % beginnenden und staffelförmig bis zu 30 % fteigenben Rabatt entschäbigt.

Eine weitere Revision bes Regulativs erfolgte im Jahre 1883, weil, wie es im städtischen Verwaltungsbericht für 1882/83 hieß, es erforderlich schien,

- a) "ber Wasservergeudung durch Taristonsumenten nachhaltig entgegenzuwirken und diejenigen Fälle, in welchen Wassermesser stets zu sehen seien, genau zu präzisieren,
- b) das Wafferwerk im finanziellen Interesse der Stadt einträglicher zu machen und
- c) eine gerechtere Stala für Rabattbewilligungen an größere Konfumenten festzusetzen."

Dementsprechend wurde mit Regulativ vom 1. Juli 1883 bie Aufstellung von Wassermessern für Fabriken und für solche Gewerbetreibende vorgeschrieben, die größere Wassermengen verbrauchen, ferner für Grundstücke, die an den städtischen Schwemmkanal angeschlossen sind, für Grundstücke mit Elevatoren, soweit sie nicht ausschließlich für Waschüchen benutzt werden, und für hydrauliche Motoren. Der Wasserzins wurde von 8 auf 12 Pf. pro Kubikmeter erhöht, doch wurde im Interesse der kleinen Konsumenten für die ersten 90 obm ein Bauschbetrag von 11 Mk. viertelzährlich sestzgeszt und der bis dahin 60 Mk. betragende Mindestbetrag auf 44 Mk. ermäßigt. Die Rabattsätze beginnen fünstig schon dei einem Jahreskonsum von 5000 obm mit 5 % und steigen bis zu 25 %, doch trat entsprechend dem Gasregulativ vom 13. Februar 1883 eine grundsätsliche Änderung dahin ein, daß der höhere Rabatt fünstig stets nur dis zur nächst niedrigen Grenze und nicht wie bislang, dis zum ersten verbrauchten Kubikmeter zu= rück zugebilligt werden sollte.

Die Sätze für den Verbrauch nach Tarif blieben im wesentlichen bestehen, nur bei einigen Tarifstellen ersolgte eine weitere Erhöhung und zwar bei Badeeinrichtungen von 6 Mf. auf 10 Mf. jährlich, bei Wasserklosetts von 4,50 Mf. auf 5 Mf. und bei Straßenbesprengungen pro Sprenghahn von 8 Mf. auf 10 Mf. Die Wasserwesserweiten schließlich wurden auf 2 Mf. bis 12 Mf. vierteljährlich je nach Größe erhöht. Etwas eigenartig lautete im genannten Verwaltungsbericht die Motivierung der Abänderung bes Tarifs: "Die Stadtverordnetenversammlung hielt sich nämlich überzeugt, daß der Tarif für die Tarifsonsumenten zu hoch sei und erst durch die jetzt beschlossene Erhöhung des Einheitssatzs von 8 auf 12 Pf. pro Kubismeter nach Wesser bezogenen Wassers in ein richtiges Verhältnis komme."

Die Absicht dieses neuen Regulatios, den Berbrauch nach Tarif eins zuschränken, ist, wie aus dem oben unter a Gesagten und Tabelle 3 erssichtlich, gelungen, und das Regulativ gilt mit unwesentlichen Ünderungen auch heute noch, nur im Jahre 1902 wurden die Wassermieten auf 1,50 Mf. dis 9 Mf. vierteljährlich, am 1. April 1908 weiter auf 1,10 Mf. dis 6,75 Mf. vierteljährlich ermäßigt.

Die Preispolitik der städtischen Wasserwerke beruht im wesentlichen auf dem Grundsate "der Leistung gegen Leistung"; die einzelnen Sätze sind, wie aus den Zusammenstellungen im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte und in dem jüngst erschienenen Werk "Die Preußischen Städte" von Silber gleit ersichtlich, im Verhältnis zu anderen Städten mäßig; das System der Festsetzung eines Mindestzinssatzes beruht in erster Linie auf sanitären

Erwägungen, mit benen bie Bunfche zahlreicher Hygieniker und Sozials politiker übereinstimmen.

Die Gestaltung der Preise ruht in der Hand der Stadtgemeinde und ist nicht an die Genehmigung höherer Instanzen gebunden, da eine Bolizeisverordnung, welche den zwangsweisen Unschluß irgend welcher Grundstücke an die städtische Wasserleitung vorschreibt, für Düsseldorf nicht besteht, das städtische Wasserwerk also keine "Gemeindeanstalt" im Sinne der Rheinischen Städteordnung ist.

Was die Installationsanlagen anlangt, so schreibt das bestehende Regulativ vor, daß die Zuleitung von Straßenrohren und deren Berbindung mit der Privatleitung sowie Aufstellung des Wassermessers nur durch das Wasserwerk hergestellt, verändert oder erneuert wird.

Installationsarbeiten im Innern ber Gebäube werden seit einer Reihe von Jahren nicht mehr vom Wasserwerk ausgeführt.

c. Die Wafferverforgung ber außerhalb bes Stadtkreises gelegenen Gebiete.

Auch hinsichtlich der Wasserversorgung führte die natürliche Entwicklung bazu, in ihren Bereich allmählich eine Reihe von Gemeinden zu ziehen, die schon längst zum wirtschaftlichen Wirkungskreis Düsseldorfs gehören und berufen schienen, früher oder später mit Düsseldorf auch eine politische Einheit zu bilden. Im einzelnen ist diese Entwicklung derzenigen des Gasversorgungszebietes (vgl. I, 1, c) parallel gegangen und zum Teil insofern Hand in Hand, als gleiche oder doch gleichzeitige Verträge die Abgabe des Gases wie auch des Wassers geregelt haben.

Der erste biesbezügliche Bertrag murbe am 18. Juni 1886 mit ber Stadt Gerresheim abgeschlossen. Die wesentlichsten Vertragsbedingungen, bie auch heute noch in Geltung stehen, sind folgenbe:

Die Stadt Gerresheim verpflichtet sich, für die Dauer des Bertrags ihren Wasserbedarf nur aus der Wasserleitung der Stadt Düsseldorf zu becken; der Anschluß erfolgt bei dem Hochbassin der Wasserleitung, die Rohrleitung nebst allem Zubehör ist von der Stadt Gerresheim auf eigene Kosten herzustellen; die Stadt Gerresheim wird als ein Konsument ansgesehen und zahlt dieselben Preise und erhält dieselben Rabattsäße wie die Düsseldorfer Konsumenten nach Wassermesser. Weiterleitung und Weitersabgabe des Wassers an die einzelnen Verbraucher ist Sache der abnehmenden Gemeinde. Der Vertrag ist die zum 31. März 1905 für beide Teile bindend. Von da ab hat jeder der beiden Kontrahenten das Kündigungserecht mit zweijähriger Frist. Die Garantie irgend welchen Mindestkonsume

übernahm Gerresheim nicht, die Stadt Düsselborf dagegen behielt sich vor, ber Kontrahentin jährlich nicht mehr als 400 000 cbm Wasser liesern zu brauchen. Eine Heranziehung zu Kommunalabgaben aus dem Wasserwerksebetrieb bleibt ausgeschlossen.

Die Wasserabgabe auf Grund dieses Vertrages betrug im ersten vollen Jahre 20641 cbm, im Rechnungsjahre 1907: 262864 cbm. Die Stadt Gerresheim ihrerseits erhebt von ihren Konsumenten 15 Pf. pro Kubiksmeter unter Erteilung eines Rabatts von 10 bis 20%.

Fast zehn Jahre später (1896) murbe ein ganz ähnlicher Bertrag mit ber Landgemeinde Eller abgeschlossen, ber fich von dem soeben geichilberten im wesentlichen nur baburch unterscheibet. bag Duffelborf bier bas Waffer bis zur Stadtgrenze führt, die Abnahmegemeinde einen Mindeft= verbrauch von 15 000 cbm jährlich für die ersten fünf Jahre und von 20 000 cbm für die spätere Zeit garantiert und bas städtische Wasserwerk nicht verpflichtet ift an Eller mehr als 300 000 cbm Waffer jährlich zu liefern. Diefer Bertrag murde für die Zeit vom 1. April 1897 bis jum 31. März 1907 für beide Teile bindend, von da ab mit zweijähriger Ründigungsfrift für beibe Teile abgeschloffen, jedoch schon vor Ablauf biefer Beit im Jahre 1906 burch einen anderen erfett, ber aber an ber Sachlage als mefentlich nur andert, daß Duffeldorf funftig bas Waffer ftatt bis zu einem Bunft an ber Stadtgrenze zu beren zwei führt und bafür ber garantierte Mindestkonsum sich von 20000 auf 25 000 cbm erhöht. Außerdem enthält Diefer zweite Bertrag Bestimmungen über einen fpateren Anschluß auch ber Ortschaft Werften, boch ift biefer, wie ein weiterer Bertrag vom Sahre 1906 mit diefer Ortschaft selbst, burch beren Eingemeindung zum 1. April 1908 hinfällig geworben.

Der Wafferverbrauch Ellers betrug im ersten vollen Bertragsjahr (1899) 11645 cbm, 1907: 116415 cbm Waffer.

Ein britter Vertrag wurde mit der Gemeinde Erfrath im Jahre 1901 abgefchlossen. Unter benselben Lieferungsbedingungen wie oben garantiert Erfrath einen Mindestsonsum von jährlich 10000 cbm, die Lieferungsverpflichtung endet mit jährlich 300000 cbm. Der Gemeinde Erfrath ist es gestattet, so lange die Stadt Gerresheim alles von ihr versbrauchte Wasser nur aus dem Wasserwert der Stadt Düsseldorf bezieht, der Stadt Gerresheim Wasser unter denselben Bedingungen zu liefern, welche für die unmittelbare Lieferung von Wasser seitens der Stadt Düsseldorf an die Stadt Gerresheim gelten. Der Vertrag läuft auf zwanzig Jahre und ist für die Abnehmerin unkündbar; die Stadt Düsseldorf dagegen behält sich das Recht vor, den Vertrag jederzeit mit zweijähriger Frist zu kündigen,

ohne daß hierdurch der Kontrahentin irgend ein Anspruch auf Entschädigung zusteht; nach Ablauf von zwanzig Jahren steht beiden Vertragschließenden die Kündigung mit zweijähriger Frist zu.

Der Wafferkonsum ber Gemeinde Erkrath betrug 1903: 42660 cbm, 1907: 117685 cbm.

Grundsätlich auf gleichem Boben wie die oben geschilberten Verträge bewegt sich das Abkommen, welches 1897 wie hinsichtlich der Gasversforgung (vergl. I, 1, c) auch hinsichtlich der Wasserversorgung der Gemeinde Herb t mit der Rheinischen Bahngesellschaft abgeschlossen wurde.

Der Wasserpreis beträgt barnach einheitlich 12 Pf. pro Rubikmeter ab Wassermesser am Beerdter Ufer; Die Weiterführung bes Wassers zu ben Ronfumenten und die Abgabe an biefe ift Sache ber Unternehmerin; ber Bertrag läuft vom 1. Januar 1899 auf breißig Jahre, boch erfolgt bie Abgabe von Waffer nur fo lange, als die Entnahme von Baffer für bas Gebiet ber Gemeinde Beerdt ausschlieflich aus den Werken ber Stadt Duffelborf erfolgt ober eine Entnahme von minbestens 200 000 cbm Baffer garantiert bleibt. Trifft feine diefer beiben Boraussetzungen mehr zu, fo ist die Unternehmerin verpflichtet, die Rohrleitungen vom Beginn der Brude auf der Duffelborfer Seite ab, sowie die hauptmeffer zu erwerben und der Stadt Düsselborf die Kosten der zu erwerbenden Anlage abzüglich 2 % Amortisation pro Sahr zu erstatten; mit einigen leicht erkennbaren Abweichungen find die Vereinbarungen also die gleichen wie die oben hinfichtlich des Gafes mitgeteilten, und bementsprechend übernahm die Unternehmerin auch für den Wasserkonsum die Garantie einer Mindestabnahme von 12000 cbm jährlich. hinfichtlich bes Preises für die Abgabe an die Konsumenten bagegen war eine Bestimmung in biesem Vertrage nicht vor-Die Gesellschaft ihrerseits schloß gleichzeitig mit ber Gemeinde Heerdt entsprechende Verträge unter Wahrung des Monopols ab, jedoch ift die Gemeinde Heerdt am 1. Juli 1907 unter Zustimmung ber Stadt Duffelborf in das Bertragsverhältnis an Stelle der Gesellschaft einaetreten.

Im ersten vollen Jahre ber Vertragsbauer wurden 53 025 cbm, 1907 276 115 cbm Wasser an die Gemeinde Heerdt abgegeben. Letztere erhebt zur Zeit von ihren Konsumenten in Ober-Niederkassel 18 Pf., in Heerdt 20 Pf. pro Kubikmeter.

Während all diese Verträge mit Gerresheim, Eller, Erkrath und Heerdt ber Stadt Düffelborf die Führung des Wassers lediglich bis zu einem bestimmten Punkte an ober nahe der Stadtgrenze, dem anderen Kontrahenten bagegen bis zum Konsumenten auferlegen, gehen die Verträge, welche mit den

Landgemeinden Ludenberg und Lohausen-Stockum in den Jahren 1901 bzw. 1905 geschloffen wurden, von anderen Boraussetzungen aus. Die Landgemeinden ihrerseits erteilen lediglich ber Stadtgemeinde Duffelborf die Genehmigung, unter benfelben Bedingungen, wie sie jeweils für die Stadtgemeinde Duffeldorf gelten, Grundftude im Landgemeindegebiet anauschließen, und übernehmen feine andere finanzielle Berpflichtung als Ersatleiftung für die der Stadt Duffeldorf aus dem Betrieb ermachsenden öffentlich= rechtlichen Abgaben; für einen Teil ber Gemeinde Lohausen-Stockum wird auch der Stadt Duffeldorf für die Vertragsbauer ausdrücklich das Wafferlieferungsmonopol zugefichert. Die erteilte Erlaubnis ift grundfätlich unwiderruflich, doch ift den Gemeinden gestattet, unter Einhaltung breimonatlicher Rundigungsfrift ber Stadt Duffelborf bie Ausführung weiterer Wafferleitungsanschlüsse zu unterfagen. In dem schon erwähnten Teile der Gemeinde Lohausen=Stockum ift lettere ferner jederzeit berechtigt, Die famt= lichen Wafferleitungsanlagen gegen eine vertraglich festgesetzte Entschädigung zu übernehmen, mährend sie anderseits hierzu verpflichtet ist, falls innerhalb ber erften gehn Sahre ber Bertragsbauer die fernere Ausführung von Bafferleitungsanschlüffen nicht mehr gestattet wird.

Auf Grund dieser Berträge sind 1907 unmittelbar an die Konstumenten in Lohausen=Stockum und Ludenberg 49 594 cbm Wasser abzgegeben worden.

Schließlich ist im Jahre 1906 mit der bereits oben erwähnten "Aktiengesellschaft Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zu Rath", der vertraglich das Wasserleitungsmonopol für die Landgemeinde Rath zusteht, die aber mit ihren gegenwärtigen Anlagen dem Bedürsnis nicht entsprechen kann, ein Bertrag des Inhalts abgeschlossen, daß die Gesellschaft ihren Überbedarf für jährlich mindestens 2 dis 3000 Mk. zu gleichen Bedingungen wie für die Düsseldverfer Konsumenten vom städtischen Wasserwerk bezieht; letzteres führt das Wasser dis zur Stadtgrenze; der Gesellschaft ist es untersagt, während der Vertragsdauer ihre Werke in Rath zu vergrößern, andere neue Werke zu errichten oder von anderen Werken als von denen der Stadt Düsseldorf Wasser zu beziehen; der Vertrag läuft, solange die Verträge zwischen der Gemeinde Rath und der Aktiengesellschaft über Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität ihrerscits laufen. Die Verpflichtung Düsseldorfs zur Lieferung endet bei einem Jahresverbrauch von 300000 cbm.

Durch ben oben (S. 13) ermähnten Ankauf bes Gesellschaftsvermögens im März 1909 ist bieser Bertrag hinfällig geworben.

Ebenso lückenlos wie die Gasversorgung umfaßt so die Wasserversorgung der Stadt Düsseldorf den Kranz der herumgelagerten Bororte; ihre plan-

mäßige Ausdehnung hat die nunmehrigen Eingemeindungen (S. 13) ganz wesentlich erleichtert, nach deren Bollzug die geschilderten Berträge mit Ausnahme des mit Erfrath geschlossenen naturgemäß hinfällig und die Lieferungsbedingungen fürs ganze Stadtgebiet einheitlich werden.

d. Finanzielles.

Die oben erwähnte Bedingung des, den Wasserwerksbau genehmigenden Stadtverordnetenbeschlusses vom 23. Juni 1866, daß schon während der ersten drei Jahre eine Rentabilität von mindestens 3% of erzielt würde, ist erfüllt worden; im ersten Jahre (1871) ergab sich bereits eine Rentabilität von 3,40%, im zweiten Jahre von 6,23%, und in den nächsten Jahren stieg sie auf rund 8%, um von da ab in jedem Jahre weiter fortzuschreiten; am Abschluß des ersten Jahrzehnts, im Betriedsjahre 1880 belief sich die Gesamteinnahme des Werses auf 212,710 Mt., der Reingewinn auf 54,150 Mt., die Rentabilität auf 11,13%.

Die Überschüsse bes Wafferwerts wurden vom ersten Jahre ab zu außerordentlichen Ubschreibungen verwandt; von 1881 ab wurden sie, soweit nicht für die gänzliche Abschreibung der Erweiterungen in Aussicht genommen, in einen Reservesonds gefammelt und bei der Sparkasse angelegt. 1886 überschritt dieser zur Verfügung bleibende Überschuß zum ersten Male 100 000 Mt.

Bald ging man aber bavon ab, diese Beträge bei der Sparkasse zinsbar anzulegen, sondern ließ sie als bilanzmäßigen "Reservesonds" im Betriebe mitarbeiten, soweit sie nicht zu außerordentlichen Abschreibungen und zur Ausgestaltung bestimmter, mit den Aufgaben des Wasserwerks im nahen Zusammenhange stehender gemeinnütziger Einrichtungen verwandt wurden.

Schon in den ersten Jahren des Betriebs wurden jährlich bestimmte Summen zur Kultivierung eines Grundstücks ausgegeben, das bei Anlage des Hochbassins auf den Höhen im Nordosten der Stadt beschafft worden war und heute infolge dieser dauernden, im einzelnen mäßigen Auswendungen (z. 1877: 1164 Mt., 1887: 1842 Mt., 1897: 3000 Mt., 1907: 3500 Mt.) eine der schönsten städtischen Erholungsanlagen darstellt. Bon 1889 an ging man auf diesem Wege weiter, indem aus den Wasserwerksüberschüssen eine Neihe von Grundstücken in Grasenberg und Flehe (vergl. den Stadtplan) beschafft und teils zu Betriebszwecken, teils aber auch, soweit dem hygienische Bedenken nicht entgegenstanden, als öffentliche Anslagen zum freien Verkehre des Publikums benutzt wurden. Mit diesen Grundstücksankäusen erfüllte die Stadtverwaltung ihre nicht häusig genug

allgemein zu betonende Verpflichtung, für die Pumpwerke und die übrigen Nebenanlagen ein großes Schutzelände zu schaffen, um jeder Verschmutzung des Grund und Bodens und damit des Grundwassers vorzubeugen (vergl. den Ministerialerlaß vom 23. April 1907 — M. d. g. A. M. Nr. 18827; M. d. J. 2 a Nr. 8453 — und die diesem beigefügte "Anleitung für die Einsrichtung, den Betrieb und die Überwachung öffentlicher Wasserversorgungssanlagen, welche nicht ausschließlich technischen Zwecken dienen").

Bon hoher Bebeutung ist ferner die Mitwirfung des Wasserwerks beim Ausdau der städtischen Badean stalten gewesen, die sämtlich ebenfalls aus Wasserwerksüberschüssen errichtet worden sind und, soweit dies bereits nicht schon durch eigene Einnahmen geschieht, dauernd erhalten werden (vergl. Ubschn. VI, 3). Allein die vom Wasserwerk völlig gedeckten Bautosten der Anstalten haben 1321592 Mt. betragen und der Betriebszuschuß für sämtliche Anstalten im letten Rechnungsjahre 16533 Mt.

Seit 1906 ift das Reservegewinnkonto aus der Bilanz verschwunden, und der sich nach Abschluß jährlich ergebende Gewinn wird lediglich im vollen Betrage zu Abschreibungen und Erweiterungen verwandt.

An die Stadtkaffe find in den früheren Jahrzehnten Abführungen nur felten vorgenommen worden, abgesehen von einem mäßigen Beitrage zu den Verwaltungskosten, der in neuer Zeit als Aquivalent für die ersparte Gewerbesteuer auf 25 000 Mk. erhöht worden ist.

Ferner leistet das Wasserwerk schon seit dem Jahre 1878 der Tiesbaufasse einen Zuschuß (1907: 75 000 Mt.) und ebenso seit 1890 an die Kasse der Kanalisation einen ständigen Zuschuß zu den Kosten des Kanalisationsbetriebes als Ersat für die der Kanalisation zur Last sallende Fortschaffung des versbrauchten Wassers; die Höhe dieses Zuschusses bestimmt sich nach sesten Unteilsätzen (1907: 243 450 Mt.). Ferner ist seit 1907 noch ein geringer Jahresbeitrag (13 441 Mt.) für die Unterhaltung der Feuertelegraphen dazugetreten, die bislang dem Wasserwerk, als wesentlichem Faktor zur Erzielung besserer Feuersicherheit, obgelegen hatte.

Eine darüber hinausgehende Abführung zu den laufenden allgemeinen Ausgaben der Stadtkasse hat erst der Stadthaushaltsetat von 1904 einsgeführt. Sie betrug zunächst 100000 Mt., 1907: 300000 Mt. Damit ist auch etatsmäßig der schon oben angedeutete Charakter des Wasserwerks als eines Gewerbebetriebes zum Ausdruck gebracht worden.

Im übrigen läßt sich beutlich folgender Leitsat ber Finanzpolitik ber städtischen Wasserwerksverwaltung erkennen: einerseits mit Rücksicht auf die schnelle Ubnutzung der Unlage und die fortschreitende Technik möglich st hohe Abschreibungen vorzunehmen, welche gleichzeitig die Stetigkeit

Schriften 129. Zweites heft. - Gemeindebetriebe II. 2.

Stadtifches Bafferwerk Duffeldorf.

Soll.

Bilanzfonto 1907.

Saben.

	Mŧ.	Pf.	Mf.	Pf.		Mŧ.	P
ln Baufonto:					Ver Refervefonds		-
					z. Ankauf des	}	
Grundstücke	608 249	27		{ .	Wirtschafts=	ł	
Gebäude	5 491	79		ļ	gebäudes auf		•
Maschinen, Kessel		1			der Haardt .	3 0 000	-
u. Apparate	3 3	_			" Rapitalkonto	ĺ	1
Hochbassin	3 960	21	ĺ		" d. Gasanstalt	630 00 0	-
Telegraphenleitung	3 300	41			" Stadtkassen=	}	
Rohrleitung	100 219	99			fonto	587 941	8
Wassermesser	35 208	62	753 138	88	" Gewinn=und		
" Erwerb eines Grund	00 200	02	100 100	00	Verlustkonto	229 932	5
" stücks in Ludenberg	1	!	45522	03		i '	
Ermerb pon Grund:	l	İ	10 022	•		Į.	1
ftücken in Grafen=		!					į
berg u. Düffelthal	ĺ		169 476	32			-
"Ermerb eines Grund=	l	į			l 1		
ftucks in Derendorf			28 218	77	1	•	ì
" Ermerb der Baufer		ĺ		1			
" Grünstr. 17 u. 15.	ļ		87 524	27		į	
" Konto der Bade=	Ì				1		
anstalt Grünstraße			3	<u> — </u>			
" Konto der Brause=					1		!
badeanstalt	ł		3	1			:
" Erwerb der Rhein=	Ì						
badeanstalten von	!		_		1		į
J. Ambach]		3	-	1		1
"Konto der Bade-	ļ				1		
anstalt Münsterftr.		! !	3	-1			
"Konto der Rhein=				i			
badeanstalt	1		3				
" Erweiterung ber			9		1		i
Haardt-Anlagen .			3	-			1
" Erweiterung der Barkanlagen			3		1		ĺ
" Effektenkonto		ļ	$125\ 941$	88	1		
" Wasserkonsumenten=			120 941	00			
fonto	1		3506	02			
" Wassermessermiete=			0 000	02	<i>l</i> 1		
fonto			157	11			
" Diverse Debitoren.			$3\overline{286}$	80			
"Rassakonto			$159\overline{062}$	76			
"Hausanschluß- und			170 002				
Magazinkonto			22570	42			
" Erweiterung, Röh-							
renleitung			$72\ 577$	74			
" Rohlenkonto			6870	40			
,				_ !	'	== ==	
		.	1 477 874	40		1 477 874	4
		1			 [<u> </u>

Städtisches Wallerwerk Duffeldorf.

Soll. Geminn= und Berluftfonto 1907. Saben.

_		Mŧ.	\$ f.	Mf.	¥t.		Mf.	Pf.
2(11	Maschinen = Unterhaltungs=					Per Hausanschluß=		
	fonto	ľ		2095		u. Magazinkonto	16 217	83
11	Schmier= u. Butmaterialfonto	ļ	i	3 960	13	" Wassermesser=		
Ħ	Betriebsarbeiter-Lohntonto .		l	42 176	65	unterhaltungs=	48 707	10
"	Rabattfonto			93951 12394	21 88	fonto Bächtefonto .	16 946	10 35
41	Rohrleitung = Unterhaltungs=		!	12 004	00	" Maffanahaaha	10 340	99
tt	fonto	İ		$32\ 145$	19	" malleranganes	1 502 126	05
,,	Telegraphen = Unterhaltungs=	ĺ	}	0_ 110	-	"Fahrradrepara-	1002120	0.5
"	fonto		1	4 299	64	turfonto	658	98
#	Rohlenkonto			100 357	30	" Effektenkonto .	7 830	· —
#	Grundftude und Gebaude=	44.040			!	J		
	Unterhaltungskonto	11 943	88					
	Reparaturkoften der Säufer	901	1,0	10.005				
	Grünstraße 15/17 Gehaltskonto	381	48	$12325 \\ 85345$				
**	Benfionskonto	ţ	i	4 548				
#/	Beleuchtung des Betriebes .			1 232		1 1		
	Betriebsuntosten	İ	:	4 260				
"	Baufonto, Abichreibung laut			[. * -	1 1		
-	Stat:							
	Gebäude		1			1 1		
	3 % v. Mt. 264 666,88	7 940	01			1 1		
	Brunnen	4 = = 0	00					
	6% v. Mt. 79 231,56	4 753	89	ļ				
	Maschinen u. Apparate 10% v. Mf. 160 441,94	16 044	19		!	1 / 1		
	Rohrleitung	10 044	10	1		1 1		
	4 % v. Mf. 221 585,71	8 863	43			1 1 1		
	Waffermeffer		"					
	12 ¹ / ₂ ⁰ / ₀ v. Mf. 62 091,81	7 761	48	45 363	_	1 1 1		
"	Baukonto: außerordentl. Ab-		ī					
-	schreibung Röhrenleitung .	100 000						
G	rweiterung d. Haardt-Anlagen	7 830	12		1	1	:	
19	" " " Parkanlagen". lektrische Lichtbäder Münster=	2 705	77				:	
e	straße	18 890	34	129 426	23			
	Zinsenkonto	10 000		49 061	31			
	tontod. Badeanstalten, Berluft			16 533				
" 🤅	Stadtkaffenkonto, etatsmäßige		. 1	,		1 1		
	Abführung an die Stadtfaffe	643 450 1				1 1		
	Für Feuermelderanlagen	13 440	70	656890 $_{\parallel}$		· / 1		
	Wassermesser=Mietetonto			82	25	1 1		
	Wasserkonsumentenkonto		- 1	1 065	22	1	1	
	Diverse Debitoren	:	t	148	98	1 1		
"	jorgung: Aufftell. v. Straßen-	:			- 1	1 1		
	u. Gartensprenghähnen	8 595	26	1				
9	Wassertonsum	52 793		61 389	06			
	Unterhaltungskonto d. Grund=	-	_	1		1 1		
	ftücke auf der Haardt		- 1	3500	-1			
,, 5	Bilanzkonto	!	L		52	/		
		į.		1592486 \Box	21 F]	$1592486\Box$	21

Der bilanzmäßige Überschuß v. 229 932,52 Mf. ift zu außerordentl. Abschreibungen verwandt worden.

¹ Davon 25 000 Mf. Beitrag zu den Berwaltungstoften, 75 000 Mf. für die Tiefbans und 243 450 Mf. für die Kanalisationstaffe.

Über die Entwicklung der Betriebskoften (ohne Berzinsung und Ausgaben auf Wasserberungskonto

	19	07	19	06
	(16 284 3	84 cbm)	$(15\ 169\ 6$	26 cbm)
	im ganzen M£.	auf 1000 cbm gefördertes Waffer Mf.	im ganzen Mł.	auf 1000 cbm gefördertes Waner Mf.
	1 2011.	mt.	1 2/11.	<u> </u>
Un Betriebsarbeiterlöhne .	42 176,65	2,59	49 362,24	3 ,2 5
" Kohlen	100 357,30	6,16	71 819,07	4,74
" Beleuchtung bes Be-	1 000 45	0.00		r
triebes	1 232,45	0,08	F 001 F1	. 0.04
" Betriebsutenfilien und Untoften	4 260.92	0.26	5 081,51	0,34
Malchinan-11 ntarhaltuna	2 095,53	0,13	2 296,68	0,15
" Put-u. Schmiermaterial	3 960,13	0,24	3 490.83	0.23
" Unterhaltung des Rohr-	'			1
nepes	32 145,19	1,97	30 167,11	1,99
" Unterhaltung der Ge-	1			
bäude, Brunnen usw.	12 325,36	0,76	10 024,62	0,66
" Telegraphen - Unterhal-	4 299.64	0.97	0.044.60	0.50
tung	85 345.97	0,27	8 044,60	0,53
" Mantionen	4 548,36	5,24 0,28	80 755,30	5,32
"Generalunkosten	12 394,88	0,76	16 548,10	1,09
,,	! '	<u> </u>		,,,,,,
Summe	305 142,38	18,74	277 590,06	18,30
	!	· .	,	,

ber Finanzgebarung auch bei größeren Erweiterungen, wie sie zur Zeit bevorstehen, gewährleisten und anderseits den Wasserpreis nicht unter ein gewisses Normalniveau sinken zu lassen, sondern statt dessen die Überschüsse zum Ausbau gemeinnütziger Anlagen zu verwenden, für die sonstige Mittel sich vielleicht nicht ohne Mühe würden bereit sinden lassen, getreu der Aufgabe des Wasserwerks, der öffentlichen Hygiene zu dienen.

Einzelheiten über die allgemeine Finanzgebarung bes städtischen Wasserwerks sind den vorstehend abgedruckten Übersichten (Gewinn- und Berlustkonto 1907 und Bilanzkonto 1907) zu entnehmen.

Die Einnahme für Wafferverbrauch betrug auf ben Rubikmeter Gesamtabgabe:

1898:	9,14 9	βf.	1903:	8,60	\mathfrak{Pf} .
1899:	9,06	"	1904:	8,04	,,
1900:	9,02	,,	1905:	8,61	"
1901:	9,28	"	1906:	8,67	,,
1902:	8,57	11	1907:	8,32	,,

Abschreibung) bietet einen Einblick nachfolgende Zusammenstellung über bie im letzten Jahrfünft:

	05		04	1903 (11 078 937 cbm)		
(14 407 0	163 ebm) I auf	(13 711 0	71 cbm) ! auf	(11 078 9	auf ebm)	
im ganzen	1000 cbm gefördertes	im ganzen	1000 cbm gefördertes	im ganzen	1000 cbm gefördertes	
Mf.	Wasser Mf.	Mf.	Waffer Mt.	Mf.	Waffer Mf.	
39 374,02 63 444,93	2,73 4, 4 0	38 602,02 67 965,76	2,82 4,96	36 997,87 54 998,51	3,34 4,97	
5 750,85	0,40	6 399,27	0,47	5 362,01	0,48	
3 046,37 3 909,50	0,21 0,27	1 331,91 3 316,28	0,10 0,24	2 065,34 3 034,57	0,19 0,27	
41 146,55	2,85	38 467,99	2,80	29 139,55	2,63	
11 482,20	0,80	10 038,09	0,73	9 371,16	0,85	
$6255{,}71$	0,43	3 740,90	0,27	4 345,73	0,39	
64 578,47	4,49	58 597,35	4,27	56 190,70	5,07	
31 354,53	2,18	26 209,51	1,91	21 317,04	1,92	
270 343,13	18,76	254 669,08	18,57	222 822,48	20,11	

Die Selbstkosten bes zu öffentlichen Zwecken kostenfrei verwandten Wassers betrugen 1907:

Das Anlagekapital bes städtischen Wasserwerks betrug am 1. April 1908: 8 523 554 Mk., der Buchwert 1 084 886 Mk., der Feuerversicherungs-wert für Mobilien 17 000 Mk., für Jmmobilien einschließlich Maschinen 1 027 925 Mk.

3. Das städtische Cleftrigitätsmert.

a. Gründung und Entwicklung.

Nachdem Ende ber achtziger Jahre bereits bie zwei benachbarten Großftäbte Elberfelb (1887) und Barmen (1888) Elektrizitätswerke errichtet hatten, nahm bie Duffeldorfer Stadtverwaltung ben gleichen Gedanken im Februar 1889

			Abgegeben	e Energie in K	. W. St.
Jahr	Einwohner= 3ahl der Stadt	Erzeugte Energie K. W. St.	für Straßen= bahnzwecke	für andere Zwecke	insgefanit
1891	148 000			150 258	150 258
1892	153800	484 111	<u> </u>	337 285	337 285
1893	$159\ 200$	502315	l —	351 709	351 709
1894	166500	565839		390628	390 628
1895	173 000	651 774	_	465320	465320
1896	180 700	813 839	!	$567\ 618$	567618
1897	190 000	1046987		736 373	736 373
1898	198 700	1 251 716	_	891 678	891 678
1899	$204\ 200$	1 707 699	431 521	$1\ 177\ 279$	1608800
1900	211 200	4 946 638	$2\ 289\ 040$	1503012	3792052
1901	$220\ 450$	5 443 301	2351640	1664426	4 016 066
1902	$225\ 100$	7 105 986	2605010	2410766	5 015 776
1903	$232\ 200$	6 115 006	$2\ 159\ 377$	2357543	4516920
1904	$240\ 600$	7 427 901	2590802	3006391	5597193
1905	249 700	9 443 890	2 924 236	3 950 708	6 874 944
1906	$259\ 100$	10 851 374	3 250 564	4 796 046	8 046 610
1907	$266\ 600$	14 273 705	3 869 715	7 637 407	11 507 122

Tabelle 4. Befriebsentwicklung des fladtifchen

auf und brachte ihn, da prinzipielle Widerstände nicht zu überwinden waren, unverzüglich zur Ausstührung. Darüber, daß in einer Stadt wie Düsseldorf, namentlich auch mit Nücksicht auf die stattliche Entfaltung der Industrie, die Errichtung eines Elektrizitätswerkes wünsch en swert sei, sowie, daß das Werk genügend Absat sinden werde, waren kaum Zweisel möglich. Auch die Kardinalfrage, ob Regies oder Unternehmerbetrieb, bedurfte keiner Ersörterung; die vorbereitende Kommission konnte schon in ihrer ersten Sitzung ihren Standpunkt dahin sixieren, daß sie es "bei dem heutigen Stande der Technik nicht für nötig halte, noch zu prüsen, ob die Anlage auf Rechnung der Stadt auszusühren oder zu betreiben sei oder an einen Unternehmer vergeben werden könne".

Schwieriger war angesichts ber noch geringen anberweitigen Ersahrungen bie Entscheidung, ob Gleichstrom ober Wechselstrom angebracht sei. Auf den Rat der hinzugezogenen Sachverständigen entschied man sich schließlich für ersteren. Für die Stromerzeugung selbst wählte man ein Grundstück neben der neuen Gasanstalt, um dem Werk eine weitgehende Erweiterungs=möglichkeit zu sichern, bequeme Kohlenansuhr zu erhalten und endlich um qualmende Schornsteine im Innern der Stadt zu vermeiden.

Dementsprechend beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 29. Juli 1890 die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerkes unter Verwendung

Estimate in the property of the tool	Elektrizitätswerkes	1891	Bis	1907.
--------------------------------------	---------------------	------	-----	-------

	schlußwerte		Anzahl der	Zahl	der ang	gefchloff	enen	
Eleftriz Etraßen= bahn	itätswerkes andere Anschlüsse	in K.W. ins= gesamt	Ubnehmer (ohne Straßen= bahn)	(Slüh= lampen (o h n e Straßen= bahn)	Bogen- lampen	Appa= rate	Motore (ohne Straßen= bahn)	Be≠ merkungen
	720	720	262	8 935	691	3	4	4 Monate
_	889	889	299	11 864	769	ž	$\bar{4}$	20000000
	961	961	321	12936	799	14	7	
	1 090	1 090	338	14 993	795	14	14	
_	$1\ 255$	1255	365	17074	832	16	25	
	1555	1.555	411	20 613	958	19	43	
-	1 844	1 844	475	23312	1 015	23	76	
-	2 131	$2\ 131$	551	25971	1 130	26	112	
1038	2 929	3967	701	34 700	1 343	41	194	
2483	3 809	6 292	865	40 210	1639	66	284	
2679	4 336	7 015	1 019	$46\ 360$	1 802	78	347	
5334	4 887	10221	1 120	51 2 80	1 977	118	421	
5334	5 619	10953	1282	58893	2263	175	486	
$5\ 129$	6 716	11845	1521	$70\ 097$	2834	241	599	
$5\ 130$	7 877	13 007	1 790	85 511	3221	164	657	
5016	8 998	14 014	2133	92362	3581	146	800	
5016	11492	16508	2605	112923	4 101	177	1 070	

von Gleichstrom mit Akkumulatoren, und bewilligte hierfür zwei Millionen Mark. Einrichtung und Inbetriebsetzung der gesamten Anlage wurde der Firma Schuckert & Cie. in Nürnberg übertragen, die bereits im Jahre 1890 mit den Arbeiten begann; am 1. September 1891 wurde der erste Strom in das Leitungsnetz zur probeweisen Beleuchtung des Stadttheaters geschickt, und die ersten Privatanschlüsse folgten am 12. September desselben Jahres. Nach zwölswöchigem Probebetrieb durch die bauende Firma erfolgte am 1. Dezember 1891 die Übernahme in städtische Regie und, wie das Wasserwerk, wurde auch das Elektrizitätswerk einer mit dem Gaswerk gemeinsamen Direktion unterstellt. Bereits an diesem Tage waren 187 Abnehmer in 177 Anschlüssen vorhanden.

Die Maschinenstation erhielt ihren Plat neben der neuen Gasanstalt in Flingern, während die Aktumulatoren in drei entsprechend gelegenen Unterstationen des Stromversorgungsgebiets (vergl. den Stadtplan) untersgebracht worden waren. Bei der Betriedseröffnung war das Werk imsstande, 10000 gleichzeitig brennende Glühlampen von je 16 Normalkerzen zu speisen, dennoch wurden die unterirdischen Fernleitungen von vornherein in größerer Zahl gelegt, um wiederholte Erdarbeiten zum Legen von Kabeln zu vermeiden.

Die schnelle Zunahme des Verbrauchs machte bereits 1893 die Versmehrung der ursprünglichen drei Dampstessel auf vier und im Jahre 1895 die Ergänzung der ursprünglichen zwei Opnamomaschinen durch eine dritte nötig.

Eine gang mefentliche Erweiterung aber, auch in baulicher Sinficht, erfuhr bas Werk im Jahre 1899 infolge ber Elektrifierung ber bis babin mit Pferden betriebenen Stragenbahn (vergl. Abschnitt II, 1). Betriebsmittel murben in biefem Jahre um zwei Dampfonnamomaschinen und vier Dampfteffel vermehrt, und für den Stragenbahnbetrieb im besonderen wurde eine neue Akkumulatorenunterstation als Bufferbatterie in der Erfratherstraße (veral. ben Stadtplan) errichtet. 1900 und 1901 folgten zwei weitere Dampfonnamomafchinen und zwei Dampftessel, aber schon im Dezember 1901 war die Belastung bes Werkes so groß geworden, daß auch biese Erweiterungen ber Maschinenanlagen nicht außreichten. In ber späterhin ja nicht getäuschten Ermartung, daß die Außenbezirke mit ihren zahlreichen Fabrik- und Bewerbebetrieben eine fraftige Ginnahmequelle für bas Werk fein wurden, entschied man sich mit Rücksicht auf die Versorgung dieser Gebiete zur Aufstellung zweier Drehstrombynamomaschinen, benen aus Raumrudsichten eine ber ältesten Maschinen weichen mußte. Der Ausbau des Drehstromnetes zur Versorgung bes äußeren Stadtgebiets wurde freilich erst 1905 begonnen; die erste birekte Drehstromabgabe erfolgte am 5. Oktober bes gleichen Jahres.

Dieses Jahr 1905 mar für die Entwicklung des Werkes weiterhin von des sonderer Bedeutung, als zum 1. Upril 1905 ein neuer Stromlieserungsvertrag mit der Eisenbahnverwaltung unter Anschluß sämtlicher Bahnhöse in Wirkssamkeit trat. In der Rähe des einen der Nebenbahnhöse war schon kurz vorher eine fünste Unterstation in Betried gesetzt worden. Auch in den beiden nächsten Jahren, während deren die Abgabe ihre starke Auswärtssbewegung weiter versolgte, wurden erhebliche Vermehrungen und Erweiterungen notwendig; im Rechnungsjahr 1906 insbesondere wurde eine neue, sechste Unterstation errichtet.

Die Gefamtleistungsfähigkeit bes Elektrizitätswerks beträgt heute rund 11 000 K.W. Sie wird illustriert durch folgende Zusammenstellung der Betriebsmittel nach dem Stande vom 31. März 1908:

Reffelhaus.

10 Wasserröhrenkessel à 275 qm Heizssäche 8 " à 350 " "

Ma= schine	Art	Normal- leiftung in P.S.	strom		Bahn Jitrom Ileistung Lowatt	Summe	Er= regung K. W.	Con= ben= fation K. W.
I II III IV VI VIII VIII IX X XI	Dampf-Kolbenmaschine " " " " " " " " " " " " " " " " " " "	1 200 1 200 300 600 600 1 000 2 700 2 700 4 300	960 960 270 1 800 1 800 3 000	270 270 450 450 ——————————————————————————————	270 450 450 450 800 850	960 960 270 270 450 450 450 1 800 1 800 3 000	17,5 17,5 — — — — — — — —	 75 75 125
	Summe	15 500	8 790	1 440	3 270	11 210	35,0	275

Maschinenhaus.

Gefamtleistung nach obiger Aufstellung . 11 210 K. W. bavon ab für Erregung und Kondensation 310 "
bleibt eine Nettoleistung von 10 900 K. W.

Unterstationen:

Motorengeneratoren . 11 mit 7225 K. W. Sekundärleistung Ukstumulatorenbatterien 4 mit 20048 Amperestunden

bei breistündiger Entladung und 1730 K. W. Leistung;

Pufferbatterien . . . 550 Umperestunden

bei einstündiger Entladung und 276 K. W. Leistung.

Über ben Umfang des Bersorgungsgebietes vergl. Abschnitt c. Die Produktionsentwicklung, die schon kurz gestreift wurde,

erhellt aus Tab. 4, deren Hauptergebnisse für das erste und das letzte absgeschlossen Rechnungsjahr folgende sind:

	1892:	1907:
Die Zahl ber Abnehmer betrug	. 299	2605
Glühlampen wurden gefpeift .	. 11864	$112\ 923\ ^{1}$
Bogenlampen brannten	. 769	4 101
Apparate waren angeschlossen .	. 3	177
Motore waren angeschlossen	. 4	1 070 2

¹ Ohne die 2618 Blühlampen der Bagenbeleuchtung der Strafenbahn.

² Ohne die 280 Motore der Strafenbahn.

Der Gesamtanschlußwert belief sich 1892 auf 889, 1907 bagegen auf 11492 K. W. (ohne 5016 K. W. ber Straßenbahn).

Die Jahreserzeugung stieg im gleichen Zeitraum von 484111 K. W. Stauf 14273705 K. W. St., die Stromabgabe von 337285 nutbaren K. W. St. auf 7637407 K. W. St., (ohne die 3869715 K. W. St. an den Straßensbahnbetrieb); das Leitungsnet von 165,7 km mit 62 Kabelkasten auf 717,9 km mit 256 Kabelkasten.

Wie stark die motorische Verwendung der Elektrizität insbesondere gestiegen ist, ergibt sich daraus, daß vom Anschlußwerte, ausgedrückt in Kilowatt, mit Ausschluß der Straßenbahn entsielen auf:

	Lan	ıpen	Apparate	und Motore
	abfolut	Prozent	absolut	Prozent
1892	883	99,33	6	0,67
1897	1604	86,85	243	13,15
1902	3465	70,90	1422	29,10
1907	7720	67,18	3772	32,82

Die gesamten angeschlossenen Motore repräsentierten am 31. März 1908 eine Leistung von 3782,89 P. S. = 3,54 P. S. pro Motor. Bon insegesamt 1070 Motoren hatten 552 nicht mehr als 2 P. S. effektive Leistung. Wie sich die Benutzung der vom städtischen Werk gelieferten Elektrizität auf die einzelnen Gewerbearten verteilt und in welchen von diesen die Anlegung von Elektromotoren besonders Fortschritte macht, zeigt folgende Übersicht:

]]	1907		906	1	905]	1904]	1903
Art der Betriebe	Anzahl der Betriebe	P. S.	Anzahl der Betriebe	P. S.	Anzahl ber Betriebe	P. S.	Anzahl der Betriebe	P. S.	Anzahl der Betriebe	P. S.
Bäckereien	69	204,75	47	135,50	36	107,75	32	108,13	23	80,00
Brauereien, Minerals wasserfabriken Buchdruckereien		174,80 324,15		112,55 308,15	16 34	100,55 305,90		8 4, 50 366,00		60,05 328,70
Eisenbearbeitungs= maschinen Karbmühlen	87 9	928,92 65.50		579,70 49.00		275,45 49,00		2 49,3 0 35.00		226,30 25,00
Hebezeuge		442,95	40	288,75	33	246,25	25	194,25	24	155,50
maschinen	34 13	$258,00 \\ 38,00$		$\begin{bmatrix} 232,00 \\ 26,50 \end{bmatrix}$	22 11	$186,75 \\ 22,50$		$218,05 \\ 20,50$		
Maschinen für ärztliche Zwecke	11 5	39,75 11.75	10 5	18,75 11,50	8 2	12,75 5,00			8	8,50 4,00
Metallwarenfabriken . Metagereien	3 157	10,00 471.45	$\frac{3}{112}$	5,50 328.75	1 96	8,25 288.75	4			42,00
Rapierfabriken	157 157	21.25 791.62	7 129	18,25 539,93	96	418,25 422,80	1	5,00 189,70	1 46	5,00 129,53

An Brennmaterial wurden 1892: 1192,86, 1907: 23 975,28 Tonnen verbraucht, d. h.

,,,,,,	1892:	1907:
auf je 1 erzeugte K. W. St	2,463	$1,680~\mathrm{kg}$
auf je 1 nutbar abgegebene K. W. St.	3,537	2,084 kg.

Die elektrische Straßenbeleuchtung wurde am 23. September 1892 eingeführt; an diesem Tage brannten die ersten vier Kandelaber.

Wie sie zunächst langsam und dann, namentlich in den Jahren 1903 bis 1907, schneller an Ausdehnung gewonnen hat, ohne freilich der öffentslichen Gasbeleuchtung Abbruch zu tun, ergibt sich daraus, daß die öffentliche Beleuchtung umfaßte am 31. März:

	Eleftri Bogenlampen	fche Glühlampen	<u>Saslaternen</u>	Petroleum= laternen
1892	_		2448	_
1893	4		2680	_
1894	4	_	2885	32
1895	$\dot{4}$		3026	$\frac{3}{42}$
1896	6		3274	$\overline{36}$
1897	$3\overset{\circ}{4}$	_ ·	3548	36
1898	36		3798	36
1899	50	_	4069	32
1900	50		4337	32
1901	50		4463	28
1902	182	_	4625	8
1903	2 62	352	4736	49
1904	262	352	4767	60
1905	291	507	5010	71
1906	303	539	5346	71
1907	327	643	5398	7 3
1908	325	511	5521	74

Die Abnahme ber elektrischen Lampen im Jahre 1908 ist baraus zu erklären, daß an Stelle vieler Lampen geringer Intensität eine kleinere Anzahl Lampen größerer Lichtintensität eingestellt wurde. Die Zunahme der Betroleumlampen seit 1903 hängt mit der umfangreichen Neuanschüttung von Straßen, in denen zunächst die Legung von Gasröhren infolge der Lockerheit des Erdreichs unmöglich ist, zusammen.

b. Die Preise für ben Konsum bes Stadtgebietes.

Schon ungefähr ein Jahr vor Beginn bes Betriebes, am 11. November 1890, wurden die ersten "Bedingungen für die Lieferung von elektrischem Strom aus den städtischen Elektrizitätswerken zu Dusseldorf" erlassen; darin wurde der Preis für je 100 Bolt-Amperestunden auf 9 Pf. festgelegt, was

umgerechnet auf jede Brennstunde einer 16 kerzigen Glühlampe rund 5 Bf. und für die Brennstunde ber Bogenlampen von je 400 Normalfergen 36 Af. Bur bie Preisberechnung bes zu chemischen und motorischen Zweden benutten elektrischen Stromes blieb besondere Vereinbarung im einzelnen Kalle vorbehalten. Abnehmern mit einem höheren Stromverbrauch als 200 Mf. wurde ein von 4 bis 24 % staffelförmig steigender Rabatt gewährt, wobei jedoch, wie bei den revidierten Rabattbedingungen bes Gas- und Wafferwerkes, die besonderen Rabattverrechnungen für jede Stufe vorbehalten waren. Die Berbrauchsberechnung erfolgte nach Eleftrizitätezählern, Die von ber Stadt Duffelborf gefett murben; ber Konsument sollte eine monatliche Miete bezahlen, welche fich nach ber Größe bes Bahlers abstufte und zwar berart, daß fie g. B. für Bähler bis zu 15 Glühlampen von 16 Normalkergen 1,00 Mf., für 16 bis 30 Glühlampen 1,50 Mf., für 31 bis 60 Glühlampen 2,25 Mf., für 61 bis 100 Glühlampen 3 Mf. und von da ab für 100 Glühlampen größerer Benutbarfeit 1 Mf. mehr betrug.

Die Rabattsätze bieses Tarifs wurden nach kaum mehr als einjähriger Betriebsdauer zunächst mit Wirkung auf den 1. Januar 1893 dahin erhöht, daß sie bereits dei einem jährlichen Konsum von 100 Mk. und zwar mit einem Satze von 12% begannen; der Höchststäd blieb mit 24% für den 5000 Mk. übersteigenden Jahreskonsum der alte. Zum 1. Januar 1895 wurde der Einheitspreis für den Beleuchtungsstrom auf 8 Pf. pro 100 Voltzumpereftunden vermindert, die Rabattsätze wurden gleichzeitig wieder herabsgesetzt. Die Mindestgrenze der Rabattierung wurde wiederum auf 200 Mk. Jahreskonsum erhöht, und die einzelnen Sätze sanken auf 5 dis 20%, wobei das Maximum erst für den Jahreskonsum von mehr als 10000 Mk. in Betracht kommen sollte.

Inzwischen aber hatte die Technik der Gasbeleuchtung erneut erhebliche Fortschritte gemacht, und die Billigkeit des Gasglühlichts beeinträchtigte merklich den an sich freilich immer weiter ansteigenden Elektrizitätskonsum. Insbesondere bewog die Billigkeit des Gasglühlichts manchen Konsumenten, dem sonst wohl die elektrische Beleuchtung zusagte, davon abzusehen, ja in einzelnen Fällen die bereits vorhandene elektrische Beleuchtung wieder aufszugeben. Da außerdem bereits bei der ersten Preisherabsehung der dadurch herbeigeführte Einnahmeausfall bei den bisherigen Konsumenten durch den Einnahmezugang bei den neu hinzugekommenen erheblich übertroffen worden war, wurde der Strompreis zum 1. April 1897 weiter auf 7 Pf. für 100 Bolt-Ampèrestunden ermäßigt. Die Preisderechnung des für chemische und motorische Zwecke verbrauchten Stromes erfolgte weiter von Fall zu Kall, baute sich jedoch im allgemeinen auf dem einheitlichen Grundpreis von

50 Pf. pro K. W. St. unter entfprechender Ermäßigung für Großkonfusmenten auf.

Der Erfolg der Preisminderung war wiederum sehr günstig. Der Anschlußwert stieg in dem darauffolgenden Jahre um 18,60 %, die Strom=abgabe um 29,73 %, und statt des, unter Annahme gleichbleibenden Bersbrauchs, errechneten neunprozentigen Einnahmeausfalls, ergab sich eine zwölfprozentige Mehreinnahme.

Ständige Vergleiche mit anderen Städten erwiesen aber trot allem die Düsseldorfer Elektrizitätspreise immer noch als ziemlich hoch, und schon im November 1900 wurden die Lieferungsbedingungen daher erneut revidiert, wobei der Grundpreis für Lichtstrom weiter um 1 Pf. für 100 Voltsumperestunden auf 60 Pf. pro K. W. St. ermäßigt wurde; der Rabatt sollte bei einem Jahressonsum von 300 Mf. mit 5% beginnen und dis 10% steigen (bei 3000 Mf. enden); die Berechnung des Nabatts erfolgte nach wie vor für jede Stufe getrennt.

Mit einer Neuauflage ber Stromlieferungsbedingungen zum 1. April 1903 murbe Abnehmern, welche im voraus für bas Betriebsjahr für eine Abnahme im Betrage von minbestens 5000 Mf. schriftlich garantierten, ein besonderer Rabatt ober ein ermäßigter Strompreis nach Regelung von Fall Bu Kall gemährleiftet. Ferner murde bie Bahlermiete bahin ermäßigt, baß fie monatlich fünftig betragen follte: für einen Berbrauch bis zu 1,75 K. W. 1.00 Mf., bis zu 3,50 K. W. 1,50 Mf., bis zu 5,50 K. W. 2,00 Mf. und von da ab für je 5 K. W. 0,50 Mf. mehr. Gleichzeitig erfolgte nun= mehr auch für den Motorstrom eine einheitliche Breisfestsetung; der betreffende Abfat ber Bedingungen lautete: "Für elektromotorische ober sonstige ge= merbliche Amede mird jede K. W. St. mit 40 Bf. ohne jeden Breisabzug Übernimmt der Kraftstromabnehmer bei der Anmeldung ausberechnet. brudlich schriftlich die Berpflichtung, ben eleftrischen Strom nicht zu ent= nehmen in den Monaten Januar und Februar täglich von 6 Uhr abends bis 12 Uhr nachts, in ben Monaten Marz bis September täglich eine Stunde nach Sonnenuntergang bis 12 Uhr nachts, fo ermäßigt sich ber Strompreis auf 20 Bf. für bie K. W. St.; ebenfalls ohne jeden Rabattabzua."

Eine Anwendung dieses Prinzips, dessen Hauptzweck in der Herbeisführung eines einigermaßen gleichmäßigen Verbrauchs in den 24 Tagesstunden und damit einer Schonung und vollen Ausnutzung der ganzen Anlage beruhte, auch auf den Lichtkonsum, etwa nach Kölner Muster, wo seit 1903 für die Bemessung des Strompreises nur die Verwendungszeit, dagegen in keiner Weise der Verwendungszweck maßgebend ist, wurde in den

nächsten Jahren beraten, aber nicht für zweckmäßig erachtet. Dagegen erhielten die Bedingungen im Interesse der Kleingewerbetreibenden einen Nachtrag, der mit Wirfung vom 1. Januar 1906 ab Gewerbetreibenden der IV. Gewerbesteuerklasse auf besonderen Antrag und falls nicht ein besonderes Stromlieserungsabkommen mit ihnen besteht, einen Nabatt von 20 % auf den Preis für elektrischen Kraftstrom zu elektromotorischen und sonstigen gewerblichen Zwecken einräumte.

Bei der gerade in den Jahren dieser Tarifresorm erheblich steigenden Abgabezunahme des städtischen Elektrizitätswerkes wurde es diesem möglich, die vorhandenen Betriedsmittel immer günstiger auszunutzen und dementsprechend bessere Erträgnisse zu erzielen. Bereits Ende des Jahres 1906 ging man daher im Interesse der Konsumenten an eine neuerliche Revision der Stromlieserungsbedingungen. Die Absicht dabei war, durch wesentliche Berminderung des Grundpreises möglichst weiten Kreisen den Bezug elektrischer Energie zu ermöglichen, insbesondere aber den verschiedenen Bedürfnissen der Kleingewerbetreibenden und der Großindustrie entgegen zu kommen.

Unter biefen Gesichtspunkten zerfallen bie neuen, seit 1. April 1907 gultigen Preissestjetzungen in brei Tarife:

- I. Im Tarif A wird für den Strom zu Leuchtzwecken der Grundpreis von 60 Pf. auf 45 Pf. herabgesetzt, unter Gewährung einer Rabattsfala von 5 bis $30\,^{\rm o}/\rm o.$
- II. Der Tarif B gilt für Strom zu motorischen und ahn= lichen Zweden bis zu einem Anschlugwert von 75 K. W., wahlweise auch für höhere Unschlüsse. Er ermäßigt nicht nur bie Preise, sondern beseitigt auch die Benutungsbeschränkung der Motore, wie sie die Bedingungen vom 24. März 1903 vorfahen, baburch, baß fünftig bie Konsumenten sich nicht zu verpflichten brauchten, die Motore in späteren Abendftunden nicht zu benuten, fondern, daß fie lediglich bei Benutung mahrend diefer Stunden, ber fogenannten Sperrzeit, einen erhöhten Breis, nämlich ben Lichtpreis zu gahlen haben. Die Sperrzeit ist bementsprechend für die Nachmittagestunden von 6 bis 11 Uhr für Januar und Februar, von 7 bis 11 Uhr für März und April, von 8 bis 11 Uhr für Mai bis August, von 7 bis 11 Uhr für September und Oftober, von 5 bis 11 Uhr für November und von 4 bis 11 Uhr für Dezember festgesett worden. Während biefer Sperrzeit find 45 Pf. pro K. W. St., mahrend ber übrigen Beit 15 Bf. vorgesehen; bei gunftiger Ausdehnung ber obigen Betriebszeit fällt er bis auf 11,65 Pf., da den größeren Konsumenten ein Rabatt wie nach Tarif A gewährt wirb.

III. Tarif C gilt für Strom zu Kraftzwecken bei Anschlüffen von über 75 K. W. und ist den besonderen Stromabsatzverhältnissen der Großindustrie angepaßt.

In der Borlage über diese Tarifresorm an die Stadtverordnetensversammlung heißt es: "Es handelt sich hierbei vor allen Dingen um erheblich höhere Benutungszeiten der angeschlossenen Stromverbraucher. Während im allgemeinen Benutungsdauer der angeschlossenen Unlagen durchschnittlich 450 Stunden im Jahr beträgt, ist bei der Großindustrie mit einer Betriebsdauer von 1000 bis 6000 Stunden zu rechnen. Da außerdem die Anschlußwerte meist recht groß sind, so ergibt sich daraus und aus der längeren Benutungsdauer eine ganz erhebliche Strommenge im Jahr.

Beibe Umftände erfordern außergewöhnlich niedrige Preise, damit der Anschluß an das städtische Werk vorteilhafter ist als der Betrieb einer eigenen Anlage. Die hohe Benutungsdauer ermöglicht aber auch die Gewährung niedriger Preise; denn es ist ohne weiteres klar, daß ein einigermaßen, während des ganzen Jahres gleichmäßig ausgenutztes Werk wesentlich billiger arbeitet als ein solches, welches in den Sommertagen eine spärliche und nur an den Winterabenden eine volle Ausnutung findet."

Der Tarif C sieht baher eine Minimal-Betriebsstundenzahl eines jeden angeschlossenen K. W. von 1000 Stunden im Jahr vor, wobei sich die Anzahl der Betriebsstunden ergibt aus den, an den Zählern abgelesenen K. W. St. dividiert durch die Höchstzahl der hinter dem Zähler installierten K. W. Die ersten 1000 angeschlossenen K. W. im Kalenderjahr werden mit 15 Pf. pro K. W. St., jede K. W. St. darüber hinaus, je nach der Größe der angeschlossenen Anlage, mit 6 Pf. bis herunter zu 4 Pf. berechnet.

IV. Schließlich sieht ber Tarif auch besondere Bedingungen vor für die Abgabe von Strom zu Reservezwecken unter Voraussezung eines garantierten Mindestverbrauchs von 500 Mk. zuzüglich 50 Mk. für jedes angeschlossene K. W. bei Anschlüssen bis zu einem Anschlußwert von 75 K. W. bzw. eines Jahresmindestverbrauchs von 80 Mk. für jedes angeschlossene K. W. bei größerem Anschlußwert, die Berechnung erfolgt im übrigen nach den Sägen des Tarifs A. Der Zweck dieser Bestimmung, welche erstmalig mit der Möglichkeit einer Abnahme für Reservezwecke rechnete, war, den Anschluß solcher Interessenten zu ermöglichen, die bereits eine eigene Ansage besitzen und diese nicht erweitern können, sondern dies zum gänzlichen Anschluß an das städtische Werk noch ausnutzen wollen.

V. Trot ber erheblichen Ermäßigungen im Tarif A und B blieb ber Sonderrabatt für bie Gewerbetreibenben ber IV. Gewerbesteuerstlaffe in alter höhe bestehen.

VI. Die Zählermiete schwankt bei Verwendung des einsachen Tarifs, je nach Größe, zwischen 0,75 Mk. und 6,50 Mk.; bei noch höherer Benutzungsmöglichkeit für je 10 K. W. bei einem Anschlußwert von mehr als 50 K. W. tritt ein monatlicher Zuschlag von 0,50 Mk. hinzu. Die Miete für Doppeltarifzähler beträgt bei dem geringsten Anschlußwert 1,25 Mk., bei höheren (über 20 K. W.) 1,50 Mk. mehr als bei einsachen Tarifzählern.

Diese Tarifabänderung stellt den vorläufigen Abschluß einer Preispolitik dar, die stetig und zielbewußt auf Erweiterung des Konsumentenkreises hinsgearbeitet, dabei aber auch die finanziellen Interessen des Elektrizitätswerkes als eines gewerblichen Betriebes nicht außer Auge gelassen hat.

Über die Ausführung von Installationen bestimmte das erste Regulativ vom 11. November 1890, daß die Kosten der Herstellung des Anschlusses an das Leitungsnetz und der Gesamtleitung der Beleuchtungse einrichtung vom Abnehmer zu tragen seien. Nur für Abnehmer, die sich zur Entnahme von elektrischem Strom auf die Dauer von drei Jahren verpslichten, wurde der Anschluß unentgeltlich geleistet. Bei der Tarisresorm von 1892 wurden diese Zugeständnisse auf die Konsumenten von mindestens 200 Mt. jährlich beschränkt; 1900 sank diese Konsumgrenze auf 150 Mk. jährlich, 1903 dagegen ist die Vergünstigung für die größeren Abnehmer mit Kücssicht auf die gleichzeitig erhebliche Verbilligung des Stromtariss aufgehoben worden.

Im übrigen lautete § 5 ber Bedingungen bis zum Jahre 1900: "Der Anschluß an das Leitungsnetz, die Leitungen bis zum Abnehmer und die Ausstellung der Elestrizitätszähler dürsen nur durch das Elestrizitätswerk oder dessen Beauftragte ausgeführt, verändert oder repariert werden. Die Herstellung der Anlagen im Innern der Gebäude vom Elestrizitätszähler ab übernimmt zwar gleichfalls das Elestrizitätswerk, es können diese Arbeiten jedoch auch von Unternehmern, welchen die ausdrückliche Erlaubnis dazu erteilt ist, ausgeführt werden".

Da das Elektrizitätswerk zu keiner Zeit ein eigenes In ftallation sebureau beselsen hat, so mußte es die ihm in Auftrag gegebenen Arbeiten durch eine Bertragssirma aussühren lassen, wobei es sich eine Bergütung von 7,5% obes Materialpreises vorbehielt. Der Gewinn aus diesem Installationsegeschäft war nur mäßig, z. B. in den letzten Jahren seines Bestehens

1897: 321 Mf., 1898: 386 Mf., 1899: 910 Mf. Zubem lag auch ein Übelstand barin, daß das Werk bei vorkommenden Unregelmäßigkeiten mährend ober auch nach der Ausführung haftbar gemacht werden und mit der Zeit badurch leicht an Ansehen verlieren konnte. Infolgedessen wurde der § 5 ber Lieferungsbedingungen im Jahre 1900 babin abgeändert, baß ber Unschluß an das Leitungenet und die Aufstellung des Glektrizitätszählers nur burch bas Elektrizitätswerk ober beffen Beauftragte ausgeführt, verändert ober repariert werden barf; bie Berftellung ber Unlagen im Inneren ber Gebäube bagegen ift von Unternehmern, welchen vom Glektrigitätswert die ausbrudliche Erlaubnis bazu erteilt ift, auszuführen. Die Berpflichtung bes ftabtifchen Elektrizitätswerks zur Ausführung von Brivatinstallationen ift bamit hinfällig geworden; zur weiteren Sicherheit gegen Rlagen an ber falfchen Stelle enthalten bie gegenwärtigen Lieferungsbedingungen noch ben ausbrudlichen Bermerk: "Die Stadt Duffelborf ift für bie von ben Brivatinstallateuren ausgeführten Arbeiten und Lieferungen nicht verantwortlich ober haftbar. selbst wenn die Direktion der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke biese Arbeiten nachgeprüft ober angeordnet hat".

Ahnliche Erwägungen wie zur Aufgabe des Inftallationsgeschäfts führten 1900 dazu, die mehrere Jahre hindurch ventilierte Frage, ob es ratsam sei, Elektromotoren entweder durch das städtische Werk selbst oder durch Brivatsirmen auf Grund vertraglicher Bereinbarungen mit der Direktion des Elektrizitätswerks leihweise abzugeben, schließlich zu verneinen. Die Dringlichkeit des Bedarfs schien in keinem Verhältnis zu stehen zu der zu erwartenden Mühewaltung und dem gegebenen Falls ziemlich hohen Risiko.

c. Das Versorgungsgebiet.

Das städtische Elektrizitätswerk versorgt das ganze Gemeindegebiet, boch ist daneben noch eine große Zahl privater Anlagen für Selbstgebrauch vorshanden. Am 31. März 1907 waren beren 170 vorhanden.

über die Grenze des Stadtgebietes hinaus hat sich andererseits der Wirkungskreis des städtischen Elektrizitätswerks nicht ausgedehnt, doch war in Verträgen mit einzelnen der Vorortgemeinden eine künftige Ausdehnung nach dieser Richtung hin vorgesehen.

So wird in den Berträgen, die mit der Stadt Gerresheim, den Gemeinden Eller und Ludenberg geschlossen worden sind (vergl. oben S. 11), der Gemeinde Düsseldorf zugesichert, daß bis zum Ablauf des Gaslieserungsevertrages die 'drei Borortgemeinden selbst darauf verzichten und auch keinem anderen gestatten werden, während der Bertragsdauer Straßen und Plätze zur Leitung von Elektrizität zu benutzen, andererseits hat die Stadt Düsseldorf Schriften 129. Zweites Best. — Gemeindebetriebe 11. 2.

bafür die Verpflichtung (bez. hinsichtlich Ellers die Möglichkeit) nach gewisser Zeit und unter gewissen Bedingungen die öffentliche Beleuchtung der Vorsortsgemeinden statt durch Gas, durch Elektrizität vorzunehmen. Die Preise sollen s. Zt. durch Übereinkommen zwischen den Konsumenten und dem Elektrizitätswerk, gegebenen Falls nach Unrufung geeigneter Sachverständiger sestgelegt werden.

Des Weiteren hat sich die Stadt Düffelborf laut Vertrag vom Oktober 1908 der Landgemeinde Himmelgeist gegenüber verpflichtet, unter gleichen Bedingungen wie den Düffeldorfer Konsumenten elektrische Energie zu liefern, jedoch nur insoweit, als sich der einzelne Antragsteller zu einer jährlichen Mindeskstromentnahme in geldlicher Höhe von einem Fünftel der Anlagekosten auf die Dauer von sünf Jahren verpflichtet.

Durch bie oben (S. 13) erwähnten Eingemeindungen sind auch biese Berträge hinfällig geworben.

d. Finanzielles.

Bis zum Sahre 1899 murbe ber Gesamtüberschuß für Abschreibungen und Erweiterungen bestimmt und zu biesem Zwede jährlich nach Abschluß ber Bilang auf nächstjährige Rechnung als "Reservegewinnkonto" übertragen. Als aber im Jahre 1900 zum erften Male ein Betriebsüberschuß von mehr als einer halben Million Mark resultierte, murbe baraus eine Abführung an die Stadtkaffe. und zwar in Höhe von 250 000 Mf., zur Dedung ber außerordentlichen Ausgaben Duffeldorfs ber für bas Sahr 1902 bevorftehenden Ausstellung vorgenommen. In ben nächstfolgenden brei Sahren 1900 bis 1903 murben ebenfalls je 200 000 Mf. aus ben Überschüffen an bie Stadtkaffe abgeführt und zwar "zur Bervollftandigung ber Einnahmen aus Steuern fur bie allgemeinen ftädtischen Bedürfnisse". Um biese Abführungen, wie es in ber Natur ber Sache liegt, zu konfolibieren, merben feit 1906 biefe 200 000 Mf. nicht mehr aus Überschüffen nach Fertigstellung ber Bilang genommen, sonbern in ben Etat als Betriebsausgabe eingestellt. Als weitere Risifoprämie erhält bie Stadtkaffe ferner neuerdings bie Sälfte ber bilangmäßig verbleibenben Überschüsse, im Jahre 1907 in Höhe von 169873,69 Mf. leistet das Elektrizitätswerk, ebenso wie die übrigen gewerblichen Betriebe. einen Beitrag zu ben Verwaltungekoften (1907 wie Gas- und Wafferwerk 25 000 Mt.).

Die Grundzüge dieser Finanzpolitik beden sich völlig mit den oben hinsichtlich des Gaswerks charakterisierten. Näheres ist aus den auf den S. 51 und 52 abgedruckten Übersichten (Gewinn= und Verlustkonto 1907 und Bilanzkonto 1907) zu entnehmen.

Stadtifches Glektrigitatswerk.

Soll. Gewinn= und Berluftkonto 1907.

Saben.

		Det.	Bf.	Mf.	뱌.		902f.	¥f.
An	Rohlenkonto		1	347 355	39	Ber Eleftrizitäts=		-
#	Grundftuds= und Gebaube=			l		meffer = Unter=		
-	unterhaltungstonto	1		5 590	78	haltungsfonto	33 053	20
#	Gehaltstonto			91 532	56	" hausanschluß=	l	! - ~
**	Penfionstonto	1	i	1 200		und Magazin=	ŀ	
##	Generalunkostenkonto	j		18 193	40	fonto	4 840	81
"	Betriebsarbeiter-Lohnkonto .	1		153 532	98	" Pächtekonto	10 000	! —
	Beleuchtung, Beizung und	}				"Stromabgabe=	l i	Ì
	Wafferverbrauch des Betriebs	1		40 508	53	fonto	2 062 807	06
	Betriebsutensilien und Un-	İ	1				1	1
	toften bes Betriebs			28 157	73	1		
"	Maschinen = Unterhaltungs=	ļ	İ	20.405	10			
	fonto	į	!	29 607	18	1		!
"	Afkumulatoren = Unterhal=			04.000	00	· /		
	tungstonto	ļ	i	24 023	30			
#	Rabelnet = Unterhaltungs=	l		10 110	أمدأ		1	
	fonto	i		12 116 51 570			į	i
11			1	230 606		l 1		
Ħ	Zinsenfonto	ł	!	$\frac{250000}{5229}$		1		
#	Stadtfaffentonto, etatemäßige		-] 3228	. 10			
*	Abführung an die Stadtfaffe		:	225 000	1	1	ŀ	
	Konto der öffentlichen Be-		1	22.5 000	i —			
"	leuchtung:				i	1 <i>1</i>	1	
	Unterhaltung ber Lampen.	44 439	98				l	
	Stromfonsum	76 990		121 430	06	1	1	
	Elettrizitätsmeffer=Miete=	 		1			:	
#	fonto	l		65	75	l <i>1</i>		
	Stromfonsumentenfonto			1 801		1)	
	Diverfe Debitoren	1		141	29			
	Baufonto, Abichreibungen	ł		į				
"	lt. Etat:		:	1			!	
	Gebäude			I	!	1		
	3 % v. Mit. 624 054,42	18 721	63	ĺ			·	
	Dampfteffel	00.000	1		i			
	10% v. Mf. 222 309,64	$ 22\ 030$	96				į	
	Maschinen u. Apparate	00.700				1		
	10 °/o v. Mt. 927 899,43	92 789	94					
	Akkumulatoren	99 000	100	İ				
	10 % v. Mf. 338 823,80	33 882	100	1		1		
	Leitungsnet	49 639	59	1	1			
	3% v. Mt. 1654650,60	49 000	. 02	1			}	
	Eleftrizitätsmesser 15% v. Mf. 148 227,—	22 233	05	239 297	40			
		<u> </u>	00	259 291	40	1		
Ħ	Baukonto, Maschinen und Apparate: außerordentliche		,		1	1		
			Į		- 1			
	Abschreibung, Berstärkung der Dampsmaschinen		1	43 993	ച	1	l	
	Baukonto, Leitungenet:		,	40 990	09			
*	außerordentl. Abschreibung .			100 000		1		
	Bilanzkonto			339 747		1		
#	~		:			<u></u> /	0.110.701	05
			.	2 110 701	07		2 110 701	07
							ļ	
						4	*	

Die Ausgaben auf Geminn= und

		1907			1906	
	für die		1		für	die
	im ganzen	er= zeugte Rilowa	abge: gevene ttstunde	im ganzen	er= zeugte Kilowa:	abge= gebene ttjtunde
	D){ŧ.	Pf.	Pf.	Mŧ.	Pf.	Pf.
Für Betriebsarbeiterlöhne "Kohlen "Maschinenunterhaltung, Butz und Schmiers material "Betriebsutensilien und Untosten "Gehälter "Benstonen "Generalunkosten "Unterhaltung d. Grunds fücke, Gebäude und des	153 532,98 347 355,39 29 607,18 44 508,10 91 532,56 1 200,00 18 193,40	1.08 2,43 0,21 0,31 0,64 0.01 0,13	1,33 3,02 0,26 0,38 0,80 0,01 0,16	127 612,64 250 361,90 31 439,83 23 341,11 73 154,93 34 127,16	1,17 2,31 0,29 0,22 0,67 - 0,31	1,59 3,11 0,39 0,29 0,91 0,43
Leitungsneses der Akkumulatoren	17 706,83 24 023,36	0,12 0,17	0,15 0.21	13 819,38 27 898,98		0,16 0,35
Summe	727 659,80	5,10	6,32	581 755,93	5,36	7,23

Städtifches Elektrizitätswerk.

Soll.

Bilanzfonto 1907.

Saben.

		Mt.	¥1.	<u>l</u>	Mt.	Pf.
Gebäude Dampfessel Maschinen u. Apparate . Attumulatoren Leitungenes . Eletirizitäts= messer "Kohlenkonto . "Kassanschuse	270 446 75: 2 195 723,97 259 437,98 	6 758 009 27 000 319 155	79 36 60 29 30 94	Stadt Düffelborf IV. Anleihe	1 400 000 847 645 1 815 476 1 305 000	38

Berluftkonto' betrugen im einzelnen:

	1905			1904			1903	
	für	die		für	die		für die	
im ganzen	er= 1eugte Rilowat	abge= gebene tstunbe	im ganzen	er= zeugte Rilowa	abge= gebene ttjtunde	im ganzen .	er: zeugte Kilowa	abge= gebene ttstunde
Mf.	Pf.	Pf.	9)? f .	Pf.	, ¥f.	Mf.	Pf.	, Pf.
100 487,17 213 426,33	1,06 2,26	1,46 3,11	85 114,53 159 710,90	1,14 2,15	1,52 2,85	78 038,24 139 019,91	1,28 2,27	1,73 3,08
34 580,05	0,37	0,50	31 461,51	0,42	0,56	22 734,64	0,37	0,50
19 985,87 68 347,77 32 422,17	0,21 0,72 	0,29 0,99 — 0,47	13 832,92 61 354,18 — 30 250,76	0,19 0,83 — 0,41	0,25 1,10 - 0,54	15 296,96 56 018,72 1 000,00 19 036,15	0,25 0,92 0,02 0,31	0,34 1,24 0,02 0,42
20 298,80 19 404,06	0,22 0,21	0,30 0,28	13 885,11 12 716.85	0,19 0.17	0,25 0.23	13 313,79 28 283,23	0,22 0.46	0,29 0,63
508 952,22	5,39	7,4 0	408 326,76	5,50	7,30	372 741,64	6,10	8,25

Laut Beschluß ber Stadtverordnetenversammlung vom 28. Juli 1908 wurde die hälfte des Überschusses von 339 747,38 Mt. = 169 873,69 Mt. der Stadtkasse überwiesen, die andere hälfte soll zu Erweiterungen des Elektrizitätswerks und zu Abschreibungen verwendet werden.

Die Reineinnahme für die erzeugte K. W. St. belief sich im Durchschnitt auf:

1898:	32,26 Pf.,	1901: 16,73 Pf.,	1904: 15,99 Pf.,
1899:	3 4,44 "	1902: 14.92 "	1905: 15,47 "
1900:	20,53 "	1903: 16,11 "	1906: 15,35 "
		1907: 13,38 Af.	

für die nutbar abgegebene Kilowattstunde:

1898:	45,29 Pf.,	1901: 22,68 Pf.,	1904: 21,	22 Pf.,
1899:	36,56 "	1902: 21,14 "	1905: 21,2	25 "
1900:	26,78 "	1903: 21,81 "	1906: 20,7	70 "
		1907: 16,60 Pf.		

Darin sind nur die reinen Betriebskoften enthalten, also nicht darin enthalten die Ausgaben für Berzinsung, Abschreibung, öffentliche Beleuchtung, für die Riederschlagung uneinziehbarer Forderungen usw.

Die Selbstkosten ber unentgeltlich ausgeführten öffentlichen Beleuchstung berechnen sich im letten Betriebsjahr:

Das Anlagekapital bes städtischen Elektrizitätswerks betrug am 1. April 1908: 11694749 Mk., ber Buchwert 6758010 Mk., ber Feuer-versicherungswert für Mobilien 74050 Mk., für Jmmobilien einschließlich Maschinen 5855518 Mk.

II.

Die Verkehrs= und Handelsunternehmungen.

1. Die städtischen Stragenbahnen.

a. Außere Gefchichte.

Die Geschichte der Stragenbahnen in Duffelborf zerfällt in drei auf- einanderfolgende Berioden:

- 1. die Zeit des Privatunternehmens,
- 2. die Beit des ftädtischen Eigentums ohne eigenen Betrieb und
- 3. die Beit des ftadtischen Regiebetriebs.

Da sie somit alle wesentlichen Betriebsformen hintereinander aufweist, bietet sie für die vorliegende Beröffentlichung besonderes Interesse.

Nachdem der Stadtverwaltung bereits im Jahre 1873 von privater Seite das Ersuchen um eine Konzession für eine Pferdeeisenbahnanlage untersbreitet worden war, schrieb sie, von der Notwendigkeit eines solchen Untersnehmens überzeugt, eine Konkurrenz für eine Straßenbahnanlage aus. In deren Bersolg erhielt am 29. August 1875 ein belgischer Unternehmer die Konzession, bei deren Erteilung die Stadtverwaltung freisich mit aller Bestimmtheit den Standpunkt vertrat, daß sie "von dem Unternehmer nicht zum Gegenstand eines Handels gemacht, sondern auch tatsächlich zur Einstichtung und Ausbehnung der Anlage nach Maßgabe des obwaltenden Bedürfnisses benutzt würde", anderseits aber doch dem Unternehmer derartige Rechte einräumte, daß der Einsluß der Stadt auf Ausgestaltung und Aussehnung des Betriebs nicht allzugroß war. Vorsorzlich waren freilich die Bestimmungen, welche den Unternehmer verpslichteten, binnen drei Monaten bereits einen bestimmten Teil der Anlage in Betrieb zu nehmen, und die Abmachungen über die Konzessionsdauer. Während diese in anderen Städten

meist erheblich länger bemessen war, wurde sie in Düsseldorf auf nur 25 Jahre festgesetzt, wobei sich die Stadt noch das Recht vorbehielt, von dem Ablaufe des 10. Betriebsjahres ab die Konzession unter bestimmten Bedingungen und unter Einhaltung einer einjährigen Kündigungsfrist anzukaufen. Für den Fall, daß von diesem Rechte kein Gebrauch gemacht werde, sollte nach Ablauf der Vertragsdauer Bahngleise und Zubehör ohne jede Entschädigung, das rollende Material und andere Betriebsgegenstände nach einem bestimmten Taxwerte an die Stadt fallen, wenn sie es wünscht; andernfalls würden die Gleise auf Kosten des Unternehmers zu beseitigen und der frühere Zustand wieder herzustellen sein.

Die an die Stadt zu zahlende Abgabe wurde mit 3% des Bruttoertrages und 500 Mf. für jeden im regelmäßigen Betriebe befindlichen Wagen, in jedem Falle aber auf rund mindestens 1200 Mf. für jeden in Betrieb besindlichen Kilometer Bahnlinie während eines jeden der ersten fünf, 1600 Mf. bzw. 2000 Mf. während der späteren Konzessionsjahre seste gesett. Hinsichtlich der Preise wurde eine Maximalnorm (vergl. Abschnitt c) sirgiert, unter die der Konzessionär zwar gehen durste, deren Überschreitung aber ohne Autorisation der Stadtverordnetenversammlung nicht erlaubt war.

Am 6. Februar 1876 wurde der Betrieb mit durchschnittlich zwei Wagen bei einer Schienenlänge von 2,650 km in drei Linien eröffnet. Noch während deßfelben Jahres wurde das Net weiter ausgedehnt, so daß Ende März 1877 durchschnittlich neun Wagen verkehrten und das Schienennet schon eine Länge von 11,119 km aufwies; diese Schienenlänge freilich wurde, wie die Tabelle 5 zeigt, schon 1878 durch Abkürzung einer der Linien vermindert, und sie blieb während der nächsten fünfzehn Jahre im wesentlichen unverändert.

Schon 1879 übertrug der Unternehmer unter Einhaltung der vertraglichen Bedingungen Rechte und Pflichten der Konzession an eine belgische Aktiengesellschaft in Brüffel, die mit einem Kapital von 1 000 000 Fr. arbeitete, aber ebenso, wie der erste Konzessionär, kein besonderes Geschäft machte; im Gegenteil, sie stellte wiederholt den freilich vergeblichen Antrag an die Stadtverwaltung, eine Ermäßigung der Abgaben vorzunehmen.

Die dadurch hervorgerusene Spannung wurde vergrößert, als Mitte ber achtziger Jahre die Stadtverwaltung verlangte, daß die Gesellschaft das Bahnnet nach dem neuen Personenbahnhose ausbauen sollte, diese sich aber mit Hinweis auf die bisherige Unrentabilität des Unternehmens — in den Jahren 1883, 1884, 1885 ergab sich nach Abzug der Abgaben an die Stadt und Zahlung der Terrainmiete nur ein Reingewinn von 16688 Mk., bzw. 31592 Mk. bez. 24511 Mk. — weigerte und besondere Vergünstigungen

zur Gegenleiftung verlangte: Berlängerung der Konzession auf weitere 40 Jahre, Schutz gegen Konkurrenz für diese Zeit und Verminderung der Abgabe für das Straßenbenutzungsrecht. Die Stadtgemeinde ging auf diese Vorschläge nicht ein, sondern begann die gewünschten Ergänzungsstrecken selbst zu bauen, mit der Absicht, unabhängig von dem im übrigen fortlaufenden Vertrag mit der belgischen Gesellschaft diese neuen Strecken gesondert zu verpachten. Auf Klage der Gesellschaft wurde der Stadt aber der Bau dieser Linien untersagt.

Um die somit unhaltbar gewordenen Zustände zu beendigen, machte die Stadt, die sich nicht länger die Hände binden lassen wollte, nunmehr von dem Ankaufsrechte Gebrauch und erward am 1. Juli 1892 den Betrieb gegen die Verpflichtung einer einmaligen Zahlung von 204 328 Mt. für die übernommenen Mobilien und Immobilien, sowie einer jährlichen Rente von 107 574 Mt. auf neuneinhalb Jahre.

Die Frage, ob die Stadtgemeinde die Bahn nunmehr in eigene Regie übernehmen follte, wurde in einer besonderen Kommission eingehend beraten. Als Gründe für den Regiebetrieb wurden hervorgehoben:

- 1. Die Stadt ift freier in der Befriedigung des fortschreitenden Berkehrsbedurfniffes und in der Einführung einer vollfommeneren Betriebstraft.
- 2. Sie ist übermäßigen Unsprüchen in betreff Erneuerung und Umbau bes bestehenben Gleiseneges seitens eines Unternehmers nicht ausgesetzt.
- 3. Sie erhält ben ganzen Reingewinn, mahrend ein Unternehmer sich mit in ihn teilt.
- 4. Der Abschluß eines alle Verhältniffe richtig vorhersehenden Vertrages ift fehr schwierig.
- 5. Wegenüber ben Roften bes Bleifenetes und bes Depots, welche bie Stadt sowieso trägt, ift bas fur ben Betrieb nötige Rapital nur gering.
- 6 Die größeren Unternehmer verlangen längere Konzessionen, beren Bewilligung bebenklich ift.
- 7. Die Kontrolle der Betriebseinnahmen ist sicherer als beim Betriebe durch einen Unternehmer.

Dagegen murden jedoch ebenfoviele Bebenfen geltend gemacht:

- 1. Die Stellung der Pferde und Rutscher seines Fuhrunternehmers kann insofern schädlich wirken, als durch zu große Schonung der Pferde oder durch Einstellung nicht geeigneter Pferde der Fahrsbetrieb leibet.
- 2. Bei eigenem Fuhrpark umftändliche Berwaltung, Seuchen ufm.
- 3. Die Ansprüche bes Publikums sind ber Stadt gegenüber größer als einem Unternehmer gegenüber. Säufigere Beschwerben.
- 4. Es find eher Unträge auf Fahrgeldermäßigung zu befürchten.

- 5. Die Entscheidung über die Bahnfrage, Arbeitszeit und Befähigung bes Personals allein dem Direktor zu überlassen, ist unter Umständen bedenklich, daher schwierigere städtische Verwaltung, Belästigung dersselben durch Beschwerden des Personals.
- 6. Die Rosten für Personal und Fuhrpark werden sich voraussichtlich höher stellen als beim Betriebe burch einen Unternehmer.
- 7. Es ist eine größere Agitation für unrentable Linien zu erwarten.

Die so zur Entscheidung gestellte Frage blieb angesichts des günstigen Angebots eines Unternehmers auf Verpachtung zunächst in der Schwebe, und am 29. Dezember 1891 wurde ein Pachtvertrag abgeschlossen, nach dem die Stadt Bau und Unterhaltung der Gleise, Wagen und Depots übernahm, wogegen der Unternehmer der Stadt eine Depotmiete von 10000 Mik. (bzw. dis zur Errichtung eines neuen Depots eine vierprozentige Verzinsung des Wertes des vorhandenen Depots), eine Jahrespacht von 850 Mk. für die Grundstücke und dreiviertel von der Bruttojahresbetriebszeinnahme nach Abzug dieser Beträge, soweit sie 24 Pf. pro Wagennutstilometer übersteigt, zu zahlen hatte. Der Fahrplan unterlag der Genehmigung der Stadt; die Feststellung der Fahrpreise behielt sie sich allein vor.

Der Vertrag wurde auf zehn Jahre abgeschloffen, jedoch unter bem Borbehalt eines sechsmonatlichen Kündigungsrechts für die Stadt vom 1. Januar 1895 ab.

Die Stadt ließ es sich sofort angelegen sein, das Gleisnet allmählich, zunächst auf fast die doppelte und dis 1899 auf fast die dreisache Betriebs- länge des Bestandes am Tage der Übernahme von der belgischen Pferdeseisenbahngesellschaft auszubauen. Im Jahre 1894 übernahm der Unternehmer unter ähnlichen Bedingungen, wie im Hauptvertrag enthalten, auch den Betrieb einer von der Stadt nach Grafenberg (vergl. Plan und Abschnitt c) gebauten und zum elektrischen Betrieb eingerichteten Linie.

Die neue Bewegungsart mit hilfe ber elektrischen Kraft bewährte sich auf bieser Strecke vorzüglich; gleich günstige Erfolge, größere Geschwindigkeit und Leistungsfähigkeit, Schonung des Pflasters und Ersparnis an Betriebsstoften, hatten andere Städte erzielt, und für Düsseldorf kam noch besonders der Besit einer eigenen elektrischen Kraftquelle entscheidend in Betracht, so daß die Elektrissierung auch des Stadtnepes beschlossen wurde.

Über die Höhe bes für den Motorstrom an die Stadt zu zahlenden Preises war jedoch mit dem bisherigen Pächter eine Einigung nicht möglich (die Verwaltung verlangte 7 Pf. pro Wagenkilometer); infolgedessen wurde Ende 1898 ein Vertrag mit der Elektrizitätsaktiengesellschaft Schuckert & Cie. in Nürnberg abgeschlossen, welche die Ausführung der auf 3,2 Millionen

Mark veranschlagten Umwandlung und den Betrieb für die Umwandlungszeit übernahm. Die Umwandlung wurde so gefördert, daß schon am 21. Juni 1900 der letzte Pferdebahnwagen durch die Stadt Duffelborf fuhr.

Zehn Tage später, am 1. Juli 1900 ging ber Betrieb in städtische Regie über; die lang erwogene Frage war also zugunsten des Eigensbetriebes entschieden worden; dem dahin gehenden Beschluß der Stadtwerordnetenversammlung vom 17. Juli 1899 lagen insbesondere folgende Erwägungen zugrunde:

"Sowohl die einzelnen Gemeinden, welche bisher ben Stragenbahnbetrieb auf ihren Straßen zuließen, als auch die gesetgebenden Faktoren haben als Normalzuftand angesehen, bag Strafe und Bahn in ber Sand ber jene unterhaltenden Gemeinde liegt; benn fie haben fich von jeher nach einer gewissen Reihe von Jahren das Heimfallsrecht ausbedungen, und dieses ift im Kleinbahngesetz eingehend normiert. Nur bei biefem Normalzustande erscheint die freieste Weiterentwicklung bes Stragenbahnunternehmens sicher gestellt. Die Gemeinde bleibt unbeschränfte Berrin ihrer Stragen, kann Stragenbahnlinien bauen, wie und wohin fie will, fann Gleife erneuern und die Strafendecke instandhalten, wie sie es für aut erachtet. Sie kann mit ihren Stragenbahnlinien jedem neuen Buge folgen, felbst wenn biese Linie feinen Geminn einträgt, wohl aber zur Erschließung bes neuen Stadtteils wesentlich beiträgt. Sie ift die lästigen Berhandlungen und nicht selten auch Streitigkeiten mit fremben Unternehmungen enthoben. Sie kann nach dem allgemeinen Berkehrsbedürfnisse Fahrplan und Tarif ohne Rücksicht auf eine große Rente einrichten und durch Einrichtung von Kranken- und Unterstützungskaffen und Gewährung von Invalidene und Hinterbliebenenversorgung neben Gemährung höherer Löhne und Berfürzung der Arbeitszeit die Lebenslage der Angestellten, ohne den Widerspruch der Teilhaber der Gefellschaften zu fürchten, verbeffern und so Arbeitseinstellungen und Betriebsftörungen möglichst ausschließen. Auch ist die Gemeinde frei in der Wahl der Betriebskraft und meist schneller geneigt, Neuerungen und Verbefferungen einzuführen als Private".

Während des städtischen Regiebetriebes sind allmählich die noch vorshandenen alten, leichten, für den Pferdebahnbetrieb geeigneten Wagen außegesondert und durch schwere, dem Motorwagenbetrieb angepaßte, ersest worden. Zugleich daute man alle Strecken zweigleisig auß, was die breiten Straßen der Stadt überall gestatteten; vor allem aber wurde das Netz nach allen Richtungen hin außgebaut 1, und Tabelle 5 zeigt deutlich, wie mächtig

¹ In Ergänzung bes Straßenbahnnetes wird feit 1. Februar 1907 ein Automobilomnibusverkehr zwischen bem hafen und bem abgelegenen Stadtteil hamm (vgl. Stadtplan) unterhalten.

Tabelle 5. Betriebsentwicklung der Strafenbahn zu Düsseldorf, 1876 bis 1907. a. Periode der belgischen Gesellschaft (vom 6. Februar 1876 bis 1. Juli 1892).

		Gefamt=	nt. Betriebslänge			Betriebs=		
Jahr	Ein= 1vohner= zahl	gleis= länge	absolut	auf je 10 000 Einwohner	Wagen	Pferde	ein= nahmen	aus= gaben
		km	km	km			Mf.	Mf.
1876	82 300	11,12	11,12	1,35	9			•
1877	85 100	11,12	11,12	1,31	10	•		•
1878	88 000	9,79	9,79	1,11	10	•	•	•
1879	91 000	9,79	9,79	1,07	17	53		•
1880	94 200	9,79	9,79	1,04	28	124	416 060	335 941
1881	97600	9,79	9,79	1,00	28	55	135 977	$134\ 167$
1882	101 400	9,80	8,20	0,81	28	55	147 122	127 435
1883	105300	9,80	8,35	0,79	2 8	52	155 641	128600
1884	109300	9,80	8,40	0,77	28	55	$170\ 267$	122991
1885	113500	9,80	8,40	0,74	28	55	170 948	129 904
1886	118300	9,80	8,40	0,71	28	58	180 697	128358
1887	123800	9,80	8,40	0,68	28	58	180 129	$120\ 305$
1888	$129\ 600$	9,80	8,91	0,69	28	68	194 859	137 131
1889	135 600	9,50	9,50	0,70	33	68	$242\ 154$	156 904
1890	$141\ 900$	9,50	9,50	0,67	33	67	273254	$162\ 696$
1891	$148\ 000$	9,50	9,50	0,64	38	74		•
1892	153800	9,50	9,50	0,62	38	72		•

b. Periode der Verpachtung (vom 1. Juli 1892 bis 1899).

Jahr	Ein- wohner- zahl	Gefamt= gleis= länge km	Betrie abfolut km	onf je 10 000 Einwohner km	Wagen	B ferde	Zurück= gelegte Wagen= nuţfilo= meter	Be= triebs= ein= nahmen Mk.
1892	153 800	19,68	16,02	1,04	46	120	680 283	289 411
1893	159 200	27,63	16,02	1,01	66	210	1 138 740	472 607
1894	166 500	29,02	16,02	0,96	67	212	1 603 058	586 006
1895	173 000	29,04	16,02	0,93	69	269	1 700 493	685 906
1896	180 700	34,35	18,60	1,03	80	360	2 050 462	773 902
1897	190 000	39,18	20,96	1,10	86	360	2 618 317	931 493
1898	198 000	44,43	23,72	1,20	88	370	2 692 284	1 028 369
1899	204 200	53,68	28,82	1,41	72	256	3 342 058	1 358 969

ber Berkehr gewachsen ift und wie bebeutend die Betriebsmittel vermehrt worden sind, seit dem es die Stadt sich selbst angelegen sein ließ, den Anforderungen bes gesteigerten Berkehrs zu genügen und den Einwohnern der Stadt eine billige Fahrgelegenheit zu bieten.

c.	Periode	bes	städtischen
----	---------	-----	-------------

	Ein=	Gefamt: gleis=	Betr	ebslänge	Wage	enpark	Jahresfrequenz
Jahr	wohner- zahl des Einfluß- gebietes	länge einschl. Reben= gletse	ab≠ folut km	auf 10 000 Einwohner km	Motor= wagen	Un= hänge= wagen	ohne Abonnenten und Dienstjahrten
1900	209 900	55,60	30.12	1,44	118	107	14 301 504 8 770 512
1901	244 800	66.43	38,63	1,58	154	198	16 299 582 4 141 150
1902	272 000	83.00	41.61	1,53	154	176	23 163 448 2 443 028
1903	279 000	84,96	41,70	1,50	154	167	18 778 141 2 601 181
1904	287 000	86,09	42,64	1,48	144	157	20 343 529 3 948 647
1905	302 640	91,34	42,60	1,41	144	159	21 323 378 5 157 524
1906	313 112	103,92	46,03	1,47	144	159	24 230 998 10 443 248
1907	316 314	106,47	51,41	1,63	144	159	26 772 433 13 563 567 1

Die einfache Betriebslänge betrug: 1876 (Eröffnungsjahr) 11,1 km, 1891 (lettes Jahr ber belgischen Bahn) 9,5 km, 1892 (Beginn ber Pacht) 19,7 km, 1900 (erstes Jahr ber städtischen Regie) 30,1 km, 1908 (einschließlich Mitbenutzung fremder Streden und ber Vorortlinien) 51,41 km.

Die Wagenzahl betrug: 1876: 9, 1891: 38, 1892: 46, 1900: 225, 1908: 303.

Das Personal ift in ben acht Jahren bes Regiebetriebes von 440 Köpfen auf 919 (31. März 1908) gewachsen.

über die Frequenz in der erften Periode liegen Angaben leider nicht vor; im erften vollen Jahr der Bachtzeit wurden 3579242 Perfonen befördert, im erften Jahre des Regiebetriebes 23072016, im bislang letzten Jahre 40336000. Entsprechend ist die Leistung an Wagennutstilometer gestiegen; ihre Zahl betrug:

1893			1 138 740
1899			3342058
1900	•.		4869294
1907	_		10 318 124

Der Berbrauch von elektrischem Strom ist von 2298 863 K.W. St. im Jahre 1900 auf 4860 234 K.W. St. im Jahre 1907 gestiegen; von letzterer Summe lieferte bas Elektrizitätswerk 3856 270 K.W. St. und die Zentrale Rath (vergl. Abschnitt c) 1003 964 K.W. St. Die Zentrale Rath hat außerdem im letzten Jahre 2721 K.W. St. an Brivate abgegeben.

b. Die Fahrpreife.

Die Fahrpreise waren in der Unternehmerzeit sehr hoch. Nach den oben erwähnten Vertragsbestimmungen war als Maximaltarif vorgesehen worden:

¹ Ginichlieglich Dienstfahrten.

Regiebetriebes (1900 bis 1907).

Jinsgef absolut	nhresftequer amt auf bas Rilometer Bahnlänge	auf ben Ein= wohner	Strom= verbrauch K. W. St.	Zurücks gelegte Wagennutss filometer	Betriebs= einnahmen Mt.	Betriebs= ausgaben M t .
23 072 016 20 440 732 25 606 476 21 379 322 24 292 176 26 480 902 34 674 246 1 40 336 000 1	765 978 529 141 615 392 511 345 569 704 621 617 753 2971 784 594 1	110 84 94 77 85 87 111 1 126 1	2 298 863 2 551 226 2 998 456 2 745 942 3 208 056 3 529 322 4 006 429 4 681 830	4 608 806 5 790 155 7 761 642 6 575 458 7 083 173 7 554 620 9 012 371 10 318 124	1 733 590 1 850 706 2 567 453 2 163 543 2 586 679 2 738 319 3 156 702 3 546 692	857 189 1 406 185 1 614 438 1 380 546 1 432 331 1 647 213 1 984 726 2 385 044
	10 \$\\ 15 \ \ \ 20 \ \ \ \ 30 \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	" "	e Strecke vi	, 2000—8 , 3000—4	2000 m 3000 m 4000 m un	b

Dieser Maximaltarif gelangte auch voll zur Einführung; für die ersten ber beiden Wagenklassen wurden zudem, ohne Rücksicht auf die Länge der durchfahrenden Strecke, 5 Pf. mehr erhoben.

Schon im Sommer 1877 wurde der Tarif neu geregelt; die einzelnen Linien wurden in zwei oder mehr Teilstreden zur Norm von 5 Pf. einsgeteilt, jedoch blieben die Fahrpreise infolge der kurzen Abmessung der Teilstrecken auch weiter so hoch, daß zweisellos hierin die Gründe für die geringe Benutzung der Straßenbahn und damit die schlechten Geschäfte der Gesellschaft zu suchen sind.

So murben 3. B. für die Strecke Rathaus (Burgplat)—Zoologischer Garten (vergl. Plan) 25 Pf. in der II. und 30 Pf. in der I. Klasse, für die Strecke Flora—Zoologischer Garten 30 bezw. 35 Pf. erhoben, und die Monatsabonnements kosteten 8 Mk. für alle Strecken.

Unter diesen Berhältnissen konnte die Straßenbahn, die zudem nur alle zehn Minuten Gelegenheit zur Fahrt bot, kein populäres Beförderungsmittel namentlich für das Gros der Arbeiter und Kleinbürger sein, und auch die I. Klasse wurde nur sehr wenig benutt, wenn sich auch die Unternehmerin ständig weigerte, sie abzuschaffen.

Der Tarif blieb zunächst auch nach ber Übernahme in städtisches Gigentum in Kraft; nur führte ber Bächter mit Genehmigung ber Stadtverorbneten-

¹ Ginfolieflich Dienftfahrten.

versammlung 1893 neben den Monatskarten sogenannte Streckenabonnements, die für zwei Teilstrecken monatlich 3 Mk., für drei Teilstrecken monatlich 4 Mk. kosteten, ein. Schon diese Bergünstigung ließ, wie Tabelle 5 deutlich zeigt, die Frequenz stark steigen, weit mehr jedoch die Tarisresorm von 1894, wobei der Maximalpreis der Fahrkarten auf 25 Pf. vermindert wurde und einige Teilstrecken in Wegfall kommen. Zugleich freilich ließ man die Streckenkarten für zwei Teilstrecken zu 3 Mk. wieder fallen und gab nur noch Streckenkarten zu 4 Mk. für drei Teilstrecken aus. Fünf Jahre später wurde die Abgrenzung der letzteren so ausgedehnt, daß eine Fünspsennigs Teilstrecke durchschnittlich einen Kilometer lang war. Ferner wurde der Preis der Monatskarten von 8 Mk. auf 6 Mk. erniedrigt, und an Stelle der künstig fortfallenden Streckenkarten traten Schülerkarten für monatlich 4 Mk.

Als die Stadt am 1. Juli 1900 die Betriebsführung in eigene Regie übernahm, gab sie dem Drängen der Bürger nach Einführung des 10 Pf. Einheitstarifs nach und verließ den bisherigen Weg der Tarisserung nach Teilstrecken. Der Einheitspreis von 10 Pf. für Erwachsene und 5 Pf. für Kinder zwischen vier und zehn Jahren berechtigte zur sreien Fahrt auf sämtlichen Strecken und Linien und mit allen fahrplanmäßigen Wagen. Kinder unter vier Jahren waren frei. Die Monats- und Schülerkarten blieben wie bisher bestehen.

Diese Tarifänderung hatte eine außerordentlich starte Zunahme der Frequenz zur Folge — von rund 10 Millionen beförderten Bersonen außeschließlich Abonnenten im Jahre 1899 auf mehr als 14 Millionen im Jahre 1900, wozu noch gegen 9 Millionen Abonnentensahrten kamen. Zugleich aber trat ein erhebliches Finanzdesizit von 135 854 Mk. und ein Nückgang der Kilometereinnahme von 40,6 Bf. auf 35,7 Bf. in die Erscheinung.

Nach diesen Erfahrungen sah sich die Stadt, die gerade zu dieser Zeit von höheren Gesichtspunkten aus daran gehen wollte, eine Reihe von Linien auch in den äußeren Stadtvierteln zu bauen, dazu aber vor allen Dingen erst das bestehende Straßenbahnnetz rentadel machen mußte, veranlaßt, an eine neuerliche Revision des Tarifs heranzugehen. Hierfür kam vor allem in Betracht, daß die Abonnentensäße zu niedrig waren, infolgedessen die Sinnahmen hieraus pro Fahrt nur 3,12 Pf. betrugen, während der Stadt selbst sede volle Fahrt mit Rente und Abschreibung mindestens 7,96 Pf. kostete; daß serner angesichts der weitläusigen Bebauung Düsseldorfs ein Preis von 10 Pf. einer Leistungsstrecke von dis zu 8 km ebenfalls zweisellos nicht entsprach.

Der neue Tarif, der zum 1. August 1901 eingeführt murde, stellt eine Berbindung zwischen ben Grundsäten bes Ginheits- und

bes Teilstreckentarifs bar, indem zwar wieder bas Teilstreckensystem aufgenommen murbe (jede Teilstrecke koftet 5 Pf., jede Fahrt jedoch mindeftens 10 Pf.), jedoch berart, daß ber Sat von 10 Pf. für die Fahrten innerhalb ber Stadt bestehen blieb, weil die Stadtlinien in nur je zwei Teilstreden geteilt wurden. Die Borortlinien (vergl. Abschnitt c) bagegen zerfielen in vier bis acht Teilstreden. Die Zeitfahrkarten kosteten kunftig für bie Linien innerhalb bes Stadtgebietes 9 Mf., für Borortverkehrslinien bis zu 15 Mf.; gleichzeitig wurden Streckenzeitkarten wiederum eingeführt und zwar für jede birekte Stadtlinie für monatlich 6 Mk. Kinder unter fechs Sahren ohne Beanspruchung eines besonderen Plates und falls der Mitreisende nicht Abonnent ift, fahren frei; andere Kinder zahlen ben vollen Breis. Sinn biefer Tarifreform mar alfo: Beibehaltung bes Ginheitsfates von 10 Bf. für bas Stadtinnere, Ginführung bes Teilstreckentarifs nur für bie Borortzüge, Ginführung billiger Zeitfahrkarten für ben Berkehr ber Bororte mit dem Zentrum der Stadt und anderseits mit Rudficht auf die Rentabilität Breiserhöhung ber biefe so ungunstig beeinflussenben Abonnementskarten ber Stadtlinien unter gleichzeitiger Beibehaltung billiger Streckenzeitfahrten für ben Berkehr zwischen Bohn- und Arbeitestätte.

In den hierauf folgenden Jahren sank zwar die Zahl der Abonnenten; die Summe der Einzelfahrten stieg aber weiter und erheblich fort, ohne freilich das Defizit (auch nicht einmal im Ausstellungsjahr 1902 mit seinem großen Berkehr) ausgleichen zu können.

Die Stadtverordnetenversammlung war verpflichtet, dieses andauernde Defizit eines Berkehrsunternehmens, das sich zum mindesten selbst zu untershalten hat, allmählich zu beseitigen; auch waren neue Wünsche aus den Kreisen der Bürgerschaft dahin laut geworden, Streckenkarten mit einmaligem Umsteigen einzusühren, da Wohn= und Arbeitsstätte nicht immer auf den Endpunkten einer Linie lägen und eine Vollkarte von 9 Mk. für den Arbeiter zu teuer sei. Da schließlich am 17. September 1905 die in der Genehmigungs= urkunde für die elektrische Straßendahn innerhalb des Stadtgebiets der Stadt Düsseldorf vorgesehene Frist ablief, während welcher die Stadt Düsseldorf ohne die Zustimmung der Bahnaussichtsbehörde ihren Tarif souverän seste sesonden konnte, wurde am 9. Dezember 1903 ein neuer Tarif von der Stadtsverordnetenversammlung sestgelegt und am 30. Januar 1904 behördlich genehmigt.

Der neue Tarif kehrt im Prinzip zu bem Ausgangspunkte ber ganzen Tarifgeschichte zurud; er stellt sich als ein reiner Teilstreckentarif bar, bessen Detailausführung neben bem Gesichtspunkte ber Gerechtigkeit schon in ber Borlage der Berwaltung an die Stadtverordnetenversammlung folgende Sätze zugrunde gelegt wurden:

- "a) Die Erhöhung barf nicht berart sein, daß bie Fahrt von außen in bas Stadtinnere zu sehr verteuert wird wegen ber Wohnungsfrage.
- b) Die Erhöhung darf ferner nicht berart fein, daß ein großer Teil des Berkehrs sich der Straßenbahn entzieht, daß also eine erhebliche Berminderung der Frequenz eintritt.
- c) Der Tarif muß von ben Schaffnern leicht gehandhabt werben können, biese muffen also mit ber Fahrscheinausgabe fertig werben."

Von unwesentlichen Abanderungen, und von den durch die Entwicklung bes Bahnnetzes nötig gewordenen Erweiterungen, abgesehen, gilt der Tarif noch heute.

Das Spstem ist barnach für Innen- und Außenlinien bas gleiche; jebe von ihnen zerfällt in zwei ober mehr Teilstrecken. Der Fahrpreis beträgt:

für	2	Teilstrecken				10	Pf.
,,	4	"				15	"
"	5	"				20	,,
,,	6	"				25	,,
,,	8	"				30	,,
,,	9	und mehr T	eil	ftrect	en	35	,,

Kinder unter einem Jahre können von jedem Fahrgaft, Kinder unter sechs Jahren von jedem Fahrscheininhaber frei mitgenommen werden. Neben die Einzelfahrscheine treten die Zeitfahrkarten, die sowohl auf den Namen, wie auf den Inhaber ausgegeben werden.

Es gibt persönliche Ein= und Zweilinienkarten zum Preise von 6,20 bis 10,90 Mk. monatlich, Vollkarten für das Innenneh zu 9,20 Mk., für das Gesamtneh zu 15,40 Mk., für das Innenneh mit einer Außenlinie zu 12,40 Mk.¹; außerdem Schülerkarten und Arbeiterwochenkarten zu besträchtlich ermäßigten Preisen. Arbeiterkarten kosten z. B. für eine Linie und zwei Tagesfahrten 60 Pk. pro Woche; sie sind nur bestimmt für Arbeiter beiderlei Geschlechts, welche im Besitz einer Invalidenkarte oder — falls unter 16 Jahren — einer Arbeitsbescheinigung vom Arbeitgeber sind. Angestellte mit monatlichem oder Jahresgehalt werden nicht als Arbeiter im Sinne vorsstehender Bestimmungen erachtet. Die Schüler= und Arbeiterkarten sind nur persönlich.

 $^{^{1}}$ Unpersönliche Karten der gleichen Art sind ungefähr $75\,^{\rm 0/o}$ teurer als die persönlichen.

Namentlich die Einrichtung der ermäßigten Sonderkarten bedeutete einen wesentlichen sozialpolitischen Fortschritt, und der Verkehr hat durch die Tarifzreform nicht nur nicht gelitten, sondern weitere ganz erhebliche Steigerungen erfahren. Auch finanziell war das Ergebnis ein günstiges, schon am Schluß des auf die Reform folgenden Etatsjahres war die Unterdilanz der vorherzgehenden Jahre verschwunden, und daß im wesentlichen trotz des Teilstreckensisstens die Zehnpsennigfahrscheine bei weitem überwiegen, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1907 ausgegeben wurden:

```
Direkte Kahrscheine zu 10 Pf. = 14838 733
                             2204352
                   15 ..
                  20
                               19705
                   25
                               10634
                         ===
                  10 "
Umfteigefahrscheine zu
                        = 5337793
                   15
                         = 3348208
                   20
                         = 496 154
                   25
                         = 252\,178
                  30
                         = 190523
                  35
                               63576
                               10577
                   insgesamt 26 772 433.
```

c. Vorortlinien und Vorortbahnen.

Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit bes Verkehrswesens ist ber stärkste Ausdruck gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen. Wenn auch, wie noch zu zeigen, einige Linien, die Dusselborf mit den Gemeinden des engeren oder weiteren Umkreises verbinden, durch Privatinitiative geschaffen sind, so hat doch auch die Stadt nicht verabsäumt, ihr eigenes Straßenbahnnet nach den Vororten auszudehnen; die Vorzüge einheitlicher Leitung, einheitlichen Fahrplanes, einheitlicher Tarise und einheitlicher Betriebsvorschriften, ferner der Verminderung der Generalunkosten und der Verkehrszusuhr durch die Vorortlinien in das Hauptnetz, sind zu groß, um nicht von selbst hierzu zu drängen.

Am 15. November 1899 wurde ein Bertrag mit der Stadt Gerre &h eim abgeschlossen, wonach sich biese verpflichtete, der Stadt Düsseldorf
kostenlose Benutzung ihrer Straßen für eine Straßenbahnlinie zu gestatten,
wogegen Unterhaltung und Betriebskosten allein von Düsseldorf getragen
werden sollten.

Das Straßenbenutzungsrecht ber Stadt Duffelborf entspricht der staatlichen Konzessionsdauer; läuft diese ab, so kann Gerresheim entweder:

```
Schriften 129. 3meites Beft. - Gemeinbebetriebe II. 2.
```

- 1. die Berlängerung des Bertragsverhältniffes unter den bisherigen Bebingungen verlangen, ober
- 2. ben Erwerb bes in bem Stabtbezirke Gerresheim gelegenen Teils ber Stadt Düffelborf mit allen Vermögenswerten, ohne das rollende Material und etwaige Betriebs= und Reservesonds, zum vollen Ertrags= werte, ober
- 3. die Beseitigung der Bahnanlage und Wiederherstellung der Straßen. Das Letztere kann die Stadt Gerresheim jedoch nur verlangen, wenn innerhalb der drei, auf den Ablauf der Frist zur Wegebenutzung folgenden Jahre weder seitens der Stadt Gerresheim selbst beschlossen, noch einem Dritten erlaubt wird, den Straßenbahnbetrieb auf den bisher von der Stadt Düsseldorf benutzten Straßen wieder zu eröffnen.

Gleichzeitig wie mit der Stadt Gerresheim schloß Düsseldorf auch einen Bertrag mit der Gemeinde Eller ab. Hiernach trägt die Kosten für Geländeserwerbungen und Anpachtungen Düsseldorf, soweit nicht Straßengelände in Frage kommt. Dieses hat die Gemeinde Eller der Stadt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Gleisbau und Unterhaltung der zwischen den Schienen und auf ½ m seitlich der Außenschienen liegenden Flächen der benutzten Straßen ist wie in Gerresheim Sache der Stadt Düsseldorf. Dauer und Kündigung des Vertragsverhältnisses ist ebenso wie im vorher besprochenen Vertrag geregelt.

Der Bau beider Linien wurde 1901, der Betrieb am 1. Mai 1902 begonnen. Die Verträge werden durch die oben (S. 13) erwähnten Eingemeindungen natürlich hinfällig.

An dritter Stelle erward die Stadt am 1. April 1901 die seit 1896 von privater Seite betriebene Linie Grafenberg=Rath=Ratingen mit der dazu gehörigen elektrischen Zentrale in Rath und sämtlichen Unlagen für insgesamt 400000 Mk. Laut dem für diese Linie von früher bestehenden Bertrage hat der Provinzialverband der Rheinprovinz das für den Betrieb nötige Straßenterrain dis zum Jahre 1937 gegen eine bestimmte Abgabe (ursprünglich der mehr als 6% des Anlagekapitals betragende Überschuß, späterhin, ohne Rücksichtnahme auf Anlagekapital und Gewinn, ½ Mk. für jedes Kilometer Betriebslänge) überlassen, jedoch sich das Erwerbungsrecht der Bahn im ganzen vorbehalten.

Neben diesen drei städtischen Vorortlinien bestehen drei private Vorortbahnen, deren älteste seit 1898 zwischen Dusseldorf und Benrath verkehrt. Bertragsmäßig zahlt die Gesellschaft der Stadt Dusseldorf, welche sich außerdem das Genehmigungsrecht über die Gleisanlage und die Anlage der oberirdischen Leitung vorbehielt, eine nach Nuykilometern bemessene Abgabe und läßt nach Ablauf der 45 jährigen Vertragsdauer Gleis= und

oberirdische Leitungsanlagen unentgeltlich der Stadt übereignen; letterer steht auch für die im Stadtgebiet liegenden Gleise ein Mitbenutzungsrecht gegen Pacht, die nach der benutzten Gleislänge berechnet wird, zu. Kündigt die Stadt der Gesellschaft das Vertragsverhältnis vor Ablauf von 45 Jahren, so hat sie ihr eine mit der Betriebsdauer abgestufte Entschädigung in Prozenten der Herstungskosten zu bezahlen. Zur Vereinheitlichung des Verkehrs gibt sowohl die Unternehmerin wie die Stadt Übergangsfahrscheine von der einen Linie zur anderen aus.

Die zweite Aleinbahn verbindet die beiden Großstädte Düsseldorf und Erefeld, sowie Düsseldorf mit Neuß und Ürdingen; Besitzerin ist die Aktiengesellschaft Rheinische Bahngesellschaft, welcher die Stadt die Einssührung ihrer Bahn ins Gemeindegebiet auf die Dauer von 60 Jahren gewährt hat, unter einer Reihe von Bedingungen, deren wichtigste der Vorbehalt der Mitbenutung der Gleise gegen jährliche Pacht pro Meter Gleis und Übereignung der in städtischen Straßen liegenden Gleise nebst Leitungen nach Ablauf der Vertragsdauer ist. Besondere Abgaben leistet die Unternehmerin während der ersten 15 Jahre nicht; nach Ablauf dieser Frist ist eine mit der Betriebsdauer steigende Pacht für die Straßenbenutung zu zahlen. Welche Bedeutung die Rheinische Bahngesellschaft auf die Aussedehnung der städtischen Gas- und Wasserversorgung gehabt hat, ist oben auf Seite 10 und 30 geschildert worden.

Einen wesentlichen Einsluß auf die Geschäftsgebarung der Rheinischen Bahngesellschaft hat die Stadt Düsseldorf vor allem dadurch gewonnen, daß sie neuerdings von dem 10 Millionen Mark betragenden Aktienkapital der Gesellschaft 5,5 Millionen Mark übernommen hat und fortgesetzt weitere Aktien erwirdt. Nach darauf sußender Bereindarung ist die Stadt im Aufsichtsrat zur Zeit mit fünf Stimmen bei insgesamt zehn Plätzen verstreten und wird für jedes volle Tausend Aktien im Nennwerte von je 1000 Mk. eine Stimme mehr im Aufsichtsrat erhalten.

Die bei diesem Geschäft erforderlichen Mittel wurden dem neu ins . Leben gerufenen "Beteiligungsfonds" (vergl. Abschn. V) entnommen.

Die britte private Verbindung geht von Düffeldorf nach Duisburg über das im Norden der Stadt gelegene Kaiserswerth. Unternehmerin ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ad hoc, welche eine 45 jährige Konzession, vom Jahre 1899 laufend, erhalten hat. Das Straßenbahngleis innerhalb der Stadtgrenzen ist von der Stadt gegen Ersat der Kosten seinerzeit hergestellt worden. Für die Gleisunterhaltung hat die Unternehmerin bestimmte Abgaben pro Meter Gleis, sowie nach Ablauf von 15 Jahren für die Benutung der Straßen innerhalb des Stadtgebietes eine Pacht von

5*

Stragenbahnen

1907

Soll

Beminn= und Berluftkonto

1906

	Mŧ.	串.	Dif.	Pf.	Mt.	Bf.
An Zinsenfonto	166 274	27			140 154	12
" Gebäudekonto 2% v. Mk. 1027401,05	19 935	!	20 550	· ; —		!
" Sleisekonto 10% v. Mk. 4005 954,61	328 910	; -	400 598			1
" Leitungs= u. Akkumulatorenkonto 71/2% v. Mk. 1 149 454,36 " Wagenkonto	80 160	· -	86 209	_		
10 % v. Mf. 2 801 342,71 "Berkstatts Maschinens u. Gerätefonto	279 550		280 135	-		
10% v. Mf. 118 429,81 " Eleftrische Beleuchtungskonto	11 305	-	11 840	-		!
10% v. Mf. 32 257,93 " Automobil-Konto	3 225	-	3 225	-		i :
20 % v. Mf. 49 997,31			10 000	<u> </u>	812 557	-
" Bilanzkonto	723 085 288 102	74		.	206 363	55
					1 159 074	67

5 Pf., später von 10 Pf. pro Zug-Kilometer zu zahlen. Im Falle der Mitbenutzung der Gleise durch die Stadt ist eine bestimmte Ersatleistung vorgesehen. Der Betrieb dieser Kleinbahn wurde auf der Strecke Düsselsdorf-Kaiserswerth am 1. November 1899, Kaiserswerth Duisdurg am 15. August 1900 eröffnet. Die Kleinbahn ist im Stadtgebiete Düsseldorf der Stadtgemeinde genehmigt, wird aber von der Gesellschaft betrieben.

Sämtliche privaten Borortbahnen haben Unschluß an bas städtische Stragenbahnnet.

d. Finanzielles.

Die Einnahme ber Stadt aus dem Straßenbahnbetrieb der belgischen Gesellschaft war nicht groß; 1877 bis 1879 und 1881 zahlte diese 12000 Mt. für jeden Kilometer Bahnlinie, 1880 und 1882/88 3% ber Bruttoeinnahme und 500 Mt. für jeden im regelmäßigen Betriebe besindlichen Wagen, 1889 bis 1892: 1600 Mt. für jeden Kilometer Bahnlinie. Die höchste Abgabe betrug 19234 Mt. im Jahre 1880; im letzten Jahrzehnt schwankte sie zwischen 15000 und 16000 Mt. jährlich.

Aus dem intensiveren Betriebe und der besseren Rentabilität während der Zwischenperiode (Verpachtung) zog auch die Stadt ihren Nupen, da sie sich einen Gewinnanteil vorbehielt, der von 156083 Mt. im Jahre 1893

der Stadt Buffeldorf.

Gewinn und Berlust f.	onto. 1906	i	Haben 1907	
	Mt.	Pi.	wif.	ĮΨį.
Per Konto fremde Kleinbahnen	4 545 3 903 1 169 013		7 736 4 381 1 146 956	45 33 89
		:		:
		i		!
			:	
			1 159 074	67
			1 103 014	1

auf 601 375 Mf. im Jahre 1899 ftieg; bemgegenüber ftand freilich bie Rente an die frühere Pferdeeisenbahngesellschaft bis zum 1. Januar 1902 im Betrage von 107 574 Mf., fowie bie Bau- und Unterhaltungsfoften als Ausgaben. Daß sich das finanzielle Ergebnis feineswegs gunftiger stellte, feitdem das Unternehmen in städtische Regie übergegangen ift, murbe ichon oben hervorgehoben. Die ftarfen Fahrpreisermäßigungen brachten in ben ersten vier Jahren Unterbilangen bis zu 380 000 Mf., mas freilich zum Teil auch barauf zurückzuführen ift, bag außer ben vorgeschriebenen Tilgungs= raten für die aufgenommenen Stadtanleihen in den Jahren 1892 bis 1900 feine Abschreibungen gemacht worden waren und diefe nun bei bem ftarken Berfchleiß ber Unlagen um fo höher gegriffen werben mußten.

Eine Sanierung ber Finangen brachte erft, wie ichon oben vermerkt, Die Tariferhöhung vom 1. Februar 1904; in bem barauf folgenden Betriebsjahr gelang es nicht nur, die Fehlbeträge ber vorhergehenden Jahre zu tilgen, fondern noch einen barüber hinausgehenden Gewinn zu erzielen. Im zweiten Jahre stieg der Gewinnüberschuß auf 259 474 Mf. und im dritten auf 288 103 Mf., um im nächsten Jahre freilich infolge ber ftark steigenden Ausgaben (Vermehrung ber Löhne und Betriebsausgaben) wieber etwas zu fallen.

Bilanz=

1907

		1906		1907			
		Mf.	Pf.	Mf.	Pf.	Mf.	邶.
An	Grunderwerbstonto	395 419 827 736		807 801 30 624	20 17	395 419	56
	Abschreibung	19 935 807 801	20	838 425 20 550	37 — 	817 875	37
"	Gleisekonto	1 357 151 506 161 1 863 312		1 534 402 716 858 2 251 261			
	Abschreibung	$\frac{328910}{1534402}$	- 31	400 598	<u> </u>	1 850 663	28
"	Leitungs= u. Akkumulatorenkonto . Zugang It. Rachweis	520 438 50 000 570 438	55 - 55	490 278 80 667 570 945	55 25 80		
	Abschreibung	80 160 490 278 1 322 419	55	86 209 1 111 869	<u> </u>	484 736	80
"	Wagenkonto	69 000 1 391 419	84	$\frac{5815}{1117685}$	39 23	008 880	l oc
,,	Abschreibung Werkstatts, Waschinensu. Gerätekonto	$\begin{array}{r} 279\ 550 \\ \hline 1\ 111\ 869 \\ 62\ 803 \end{array}$	84 22	280 135 62 838	50	837 550	23
	Zugang It. Nachweis Abschreibung	11 340 74 143 11 305	50	5 372 68 210 11 840	81	56 370	81
"	Elektrische Beleuchtungskonto	62 838 18 210 3 225	50 93 —	14 985 3 225		11 760	93
"	Automobilkonto	14 985 40 000	-	49 997 10 000		39 997	i
" "	RleinbahnkontoGrafenberg=Ratingen Robilarkonto	3 3 1 335 000 50 000	_	1 705 000 50 000		3	
" "	Ronto Spar- und Bauverein Reubaukonto, Erweiterung 1906 .	478 000		27 000		1 782 000 17 000 26 000	1_
# # #	" Diverse Linten " Privattelephon " Speisekabel Beftände.					4 000 10 000	i —
" " "	Direktionskonto	503 33 255 3 906 11 587 31 767 13 332	66 70	353 22 120 2 505 12 565 47 032 1 669	34 24 82		
"	Vagn: "Utomobil:Betriebskonto	5 647 21 187	50 94	5 747	75	177 939	64
_		121 187	55		!	6 511 319	93

1907

Ronto.

Saben.

1001			o c	on to.				արսա	, c 11.
				1906			1	907	
				Mf.	Pf.	Mt.	Bi.	Mt.	Bf.
Per Ra:	pitalkonto	1892er	Anleihe Tilgung	401 966 89 921	31 48	312 044 93 521	83 73	218 523	10
				312 044	83]	!		ì
"	"	1896er	Anleihe Tilgung	614 386 15 332	90 60	599 054 20 526	30 74	578 527	56
				599 054	30			1	:
(r	"	1899er	Anleihe Tilgung	3 010 900 52 300	-	2 958 600 54 400		2 904 200	<u> </u>
				2 958 600	-	į	!		
"	"	1900er	Anleihe	1 872 606 35 095	08 76	1 837 510 36 499	32 59	1 801 010	73
				1 837 510	32	1	•		
"	"		Anleihe	259 000	-	$\begin{array}{r} 259\ 000 \\ 3\ 885 \end{array}$		255 115	-
" Erwe	eiterungst inn= und	Berluft Berluft	nto fonto	288 102	74			547 579 206 363	99 55
						•			

Abführungen aus dem Gewinn der Straßenbahn an die Stadtfasse sinden nicht statt; der Gewinn wird vielmehr ausschließlich zur Erweiterung und Ausgestaltung des Betriebes selbst verwandt. Lediglich als Entschädigung für entsprechende Leistung en stellen sich die Beiträge zu den Kosten der allgemeinen Berwaltung (1908: 30000 Mf.) und für die Benutzung und Unterhaltungskosten der städtischen Straßen (1908: 300000 Mf.) dar.

Die Straßenbahn ist mithin kein Überschußbetrieb, foll aber andererseits sich selbst erhalten, und der Fahrpreistarif findet daher seine Minimalgrenze in der Rücksicht auf den weiteren Ausbau des Liniennetzes und die gerade bei einem Straßenbahnunternehmen in kurzen Zwischenräumen erforderlichen Ergänzungen und Erweiterungen der Betriebsmittel.

Näheres über die finanziellen Verhältnisse der städtischen Straßenbahnen ist aus den vorstehend abgedruckten Übersichten (Gewinn= und Verlustkonto 1907 [S. 68/69] und Bilanzkonto 1907 [S. 70/71]) zu ersehen.

Der bilanzmäßige Überschuß wurde dem Erweiterungsbautenkonto gut= geschrieben.

Die Betriebseinnahmen betrugen auf bas Wagenkilometer:

```
1900: 35,68 Mf.,
                              1904:
                                    36,52 Mf.,
     1901: 31,96
                              1905:
                                     36,25
     1902: 33,07
                              1906: 35,03
     1903: 32,88
                              1907: 34,37
Die Betriebsausgaben:
     1900: 20,49 Mf.,
                             1904:
                                     20,22 Mf.,
     1901:
            25,71
                              1905:
                                     21,80
     1902:
            26,60
                              1906:
                                     22,02
     1903:
            21.00
                              1907:
                                     23,11
```

Das Anlagekapital betrug am 1. April 1908 10004339 Mk., ber Buchwert 4551380,29 Mk., ber Feuerversicherungswert für Mobilien 3000150 Mk., für Immobilien 849250 Mk.

2. Der städtische Rheinhafen 1.

Der Hafenbau stellt, ben bafür aufgewendeten Kosten nach, das bes beutendste gewerbliche Unternehmen der Stadt Düsseldorf dar und reiht sich dem Umfange nach den größten deutschen Binnenshäfen unmittelbar an. Seine heutige Ausgestaltung ist ein Werf der neuesten Zeit; seine Grundlagen aber stammen aus weit vergangenen Jahrhunderten. Schon die Grafen von Berg, deren Hauptstadt Düsseldorf im späteren Mittelalter war, beabsichtigten im 13. Jahrhundert hier aus

¹ Diefen Abschnitt hat Berr Safendirektor Bimmermann beigefteuert.

allgemeinpolitischen wie finanziellen Gründen einen Rheinzoll zu errichten; aber ihr Streben nach dessen königlicher Verleihung scheiterte noch lange an dem Widerstande der übrigen Zollherren, sowie an dem Übergewicht, welches das benachbarte Köln durch sein Stapelrecht ausübte, so daß 1344 König Ludwig dem Grafen von Berg nur gestattete, den Zoll erst bei Duisdurg zu erheben. Und als König Karl IV. 1377 dem Grafen Wilhelm die Zollverlegung nach Düsseldorf bestätigte, auch noch 1380, als König Wenzel den zum Herzog erhobenen Grafen ermächtigte, den Zoll Kaiserswerth, der zu jener Zeit der einträglichste am ganzen Rhein war, nach Düsseldorf zu verlegen, erhob der Kölner Erzbischof dagegen Einspruch, jedoch nur mit der Wirfung, daß der Zolltarif um ein Drittel herabgesett wurde.

Die Errichtung bes Bolles in Duffelborf hatte alsbald zur Folge, daß unterhalb des herzoglichen Schloffes das Rheinufer reguliert, mit dem Werftbau begonnen und ein Boll- und Lagerhaus — Eberhaus ober Eber genannt - erbaut murbe. Die Rosten hierfür bestritt ber Fürst, ber auch ben Boll einnahm. Nicht lange barnach, 1426, murde aber die Pflicht, ben "Warf" in baulich gutem Zuftande zu erhalten, vom Berzog auf die Stadt übertragen, gegen die Berechtigung, von jedem Schiffe zwei Weifpfennige Werftgeld zu erheben. Dieses Werftgeld foll mährend des 16. Jahrhunderts durchschnittlich jährlich etwa 150 Mark damaligen Wertes, das Eber- ober Lagergeld aber viel weniger betragen haben. Dienten die Bölle in den ersten Beiten eigentlich nur gur Erhaltung ber von ben bergmärts fahrenden Schiffen benutten Leinpfade, fo konnte sich ber Berkehr noch damit abfinden. Nachdem fie fich aber zur wichtigsten Finanzquelle ber Bollherren, zu einem politischen Machtmittel entwickelt hatten, bas manchmal bei ber Kaiferwahl in bie Waafchale geworfen wurde, nachdem bie Bahl ber Bollstätten am Rhein am Ende auf 62 angewachsen war, da war es nichts anderes als ein privilegierter Straßenraub, ber Jahrhunderte lang auf Handel und Wandel Wohl versuchten ber König wie ber Papft, diesem Unwesen zu fteuern, aber an der Ziellosigkeit ber ergriffenen Magnahmen, wie an ber Macht= losigkeit berer, die Die Berbesserung forderten, scheiterten die Bersuche immer Und wenn auch die am Duffeldorfer Werft ausgeladenen Guter mit Unterbrechungen vom Boll befreit maren, bamit die für bas hinterland bestimmten Güter nicht auf Umwege getrieben würden, so litt der Schiffs= verkehr doch auch hier naturgemäß unter den allgemeinen Lasten, und am Ende mar es ber von feinen Uferherren baulich vernachläffigte Strom felbit. ber eine gefunde Entwicklung ber Schiffahrt verhinderte.

Bon einem Kran am Duffelborfer Werft spricht zum erstenmal ein Erlaß bes Herzogs Gerhard vom Jahre 1450, womit bieser ber Stadt gegen jährliche

Abaabe von vier rheinischen Gulben bas Weinschröteramt, mit anderen Worten bas Rranrecht übertrug. Diefe Abgabe murde vom nachfolgenden Fürsten 1489 aufgehoben, weil die Stadt sich durch Teuerung und durch geringe Einnahmen aus der Akife in Not befand; sie mußte aber bafür auf bes Herzogs Ansuchen ein steinernes Haupt im Rheine errichten, um die Strömung vom Schlogufer abzuwenden. Diefe Strömung, die burch ben feit mehreren Sahrhunderten veränderten Stromlauf oberhalb der Stadt allmählich immer mehr fich verftärkt hatte, machte im Jahre 1556 weitere Werftbauten notwendig. Gleichzeitig murbe bas Bollhaus nach dem Bolltor verlegt und bort auch ein zweiter Kran errichtet. Im Jahre 1595 hatte eine große Überschwemmung bas Duffelborfer Ufer fo arg mitgenommen, bag Stabtmauer und Werft einer gründlichen Aus- und Verbefferung bringend bedürftig erschienen. Bon der fürftlichen Kanglei zur Bornahme dieser Arbeiten aufgeforbert, weigerte fich die Stadt beren beharrlich, mit dem hinweis barauf, daß "infolge ber von ber herzoglichen Softammer bewirtten Bepflanzung ber Lauswarth ber Strom stracks auf die Stadt geleitet werde, und möge ber badurch entstandene Schaben nun auch durch den fürstlichen Hof ausgebessert werben". Das half aber nichts, und die Stadt mußte wohl ober übel die Uferbauten vom Schloß aufwärts bis zum neuen Kran ausführen. zeitig (1596) stellte die Stadt auch einen Begelmeister an, der das Werftgeld zu erheben hatte, mas bisher durch die herzoglichen Röllner geschehen mar. Eine gedeihliche Entwicklung mußte aber den Duffeldorfer Werftanlagen verfagt bleiben, folange ber Drud bes Rölnischen Stapelrechts auf ihnen ruhte. Schon von altersher hatten einige Uferstädte bas Recht fich angemaßt ober erworben, daß alle Waren, welche an ihnen vorbeigefahren werden follten, zuvor auf ihren Märkten zum feilen Rauf ausgeboten werden mußten, ehe der Weitertransport erlaubt mar. Bon dem Kölner Stapelrecht spricht zuerst eine Urkunde vom Jahre 1259. Nicht minder lästig als dieses war das damit verbundene Umschlagrecht. Darnach durfte ein in Holland belabenes Schiff die jur Duffeldorf bestimmten Guter nicht zuerft hier auslaben, um mit ber übrigen Ladung seine Reise nach Köln fortzusetzen, sondern die gange Ladung mußte in Koln auf das Stapelhaus gebracht und feche, fväter brei Tage lang jum öffentlichen Rauf ausgelegt merben. Die für ben Oberrhein bestimmten Guter murben bann einem ber in beschränfter Rahl bagu berechtigten Rölner Schiffer übergeben, ber nur bis Maing fahren burfte, wo nach Erledigung bes Mainzer Stapels ein bortiger berechtigter Schiffer ben Weitertransport bis Speier übernahm, und schlieglich burfte nur ein Speierer Bunftichiffer bis Strafburg fahren. Erft im Jahre 1705 gelang es dem in Duffeldorf residierenden Kurfürst- Bergog Johann Wilhelm, durch einen Bergleich mit Köln wenigstens ben Borteil zu erlangen, daß die für ben Düsseldorfer Hof und die eingesessene Bürgerschaft bestimmten und amtlich bescheinigten Güter vom Kölner Stapel befreit sein sollten. Da das Stapelrecht auch die Borschrift enthielt: "Gast mit Gast nicht zu handeln", wonach es an den Stapelpläten nur eingesessenen Bürgern gestattet war, sich am Handel mit Stapelgütern zu beteiligen, so ist leicht einzusehen, daß unter dem Drucke der kölnischen Macht es für Düsseldorf trotz aller Bemühungen seiner Fürsten und der Regsamkeit seiner Bürger unmöglich war, zu der Stellung zu gelangen, die ihm, der Pforte des gewerbsleißigen bergischen Landes, von Natur bestimmt zu sein schien.

Un die ermähnten Werftbauten ichloß fich ber Bau bes erften Duffelborfer Safens an, wie er im Stadtplan von 1620 bargeftellt ift. Es mar eigentlich nur ein Graben wie die Ballgraben, die er mit dem Rhein verband, und muß felbst für die damaligen Berkehrsverhältniffe feinem Brede als Schuthafen taum genügt haben, benn als bie ichmeren Bunben, die dem Lande durch fortgesetzte Kriegswirren geschlagen worden, zu heilen und Gewerbe und Sandel wieder aufzuleben begannen, traten im Jahre 1685 die herzoglichen Rate an die Frage heran, auf welche Weise ein Aufschwung bes handels und eine Ausbehnung ber Stadt Duffelborf zu erzielen fei. Sie schlugen dem Verlangen der Kaufleute folgendes vor: "weil weder zu Köln noch sonstwo in der Rahe die Schiffleute in Winterezeit sich öftere por dem schnell machsenden Waffer und vor Eisgang in Sicherheit stellen können und bie Bersplitterung ber Schiffe besorgen und barum eine Buflucht verlangen, um die Schiffleute mit ihren Ladungen hierhin zu veranlaffen, beshalb fei es ein fehr nütliches und hiefiger Stadt profitables Werk, wenn ber hiefige Safen ausgefegt und so vertieft werde, daß auch bei gang kleinem Waffer fich die Schiffe baraus in ben Strom begeben könnten, welches um fo mehr ju befördern fei, weil von den Schiffleuten jedesmal bas Safengeld außer bem Boll gezahlt wird, auch zur Bermehrung ber Commerzien, Consumption und Nahrung merdlich gereichen könnte". Diefer Plan fand zwar die Billigung bes Landesregenten, bes prachtliebenden Rurfürsten Johann Wilhelm II., aber die Stände verweigerten angesichts der steigenden Finanznot die Mittel zu diefer Hafenverbefferung, ebenfo wie zu einer vom Fürsten beabsichtigten Regulierung des Rheinlaufs und der Uferbefestigung. Und die Kriegswirren, bie nach dem Tode dieses Fürsten (1716) fast ununterbrochen über bas bergische Land und die Stadt Duffelborf hereinbrachen, maren nicht geeignet, bem Sandel Borfchub ju leiften. Bon bem Duffelborfer Safenverkehr ju Ende des 18. Sahrhunderts meldet eine Chronik, daß monatlich burch= schnittlich 70 Schiffe ben Duffelborfer Safen anliefen, von benen 30 birekte

Labungen nach Duffelborf hatten, Wein, Buder, Tabak und Getreibe, auch Eifen, Blei, Holz, schwarzen Brand (Steinkohlen) und Steine. mit bem frangöfischen Revolutionssturm eine Zeit herein, wie fie schwerer bas Land nie gesehen hatte. Dennoch machte ber Düffelborfer Handelsstand alle Unftrengungen, um gegen ber Zeiten Drud anzukämpfen. Man gebachte, in Berbindung mit Mannheimer Raufleuten, eine Rangschiffahrt einerseits von Duffelborf nach Holland und zurud, andererfeits von Duffelborf nach Mannheim und zurud einzuführen. Dhne die Gewaltmittel bes bisherigen Schifferzunftzwanges, vielmehr bei aller Freiheit ber Bewegung, ficherte bie Rangschiffahrt mit begrengter Labe- und Lofchzeit ber Raufmannschaft boch eine regelmäßige Ankunft ihrer Güter. Der Blan icheiterte jedoch an bem von Mainz und Köln noch ausgeübten Stapel- und Umschlagzwang. Allerdings wurden, als die Frangosen bas linke Rheinufer befetten, die Rheingolle aufgehoben. Un ihre Stelle aber trat infolge ber Oftroi-Ronvention ber Rheinuferstaaten 1804 der Rheinschiffahrts-Oftroi, nach bessen Tarif für die ganze Rheinstrecke von Strafburg bis zur hollandischen Grenze von jedem Bentner Ware zu Tal nicht mehr als 133 Centimen, zu Berg 2 Franken an Gebühren erhoben murben. Die den Ackerbau und die Industrie fördernden Erzeugniffe genoffen eine mefentliche Ermäßigung. An die Stelle ber noch bestandenen 33 Rheinzollstätten maren 12 Oftroibureaus getreten: in Duffelborf mar auch ein folches errichtet worden. Aber wie in Mainz, fo mar auch in Roln ber Stapel geblieben, mochte auch bie Parifer Behorbe auf Duffelborfer Borftellungen im Jahre 1803 verfichern, bag Stapelgerechtsame überhaupt mit ben frangofischen Staatsarundfaten nicht verträglich maren und ein Stapelrecht meber bestehen könne, noch bestehe. Die bergischen Manufakturmaren burften bes Stapels wegen an ber Stadt Röln nicht vorbeigeführt werben, und brachte man fie hinüber, um auf folnische Schiffe verladen zu werden, fo fielen die frangösischen Rollbeamten barüber her und nahmen sie als für englisch geltenbes, also gemäß ber Kontinentalsperre verbotenes But meg. Bulett fam bie Reihe auch an bas Duffelborfer Megschiff. Dieses konnte bisher stets ungehindert und ununtersucht ju jeder Meffe nach Frankfurt gehen und von bort zurudkommen. Bor ber Oftermeffe 1803 hatte bas Schiff icon feine volle Labung von bergifchen Manufakturmaren, die fast insgesamt in die Klasse ber bei ben frangösischen Bollbehörden für englisch geltenden Waren gehörten. Alles mußte wieder ausgelaben und nun auf ber Uchse nach Frankfurt gebracht werden. "Für ben Bewohner bes rechten Ufers", fo ruft ber Duffeldorfer Jacobi aus, "ift feitbem fein Sandel mehr auf bem Rhein, und nichts ift bem Deutschen von seinem vaterländischen Strome übrig, als bie Überschwemmungen!"

Als der letzte bergische Herzog, der Kurfürst Maximilian Joseph, 1806 König von Bayern wurde, trat er das Herzogtum an Napoleon ab, der es zum Großherzogtum erhob. Napoleon sah sogleich die Notwendigkeit der Unlage eines neuen Hafens in Düsseldorf ein und ließ im Jahre 1810 einen Entwurf aufstellen, der einen Kostenauswand von Fr. 76384,29 für ein Hafenbecken an der Karl Theodor Bastion von 200 Fuß Sohlenbreite und 765 Fuß Länge vorsah. Dieser Hafen wurde im Jahre 1811 vollendet und hat bis in die neueste Zeit, dis 1898, als Sicherheitshafen gedient, um dann der sesten Rheinbrücke Platz zu machen.

Die Wiener Kongreß-Afte von 1815, durch die das bergische Land mit feiner hauptstadt Duffeldorf bem Konigreich Breugen einverleibt murbe, erfüllte nicht die Hoffnungen auf Befreiung bes Rheines von Abgaben und Sonderrechten. Sie blieben auch noch zum großen Teil unerfüllt durch die Rhein = schiffahrtsatte von 1831, durch die fich die Uferstaaten gur Sicherung ber Ufer und zur Berbefferung bes Fahrmaffers verpflichteten; Baffergolle und Stapelrechte maren mohl aufgehoben, Oftroi, Rekognitionegebühren und Brudendurchlaggebühren, wofür allein die Roln-Duffeldorfer Dampfichiffahrtsgefellschaft in ben fünfziger Jahren burchschnittlich 20 000 Taler jährlich aufzubringen hatte, aber geblieben, ebenfo hartnädig der Kölner Umlade= zwang. Dennoch mar bie Wirkung ber nur mäßigen Berbefferungen, in Berbindung mit bem Bau eines Freihafengebäudes und mit ber Erweiterung bes Werftes für zollfreie Guter auf ben Duffelborfer Berkehr eine unerwartete. In einem Jahre ftieg hier bie Gutereinfuhr von 120 529 Zentner in 1831 auf 704 470 Bentner in 1832, und in diesem Jahre erreichte die Bahl ber hier anlegenden Schiffe 1455, worunter 229 Dampfichiffe. Die Ginkunfte an Werftund Krangebühren, die um 1815 nur 600 bis 800 Taler jährlich betragen hatten, stiegen in 1832 auf 4000 Taler, in 1854 fogar auf 23 000 Taler. Bu dieser starken Berkehresteigerung trug allerdings wesentlich die Einführung ber Dampffraft bei. Bon Mitte ber fünfziger Jahre an wirfte in gleicher Richtung die aufblühende Industrie im Hinterlande, namentlich im Buppertal. Der Duffelborfer hafenverkehr ftand 1852 noch auf berfelben höhe von 1 3/4 Million Zentner wie feche Jahre vorher, 1855 mar er fogar unter 1 Million Zentner gefunken, um 1860 auf 3 1/2 Millionen Zentner zu steigen und damit den Berkehr in den Nachbarhäfen zu überflügeln. nicht lange konnte Duffelborf, trot feiner bevorzugten Lage, biefen Vorrang behaupten. 3mar ftieg ber Unteil bes Duffelborfer hafens an bem Gefamtgüterumschlag ber beutschen Rheinhäfen von 4 % in 1860 noch auf 4,3 % in 1870, fank aber im folgenden Jahrzehnt auf 1,2 % in 1880 und gar auf 0,9% in 1890.

Nachbem durch die politischen Umwälzungen der sechziger Jahre Preußen die Bormacht in Deutschland erlangt hatte, war im Jahre 1868 endlich die Zeit für die lang ersehnte Rheinfreiheit gekommen, wo durch die revidierte Rheinschifffahrtsakte der lette Bann von der Schifffahrt auf dem Rhein genommen wurde, alle Ubgaben und Sonderrechte, die bisher die Schiffahrt belastet hatten, abgeschafft wurden.

Die Bahn für den Fortschritt war nun endlich frei. Der Gesamtgüterverkehr der deutschen Rheinhäfen, der 1855: 1,11 Million Tonnen,
1865: 1,75 betrug, stieg schon in 1870 auf 3,93, 1880 auf 5,67, 1890
auf 13,71 Millionen. Um diese gewaltige Entwicklung zu bewirken, genügte
freilich nicht die verliehene Freiheit, es mußten noch andere Förderungs=
mittel in Tätigkeit treten: vor allem die Auswendungen der Rheinuser=
staaten für Verbesserung des Fahrwasser, Stromregelungen und Uferschutz,
die sich von 1870 bis 1890 auf 106 4/5 Millionen Mark beliefen. Insolgedessen konnten die Schiffe bedeutend vergrößert werden, die disherigen Holzschiffe
wurden bald durch größere eiserne, dann stählerne Schiffe ersetz, der Betrieb
bedeutend verbilligt, durch die Vermehrung der Dampser die Fahrt beschleunigt.

Un diefent allgemeinen Fortschritt hatte aber ber Duffelborfer Safen nicht ben ihm gebührenden Anteil. Die Stadt, Die fich im übrigen so erfreulich entwickelt hatte, beren Einwohnerzahl von 60 233 in 1866 auf 115 190 in 1885 gestiegen war, vernachlässigte lange, zu lange ihre Rheinfeite. Sie fucte ben Unforderungen bes gewachsenen Berkehrs, ben Rlagen ber Kaufleute, ben Forberungen ber Bollbehörde nach Berbefferungen und Erweiterungen bes Safens nur burch Midmert und unzulängliches Studwerf gerecht zu werden. Im Jahre 1880 endlich, als die Werftnot am höchsten geftiegen mar, murbe ber Bau eines neuen Safens ernftlich ins Auge gefaßt. Bunachst murbe, um bas bringenbste Bedurfnis zu befriedigen, bas Bollufer mit einem Koftenaufwand von 160 000 Mt. ausgebaut; einen Antrag auf Beihilfe hierzu hatte ber Staat abgelehnt. Blane für ben umfaffenben Neubau murden aufgestellt, beraten und begutachtet, abgeändert und erweitert. Die Fragen, ob Raihafen am offenen Strom ober Bedenhafen, ob biefer im Norden ober im Guben ber Stadt anzulegen fei, zu flaren, bedurfte noch langer Zeit, und nachdem bas Enteignungsrecht zum Zwecke bes Safenbaues im Juli 1889 ber Stadt verliehen worben war, ging anfangs 1890 ber Bescheid ber Staatsregierung ein, bag ber Ausführung bes Projektes nun feine Bebenfen mehr entgegenständen. Darnach beschloß die Stadtverordnetenversammlung, zur Aufbringung ber Safenbaufosten, die infolge ber von ben Behörben geforberten Abanderungen auf 6 500 000 Mf. veranschlagt maren, eine Anleihe in gleicher Sohe aufzunehmen, wozu Ende 1890 die Genehmigung

erteilt wurde. Nach Begutachtung der endgültigen Plane konnte endlich Mitte 1891 mit dem Bau begonnen und nach fünfjähriger Bauzeit vollendet merben. Am 30. Mai 1896 murde ber neue Rheinhafen gu Duffelborf feierlich dem Betrieb übergeben. Die damalige Festschrift ber Stadt schlieft mit ben Worten: "Mögen auch die Rosten, welche durch die Stadt allein aufzuhringen maren, gegen die Vorausberechnung um ein bedeutendes überschritten worden sein, da das Projekt in mancher Beziehung, namentlich burch ben fofortigen, ursprünglich erst für später in Aussicht genommenen Ausbau des mittleren Hafenbeckens, sowie die Anlage eines ausgedehnteren Rangierbahnhofs wesentlich erweitert und nichts unterlaffen, nichts gespart worben ift, um das Werf nach den Anforderungen und Erfahrungen der Bebtzeit auf bas vollkommenfte, namentlich mit elektrischer Licht- und Rraftanlage, mit Wafferversorgung und Ranglisation, auszugestalten, auch manche Unkoften entstanden, auf die man nicht vorbereitet sein konnte, wie hohe Arbeitslöhne, außerst schwierige Bodenverhaltnisse, Rosten ber Anleihe usw., - wir waren best gelungenen Werkest nicht wurdig, wollten wir uns barum grämen und an feiner Erfprieglichkeit zweifeln".

Die damalige Gesamthafenanlage hat eine Flächengröße von 80,5 ha, wovon 22,5 ha auf die Wassersläche der fünf Becken mit nahezu 6000 m Ladeufer mit Gleisanschluß, 21 ha auf zu verpachtende Lagerpläße, das übrige auf den Zollhof, auf Gleisanlagen von ungefähr 28 km Länge, auf Straßen, Wege, Böschungen und Deiche entfallen. Der Hafenbahnhof erhielt unwider-ruflichen Anschluß an die Staatseisenbahn mit Tarifstation. Der Bahn-betrieb auf den Hafengleisen zwischen den Übergabegleisen und den Ladegleisen mußte von der Stadt übernommen werden, wosür sie zunächst zwei Tender-losomotiven einstellte und die erforderlichen Gebäulichseiten errichtete.

Der bis dahin geltende Gebührentarif wurde, namentlich für die geringwertigen Massengüter, nunmehr wesentlich herabgesett, was zur Hebung des Verkehrs sein gut Teil beigetragen hat. Der Hafentarif unterliegt der Genehmigung der Staatsregierung und ist von dieser nach dem städtischen Entwurf sestgesett worden. Da nach der Rheinschiffahrtsakte die Gebühren für Benutung von Haseneinrichtungen deren Kosten für Verzinsung, Tilgung und Unterhaltung nicht übersteigen dürsen, so kann die Stadt auf unmittels daren Gewinn aus ihrem Hasenunternehmen nicht rechnen, und sie muß sich an dem Nutzen genügen lassen, der ihr durch den Hasen indirekt aus dem Wachsen und Gedeihen ihres Handels und ihrer Gewerde erwächst.

Die Gesamtkosten der Hafenanlagen von 1896 besaufen sich auf 10 Millionen Mark. Die hierfür aufgenommene Anleihe ist von der städtischen Hafenkasse mit $3^{1/2}$ vom Hundert zu verzinsen und 1 vom Hundert zu tilgen.

Fabelle 6. Ferkehrsentwicklung des ftadtifchen Gütervertehr

Ralender=	3 u f u h r				
jahr	Zu Berg	Zu Tal	Zusammen		
1896	171 571	151 555	323 126		
1897	242215	181 411	423 626		
1898	283 558	226 679	510 237		
1899	303 357	227 292	530 649		
1900	312505	215835	528 340		
1901	277 297	203 933	481 230		
1902	270 197	270 012	540 209		
1903	344 532	341 443	685 975		
1904	358 659	384 700	743 359		
1905	474 533	$405\ 468$	880 001		
1906	512 446	$458\ 254$	970 700		
1907	$505\ 552$	$473\ 235$	978 787		

Tabelle 7. Finanzielle Entwicklung des fladtifchen

	Betriebs=	Betriebs	ausgaben	Grundstücke und Gebäube		
Rechnungs: jahr	einnahmen Wk.	Mŧ.	in ⁰ /0 der Betriebs= einnahnen	Einnahmen an Miete Mf.	Unter= haltungs= kosten Mt.	
1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907	144 074 180 151 252 154 312 060 345 785 351 900 387 380 494 267 518 712 575 849 632 461 644 228 648 157	113 653 114 153 206 709 207 889 229 717 244 872 257 692 303 423 305 883 323 807 345 906 419 259 462 301	79 63 82 67 66 69 67 61 59 56 55 65	77 718 120 902 183 555 202 289 214 043 234 844 250 754 275 774 279 026 270 063 274 916 269 959 268 386	1 481 8 041 10 136 13 246 12 427 12 448 16 899 17 771 13 630 20 684 14 807 22 199 17 611	

Wie die auf bieses Werk gesetzten Erwartungen sich erfüllt haben, ja sogar durch die Verdreifachung des Güterverkehrs innerhalb eines Jahrzehnts überstroffen worden sind, wird aus Tabelle 6 ersichtlich.

Diefer Erfolg ermutigte bie Stadt, in weiterem Fortschritt auch an bie Berjüngung ihres Jahrhunderte alten Rheinwerfts heranzutreten,

Aheinhafens ju Duffelborf 1896 bis 1907.

in Tonnen.

	Abfuhr		Gesamtverkehr	Beladen angekommene
Zu Berg	Zu Tal	Zusammen	- Gelamirberregi	und abgegangene Sisenbahnwagen
29 975	44 970	74 945	398 071	26 798
32834	50801	83 635	507 261	36 388
31 655	58 144	89 799	600 036	42 318
34 436	$54\ 368$	88 804	619 453	47 720
35 861	$56\ 100$	91 961	620 301	47 646
36 270	65319	101 589	582819	46 044
41 043	$80\ 122$	$121\ 165$	661 374	58 256
43 323	$105\ 529$	148852	834 827	$64\ 822$
43 279	84 781	128 060	871 419	69 179
44 364	$94\ 564$	138928	1 018 929	78 098
47 135	$98\ 622$	145 757	1 116 457	90 686
65 000	89 557	$154\ 557$	1 133 344	95 787

Abeinhafens ju Duffeldorf 1895 bis 1907.

Zinfen=	Zuschüffe	Anzahl	Gezahlte Arbeitslöhne		Jährlicher
u. Schulben= tilgung	zur Deckung d. Fehlbeträge	der Arbeiter		in ⁰ /0 der Betriebs=	Durchschnitts.
Mf.	Mŧ.		Dit.	ausgaben	Mŧ.
359 446	300 594	65	52 025	46	800
380 058	297 999	78	56 447	49	724
4 36 236	297 999	105	78 831	38	752
44 8 663	271 997	110	109 764	53	998
448532	210 000	131	125946	55	961
$448\ 272$	170 000	139	$132\ 495$	54	953
448 182	155 000	138	131 656	51	954
472293	145 000	146	159 944	53	1 096
$472\ 297$	135 000	141	160 645	52	1 139
$472\ 247$	115 000	141	168 704	52	1 197
472 140	18 000	161	179646	52	1 116
472 363	13 306	172	$210\ 073$	+ 50	1221
472 016	128 797	$\overline{218}$	242991	53	1 115

bessen Rutzweck auf den neuen Hafen übergegangen war. Während infolge einer außerordentlich starken Bevölkerungszunahme (1871: 69265, 1900: 213711) die behaute Stadt sich immer mehr erweitert hatte, ihre älteren und selbst neueren Teile sich verjüngt und verschönert hatten, war die Werstsseite vom Alter immer mehr verrunzelt. Es galt aber jest nicht nur, dem Schriften 129. Zweites hett. — Gemeindebetriebe II. 2.

Stadtifdes Geminn= unb

ල	o	ľ	ľ

32	Mf. B
	1 483 422 0
3	
	30 335 9
5	
7	74 645 2
	49 360 2
9	81 810 -
11	18 821 8
13	1 167 2
65	306 198 4
]	2 047 263 1
13 15	1 30

Werft ein schönes Gesicht zu geben. Das Duffelborfer Rheinufer hatte megen feiner außerordentlichen Tiefen bis 16 m unter Rull Duffeldorfer Begel ber staatlichen Strombauverwaltung feit lange viel zu schaffen gemacht und aroke Kosten für Berteidigungswerte verursacht, welche doch die Gefahr der Unterspülung bes Ufere nicht zu beseitigen vermochten. Man erkannte, bag bies nur durch eine Borschiebung bes Ufere und feine möglichst starke Befestigung erreicht werden konnte. Diese Borschiebung sollte baneben eine Erbreiterung ber Werftfläche um durchschnittlich 20 m bezwecken, um auf bem gewonnenen Gelande neben einem Sandelswerft in Sohe von + 6 m Duffeldorfer Begel im Unschluß an die inzwischen angelegten Ringstraßen ber Stadt eine hochmafferfreie, breite Uferstraße zu schaffen, wie es schon in einem im Sahre 1884 aufgestellten großen Bebauungsplane vorgesehen mar. Das Borfpiel zu biefem Werke mar bie Buschüttung bes alten Sicherheitshafens aus napoleonischer Zeit, als biefer im Jahre 1898 bem Bau einer festen Rheinbrude weichen mußte, woran sich die Borschiebung des Ufers vom Kohlentor abwärts bis jum Hofgarten anschloß. Für diese Arbeiten verausgabte die Stadt 924 300 Dit. Sogleich im Jahre 1899 murde nun auch die übrige Werftumgestaltung in Angriff genommen, beren zu erwartende Vorteile für bie Stadt von bem berufenen Butachter wie folgt ausgesprochen murben:

Safenamt. Berluftrechnung 1907.

Saben.

Ş. B .	V 100 F	Mf.	Pf.	Im Vorj Mf.	ahr Pf.
69 79 78	Ber Pachteinnahmen	258 786 83 529 1 827 946	22 97 52		33 12 69
		2 170 262	71	2 047 263	14

- "1. Eine breite, hoch angelegte, zweckmäßig geführte und gut gepflegte Uferstraße erschließt der Stadt die von der Bevölkerung lange entsbehrte Zugänglichkeit und Benutharkeit ihrer schönen Lage am Rheinstrom. Bon dieser Lage ist eigentlich nichts mehr übrig geblieben, der Aufenthalt an dem vernachlässigten Ufer ist unerquicklich. Dufseldorf hat seine Front seit langen Jahren in ausgesprochener Weise vom Rhein abgewendet, und dies wird von allen Seiten als ein großer Mangel der sonst so scholen Stadt empfunden und gerügt.
 - 2. Durch eine breite, hochliegende Promenadenstraße am Rhein wird ber so lange ersehnte Deichschutz der unterhalb des Rheinhochwassers liegenden Altstadt erreicht, welche dadurch ganz wassersein wird, da ihre natürlichen Abwässer durch das mit Pumpwerken ausgerüstete Kanalsustem stets abgeführt werden können.
 - 3. Durch eine passende Aptierung ber Straßenanlage kann bas stäbtische Ufer besser als bisher für bie Rheinschiffahrt ausgenutzt werben."

Diese Uservorschiebung wurde in drei Baujahren vollendet und am 8. März 1902, wenige Wochen vor Eröffnung der Großen Düsseldvorfer Ausstellung, eingeweiht. Die Kosten betrugen insgesamt $4\,897\,342\,$ Mf., welche aus einer $4\,^0/_0$ igen, mit $1.3\,^0/_0$ tilgbaren Anleihe gedeckt wurden und wovon

6*

Städtisches Bilanz

Б. B .		Mif.	Pf.	Mŧ.	\$3 f	Im Bor Mf.	jahr Pf.
	I. Aftiva.						
1 3	An Grundstücke	1 264 212 45	26 —	7 386 898	63	7 386 898	63
5	Abschreibung " Elektrische Kraft, und Licht-	1 264 257 30 336	26 82	1 233 920	44	1 264 212	26
	anlagen	177 935 3 352	25 48		!	:	
7	Abschreibung " Werft- u. Lagerhausbetriebs-	181 287 74 980	73 44	106 307	29	177 935	25
	mittel	113 304 20 167 133 472	98 87 85				
9	Abschreibung " Bahnanlagen Zugang in 1907	51 377 193 664	=	82 095	85	113 304	98
	Abschreibung	1 047 194 711 81 888	45 45 60	112 822	85	193 664	_
11	" Bahnbetriebsmittel Zugang in 1907	37 760 23 727	80 —				
13	Abschreibung " Mobilar	$\frac{61487}{21194}$		40 293	29	37 760	80
	Zugang in 1907 Abschreibuna	1 154 1 157 1 154	85	3	_	3	_
15	" Verschiedenes		80				
17	Abschreibung'	1 438 1 064 314 745		374	45	502	80
^'	"Grneuerungsjonos Abgang in 1907 Bestände:	41 192	82	273 552	18	314 745	
30	"Rasse	- :				6 106	13
38	" Bahnunterhaltungsmittel		25	l i	ŀ	10 527 33 707	$\frac{16}{52}$
40 50	" Kranbetriebsmittel		95	!		6 171	52 46
$\frac{50}{52}$	" Lagerhausbetriebsmittel	$\frac{8795}{352}$	65			523	20
54	" Krafthausbetriebsmittel III. Unterbilanz.	33 387	61	100 574	4 6	34 294	97
32	" Gewinn= und Berluftkonto .		ı	1 827 946	52	1 610 152	69
-		l				11 190 509	85
-		:	ŀ		<u> </u>		_

Bafenamt.

pro 1907.

Б. B.		Mŧ.	Bf.	Mf.	Bf.	Im Vorj Mł.	jahr Pf.
19 21	Tilgung in 1907 " vom Jahre 1894	5 552 500 98 000 3 089 800	 	5 454 500	-	5 552 500	
23	Tilgung in 1907 " " vom Jahre 1900 .	49 400	52	3 040 400	-	3 089 800	_
25	Tilgung in 1907 " Zuschüffe ber Stadtkaffe.	7 117 1 473 814	20 20	411 197	10	418 314	52
27	Zugang in 1907 " Zuschüffe der Bermögenskasse	128 796	53	1 602 610 656 081	73 13	1 473 814 656 081	20 13
- 1			- lī	1 164 788	96 1	1 190 509	85

450 000 Mt. für Ausrüftung bes neuen Werfts mit Lagergewölben, Gleisen und elektrischen Kränen bem Hafenhaushalt belastet wurden.

Da die Speditionsplätze des neuen Hafens schon vorher voll besetzt waren, konnte es nicht wundernehmen, daß bei dem stetig zunehmenden Berkehr auch das neue Werft in seiner ganzen Länge mit seinen 2000 qm Lagerraum bietenden Unterstraßengewölben binnen kurzer Zeit von der Schiffahrt und Spedition in Benutzung genommen und der geschaffene Lagersraum vermietet war.

Innerhalb bes Zollhofs, b. h. ber ben Zollhafen umgebenben, eingefriedigten Uferflächen, hat die Stadt das große Lagerhaus für zollpflichtige Güter, sowie die Güterhallen für die Zollabsertigung für eigene Rechnung gebaut und erhebt für beren Benutzung tarifierte Lagergebühren. Das ganze übrige Gelände bes Hafengebietes ist ber Privattätigkeit überlassen.

Um ben Wertzuwachs ber Gemeinde zukommen zu lassen, hat die Stadt Düsseldorf den Grundsatz angenommen, ihr Hafengelände nicht zu verkaufen, sondern nur zu vermieten, babei den Mietern die Errichtung von Gebäuden zu überlassen.

Kaum waren fünf Jahre nach der Vollendung des neuen Hafens versgangen, als das ganze Gelände bereits voll besetzt war. Die Nachfrage nach Lagerplätzen mit Wasser= und Bahnanschluß hielt aber stetig an, auch nicht unterbrochen durch die um 1900 eingetretene wirtschaftliche Flaue, und konnte nicht befriedigt werden. Um 15. März 1904 beschloß die Stadtverordnetensversammlung daher die Ausschlung des folgenden Planes:

- 1. Bau eines neuen Safenbedens;
- 2. Berlegung bes Petroleumumschlagplates aus bem bisherigen Petroleumhafen nach bem Rheinufer unterhalb ber Gisenbahnbrucke;
- 3. Umbau bes bisherigen Petroleumhafens zu allgemeinen Speditions= zwecken;
- 4. Erweiterung bes Bollverkehrgebietes, und
- 5. Errichtung eines zweiten Lagerhauses als Zollniederlage, zum versanschlagten Gesamtkostenbetrage von 6 1/2 Millionen Mark.

Mitte 1905 konnte mit der Ausführung begonnen, Ende 1906 das erweiterte Zollgebiet mit Güterhallen und Kränen in Betrieb genommen werden, Mitte 1907 war das neue Hafenbeken von 17 ha Wasserstäche mit 55 ha Uferstächen mit 3300 m Ladeuser vollendet und schon teilweise besiedelt, gleichzeitig war die Verlegung des Petroleumumschlagplates bewirkt, und nach dem sich hieran anschließenden Umbau des bisherigen Petroleumshasens, nunmehr Bergerhasens, nach Errichtung von Getreidespeichern und Lagerhäusern an seinen Ufern erscheint das Gesamtwerk, ausgenommen den

Bau des projektierten zweiten großen Lagerhauses, nunmehr glücklich vollendet. Das hierfür aufgenommene Anleihekapital von $8\,435\,000$ Mk. hat die Hafenkasse vom 1. April 1908 ab mit 4 vom Hundert zu verzinsen und mit $1\,^{1}\!/_{2}$ vom Hundert zu tilgen.

Das gesamte Hafengebiet von Düsselborf hat heute eine Fläche von 136 ha, wovon 40 ha auf die Hafenbecken entfallen, und von 10 km Uferlänge mit 44 km Bahngleisen und 11 km Fahrstraßen. Nach dem Umfange des Güterverkehrs steht Düsseldorf heute unter den Rheinhäfen an achter Stelle, vor Mainz und Köln.

Infolge ber letten Erweiterung wird ber Hafenhaushalt bis zur vollständigen Ausnutzung der neugeschaffenen Anlagen zur Deckung der Zinsen und Tilgung einige zeitlang noch eines beträchtlichen Zuschusses aus der Stadtkasse bedürfen; Stadt und Bürgerschaft vertrauen auf den bleibenden Rutzen aus ihrem selbstgeschaffenen Hafen. Die finanzielle Entwicklung im einzelnen zeigt Tabelle 7; Bilanz sowie Gewinn- und Berlustrechnung sind vorstehend abgedruckt.

3. Die ftädtische Tonhalle und das Beingeschäft.

Als das 40. Niederrheinische Musikfest im Jahre 1863 in Düsseldorf abgehalten werden sollte, machte sich das schon lange empfundene Bedürsnis nach geeigneten Räumen für repräsentative Zwecke besonders fühlbar. Einer Anregung des Borbereitungskomitees dieses Musikfestes folgend, kaufte die Stadt zu diesem Zwecke für 52 000 Taler eine bereits bestehende Wirtschaft und erweiterte diese durch den Neubau eines großen Konzertsaales. Das ursprüngliche Grundstück wurde durch Ankauf vergrößert, während andere Flächen verkauft wurden. Der Gesamtpreis der Grundsläche beträgt rund 225 000 Mk.

In den Jahren 1889 bis 1891 wurden die Baulichkeiten, die je länger, je mehr den Ansprüchen nicht mehr genügten, von Grund aus mit einem Kostenauswande von rund 1 ½ Millionen Mark erweitert, so daß das Gesamt-anlagekapital zur Zeit rund 1,8 Millionen Mark beträgt.

Die städtische Tonhalle enthält eine Reihe großer und kleiner Säle für öffentliche und Brivatfestlichkeiten, für Bersammlungen und Konzerte, ein Kaffee-Restaurant mit zugehöriger Wohnung und die für das noch zu erwähnende Weingeschäft notwendigen Räumlichkeiten. Sie dient der Stadt als solcher als Repräsentationshaus.

Der gesamte Wirtschaftsbetrieb, Kaffee, Restaurant, Gartenwirtschaft usw. nebst Betriebsräumen und Wohnung ist an einen Restaurateur vers pachtet, ber bafür einschließlich aller Abgaben vom Biers und Weinverkauf sowie für Heizung, Beleuchtung und Wasserverbrauch, sowie der Benutungsegebühr für das seitens der Stadt vollständig gestellte Betriebsinventar, gegenswärtig 45 400 Mt. jährlich bezahlt; ihm stehen auch die Säle zur Bersfügung, soweit sie nicht die Stadt für eigene Zwecke, oder zwecks Bermietung an Private beansprucht.

Außer ber Pacht bezieht die Stadt nicht unerhebliche Einkünfte aus der Bermietung von Ladenräumen im Erdgeschoß eines Gebäudeteiles sowie der Säle, aus Eintrittsgeldern für Konzerte usw. und aus Garderobegebühren; der Etat für 1908 sieht 76 900 Mf. vor, wozu noch 15000 Mf. Beleuchtungsvergütung kommen.

Ungesichts der hohen Anlage- und Unterhaltungskoften müßte aber trottom die Tonhalle eine der schlimmsten Zuschußverwaltungen sein, wenn nicht der bei der Gründung festgelegte Grundsat, daß die Tonhalle "durch Restauration, Entree-Erhebung und andere Einnahmen wirtschaftlich benutzt werden solle", von jeher noch in besonderer Weise befolgt wäre.

Rechnungsergebnisse der städtischen Tonhalle im Jahre 1907. Einnahmen. Ausgaben.

	Mf.		Mŧ
1. Aus Bermietungen von Woh		1. Verwaltungskoften	13 695
nungen, Läden u. bem Restau		2. Unterhaltung der Gebäude,	25 560
rationslokal	32 750	Grundstücke und Inventar 3. Kosten der Konzerte und	20 000
Betriebsinventar	. 2883	Verwendung ber Sale zu	
3. Abgabe vom Wein- und Bier		Festlichkeiten	53 395
verkauf	. 8 366	4. Heizung, Reinigung, Be- leuchtung, Waffer	40 589
zerten		5. Steuern und Abgaben	1 203
5. Für Vermieten der Säle.	. 20 073	6. Zinsen und Schuldentilgung	78 388
6. Für Garderobepacht		7. Sonstige Ausgaben	1 982
7. Reingewinn an dem Wein-	68 437	8. Außerordentliches	13 428 52 075
8. An fonftigen Ginnahmen (Er		10. Ausgaben aus bem Etat aus	02010
ftattung für Beizung, Reini		Mitteln ber Stadtkaffe	_
gung, Beleuchtung, Dekora- tion, Orgelmiete usw.)			
9. Bestand aus dem Borjahre	46 136		
	261 789		
Zuschuß der Stadtkasse	18 526		
Zusammer	280 315	Zusamnien	280 315
	1		

Die Stadt betreibt seit Jahrzehnten auf eigene Rechnung und Gefahr burch eigene Beamte ein Weingeschäft, das durch seine Erträgnisse den Tonhallenetat erheblich verbessert und eine preiswerte und gute Verpflegung der Tonhallenbesucher mit Bein gewährleistet. Denn der Rächter ift ver-

traglich zur Entnahme seines gesamten Weinbedarfs von dem städtischen Weingeschäfte verpflichtet; er erhält einen Rabatt von 20 %. Außerdem aber gibt der städtische Weinkeller auch in jedem Umfang an Private ab, und angesichts der Güte der Weine ist ein recht erheblicher und sich ständig vergrößernder Kreis privater Abnehmer vorhanden.

Der gesamte Weinumsat betrug 1890: 117 149 Mf., 1895: 219517 Mf., 1900: 311 065 Mf., 1907: 410 140 Mf. Der Reingewinn hielt sich vor ungefähr 15 Jahren zwischen 20 000 und 30 000 Mf. und ist seitbem auf 68 437 Mf. im setten Betriebsjahre gestiegen; die Schuld des Weingeschäfts betrug am 31. März 1908: 328 720 Mf., wovon 150 000 Mf. auf die Sparkasse und 178 000 Mf. auf die Stadtsasse entsielen. Diesen Schulden steht aber ein Weinlager von 439 634 Mf. gegenüber. Der Reingewinn des Weingeschäfts deckt heute fast ein Biertel der gesamten Ausgaben des Tonhallenunternehmens und hat zur Folge, daß dieser samt Nestaurationsund Konzertbetrieb jährlich nur rund 20 000 Mf. städtische Zuschüssserchnung erhellt.

4. Die städtischen Wagen.

Die Stadtverwaltung Düsselborf hat seit undenklichen Zeiten öffentliche Wagen und Meßanstalten besessen, deren Benutzung obligatorisch war und die, wie es in einer Eingabe des Oberbürgermeisters an den vorgesetzten Landrat vom 26. August 1825 heißt, "der Stadtkasse früher eine bedeutende Revenue abgeworsen haben". Durch Verfügung vom 23. Dezember 1823 wurden diese Zwangsrechte jedoch aufgehoben, und in einer neuen "Ordnung für die städtischen Wagen und Meßanstrumente" zu Düsseldorf vom 11. Januar 1826 hieß es unter Artisel 2: "Die städtischen Wag= und Meßanstalten üben kein Zwangsrecht aus, in dem Sinne nämlich, daß es jedem Käuser und Verkäuser erlaubt ist, die von ihm zu kausenden oder zu verkausenden Waren entweder selbst zu wiegen oder zu messen, oder ungemessen und uns gewogen zu verkausen.

Niemanden aber ist es erlaubt, öffentlich um Lohn für andere zu wiegen oder zu messen bei Bermeidung einer Polizeistrafe von 3 Talern für den ersten, und ber gesetzlichen Schärfung der Strafe in den Wiederholungsfällen."

In Artikel 1 werden alle bestehenden Wagen und Meganstalten ans geführt: "Die Obstwaage, die Butterwaage, das mehreren vereideten Müddern übergebene Fruchtmaaß, das gleichfalls einem vereideten Messer anvertraute Holz-, Kalk-, Traß- und Buschschlen-Maaß, das einem Aufseher und dessen vereideten Gehülfen übergebene Steinkohlen- und Geriß-Maaß".

Zwei Wagen wurden von jeher verpachtet; ein noch in den Aften

vorhandener Vertrag aus dem Jahre 1830 sieht z. B. für die Butterwage eine Pacht von 30 Taler vor; die Gebühr für das Verwiegen war stadts seitig bestimmt; an einzelnen Tagen war die Benutzung der Butterwage unentgeltlich.

Im Jahre 1827 trat zu ben bestehenden Wagen noch die große, für allgemeine Zwecke bestimmte Stadtwage; auch diese wurde nach kurzer Zeit verpachtet; der älteste im Druck vorliegende Haushaltsetat von 1851 sieht eine Pachteinnahme von 196 Mk. vor; in den siedziger Jahren brachten die Wagen jährlich 777 Mk., seit 1878: 868 Mk. Pacht ein. Nachdem aber 1880 das alte Stadtwagengebäude wegen Bausälligkeit abgebrochen war, wurde die städtische Wage dem Pächter gegen Beschaffung des notwendigen Lokals ohne weitere Gebühr überlassen, während die beiden anderen Wagen gegen eine Vergütung von zusammen 208 Mk. verpachtet blieben.

Seit 1890 ist auch von der Stadtwage wieder Bacht erhoben worden, doch ist das Erträgnis ständig gesunken, da durch die Besitzer anderer Wagen immer mehr Gelegenheit zur unentgeltlichen Verwiegung der zu den Wochenmärkten gelangenden Produkte geboten war. Gegenwärtig beläuft sich die Gesamtpacht nur auf 100 Mk., sie erscheint im Etat der Vermögensverwaltung. Die Stadt besitzt heute nur zwei Marktwagen, zu denen noch zwei im Privateigentum des Pächters hinzukommen. Ferner haben an verschiedenen Stellen der Stadt Zentesimalwagen von privater Seite Aufstellung gefunden. Einer Anregung der Marktkommission im Jahre 1891 auf Aufstellung von ein dis zwei städtischen Brückenwagen hat die Stadtverordnetenversammlung seinerzeit nicht beigestimmt.

Nähere Angaben über bie Inanspruchnahme seitens ber Käufer und Berkaufer zu machen, ist ber Bächter nicht verpflichtet; sie liegen baber nicht vor.

5. Das städtische Gicamt.

Als im Jahre 1869 die Regierung in Düsseldorf an die Stadtverwaltung mit der Frage herantrat, ob diese zur Errichtung eines kommu =
nalen Eichungsamts bereit sei, beantragte die Stadtverwaltung zunächst,
daß Düsseldorf "mit Rücksicht auf den industriellen und kommerziellen Verkehr
ber Stadt und des Bezirks" als Sitz eines Eichinspektors gewählt und
diesem demnach das Sichungsamt als Staatsanstalt übertragen werde. Nachdem jedoch dieser Antrag zugunsten Cölns abgelehnt war, wurde die Errichtung
eines städtischen Sichungsamtes beschlossen; unter Übernahme der Utensilien
der dis dahin bestehenden staatlichen Sichungskommission samt deren Sichmeister
trat das städtische Sichamt kurz darauf in Wirksamkeit.

Lange Zeit hindurch hat das Eichamt keine Überschüffe gebracht, sondern, wenn die Berwaltungskosten eingerechnet werden, eine allerdings nicht beträchtsliche Zubuße gefordert. Erst seit etwa 1890 ist das Sichamt bei ständig steigender Benutzung zu einem ständigen Überschußbetriebe geworden. Im Betriebsjahre 1907 gingen an Gebühren 12844 Mk. ein; die sächlichen Ausgaben betrugen 4384 Mk., die persönlichen 5979 Mk., mithin ergibt sich ein Überschuß von 2481 Mk., der bei dem Etat der Vermögensverwaltung verrechnet wird.

6. Die städtische Marktverwaltung.

Düsselborf hat eine Bebeutung nicht nur als Lokalmarkt ersten Ranges für die umliegenden Ortschaften, in denen der Bau feiner Gemüse und die Erzeugung anderer hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte auf der Höhe steht, sondern auch als Umschlagsplatz für das Wuppertal und das bergische Land.

Eine ftädtische Markthalle besteht trothem nicht; über die Boreteile und Nachteile einer derartigen Einrichtung sind ja die Meinungen sehr geteilt. Un ihrer Stelle bestehen vier offene Wochenmärkte, von denen freilich zwei einen sehr geringen Umfang haben. Daneben wurden früher vier Jahrmärkte abgehalten, die ziemlich rege beschickt wurden. Im Jahre 1901 aber wurden sie aufgehoben, und die weiter bestehenden Jahrmärkte in den Außenorten (Kirmessen) werden nicht auf öffentlichem Grund und Boden abgehalten mit Ausnahme eines Marktes im südwesklichen Außenbezirk Hamm, ber aber nur höchst geringe Beträge (im Jahre 1907: 45 Mk.) abwirft.

Die Einnahmen aus ben Marktftandsgelbern find im übrigen im Laufe ber Zeit langsam gestiegen. Die Standgelber betrugen:

	Jahrmärkte:	Wochenmärkte:	Zusammen
1875:	2708	$25 \ 037$	27745
1880:	2539	24 760	27299
1885:	2933	$26\ 572$	29505
1890:	3853	24 643	28496
1895:	1685	35 394	37079
1900:	994	47 229	$48\ 223$
1901:	96	$45\ 623$	45 719
1902:	99	$51\ 909$	$52\ 008$
1903:	108	$54\ 448$	54556
1904:	101	54 740	54841
1905:	99	$55\ 637$	55736
1906:	119	55 44 3	$\mathbf{55562}$
1907:	45	$54\ 332$	54377

Von den Wochenmarkteinnahmen des letzten Jahres entsielen 42 899 Mk. auf den Hauptmarkt am Rathaus; die Ausgaben betrugen für Erhebung der Marktstandsgelder und Druck der Marktstandsgeldzettel im selben Jahre 7709 Mk., so daß sich ein Überschuß von 46 668 Mk. ergibt, der im Etat der Vermögensverwaltung verrechnet wird.

III.

Die Kredit= und Sparanstalten.

1. Die städtische Leihanstalt.

Die Leihanstalt ist mit dem Hafen und Schlachthaus das älteste wirtsschaftliche Unternehmen der Stadt Düsseldorf. Ihre Anfänge reichen nach allgemeiner Annahme dis in den Ansang des vorigen Jahrhunderts zurück; unter französischer Herrschaft hat sie als Mont de Piété vorübergehend bestanden. Neubegründet wurde sie im Jahre 1825, damals im engen Zusammenshange mit der Sparkasse, welche ihr die Betriedsmittel gegen eine Verzinsung von 5% lieserte. Nach dem ältesten, erhaltenen Reglement verfolgte die Anstalt den Zweck, "geldbedürftige Bürger, welche genötigt sind, zur Bestriedigung eines augenblicklichen Geldbedürsnisses Mobiliargegenstände gegen einen Geldvorschuß zu verpfänden, gegen Übervorteilung, Betrug und Bucher zu schüßen".

Aus rein charitativen Erwägungen hervorgegangen, sollte die Anstalt von vornherein etwaige Überschüffe nicht an die Stadtkasse, sondern an die Armenkasse überschüffen, wozu sie auch nach der Kabinettsordre vom 28. Juni 1826, betreffend die Leihanstalten, rechtlich gezwungen war; zu einer wirklichen Erzielung von Überschüffen kam es freilich in den ersten Jahren nicht, trozdem schon damals ein Zinssuß von $12\,$ % erhoben wurde. Im Gegenteil, schlechte Geschäftssührung hatte zur Folge, daß die Anstalt während der Jahre 1837 dis 1842 ihre Tätigkeit einstellte.

Bei ihrer Wiedereröffnung wurde ein neues Reglement vom 22. Februar 1842 erlassen. Dieses bestimmt, daß Pretiosen und edle Metalle bis zu 4/5, alle andern Effesten nur bis zu 2/3 des Wertes beliehen werden sollten (die Bestimmung besteht noch heute) und außer den Zinsen noch eine Schreibe und Taxationsgebühr zu zahlen sei; zur Sicherheit für den Betrieb wurden die jährlichen Einnahmen an Mahl- und Schlachtsteuer bestimmt.

Aber auch die ersten Jahre der Wiedereröffnung brachten Berluste von bis zu 1500 Taler im Jahr, und erst im Jahre 1845 konnte ein Gewinn

von 795 Taler in die Armenkasse abgeführt werden. Der Geschäftsbetrieb freilich blieb in ziemlich engen Grenzen, namentlich deshalb, weil ein erhebslicher Teil wertvoller Pfänder der bei größeren Darlehen empfindlich hohen Zinsen wegen, nach auswärts ging, insbesondere nach Elberseld, desse Reihanstalt einen mit der Höhe des Darlehens sinkenden Zinsfuß erhob.

Angesichts bessen tauchte wohl der Gedanke auf, die Leihanstalt zu Düsseldorf der schlechten Geschäftsergebnisse wegen wieder eingehen zu lassen, zumal vom Ministerium des Innern obendrein noch eine grundsähliche Ermäßigung des Zinssußes angeregt wurde; man entschloß sich jedoch schließlich, es zunächst mit einer Reform zu versuchen; am 1. Januar 1848 wurde die Anstalt von der Sparkasse abgetrennt und einer eigenen Verwaltung unterstellt, und durch Stadtverordnetenbeschluß vom 7. Januar 1851 wurde, um dem gekennzeichneten Mißstand abzuhelsen, ein Stasseltaris eingeführt, der für Darlehen von unter 10 Taler 12 %, von 10 bis 30 Taler 10 %, von mehr als 30 Taler aber nur 8 % 3insen vorsah.

In den fünfziger Jahren wurde das Reglement wiederum einer Revision unterzogen. Die wesentlichsten Underungen betrafen jedoch lediglich die Erhöhung der Schreib= und Taxationsgebühren für die niederen Darlehens= summen.

Inzwischen hatte die Regierung ihren früher den kommunalen Leihshäusern so günftigen Standpunkt von Grund aus geändert. Im strikten Gegensaße zu jener Kabinettsordre von 1826 hieß es in einem Erlaß der Düsselborfer Regierung vom 21. Dezember 1868 folgendermaßen:

"Zu den Krebsschäden (sic!), welche das Wohl der sogenannten kleinen Leute untergraben, gehören nach unwiderleglichen Erfahrungen die Pfandund Leihhäuser.

Weit entfernt, einem fleißigen, aber augenblicklich bes baren Gelbes bedürftigen Handwerker ober Arbeiter ben nötigen Vorschuß in wirksamer Weise herzuleiten, sind sie meist nur Institute, in denen Ausschweisung und Liederlichkeit Nahrung suchen, während sie für den Kredit um so überflüssiger geworden sind, als in den fast allerwärts errichteten Darlehnskassen, Worschußtassen, Gewerbedanken usw. jeder, welcher einer Hilse wirklich wert ist, solche sinder, ohne die durch Nebenerhebungen gesteigerten Zinsen der Leihhäuser zahlen zu müssen und zuletzt die verpfändete Habe dennoch unter den Hammer gedracht zu sehen. Die Erfahrungen anderer Städte beweisen die Behauptung, daß die Leihhäuser entbehrlich sind. In der Stadt Aachen ist das Pfands und Leihhaus schon vor mehr als einem Jahrzehnt und zwar mit dem besten Erfolge aufgehoben worden. Die Befürchtung, daß der

Wucher baburch befördert werde, hat sich bort auch zur Zeit des Bestehens ber Buchergesetze nicht bestätigt. Ungesichts dieser Tatsachen ist es geboten, die Frage wegen Aushebung dieser überlebten Institute in nähere Erwägung zu ziehen und beauftragen wir Sie baher, solche zur Erörterung zu bringen."

Die geringe Jnanspruchnahme der Leihanstalt (1868 wurden 68849 Pfänder verset) ließ das Ansinnen der Regierung nicht völlig unmotiviert erscheinen. Aber es fand bei der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung weniger Gegenliebe als anderwärts, und auch der wiederholten Anfrage der Regierung im Jahre 1874, ob sich Düsseldorf nicht doch zur Ausseldung der Leihanstalt entschließen könnte, wurde in der Stadtverordnetenversammlung fast einmütiger Widerstand entgegengestellt. Für dieses Festhalten an der nun schon ein halbes Jahrhundert alten Institution war die Erwägung entscheidend, daß die öffentlichen Leihanstalten allerdings manche Nachteile, namentlich leicht ein Überhandnehmen der unerfreulichen Pfandvermittlung durch dritte Personen, mit sich bringen, anderseits aber nach den Ersahrungen anderer Städte, welche ihre Leihanstalt aufgegeben hatten, beim Fortsall der städtischen Einrichtung ein Überwuchern privater Leihanstalten mit allen ihren wirtschaftlichen, sozialen und kriminellen Mängeln naturnotwendig eintreten müsse.

Die Leihanstalt der Stadt Düsseldorf blied also bestehen, freilich von 1875 ab unter wiederum abgeändertem Regulativ, dessen Bestimmungen noch heute gelten. Es beseitigte die gar zu erhebliche Zinsdisserenz zwischen großen und kleinen Darlehen, indem die Pfandzinsen auf 12% für Darlehen bis 100 Taler und 10% für höhere Darlehen sestgesetzt wurden. Die Darlehen werden höchstens auf ein Jahr gewährt; die mit der höhe des Darlehens wachsenden Tax= und Schreibgebühren werden nach wie vor erhoben.

Seitdem hat der Betrieb der Leihanstalt seinen ruhigen Fortgang genommen. Tabelle 8 läßt die Entwicklung des Geschäftsganges seit 1850 erkennen; sie zeigt, daß er je nach wirtschaftlicher Gunst und Ungunst der Zeiten geschwankt hat, im ganzen aber erfreulicherweise nicht im gleichen Maße wie die Bevölkerung gewachsen ist.

Privatleihanstalten gibt es neben ihr nicht, dagegen freilich eine ganze Reihe von Pfandvermittlern, für deren Berkehr mit der Pfandleih= anstalt am 23. Oktober 1900 eine besondere Geschäftsordnung erlassen worden ist, welche den Pfandvermittlern die sür ihren Gewerbebetrieb fast unentbehrliche Möglichkeit des Massenversatzes und der Masseneinlösung nur gegen Einräumung gewisser Kontroll= und Verwaltungsrechte an die Leihhaus= verwaltung gewährt.

Cabelle 8.	Geschäftsentwicklung	der	städtischen	Leihanstalt	311	Püsseldorf
	1850	d bis	1907.			

Rahr	Be= völ= ferung	am En	ftand ide des Chres Dar- leben Mt.	des Jahr	während res durch leihung Darlehen Mf.	mährei Jahrei	gang nd des 3 durch verkauf Darlehen Mk.	Durchichnitts- Ebetrago gewähr: ren Darlehens	Ge= winn Mf.	zahl ber Pfänber auf be	dynittä= betrag ber Darlehen n Kopf ölferung Mf.
1895 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906	44 000 51 100 59 000 67 200 94 200 113 500 141 900 173 000 211 200 218 600 225 100 232 200 240 600	28 648 24 870 30 876 32 564 31 112 230 773 32 621 36 080 52 707 48 785 54 645 54 856 60 491 61 608	248 487 349 269 362 120 423 837 435 085 471 921 508 223 491 457	60 456 54 700 61 993 58 778 53 344 45 627 56 840 67 515 74 485 93 843 95 711 106 852 110 649 113 864 116 279	260 635 294 792 271 911 342 528 341 711 416 776 299 388 372 540 401 020 381 005 534 383 588 957 662 306 681 884 763 866 792 733 803 927 873 091	6 494 6 283 5 514 6 480 8 723 5 729 6 099 7 955 7 9 610 14 280 15 972 12 578 14 987 15 485 14 906 16 402 18 570	27 275 32 000 29 377 34 078 37 134 42 858 34 230 40 277 41 639 48 685 66 538 74 133 63 665 87 132 85 860 81 002 96 753 97 518	7,27	3 588 6 305 4 404 3 852 6 006 1 405 5 888 4 834 8 626 14 601 11 566 13 847 20 712 22 097 22 320 23 529	0,65 0,49 0,52 0,48 0,39 0,28 0,27 0,23 0,21 0,25 0,22 0,24 0,24 0,24	3,16 3,66 2,61 2,80 2,79 3,10 2,01 1,92 1,44 1,66 1,66 1,88 1,87 1,96 2,04 1,89 2,06

Die Finanzgebarung der Leihanstalt zeigt im allgemeinen geringe Aberschüsse bei verhältnismäßig hohen Betriebskapitalien; letztere bestehen einerseits nach wie vor aus den von der städtischen Sparkasse geliehenen Betriebsmitteln, die zur Zeit mit 3% overzinst werden und am 31. März 1908 299 000 Mt. sowie aus der Stadtkasse geliehenen Mitteln von 42 000 Mt., zusammen also 341 000 Mt. betrugen, anderseits aber aus einem eigenen Betriebs- und Reservesonds, der im Jahre 1878 derart geschaffen wurde, daß die bis dahin im vollen Betrage der Armenkasse zugeslossenen Überschüsse biefer fernerhin nur zur Hälfte zugute kamen, während der Rest dem Betriebsfonds zugeteilt wurde; seit 1900 floß in letzteren der volle Gewinn. Nachdem der Betriebsfonds jedoch am 31. März 1908 die Höhe von 219 825 Mt. erreicht hat, soll der Gewinn in Zukunst bis auf weiteres unsgefähr zur Hälfte der Armenkasse und zur andern Hälfte dem Betriebsfonds zusließen.

Diese Bornahmen zeigen beutlich, baß ir gend welche Entlaftung ber Gemeinbekaffe burch bie Leihanftalt nicht beabsichtigt wird, sondern lettere vielmehr lebiglich bem Interesse ber armeren Bevolfterung zu bienen bestimmt ift; bie Zinssate sind bementsprechend so fixiert

worden, daß fie im wesentlichen nur dauernd die Rosten beden und eine ausreichende Dotierung der Rücklagen gestatten.

Das finanzielle Ergebnis bes letten Jahres ergibt sich im einzelnen aus dem letten Rechnungsergebnis:

Einnahme	Mf.	Ausgabe	Mt.
1. Zinfen und Darlehen	62 923 7 874 11 329 2 670 234	persönliche Ausgaben 2. Bureautosten	38 160 3 778 509 6 000 350 588 9 740 1 880
Zusammen	84 530	Zusammen	61 00

Rechnungsergebnis 1907.

Der Gewinn von 23 529 Mf. ist zum Betriebsfonds gefloffen.

2. Die städtische Sparkasse mit Alterssparkasse und Sammelkasse.

Die städtische Sparkasse ist, wie unter 1 erwähnt, im Jahre 1825 gegründet worden und gehört damit zu den älteren ihrer Gattung. Ihr erstes Statut ist nicht erhalten; der Zinssuß betrug in jener Zeit 4 %.

Infolge ber Kabinettsordre vom 12. September 1838, betreffend das allgemeine Reglement der Sparkassen für die Monarchie, trat am 1. Juli 1840 ein neues Statut in Wirksamkeit. Über den Zweck der Anstalt hieß es darin: "Die Sparkasse soll für die minderbemittelten Bürger selbst und ihre Kinder, für Dienstdoten, Gesellen und Lehrlinge dienen, das Erübrigte in derselben anzulegen und daher jeder Entsernung von diesem Zwecke vorgebeugt werden." Die geringste Einlage wurde auf einen Taler, die höchste auf 200 Taler und der Zinssuß auf 3 1/s 0/0 festgelegt.

Diese Bestimmungen galten bis zum Jahre 1888; bas in diesem Jahre neu erlassene Statut ist mit einigen Abanderungen noch heute gültig. In weit allgemeinerer Fassung als vordem, ohne besondere Hervorhebung besonderer Bevölkerungsschichten heißt es in dem heutigen Statut:

"Zweck ber städtischen Sparkasse ist, Gelegenheit zur sicheren, verzinslichen Anlegung von Ersparnissen zu bieten".

Die Kasse nimmt infolgebessen Einlagen von allen Einwohnern der Stadt und den in Düsselborf befindlichen Instituten bis zur höhe von 2000 Mk. an; höhere Einlagen und solche von Auswärtigen nur mit Genehmigung des Kuratoriums. Doch darf der Gesamtbetrag eines Sparers

30 000 Mf. nicht übersteigen. Nur ausnahmsweise können höhere Einlagen angenommen werben, wenn es sich um milde Stiftungen, Kranken= ober Sterbekassen, Mündelgelder, Konkursgelder oder um Gelder handelt, welche auf Anordnung einer Behörde bei einer Sparkasse anzulegen sind oder schließlich um die Stadt Düsseldorf, die Bestände bis zur höhe von 500 000 Mk. bei der Sparkasse hinterlegen kann. Die geringste Einlage ist eine Mark; der Zinssussische kinterlegen kann. Die geringste Einlage ist eine Mark; der Zinssussische Kinterlegen kann. Die geringste Einlage ist eine Mark; der Zinssussische Von und eines Maximalzinssusses von 4 % sestgelegt. Innerhalb dieser Grenzen bestimmt das Sparkassenskuratorium den Zinssussische mit Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung nach Lage des Geldmarktes, jedoch unter Beobachtung von § 16 des Statuts, in dem es heißt: "Das Kuratorium kann auch für die Einlagen, je nachdem sie einen kleineren oder größeren Betrag erreichen, einen höheren oder niedrigeren Zinssuss sessans von Ledoch sollen Einlagen bis zu 2000 Mk. stets mit wenigstens 3 % verzinst werden". Die Schwankungen des Zinssussischen den Letten Jahren gehen aus Tabelle 9 hervor.

Fabelle 9. Geschäftsentwicklung der ftadtischen Sparkasse zu Pusseldorf 1850 bis 1907.

ig pi	Be= ölke= ung	Guthaben ber Sinleger Mf.	Zahl der Konten	Zinsfuß für Spar= einlagen	Zins= brutto= Ein= nahmen Mł.	Zins= ausgaben Mł.	Höhe des Referve= fonds Mt.	Durch= fchnitt8= guthaben auf ben Kopf der Bevölkerung Mk.
1855 4 1860 5 1860 5 1870 6 1870 6 1875 7 1880 9 1885 11 1890 14 1895 17 1900 2 1904 23 1904 24 1905 24 1905 24	1 900 3 000 1 200 8 600 5 100 2 200 0 600 9 700 9 400	731 049 1 397 634 2 148 519 4 743 009 8 488 100 16 118 057 20 897 406 25 294 160 39 777 848 43 135 709 45 046 376 47 371 737 51 462 694 56 248 601	1 572 2 333 4 027 5 243 7 581 10 068 18 165 26 253 35 793 56 141 59 708 63 485 67 485 71 944 75 706 80 872	$\begin{array}{c} 3 - 3^{1/3} \\ 2^{1/2} - 3 \\ 2^{1/2} - 3 \\ 2^{1/2} - 3 \\ 2^{1/2} - 3 \\ 3 - 3^{1/3} \\ 2^{2/3} - 3 \\ 2^{2/3} - 3 \\ 2^{2/3} - 3 \end{array}$	1 742 654 1 813 618 1 932 281 2 191 583	20 960 27 500 42 837 85 455 159 390 305 166 502 655 563 795 769 240 1 066 744 1 251 038 1 278 172 1 281 125 1 339 680 1 500 259 1 793 880	141 300 143 705 193 245 406 768	9,20 10,30 14,31 23,69 31,97 59,74 90,11 142,01 147,27 146,21 167,93 181,97 191,63 194 196,89 206,10 216,84 230,67

¹ Bis 31. Oftober 1905: 22/s-3, vom 1. November 1905: 3-31/s.

² Bis 31. Dezember 1906: 3-31/s, vom 1. Januar 1907: 31/s-31/2.

³ Bom 1. Rovember 1907 ab tägliche Berginfung.

Schriften 129. 3meites heft. - Gemeinbebetriebe II. 2.

Tabelle 9 zeigt weiter die Entwicklung des Sparkaffenbetriebs seit 1850; besonders stark hat die Steigerung in den siedziger Jahren einzesetzt, was zum Teil wohl darauf beruht, daß zu dieser Zeit die Dienststunden der Kasse erheblich erweitert wurden und daher der Zutritt erleichtert war; freilich wirkte auch der Zusammenbruch der Gewerbebank, bei der viele kleine Leute ihre Ersparnisse verloren hatten, im Jahre 1875 in gleicher Richtung mit. Die starke Steigung von Handel und Verkehr Düsseldorfs zu Beginn der achtziger Jahre erklärt sodann die zweite starke Steigerung, die die zum Jahre 1889 anhielt, um dann freilich wieder etwas zu sinken, weil die Verwaltung der allzu raschen Entwicklung durch Verweigerung der Annahme von Spareinlagen Auswärtiger entgegenwirkte.

Diese Maßregel wurde freilich schon zwei Jahre später aufgehoben, und die Folge davon war eine weitere, schnelle Zunahme der Guthaben, die mit sichtlich steigendem Wohlstande der Bevölkerung, namentlich in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat. Der Zinssuß betrug im letzten Verwaltungsjahre 3 ½ % für Einlagen dis zu 5000 Mf. und 3 ½ % % für solche über 5000 Mf. In diesem Jahre konnte die Sparkasse für ihre Werte 3,89 % erreichen, während sie an ihre Einleger durchschnittlich 3,41 % zahlte; das Wehr der Aktiven gegenüber den Passiven betrug mithin 0,48 % — ein gewiß mäßiger Gewinn, wenn man berücksichtigt, daß noch davon die Verwaltungsfosten mit rund 0,15 % abzusehen sind.

Die starke Steigerung bes Berkehrs ist nicht zulet auf die planmäßigen Bemühungen der Berwaltung zurückzuführen, die vor allem die Arbeitersbevölkerung durch geeignete Maßnahmen zum Sparen anzuregen gesucht hat. Diese Bersuche sind zahlreich und von verschiedenem Erfolg begleitet gewesen.

Im Jahre 1848 wurde die Prämiierung für sparende Hande werker, Arbeiter, Tagelöhner, Dienstboten und bergleichen mit mehr als 200 Taler Spareinlagen eingeführt, ohne daß sie wesentliche Bedeutung erlangt hätte, auch die weit später eingeführte Abgabe von Sparmarken hatte keinen nennenswerten Erfolg. Die Nachfrage war meist sehr gering und nahm mit jedem Jahre mehr ab, so daß vom 1. Juli 1903 ab der Verkauf von Marken wieder eingestellt wurde. Im vorausgegangenen Rechnungsjahre waren nicht mehr als 3264 Marken zu 10 Pf. als Einlage in die Sparkasse zurückgeslossen.

Auch die versuchsweise Einführung des Abholungsfystems bewährte sich nicht. Das Verfahren bestand darin, daß die Kasse von solchen Sparern, die sich zur Zahlung bestimmter, periodisch regelmäßiger Einlagen verspslichteten, den Betrag unentgeltlich abholen ließ. Die Kosten dieser Einsrichtung waren hoch und die Erfolge nur sehr gering, wurden doch im Jahre

1899 zwar bei ungefähr 600 Einlegern 50 758 Mf. abgeholt, aber zu fast \$2/5\$ vor der Gutschrift auf ein Sparkassenbuch wieder zurückgezogen. Nach fünfjährigem Bestehen wurde das Versahren am 1. Juli 1900 wieder aufsgehoben; statt dessen sind sein 1898 einige (z. 3t. 9) Annahmestellen für sonntägliche Einlagen der arbeitenden Klassen eingerichtet worden. Diese sind des Sonntags vormittags von 9 bis 11 Uhr sür Personen aus dem Arbeiterstande und deren Angehörige sür Spareinlagen von höchstens 25 Mf. monatlich und 300 Mf. insgesamt pro Jahr geöffnet und gewähren einen erhöhten Zinssus, der gegenwärtig 4% beträgt. Die Zahl der Einlageposten der Sammelstellen betrug im Rechnungsjahre 1907 38 277, das Guthaben der Einleger 493 422 Mf. auf 8082 Sparbücher.

Zur Bequemlichkeit bes übrigen Sparpublikums sind in ben letzten Jahren mehrere Zweigstellen (z. Zt. 3) ber Sparkasse errichtet worden; die vordem bestehenden ehrenamtlich verwalteten Unnahmestellen sind dafür allmählich in Fortsall gekommen.

Der ftark ausgeprägte soziale Charafter ber ftädtischen Sparkaffe kommt aber vor allem durch zwei weitere Einrichtungen zum Ausdruck, Die der städtischen Sparkasse angegliedert sind. Seit dem 29. Februar 1884 besteht eine vom Ruratorium ber Sparkasse verwaltete, aber im übrigen selbständige Alteresparkaffe, die ben Zwed hat, in Duffelborf wohnhaften und mindestens 18 Jahre alten Fabrifarbeitern, Tagelöhnern, Dienstboten ober einem ähnlichen Stande angehörenden Bersonen burch Gewährung von Ruschüffen zu ihren ersparten Binfen ein möglichft hobes Ginkommen für bie Reit des Alters oder der Arbeitsunfähigkeit zu schaffen. Die Zuschüffe werden ben Überschüffen ber Sparkaffe und ben Zinsen etwaigen eigenen Bermögens entnommen. Für jedes Mitglied wird jährlich 1/4 ber in ber Sparkaffe erworbenen Binfen von feinem Konto bei ber Sparkaffe auf bas bei ber Alteresparkasse übertragen. Die Verzinsung ber Mitgliederguthaben erfolgt im übrigen wie bei ber Sparkaffe; erreichen fie ben Betrag von 3000 Mf., fo hört die Aberschreibung von Binsen und Überweifung ber Buschüffe auf. Die Guthaben bei ber Altersspartaffe find vor Bollendung bes 55. Lebensjahres nur in Ausnahmefällen fundbar und rudgahlbar. Die Raffe hatte 1885 23 Mitglieder mit einem Gefamtguthaben von 1104 Mf. und 1895 bereits 395 mit 100 807 Mf.: 1903 mar ber höchste Bunkt ber Guthaben mit 144 299 Mf. bei 393 Mitgliedern erreicht. Seitdem ift die Einlagesumme Sahr für Sahr gefunken, weil die in Betracht tommenden Bevölkerungsteile ben großen Borteil der Alterssparkaffen nicht genügend erkennen, der barin liegt, daß sie infolge ihrer hohen Berginsung wie eine Berficherung auf ben Invaliditäts= und Todesfall wirft. Um 31. März 1908 hatten die 366

Gewinn- und Berluftrechnung 1907.

A. Sparfaffenfonbs.

Einnahme	Betrag	Ţ
Stitution of the state of the s	Mit.	Pf.
Zinfen=Soll	2 310 854 54 228 738 313	87
Rücklagen aus dem Borjahre: a) zur Errichtung von Zweigstellen	30 570 1 299	80 70
Gillifett Bolt Stationten and bein Stational Co	1 233	.0
/	0.405.005	1 00
	3 135 267	63
'		:
B. Reservefonds.		
Zinsen einschl. Mieten aus Bahnstraße 7	103 162	87
gebäubes	157 347 221 624	
1 4 08 9 477 597 19		
" " 1. 4. 08	531 666	80

Mitglieber bei ber Sparkasse ein Guthaben von 316 107 Mk., bei ber Alterssparkasse von 124 387 Mk.; an Zinsen wurden im Jahre 1907 zur Alterssparkasse übertragen und an Prämien gutgeschrieben je 2698 Mk. Vielleicht gelingt es künftig ber wiedereinsețenden Propaganda, erneutes Interesse für die Alterssparkasse zu erwecken und die

Gewinn= und Berluftrechnung 1907.

A. Spartaffenfonds.

Ausgabe		Betrag Mf.		
Berwaltungskoften: a) Perjönliche	77 16	94 658	93	
Rücklage zur Einrichtung von Zweigstellen (einschl. 29 270,80 Mf. aus bem Borjahre)	_	47 945	46	
	99 83			
Mitglieder der Altersfparkaffe 2698	50	1 984 681	32	
b) Stückzinsen von angekauften Wertpapieren und für verkaufte Diskonten	57 50 82			
Buschuß zur Sammelkasse. "Alterösparkasse. Sonskige Ausgaben. Kureverluste. Betriebögewinn	_	23 094 13 678 2 100 9 170 738 313 221 624	66 - 18 55	
		3 135 267	63	
B. Reservefonds. Stadtkasse, Kosten des Erweiterungsbaues der Sparkasse. Unterhaltung des Hahnstraße 7		157 327 339 738 313 117 821	60	
		1 013 802	28	

Zahl ihrer Mitglieder durch Zugang jüngerer Neueintretender wieder zu ver= mehren.

Die zweite ber erwähnten Einrichtungen ift die Sammelkaffe, welche ein privater Verein im Jahre 1846 gegründet hat; fie follte durch Einlage und Prämiierung von Erfparnissen eine sichere Gelegenheit geben, kleine

Ersparnisse vorteilhaft unterzubringen. Nachdem der Berein Anfang der siedziger Jahre derart zusammengeschmolzen war, daß er seit langer Zeit schon nicht mehr die statutenmäßigen Prämien ohne erhebliche städtische Zuschüsse ausbringen konnte, wurde die Kasse im Jahre 1874 als kommunales Institut von der Stadtverwaltung übernommen. Sie steht mit der städtischen Sparskasse derart in Verdindung, daß diese und die Stadt Düsseldorf den Sinslegern subsidiarisch für ihre Sinlagen haftet. Die Benutung der Kasse ist der arbeitenden Klasse und der schulpslichtigen Jugend vorbehalten; die Annahme erfolgt Sonntag vormittags von 9 bis 11 Uhr. Regelmäßige Sinsleger erhalten eine Prämie von 20 Pf. für je 3 Mt., unregelmäßige eine Prämie von 10 Pf. für je 3 Mt. des an die Sammelkasse eingezahlten Kapitals. Sodald Einzahlung und Prämienzuwachs die Summe von 100 Mt. erreicht, so tritt der Sinleger als selbständiger Sparer bei der städtischen Sparkasse ein und erhält von dieser ein Sparkassende.

Im Jahre ber Übernahme durch die Stadt zählte die Kaffe 4139 Sparer mit 83 946 Mf. Guthaben; Ende September 1908 dagegen 11 633 Einleger mit 394 008 Mf. Guthaben. Die Benutzung nimmt Jahr für Jahr zu; freilich ist diese vermehrte Frequenz nicht zuletzt nur darauf zurückzusühren, daß früher nur die arbeitende Klasse, heute aber auch die schulpslichtige Jugend kesser gestellter Kreise an den Borteilen der Kasse teilnimmt.

Im letten Betriebsjahre murben an Prämien insgefamt 20 256 Mf. gewährt; die Sparkasse leistete hierzu 14 314 Mf. Zuschüffe. Erfreulich ist der stark steigende Prozentsat der Prämien für regelmäßige Spareinlagen (1898: 68,55 %), 1907: 77,55 %) gegenüber den unregelemäßigen.

Die Kapitalien ber Sparkasse sind zu annähernd der Hälfte in Hoppotheken und zu einem Drittel in Wertpapieren angelegt; der Personalskredit ist kaum ausgebildet, dagegen ist die Sparkasse befonders in neuerer Zeit zur Depositenbank der eigenen Gemeinde mit erheblichem Verkehr geworden; am 31. März 1908 arbeiteten von dem Vermögen der Sparkasse rund 8 1/2 Millionen Mark in städtischen Betrieben mit.

Der Gewinn ber Sparkasse wurde bis zum Jahre 1840 an Wohlstätigkeitsanstalten abgeliesert, von da ab aber vorzugsweise zur Bildung eines Reservesonds und zu Unternehmungen verwandt, die "der Allgemeinheit zus gute kamen". So sind im Laufe der Jahrzehnte dis zum 31. März 1908 zu gemeinnützigen Zwecken (zum größten Teil als Zuschuß zu den Kosten für Volksschulbauten — für Parks nur 578 704 Mk. —) 4 187 164 Mk. aus Sparkassenitteln aufgewendet worden. Nach dem jetzt gültigen

Statut kann die Hälfte der jährlichen Zinküberschüsse der Sparkasse und die Hälfte der Jahreszinsen des Reservesonds, sofern der Reservesonds 5% der Gesamteinlagen beträgt, dagegen der Gesamtüberschuß, sofern der Reservessonds 10% der Gesamteinlagen beträgt, zur Befriedigung außerordentlicher kommunaler Bedürfnisse an die Stadtkasse abgeführt werden.

Der Gefamtumfat bes letten Rechnungsjahres beziffert sich auf 117 663 031 Mf., die Zahl der Abfertigungsposten auf 291 970, die Summe der rentbar angelegten Kapitalien einschließlich Reservesonds auf 62 598 933 Mk. Die Bilanz zum 31. März 1908 schloß im Sparkassenschaftensonds mit 61 418 233,92 Mf., im Reservesonds mit 2 477 527,12 Mf. ab. Räheres über die Finanzsgebarung ergibt die vorstehend abgedruckte Gewinns und Berlustrechnung für 1907.

3. Die städtische Spothekenverwaltung.

Eine ganz besondere Bedeutung, weit über die Grenzen des Stadtsgebietes hinaus, als vielsach in größerem oder geringerem Maße nachgeahmtes Borbild, hat das 1900 errichtete städtische Hypothekenamt gewonnen. Ein Experiment von grundsätlicher Bedeutung, ist es heute zu einem wesentlichen Faktor in der Entwicklung des Düsseldorfer Baus und Wohnungsswesens geworden.

Im März 1900 legte die Verwaltung der Stadtverordnetenversammlung eine Denkschrift über die "Gewährung von hypothekarischen Darlehen durch die Stadt Düffeldorf" vor, die über Zweck und Aussührung der beabssichtigten Maßnahmen sich in prinzipiell so durchsichtiger und klarer Weise äußert, daß ihre wesentlichsten Teile hier wiedergegeben sein mögen.

Einleitend wird barauf hingewiesen, daß gerade mit dem starken gewerblichen Aufschwunge Düffeldorfs in den letzten Jahren eine Berlangsamung, Stockung der Bautätigkeit und damit allgemein beklagter Wohnungsmangel und Wohnungsteuerung eingetreten seien. Ursache dessen sei Abwanderung des Großkapitals von gering verzinslichen Anlagen. Es heißt dann meiter:

"Immer mehr tritt die Neigung hervor, die niederen verzinslichen sicheren Anlagewerte aufzugeben und die immerhin noch erheblich höheren Nuten verheißenden industriellen Werte zu erwerben. Die Wohnungsindustrie kann solchen Nuten nicht bieten. Denn, wenn auch die Wohnungsmieten in den großen Städten erheblich gestiegen sind, so nahm doch einstweilen der Grundbesitz in Form der steigenden Grundpreise diesen Nuten für sich in Anspruch und scheint vorerst nicht gewillt, diesen Anspruch aufzugeben. So verspricht der Häuserbau auch heute nicht den Nuten, welchen die Industrie

noch abwirft. Auf diese Weise ist es erklärlich, daß die Emission ber durch städtische Hypotheken gesicherten Pfandbriese zu einem für die Bank gegenüber den erzielbaren Hypothekenzinsen noch vorteilhaft erscheinenden Zinssuß ins Stocken zu geraten begann und damit auch der Häuserbau selbst, zumal auch das Privatkapital sich mehr und mehr von diesem Geschäftezweig zurückzog.

Die Verhältnisse können allmählich Kalamitäten hervorrusen, beren Beseitigung eine Sorge der Stadtverwaltung und der Staatsregierung bilden muß. Das radikale Mittel, das nicht nur von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagen wird, die Enteignung des noch unbebauten städtischen Geländes durch die Städte und die Erbauung der Wohnhäuser durch diese ist nicht weiter zu erörtern. Aber ein anderes Mittel muß ernstlich in Betracht gezogen werden: den städtischen Kredit dem Wohnhausbau dienstbar zu machen. Der durch Hypotheken und die Steuerkraft einer großen angesehenen Stadt gedeckte Kredit ist immerhin ein größerer Unreiz, sich mit einem mäßigen Zinse zu begnügen, als der Kredit, der ausschließlich auf Hypotheken und ein verhältnismäßig kleines Grundkapital fundiert ist. Auch wird das Verstrauen zu einer städtischen Geschäftsführung ein unbedingtes sein. Die Stadt hat überdies bei ihrem Kredit den gesesslichen Vorteil, daß die städtischen Schuldverschreibungen Mündelsicherheit genießen.

Die Frage, ob eine Stadt sich am Bobenkredit beteiligen kann, ist im Pringip infofern bereits gelöft, als die städtischen Sparkaffen längft biefes Geschäft betreiben. Auch hier haftet die Stadt ben Rreditgebern (Spareinlegern) und trägt somit bas Risiko ber Darlehnshingabe. Aber bie Art ber Aufbringung ber Mittel bedingt naturgemäß einen engeren Rahmen als jenen, ber erforderlich ift, um den Städtischen Säuserbau zu fordern. Somit muß hier von dieser Erscheinungsform abgesehen werben. Gine andere Form märe die Bildung einer Genoffenschaft städtischer Grundbesitzer. Gin foldes Institut murbe ein Borbild finden in den Genoffenschaften ländlicher Grundbesitzer, welche mit Korporationsrechten und Privilegien ausgestattet, heute noch die Sauptträger bes landwirtschaftlichen Bobenkredits find. Alle Borzüge einer genoffenschaftlichen Bereinigung kämen auch biefer Genoffenschaft auftatten: vorsichtige und boch nicht allein von ber Borficht ausgehende Geschäftsgebarung, welche bem gemeinfamen Risiko und bem gemeinfam zu förbernben 3mede entspricht, Die Renntnis und Die richtige Ginschätzung ber für den Wert maggebenden Umftande. Allein eine folche Genoffenschaft zu organisieren ist kaum möglich. Auch läßt das Reichshypothekenbankgeset Die Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen zur Gemährung von Sypothekenbarleben burch eine Genoffenschaft mit beschränkter Saftung nicht zu.

Die Stadtgemeinde, welche alle Grundbefiger umfaßt, ift ber natürliche Erfat einer folden Genoffenschaft. Sie erfett auch auf anderen Gebieten eine besondere Bereinigung; benn die Berforgung der Bäufer mit Baffer, die Entwässerung, die Zuführung von Licht und Kraft konnte auch auf genoffenschaftlichem Wege erfolgen. Die Organisation ber Gemeinde erfett bequem die Organe einer Genossenschaft. Auch vereinigt sich in der Ver= tretung ber Stadt jene Kenntnis und jenes Urteil, welche von so großer Bedeutung find für die Erreichung des angedeuteten Zweckes. Eine ftadtische Rommiffion, unterftutt burch Sachverftandige, beren Beihilfe ja auch keine andere Organisation entbehren fann, murbe fehr mohl in ber Lage sein, bas Rreditbedürinis ju befriedigen und die Sicherheit bes Darlebens aufrecht ju erhalten. Freilich könnte biefer Aredit auch von ber Stadt nicht ohne alle Einschränkung gewährt werben. Schon um die erforberliche Bewilligung gur anlebensweisen Beschaffung ber Betriebsmittel zu erlangen, und auch aus Gründen ber vorsichtigen Geschäftsführung wird eine städtische Ein= richtung sich im allgemeinen ben Beschränkungen unterwerfen muffen, welche gesetzlich für die Hypothekenbanken festgesett sind. Die Darlehen werden also in der Regel 60 % des beliehenen Wertes nicht übersteigen durfen. Bur Beurteilung biefer Werte aber burfte eine ftabtische Rommiffion mohl beffer in ber Lage fein, als die Direktion einer anderwärts anfäffigen Bank, die in der Hauptsache auf das Urteil ihres Agenten angewiesen ift.

Ist die Stadtgemeinde auch ihrerseits nicht in der Lage, die in der Organisation bes Bobenkredits bestehende Lucke hinsichtlich ber Beleihung ber zweiten Werthälfte vollständig auszufüllen, so kann sie doch einen fehr wichtigen Zweig pflegen, ber für außerhalb ber Stadt anfäffige Gefellichaften befonders ichmierig, aber für bie Wohnungsfrage von größter Bebeutung ift: bie Bergabe von Baugelberbarleben. Das Sypothekenbankgefet begünstigt Diefe Urt von Darleben nicht; es schließt biefelben nicht aus, begrenzt aber ihren Umfang. Die Beschränkung dient bem Schute ber Pfandbriefgläubiger; ber Gesetzgeber halt die Beurteilung ber Frage, ob Baugelber auf einer reellen Grundlage ruben, für schwierig, befürchtet, daß unfertige Säufer im Subhastationswege von ben Banken erworben werden muffen, daß die für Baugelder bezahlten höheren Zinsen einen besonderen Anreiz bieten, zahlreiche berartige Darlehensgeschäfte, oft zweifelhafter Büte, abzuschließen, wodurch Kapital und Zinsforderung der Pfandbriefinhaber gefährdet werden könnten. Solche Bebenken stehen aber einem städtischen Betriebe nicht in gleichem Mage entgegen. Die Absicht, möglichst hohe Gewinne zu erzielen, liegt der Stadtgemeinde ferne. Die Leitung ift wohl in der Lage, ju erkennen, wo ein Darleben bebenklich ift, wo nicht. Bermögen und Steuer= fraft der Stadt becken den Kreditzeber. Zur Zeit pflegen eine größere Anzahl erster Banken diesen Kreditzweig überhaupt nicht. Sie haben es nicht nötig. Undere Banken geben solche Darlehen in sehr mäßigem Umsfange. Daß Kreditgebung zur Erbauung von Wohnhäusern volkswirtschaftlich ebenso gerechtsertigt ist, wie bei sonstigen Unternehmungen, bedarf keiner weiteren Ausführung. Die bestehende Lücke ist schädlich; sie bewirkt, daß oft Leute, die nichts zu verlieren haben, sich dem Unternehmen des Wohnshausbaues widmen. Sine lokale Sinrichtung ist zur Ausfüllung dieser Lücke besonders geeignet. Ihre Organe kennen Objekt und Person. Auch können die Darlehnsbedingungen Vorsorge tressen, daß Mißbräuche möglichst vermieden werden. Immerhin dürste es angezeigt sein, weniger mit Rücksicht auf die Gesahren dieser Art der Kreditgewährung, als auf die zur Zeit noch vorherrschende Meinung, die Baugelberdarlehen auf einen Teil der zu gewährenden Hypothekendarlehen zu beschränken.

Man kann nun freilich verschiedene Bedenken erheben.

"Die Stadt übernehme eine Fürsorge, die ihr zu schwer sei, erwecke Hossmungen, welche sie nicht erfüllen könne, erhöhe ihre Schuldenlast, schädige ihren Kredit." Zu letterem Einwurf ist sofort zu bemerken, daß es niemals auf die absolute Höhe des Schuldenstands einer Stadt ankommt, sondern immer nur darauf, wie derselbe fundiert ist. Eine Jundierung durch erste Hypotheken ist eine sehr gute. Die Steuerkraft und das Vermögen würden auch zur Deckung von weiteren nicht sundierten 20 Millionen Schulden außreichen. Von einer Schädigung des Kredits kann ernstlich keine Rede sein; eine bedenkliche Geschäftsgebarung, welche die Stadt in schlechten Ruf bringen könnte, ist wohl ausgeschlossen. Auch ist die Stadt durch die in Aussicht genommene Beleihung von Jmmobilien nicht verbunden, jeden Kreditanspruch zu befriedigen. Die Stadt soll die Erlangung des Kredits erleichtern; einen solchen unter allen Umständen auch in normaler Höhe zu garantieren, kann ihr nicht zugemutet werden.

"Bei Krisen werden der Stadt viele Häuser zufallen; eine Zerrüttung der Finanzen werde dann unvermeiblich sein". Ein derartiges Bedenken könnte man auch bei anderen städtischen Unternehmungen, deren Prosperität von dem Gedeihen der Stadt abhängt, erheben. Man hat es aus guten Gründen nicht getan. Düsseldorf entwickelt sich stetig und günstig. Es ist nicht ausschließlich Industriestadt und hängt nicht von dem Blühen irgend eines bestimmten Industriezweiges ab. Sollten einst für die Industrie weniger glänzende Zeiten kommen, so würde dies für Düsseldorf keine Katastrophe bedeuten. Aber nimmt man selbst an, daß in Düsseldorf bei einem Stillstand großer Industriezweige zahlreiche Existenzen ins Wanken

geraten, so burfte eine Krisis leichter und weniger verhängnisvoll für bie Betroffenen und für die Stadt übermunden werden, wenn die Stadt Rredit= geberin bei gablreichen Säufern ift, als wenn die verschiebenen Sypothefenbanken die Rückgahlung ihrer Kapitalien fordern und die Subhaftation ber Unmefen betreiben murben. Für folche Fälle merben für ben neuen Befchäfts= zweig Referven anzusammeln sein, die stark genug sein werden, um ein temporares Ausfallen von Zinfen bei einer Angahl von Objekten zu ertragen. Much bavon kann nicht wohl bie Rebe fein, daß bei einem größeren Bankinftitute das Risiko sich auf viele Städte verteile, so daß eine Rrifis in einer Stadt nicht erheblichen Schaden anrichten fonne. Giner rein lokalen Rrifis ift Duffelborf taum ausgesett. Gine große Induftriekalamität murbe aber sicherlich in gahlreichen Städten gleichzeitig mirten und zwar in vielen ftarker als in Duffelborf. Übrigens haben sich auch große Bankinftitute tatfächlich auf eine große Stadt beschränkt. So hat bie banerische Banbels= bank zu München fast ihren ganzen Sppothekenbestand von ca. 140 Millionen Mark in München plaziert, obwohl bort noch andere, größere, ältere Unstalten ebenfalls fehr hohe Summen untergebracht haben. Die Banbelsbank hat in Konkurrenz mit diesen vielleicht weniger ängstlich gearbeitet; gleichwohl hat fie feit 15 Jahren nicht ein einziges Objekt erwerben muffen.

Auch die Befürchtung ist unbegründet, daß eine einheimische Leitung zu optimistisch versahren würde, während eine auswärtige vorsichtiger operiere. Die größere Kenntnis ist bei ersterer. Das Vertrauen, daß sie nicht blind jeden angegebenen Wert als richtig ihren Entschließungen zugrunde legt, darf man zur verwaltenden Kommission haben.

"Soll die Stadt Gewinn nehmen?" Der genoffenschaftliche Gedanke würde zur Verneinung dieser Frage sühren. In der Tat hat die Stadt Berlin ihr Pfandbriefamt auf dieser Grundlage aufgebaut. Allein das Beispiel Berlins ist nicht wohl nachzuahmen. Berlin hat ein sehr kompliziertes System eingerichtet, auf Ansammlung eines Reservesonds tatsächlich verzichtet, nur auf Beleihung ersttlassiger Gebäude Bedacht genommen, für welche eine mehrjährige Rente nachgewiesen werden kann. Infolgedessen müssen die Sigentümer zunächst einen anderweitigen Kredit nachsuchen, von dem sie sich häusig nicht ohne weiteres besreien können. So hat das Berliner Pfandbriesinstitut einen verhältnismäßig nicht großen Geschäftsumfang erreicht (ca. 100 000 000 Mk.).

Bei einem Verzicht auf Gewinn wird für den einzelnen Darlehnsnehmer nicht viel erspart. Mehr als $^{1/4}$ % fann als Gewinn nicht wohl in Betracht kommen. Bei einer Hypothek von 100000 Mk. ergibt dies eine jährliche Einsparung von 250 Mk. Ein solcher Betrag fällt bei dem einzelnen nicht sehr ins Gewicht. Die städtische Betriebsverwaltung kann aber hierdurch eine Berstärkung ihrer Reserven herbeiführen. Es besteht aber auch gar kein besonderer Anlaß, dem einzelnen bei Benutzung der städtischen Einrichtung wesentlich billigere Bedingungen zu gewähren, als solche für normale Hypotheken bei den großen Hypothekendanken angeführt sind. Die koulante Erledigung jedes Antrages, die wohlwollende Würdigung aller Gesuche und Wünsche, die Sicherheit auf ständiges Entgegenkommen und ruhigen Genuß des Darlehens rechnen zu dürsen, außerdem die Möglichkeit, auch für Neubauten und Bauplätze Darlehen erhalten zu können, sind hinslängliche Vorteile, welche die städtische Einrichtung wohl beliebt machen werden. Überdies wird vorgeschlagen, dem Schuldner zu gestatten, seine Schuld jederzeit in Schuldverschreibungen der Kreditanstalt abzutragen, ein Vorteil, den nicht alle Bankanstalten gewähren und der ermöglicht, die jeweilige Lage des Geldmarktes auszunutzen."

Am 24. April 1900 beschloß die Stadtverordnetenversammlung, entsprechend dieser Borlage auf Grundstücke im Stadtbezirk Düsseldorf hypothekarische Darlehen zu gewähren und die Hypothekengeschäfte nach näher erlassener Anweisung durch eine Deputation verwalten zu lassen.

Als Grundstock zum Refervesonds der neuen Betriebsverwaltung legte die Stadtkasse eine Million Mark ein. Behufs weiterer Aufbringung von Mitteln beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 24. April 1900 "zur Förderung der Erbauung von Wohnhäusern im Stadtbezirk Düsseldorf durch Pslege des Realkredits" eine mit teils zu $3^{1/2}$ %, teils zu 4^{0} % verzinslichen Anleihe von 20 Millionen Mark durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen aufzunehmen und vom sechsten Jahre nach Begebung eines jeden Abschnitts mit mindestens 1/2 vom Hundert zuzüglich der ersparten Zinsen zu tilgen.

Die Ressortminister begrüßten "ben Bersuch, ben die Stadt Düsselborf zur Milberung ber Wohnungsnot zu unternehmen beabsichtigte, mit lebhafter Genugtuung" und erklärten sich gern bereit, an Allerhöchster Stelle die Ermächtigung dieser Anleihe zu erwirken, "zum Zwecke der Förderung des Baues von Wohnungen, und zwar vorzugsweise von kleineren und mittleren Wohnungen".

Die Anleihe wurde dann im Laufe der Jahre begeben; eine weitere Berstärfung ihrer Betriebsmittel erfuhr die Hypothekenverwaltung im Jahre 1908 durch Beschluß und Genehmigung zur Aufnahme einer weiteren Anleihe von 20 Millionen Mark zu gleichem Zwecke, wodurch sich die zur Verfügung stehenden Mittel auf 41 Millionen Mark erhöht haben.

Die Grundfäte über die Beleihung lauten folgendermaßen:1

- "§ 1. Die Stadt Düsselborf gewährt gegen erststellige hypothekarische Sicherheit auf Grundstücke im Gemeindebezirk Düsseldorf Darlehen.
- § 2. In der Regel werden nur Gebäude beliehen, welche einen sicheren Ertrag gewähren oder gewähren können. Die Beleihung darf sich nicht über 60 % des Wertes erstrecken; die Zinsen der Hypotheken auf Häuser sollen durch 60 % der nach Abzug der regelmäßigen Unkosten des Hauses versbleibenden, nachhaltig erzielbaren Mietrente gedeckt sein.
- § 3. Fabrikanmesen sollen nur bis zu 50 % bes Wertes ber Grund= fläche beliehen werden 2.

Bei Wirtschaften und Apotheken darf die besondere Rentabilität des Geschäftes nicht berücksichtigt werden.

Bei Hotels ift die zuläffige Höchstjumme um die Kosten zu fürzen, welche zur Umwandlung des Hauses in ein Miethaus erforderlich sind.

- § 4. Boraussetzung berjenigen Beleihungen, für beren Höhe ber Wert von Gebäulichkeiten in Betracht kommt, ift, daß diese bei einer zuverläffigen Feuerversicherungsanstalt entsprechend versichert sind.
- § 5. Darlehen auf Grundstücke, welche mit noch nicht fertigen Neu- ober Umbauten versehen sind, sollen in der Regel nicht mehr als 50 % des Wertes der Grundsläche betragen.

Bei Wohnhausbauten kann jedoch das Darlehen bis zur Höhe von 60% des jeweiligen Gesamtwertes der Grundfläche und des Baues abzüglich jenes Betrages gewährt werden, der erforderlich ist, um den Bau zu vollenden und gleichwohl mit dem alsdann auf das Anwesen gemachten Darlehenseund Bauauswand die in § 2 bezeichneten Erfordernisse zu erfüllen.

§ 6. Die Darlehen werden je nach Wunsch bes Schuldners als amortisierbare ober als einfache Zinsbarlehen gewährt. Beibe Arten von Darlehen können

¹ Angesichts des weitverbreiteten Interesses für die Dufseldorfer hppothekens verwaltung, das aus zahlreichen an die Stadtverwaltung ergehenden Anfragen spricht, ist der wörtliche Abdruck statt einer wenn auch hier und dort vielleicht überssichtlicher zu gestaltenden Inhaltsangabe gewählt worden.

² hierzu heißt es in der die beantragte Anleihe genehmigenden Berfügung des Düffeldorfer Regierungspräsidenten vom 18. Juli 1900: "Übrigens sehen die mir eingereichten "Grundsäte" eine Beseihung von Fabrikanwesen und Hotels vor. Da aber der Gemeindebeschluß nur die Ermächtigung gibt, zur Förderung der Erbauung von Wohnhäusern die Anseihe aufzunehmen, so werden die zuerst genannten Beseihungen, für die ein allgemeines Interesse auch kaum vorliegt, unstattshaft sein."

in solchen für Beleihungszwecke ausgegebenen Schuldverschreibungen der Stadt Düsseldorf, deren Zinsfuß um nicht mehr als ½000 niedriger ist, als jener des Darlehens, jederzeit zurückbezahlt werden. Im übrigen sind Zinsdarlehen zunächst beiderseits fünf Jahre unkündbar, alsdann beiderseits mit neunmonatlicher Kündigungsfrist kündbar. Die Kündigung kann nur mit Wirtsamkeit vom 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oftober erfolgen. Amortisierbare Darlehen sind nach Maßgabe des Tilgungsplanes zu tilgen; dieser wird so aufgestellt, daß die ersparten Zinsen vollständig zur Tilgung verwendet werden. Außerdem können amortisierbare Darlehen wie Zinsdarlehen vom Schuldner gekündigt werden, während der Stadt Düsseldorf ein Kündigungsrecht im allgemeinen nicht zusteht.

Im übrigen gelten die besonderen Darlehnsbestimmungen.

- § 7. Abgesehen von ben Fällen bes § 8 und ber nach besonderen gesetlichen Bestimmungen wegen Gefährdung der Sicherheit oder durch die besonderen Darlehensbestimmungen gegebenen Rechte auf sofortige Befriedigung, ist das Darlehen auch fällig bei Subhastation des Grundstücks und bei einem längeren als dreimonatlichen Berzug der Zinszahlung.
- § 8. Zum Behufe ber Gemährung ber Darlehen gibt die Stadt Dufselborf Schuldverschreibungen aus. Die Schuldverschreibungen bürfen ben Betrag ber jeweils ausstehenden Darlehen nicht übersteigen. Bei gänzlicher oder teilweiser Rüczahlung von Darlehen muß demnach der nicht zur Gewährung neuer Darlehen erforderliche Kapitalsbetrag an den Schuldverschreibungen getilgt werden. Insoweit die Einlösung der letzteren nicht möglich oder sogleich tunlich ist, muß zwischenzeitlich eine ergänzende Deckung durch Geld oder durch Schuldverschreibungen des Reichs oder eines Bundesstaates stattssinden. Letztere dürfen höchstens mit einem Betrag in Ansatz gebracht werden, der um fünf vom Hundert des Nennwertes unter ihrem jeweiligen Börsenpreise bleibt.
- § 9. In den ausgegebenen Schuldverschreibungen darf für nicht längere Zeit die Unfündbarkeit zugestanden werden, als die Unfündbarkeit der bezügslichen Hoppothekendarlehen seitens der Schuldner dauert.

Die Tilgung der Schuldverschreibungen muß seitens der Stadtgemeinde nur in dem Umfange stattfinden, der sich aus der Beobachtung der Bestimmungen des § 8 ergibt.

Seitens der Inhaber durfen die Schuldverschreibungen nicht fündbar sein.

§ 10. Der Zinsfat ber Hypothekenbarlehen beträgt in ber Regel 1/2 0/0 mehr als ber Zinsfat ber Schuldverschreibungen.

Der Sypothekbarlebensschulbner hat außer ben Nebenkoften, welche bei

ber Darlehensgewährung erwachsen, auch bie etwaige Differenz zwischen bem Berkaufswerte ber Schuldverschreibungen und beren Nennwerte zu erstatten. Der hiernach sich ergebende Abzug wird im einzelnen Falle sestgestellt.

§ 11. Die Verwaltung dieser Hypothekengeschäfte bildet eine von dem übrigen Gemeindehaushalt völlig abgesonderte Betriebsverwaltung der Stadt Düsseldorf; für dieselbe wird alljährlich eine besondere Bilanz aufgestellt. In diese sind die ausgegebenen Schuldverschreibungen zum Nennwerte einzustellen. Grundstücke, welche durch Subhastation eines belehnten Grundstückes erworben wurden, sind nur mit der Hälfte des Darlehensbetrages in die Bilanz aufszunehmen.

Die Stadt Düffelborf legt aus Refervesonds ber Stadtkasse als Grundsitock bes besonderen Reservesonds bieser Berwaltung den Betrag von einer Million Mark ein. Der Jahresgewinn, soweit er sich aus dem Überschusse der Aktiv- gegen die Passivzinsen ergibt und zu neuen Beleihungen nicht verwendet werden soll, muß zur verstärkten Tilgung dienen, im übrigen fließt er zur Hälfte in die Stadtkasse, zur Hälfte wird er zum besonderen Reservessonds geschlagen.

Berlufte werben aus bem Reservesonds und soweit bieser nicht ausreicht, vorschuftweise aus ber Stadtkaffe gebedt und burch spätere Gewinne beglichen.

§ 12. Zur Verwaltung der Hypothekengeschäfte wird eine Deputation im Sinne des § 54 der Rheinischen Städteordnung gebildet. Dieselbe besteht aus dem Oberbürgermeister und fünf Mitgliedern. Sie ist zuständig zur Gewährung der Darlehen, Festsetzung der im einzelnen Falle maßgebenden Bedingungen, zur Kündigung der Darlehen, zum Verkaufe der Schuldverschreibungen und zu allen sonst sich ergebenden regelmäßigen Geschäften. Sie ist auch ermächtigt, Gelder, welche ihr von städtischen Verwaltungen zur Verzinsung überwiesen werden, gegen erstslassige mobile Sicherheiten zinsbar anzulegen. Die Depustation wird nach außen durch den Oberbürgermeister vertreten.

Die Deputation ift beschlußfähig bei Anwesenheit von drei Mit = gliedern. Sie entscheibet nach Mehrheitsbeschluß. Bur Gewährung von Darlehen auf nicht fertiggestellte Gebäude ist einstimmiger Beschluß erforderlich."

Eine Abänderung haben diese Grundsätze lediglich durch den Stadts verordnetenbeschluß vom 7. Januar 1908 erfahren. Dieser ermächtigt im Interesse des Kleinwohnungsbaues die Hypothekenverwaltung aus den ihr zur Berfügung stehenden, nicht aus Anleihen herrührenden Mitteln Hypothekens darlehen für Häuser mit Kleinwohnungen bis zu 66 2/8 0/0 des Wertes zu geben.

Über ben Gefchäftsumfang ber Hppothekenverwaltung und beffen Entwickelung unterrichtet Tabelle 10.

Fabelle 10. Entwicklung des Parlehensgeschäftes der ftabtischen Sypothekenverwaltung zu Duffeldorf, 1900 bis 1907.

			Bon ben angenommenen Darleben entfallen auf								
An Darlehen wurden angenommen				ftehende jebäude		oder Auf= auten	im Bau begriffen bzw. noch zu er bauende Gebäude				
im Jahre	Zahı	Betrag Mf.	Zahī	Betrag Mf.	Zahi	Betrag Mf.	Zahi	Betrag Mf.			
1900	42	1 618 000	7	258 000		_	35	1 360 000			
1901	60	1 877 000	21	704 500		— .	39	1 172 500			
1902	22	602300	15	418300	1 ,	9 000	6	175 000			
1903	48	1403500	28	860500	3	85 000	17	4 58 000			
1904	75	2 348 900	30	1 020 400	3	31000	42	1 297 500			
1905	82	$3\ 526\ 500$	45	1967500	1 1	12000	36	1 547 000			
1906	82	2875500	31	1 078 000	1	54 000	50	1 743 500			
1907	166	7 918 000	38	1 866 500	8	394 000	120	5 657 500			
	577	22 169 700	215	8 173 700	17	585 000	345	13 411 000			

Beminn- und Berluftionto der ftädtijden Sypothefenbermaltung 1907.

Soll.

Saben.

	M₹.	彩f.		Mf. Pf.
. Berwaltungskoften a) Beitrag an b. allgemeine Berwaltung 5000,— Mk. b) Schätzungs- koften 3834,— " c) Allg. Unkoften 26159,98 " . Binfen		47 - 14	1. Zinfen	

Der Gewinn von $5\,215,14\,$ Mf. ist zur Deckung von Kursverlusten vers wandt worden.

Aftiva. Bi l	lang be	r ftädtifchei	ftädtifchen Sypothekenverwaltung 1907.					
		Mt.	Pi.		Mt.	Pf.		
1. Hypothekdarlehen 2. Zinsrüdstände .		18 598 199 26 692		1. Anleihenkonto	69 767	65		
•		18 624 891	76	, ·······g	18 624 891			

Hiernach hat die Hypothekenverwaltung in der Zeit ihres Bestehens 577 Darlehen in Höhe von 22 169 700 Mk. gewährt, wovon auf Neubauten allein 345 Darlehen mit 13 411 000 Mk. entfallen, während auf Auf= oder Umbauten weitere 17 Darlehen mit 585 000 Mk. gewährt wurden. 48 Dar= lehen mit einer Beleihungssumme von 1631 000 Mk. wurden vor Ablauf der vereinbarten Zeit zurückgezahlt. Die Schuldner machten in diesen Fällen von dem Rechte der Abtragung in Stadtanleihescheinen Gebrauch. Darlehen mit sesten Tilgungssähen wurden in 25 Fällen mit einer Gesamtsumme von 1088 500 Mk. bewilligt. Die Tilgungssähe betragen je nach Wahl der Schuldner 1/2 bis 1 1/2 0/0.

Die Verzinsung ber hypotheken geschieht zur Zeit bei 6630000 Mk. mit $4^{0/0}$, bei 1910000 Mk. mit $4^{1/4}$ 0/0 und bei 12097000 Mk. mit $4^{1/2}$ 0/0.

Aus der Zusammenstellung ergibt sich des weiteren, daß sich in den Jahren 1902/1903 das Hypothekengeschäft in mäßigen Grenzen bewegte und daß mehr bestehende Häuser als Neubauten beliehen wurden. Es ist dies auf die damalige Lage des Geldmarktes zurückzusühren, wo Hypotheken von Brivaten und Banken zu 3 7/8 % zu haben waren.

Sobald jedoch Geldmangel eintrat, haben sich die Ansprüche an die städtische Hypothekenverwaltung erheblich gesteigert.

So sind im letten Verwaltungsjahr vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 allein 166 Darlehen mit 7918 000 Mf. gewährt worden, wovon auf 120 Reubauten 5657 500 Mt. entfielen. Da in dem gleichen Zeitraum in Düffeldorf überhaupt nur 271 Neubauten privater Wohnhäuser ausgeführt sind, so ist sast die Hälfte mit den Geldern der städtischen Hypothekenverwaltung gedaut worden. Hier hat sich die städtische Hypothekenverwaltung ganz besonders bewährt und zwar umsomehr, als die Hypothekendenen nicht allein keine Darlehen gewährten, sondern vielsach die fällig werdenden Kapitalien einsforderten. Dieser Umstand führte auch dazu, daß in 1907 eine Anzahl bestehender Gebäude beliehen wurde, die bei einem Versagen der städtischen Hypothekenverwaltung unzweiselhaft der Zwangsversteigerung anheimgefallen wären.

Die städtische Hypothekenverwaltung hat also nicht nur wesentlich über die Flauheit in der Bautätigkeit hinweggeholfen, sondern sie hat auch Hauseeigentümer vor Bermögensverlusten bewahrt und sich somit als wirtschaftlich und sozial bedeutsame Einrichtung bewährt.

Die Höhe bes gewährten Kapitals betrug bei ben am 31. März 1908 bestehenden Darlehnsverträgen:

Schriften 129. Zweites Seft. - Gemeinbebetriebe II. 2.

				Vis	10 000	Mŧ.	einschl.	in	2	Fällen
Von	über	10000	Mf.	,,	20000	"	"	,,	48	"
"	"	$20\ 000$	"	,,	30000	,,	"	,,	176	"
"	,,	30000	"	"	40000	"	"	"	134	"
"	"	40000	"	"	50000	"	,,	"	4 9	"
"	"	50000	,,	"	60000	"	,,	"	3 9	"
,,	"	60000	**	"	70 000	,,	"	,,	2 0	"
,,	"	70 000	"	"	80 000	"	"	"	8	"
"	,,	80000	"	"	90000	,,	"	,,	6	"
"	"	90000	"	"	100 000	"	"	"	6	"
"	"	100000	,,	"	110000	,,	"	,,	2	"
"	"	110000	"	"	120000	"	"	,,	2	**
"	"	120000	"	"	1 50 000	**	"	"	6	"
"	"	150000	"	"	200 000	"	"	"	3	"
"	"	600000	"		•			11	1	"

Bufammen 502 Fälle.

Der Durchschnitt einer Einzelbeleihung beträgt rund 37000 Mk.; bie meisten Darlehen bewegen sich zwischen 20000 und 40000 Mk.; bas Maximum stellen 600000 Mk., bas Minimum 6000 Mk. bar.

Auf die einzelnen Berufe haben sich die einzelnen Darlehensnehmer im Laufe der Jahre wie folgt verteilt:

	1900:	1901:	1902:	1903:	1904:	1905:	1906:	1907:
Bauunternehmer, Architekten	16	7		4	13	12	12	23
Handwerksmeister	18	24	8	14	15	22	30	53
Raufleute, Händler	8	13	3	10	28	2 8	18	3 2
Wirte	4	3	1	2	6	7	3	9
Rentner	11	12	3	10	5	8	13	31
Beamte, Lehrer, Angestellte,								
Űrzte	3	10	1	6	7	4	3	11
Fabrikarbeiter			3	2	_	1	2	1
Handelsgesellschaften usw	2	1	_		1	_	1	6

Busammen 62 1 70 1 19 1 48 2 75 2 82 2 82 2 166 2

Der Geminn, der sich bis zum 31. März 1908 aus dem Hypothekensgeschäft aller bisherigen Betriebsjahre ergeben hat, beträgt insgesamt 270 130 Mk. Diese Summe ist gemäß § 11 der oben mitgeteilten "Grundsähe" verwandt worden. Gewinns und Berlustrechnung, sowie die Bilanz auf 1907 finden sich vorstehend abgedruckt.

¹ Bewilligte Darlehen.

² Ausgezahlte Darlehen.

IV.

Der städtische Grundbesitz und Wohnungsbau.

1. Der städtifche Grundstücksfonds.

Lange hat die Stadt Duffelborf verabfäumt, sich einen erheblichen Anteil am Besitz bes Grund und Bodens innerhalb der städtischen Gemarkung zu sichern; dieses Versäumnis aber hat sie im letzten Jahrzehnt vollauf nachsgeholt.

Im Jahre 1901 umfaßte ber Grundbesit der Stadigemeinde, soweit er nicht einem bestimmten Gemeindezwecke bereits zugekührt oder für ihn bestimmt, oder einem bestimmten Gemeindebetriebe bereits zugewiesen war, 8712 a, zu einem Werte von rund 10 Millionen Mark, auf denen unsgedeckte Ausgaben von rund 2,7 Millionen Mark ruhten. Am 25. Oktober 1901 unterbreitete der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage, in der er unter Hinweis auf die zahlreichen Grundstückserwerbungen der allerletzten Jahre folgendes ausstührte, was noch heute für die Richtung der städtischen Grundstückspolitik maßgebend ist. Nachdem auf den gegenwärtigen Grundbesit, seinen Wert und seine Belastung hingewiesen wird, heißt es:

"Die Ausbehnung der Stadt, ein ungeahntes Auftreten neuer Gemeindeaufgaben, die rasche Ausdehnung gemeindlicher Betriebe, die Zweckmäßigkeit der Berlegung bestehender Anstalten lassen den Besitz von Grundstücken in allen Teilen der Stadt als notwendig erscheinen. Eine Berwaltung, welche, nur dem augenblicklich vorkommenden Bedürfnis folgend, die weitere Fürsorge der Zukunft überläßt, würde mit Recht den Borwurf der Kurzsichtigkeit hinnehmen müssen. Die Ersahrung lehrt, daß ein Grundstück im Zeitpunkte des Bedarfs häufig um ein vielfaches teuerer ist, als wenige Jahre vorher.

Die Stadt soll aber nicht nur für eigene, unmittelbare Zwecke Grundstücke erwerben. Es ist durchaus zu billigen, wenn die Stadt an der Breiserhöhung, welche die Errichtung städtischer Institute nicht selten den Nachbargrundstücken bringt, selbst beteiligt sein will. Dies geschieht durch Erwerbung größerer als der zur Erreichung des Zwecks unbedingt erforderslichen Flächen.

Namentlich in den Außenteilen soll die Stadt größeren Grundbesits aufweisen können, um bestimmend auf die Ausgestaltung des Stadtteiles, die Bauweise, die Bildung größerer Plätze, schließlich auch auf den Zeitpunkt der Erschließung des Geländes zu Bauzwecken, und selbst auf die Preissbildung für die Grundsläche einwirken zu können.

8*

Daß folche Erwerbungen nicht aus laufenden Mitteln gebectt merben Bom finanztednischen Standpunkt aus mare es können, ist einleuchtend. ermunscht, wenn sich die Dedung in der Regel so vollziehen murde, daß Grundstücke in ben mehr ausgebauten Teilen ber Stadt, soweit die Bereitstellung für kunftige Bedurfnisse nicht mehr erforderlich ift, veräußert und bafür Grundstüde größeren Umfangs in ben Außenteilen neu beschafft merben. Diesem Bang entspricht es, bag bie ju Gemeindezweden nicht benötigten Grundstücke einem Fonds zugewiesen werben, bei beffen Bermaltung bie Bermertung verfügbarer Grundftude und die Beschaffung neuer Grundstude fich ausgleichend ins Auge gefaßt wird. Es ist ja Aufgabe ber Gemeinde= verwaltung, das von ihr übernommene verwertbare Gemeindevermögen nicht nur vollständig zu erhalten, sondern mindestens auch den natürlichen Wertzumachs ber folgenden Generation zu überweisen. Diefer Verpflichtung mird bie Gemeinde gerecht, wenn fie das Grundftudevermogen ausschlieklich gur Erwerbung von neuen Grundstücken, Rechten an folchen ober zu einer rent= baren Ausstattung von Grundstücken mit Gebäuden verwendet.

Nach ben Befchluffen und Intentionen ber Stadtverordnetenversammlung follen die Ausgaben bafür aus bem Erlös verkaufter Grundstücke gebeckt werben.

In der Hauptsache erklärt sich die bereits vorhandene Belastung des Grundbesitzes dadurch, daß Grundstücke neu erworden wurden, daß andere veräußert und die Kauspreise flüssig gemacht worden sind. Dies erklärt sich aus dem von der oben ausgestellten Regel abweichenden, tatsächlich aber nicht selten gestotenen Bersahren, das auch hier zur Unwendung kam. Die Gemeinde kann nämlich nicht immer jene Grenze bei den Ankäusen einhalten. Sie muß, wenn sie klug handelt, mitunter über die Berkausserlöse hinaus erwerben. Gerade die Zeiten, welche für Erwerdungen günstig sind, sind häusig für Beräußerungen ungünstig. Nicht immer sind die schon vorhandenen Grundstücke schon jetzt zur Beräußerung geeignet. Auch läßt sich darüber streiten, ob die Beräußerung von Grundstücken immer die richtige Form der Berwertung ist. Dies führt, wenn man aus Erwerdung rentierender Grundstücke nicht verzichten will, dazu, den Weg der Anleihe zu betreten.

Dieser Weg ift unter bestimmten Boraussetzungen ganz unbebenklich; man kann sogar sagen, daß keine andere Anleihe so sicher fundiert ist als jene, welche für Grundstücke solcher Art aufgenommen ist. Die Fundierung ist eine um so sicherere, wenn, wie dies hier vorgeschlagen wird, jede Berwendung eines beträchtlichen schon vorhandenen Grundstücksvermögens zu laufenden Zwecken ausgeschlossen wird.

Die Zinfen einer solchen Anleihe könnten aus laufenden Einnahmen der Gemeinde bestritten werden. Das ware die vorsichtigste Lösung — aber

wie bas Beffere ber Feind bes Guten fein fann, fo murbe eine fo vorfichtige Lösung bem zu erreichenden Zwecke Abbruch tun. Man fann bem Steuerzahler ber Gegenwart faum zumuten, Die Rosten für Magregeln, welche ihm zunächst gar nicht, sondern ausschlieklich der Butunft zugute fommen, zu bezahlen. Die Zinsen einer folchen Anleihe, ebenfo die etwaigen Tilgungsbeträge muffen vielmehr aus ben Ginkunften bes Fonds und, soweit Renten im eigentlichen Sinne nicht vorhanden sind, aus den Berkaufserlosen gebeckt werden. Der Wertzumachs städtischer Grundstücke ist nach ben bisherigen Erfahrungen, selbst wenn eine teilweise Stagnation eintritt, im Durchschnitt einer längeren Reihe von Sahren erheblich höher als ber 4 % Bins eines Kapitals samt Zinseszinsen. Während ein Kapital zu 4 % Binfen fich in 17 Sahren verdoppelt, haben wir ben Wert ftabtischer Grundstude innerhalb gleicher Zeit felbst auf bas Bielfache fteigen feben. Die Aufwendung von Anleihemitteln hat auch ben Vorzug, daß eine andere Bermertung vorhandenen Grundbesites als jene burch Beräußerung ermöglicht wird, falls nur diefelbe die Berginfung und Tilgung des Anlagekapitals verbürgt. Man fann also 3. B. Grundstücke felbst bebauen oder in Erbpacht jum Zwecke ber baulichen Ausnutzung vergeben.

Daraus, daß eine Anleihe aufgenommen, also der Schuldenstand der Stadt vermehrt wird, darf man keinen Einwand hier ableiten. Die absolute Höhe der Schulden ist niemals ein Maßstad für das wirtschaftliche Wohlsbefinden einer Korporation. Es kommt lediglich auf drei Dinge an: ob das reine Vermögen sich erhöht oder mindert, ob die Zinsen und Tilgungsbeiträge aus den Kenten und Gewinnen gedeckt werden können, endlich ob die Rücksahlung der Schuld so geordnet ist, daß dem Schuldner nicht Verlegenheiten entstehen können — trot aller günstigen Vermögensverhältnisse. In all diesen Beziehungen erweist sich eine Schuldaufnahme für Grundstücke innershalb eines den Verhältnissen Düsseldorfs entsprechenden Rahmens als uns bedenklich.

Dieser Rahmen muß vor allem durch Fixierung ber höhe ber aufzunehmenben Schulden bestimmt sein. Wenn ein Betrag von 5 000 000 Mt. vorgesehen wird, so reicht dieser hin, um die bestehenden Berbindlichkeiten zu tilgen und barüber hinaus noch über 2 000 000 Mt. zu Ankäusen bereit zu halten. Eine Durchsicht des Grundstücksverzeichnisses ergibt, daß es keineskalls schwer halten wird, wenn dies geschehen müßte, die Summe von 5 000 000 Mt. aus dem jetzt vorhandenen Grundbesitze rasch zu erzielen; dabei ist außer Betracht gelassen, daß aus jener Summe noch erhebliche Flächen sich zu den vorhandenen gesellen werden. Eine solche Notwendigkeit würde aber nicht eintreten können, da eine normale Tilgung

ber Anleihe — wohl innerhalb 41 Jahren — vorgesehen würde und den Inhabern der Schuldverschreibungen Kündigungsrechte nicht zustehen. hinz gegen wäre die Stadt nicht imftande, für Berzinsung und Tilgung zusammen einen Jahresbetrag von 250 000 Mf. auf ihren ordentlichen Etat ohne erhebliche Steuererhöhung zu übernehmen.

Die Anleihe wäre sutzessive, b. h. nach Fortschreiten der Ankäuse zu begeben; in manchen Fällen würden die Verkäuser mit Schuldverschreibungen bezahlt werden können. Soweit zwischenzeitlich Berkäuse stattfinden, kann eine weitere Begebung unterbleiben. Ist dann in einigen Jahren der Ansleihebetrag erschöpft, so wird der Stand des Fonds genau zu prüsen und zu ermitteln sein, ob die Aufnahme einer weiteren Anleihe gerechtsertigt ist oder nicht.

Auf ähnlicher Grundlage hat die Stadt Frankfurt a. M., deren Grundbesitz ein sehr großer, durch alle Teile der Stadt reichender ist, eine Spezialkasse für städtischen Grundbesitz eingerichtet und für deren Zwecke eine Anleihe von 6000000 Mk. aufgenommen.

Zur Beschränkung ber Höhe ber Anleihe muß noch anderes hinzutreten. Die Verwaltung des Grundstückssonds muß nach bestimmten Prinzipien gesordnet sein. Es muß ausgeschlossen sein, daß die Grundstücke einer Zwecksbestimmung zugeführt werden, die sie nicht mehr als geeignet erscheinen lassen, einer Anleihe als Unterlage zu dienen. Findet eine solche Verwendung doch statt, so muß dem Jonds Ersatz geschaffen werden. Es ist auch geboten, daß alle laufenden Einnahmen aus der Verwaltung der Grundstücke den Ausgaben auf dieselben, nicht dem sonstigen Gemeindehaushalt zugute kommen.

Endlich muß die Berwaltung wie jene bes ftädtischen Grundbesites überhaupt eine sachgemäße und konfequente sein. Zu diesem Behufe empfiehlt es sich, eine Deputation zu bilben, welche die laufenden Verwaltungsangelegenheiten in Grundstücksangelegenheiten erledigt und alle für Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung geeigneten Gegenstände vorbereitet.

Auch muß die rechnerische Gebarung eine klare und übersichtliche sein, um gegebenen- — wenn auch nicht wahrscheinlichen- — falls eine Liquidation, die bei Beräußerung von Grundstücken und Rückzahlung der Schuld jederzeit eintreten kann, zu erleichtern."

In Verfolg dieser Vorlage beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember 1901 die Einsehung eines Grundstücksfonds und als Betriebskapital eine Unleihe von 5 000 000 Mk. auszunehmen.

Der Grundstücksfonds bilbet eine selbständige Betriebsverwaltung für den gesamten städtischen Grundbesit, sofern er nicht für andere Zwecke bestimmter Berwaltungszweige unmittelbar benutt wird; er stellt eine selbständige Berwaltung, ein in seinem Stock dauernd zu erhaltendes Bermögen dar. Entsprechend seiner Bestimmung wurden ihm zunächst die erwähnten Bestimmen im Werte von 10 000 000 Mf. mit Aktiven und Bassiven übertragen und die Besugnis erteilt, weitere Grundstücke, die noch ohne Berwendungszweck oder die nur zum Teil einstweilig zu bestimmten Zwecken verwandt werden sollen, zu erwerden. Solche Grundstücke dagegen, welche ausschließlich einem bestimmten Gemeindezwecke unmittelbar zu dienen haben, sind nach wie vor für Rechnung der betreffenden Zwecke zu erwerden.

Die Einnahme bes Grundstücksfonds darf nur zur Deckung der laufenden Ausgaben, zum Erwerbe von Grundstücken oder Rechten an solchen, zur Erbauung rentabler Gebäude sowie zur Verzinsung und Tilgung der für Zwecke des Grundstücksfonds überwiesenen Anleihen verwandt werden. Übersteigt die Ausgabe in einem Jahr die Einnahme, so ist das Defizit auf das solgende Jahr vorzutragen.

Die Berwaltung des Fonds unterliegt der Deputation zur Berwaltung bes ftädtischen Grundbesites; um auch für künftige Zeiten Hoffnungs- und Meinungskäufe in den Schranken zu halten, wurde festgelegt, daß die jeweilige Schuld des Fonds aus Anleihemitteln nach Abzug der ausstehenden Forderungen nie mehr als 25 Mk. auf den Kopf der jeweiligen Einwohnerzahl der Stadt betragen darf.

Diese Beschränkung ist freilich mit Rücksicht auf die produktive Berwendung der Anleihemittel im Jahre 1905 aufgehoben worden, doch vermeidet die Organisation des Grundstückssonds auch so unter allen Umständen eine Belastung des Steuerzahlers der Gegenwart durch Kosten für Maßregeln, die wie die hier fraglichen Grundstückstäufe ausschließlich der Zukunft zugute kommen. In ihm hat sich die Verwaltung ein brauchbares Instrument rationeller Bodenpolitik geschaffen. Die Gemeinde als solche nimmt durch die vorsorglich angekauften Grundstücke an der Zuwachstenteil, versügt stets über billiges Gelände für den Bau von Schulen, Verwaltungsgebäuden usw. und sichert sich einen bestimmten Einsluß auf die Ausgestaltung neuer Stadtteile und Straßen. Diese drei Funktionen sind in gleicher Weise sozials wie sinanzpolitisch von höchster Bedeutung.

Welche rege Tätigkeit der Grundstücksfonds entfaltet, und welche Erfolge er erzielt hat, ist aus folgender Tabelle 11 ersichtlich.

Der Umfang bes Grundbefites hat sich in den sechs Jahren mehr als verdreisacht, während sein Buchwert von rund 7 Millionen Mark auf 17,5 Millionen Mark gestiegen ist. Diese Entwicklung ist natürlich nur möglich gewesen unter starker, aber wohl hier vor allem anderen gerecht= fertigter Jnanspruchnahme von Anleihemittteln; am 31. März 1908

Tabelle 11.	Grundfludsbeftand und	Tätigkeit des	flädtifchen	Grundflucksfonds
	1902	Bis 1908.		

Laut Vilanz vom	Bestand	Buchwert Mf. Pf.	Buch= wert pro qm Mf. Pf.	Im Laufe d Etatsj kamen hinzu durch Ankauf und Überweifung ha a qm	thres	
31. März 1902 31. " 1903 31. " 1904 31. " 1905 31. " 1906 31. " 1907 31. " 1908	83 53 76 86 84 86 88 80 37 134 25 30 163 49 32 249 91 70 285 73 10,5	6 993 477 86 7 802 966 24 8 417 933 77 10 761 464 18 12 148 322 33 13 636 181 61 17 594 273 33	8 37 8 98 9 48 8 02 7 43 5 46 6 16	5 89 26 3 80 88 50 89 64 42 53 61 97 52 49 44 36 49,5	2 58 16 1 85 37 5 44 71 13 29 59 11 10 11 8 55 20	

waren beren 12 101 785 Mf. (ohne bas ursprüngliche Betriebskapital, f. oben 1) verwandt.

Die Bilanz vom 31. März 1908 schloß mit 22 610 250 Mt. ab; im Soll figurierten, außer dem Grundstückstonto mit 17 594 273 Mt., Aktivshypotheken mit 4 840 388 Mk. und Debitoren mit 175 589 Mk.

Die Passivhypotheken betrugen am 31. März 1908: 2 657 636 Mk., bas Gewinn und Berlustkonto 1907 ist nachstehend abgebruckt.

Geminn= und Berluftfonto.

	Mf.	Pf.		Mt.	Pf
An Gebäude-Unterhaltungs- fonto Grundstücks-Unter- haltungskonto Unkostenkonto Jinsenkonto Konto: Aufwendungen f. andere Berwaltungs- zweige Bilanzkonto: Reingewinn 293 967,27 Mt.	76 646	80 26 77	Per Mieten= und Bächte= konto	159 927 507 556	44
Aufwendungen 76 646,21 "	667 484	<u> </u>		667 484	16

Der Gewinn in Höhe von 217 321 Mf. wurde bem Zinsen- und bem Umortisations-Reservesonto zugeführt.

¹ Jedoch einschließlich 102 000 Mk., die zur Tilgung der 5 000 000 Mk. Anleihe verwendet worden sind.

Das Gefamtgrund vermögen der Stadt Düffeldorf innerhalb und außerhalb des Grundstücksfonds war am 31. März 1908 nach den Ansichaffungskosten auf 120 176 175 Mk. zu bewerten und umfaßte 93 986 a.

2. Der städtische Sauferbau.

Bereits oben (Abschnitt III, 3) ift von ber Duffelborfer Bohnungsnot am Ende des vorigen Jahrhunderts die Rede gewesen; dieses Bersagen der privaten Bautätigkeit hat die Stadt nicht nur zu der dabei ermähnten Gründung der Hypothekenanstalt, sondern auch dazu geführt, durch Eigensbau den Mangel an Kleinwohnungen zu mindern.

Im Jahre 1899 wurde die Errichtung von zwanzig Wohnhäusern auf dem Gelände der alten Gasanstalt (vergl. I, 1) an noch aufzuschließenden Straßen in sehr günstiger Lage beschlossen. Die Baukosten wurden einer dreieinhalbprozentigen, von der Landesversicherungsanstalt gewährten Anleihe entnommen und betrugen rund 876 000 Mk. Der Grundwert war auf 190 000 Mk. anzunehmen.

Die Baukostenanleihe ist mit 3¹/₂ ⁰/₀ zu verzinsen und mit ¹/₂ ⁰/₀ zu tilgen, wozu noch Einzelbeträge für Unterhaltungsmittel, Ausfälle, Steuern usw. kommen. Der jährliche Gesamtauswand beträgt barnach gegenwärtig 51 294 Mt.

Die 20 Wohnhäuser enthalten neben 5 Läben 143 Wohnungen, von benen 44 aus zwei, 86 aus 3 und 13 aus 4 Räumen einschließlich Küche bestehen; sie sind am 1. Oktober 1901 in Benutzung genommen und werden gegenwärtig bewohnt von:

- 43 Arbeitern,
- 66 Angestellten und Unterbeamten,
 - 6 felbständigen Gewerbetreibenden,
- 18 mittleren Beamten,
- 10 Personen mit freiem Berufe und ohne Beruf,

insgefamt 143 Familien mit 701 Personen.

Mit Rücksicht auf die höhe ber Baukosten an Löhnen und Materialien einerseits, die wünschenswerte Rähe zum Stadtinnern anderseits wurde vom Typ bes Ein- oder Zweisamilienhauses abgesehen, jedoch dafür besonderer Wert auf größere Abmessungen der höfe gelegt.

Die Häuser sind einfach und solibe unter Vermeibung jeden Prunks, boch nicht nüchtern erbaut; die Fassaden sind gefällig, die Treppenhäuser geräumig. Jede Bohnung bildet ein für sich abgeschlossens Ganzes. Jeder Raum einer Wohnung ist mit seltenen Ausnahmen vom Flur aus zugängslich, der keiner Wohnung fehlt. Jede Wohnung besitzt Basserklosett mit

birekter Licht- und Luftzuführung innerhalb des Wohnungsabschlusses, ebenso eine unmittelbar belichtete Speisekammer. Zu jeder Wohnung gehört ein abschließbarer Keller und Speicherraum; Trockenspeicher und Waschküche sind zur abwechselnden Benutzung durch die Mieter in jedem Hause vorshanden. Fast alle Wohnungen haben nach dem Hofe einen einsachen Balkon. In keinem Hause sind mehr als zwei Wohnungen in einem Stockwerk.

Nach eingehenden Verechnungen wurde der durchschnittliche Mietpreis für den Quadratmeter bewohnbarer Zimmerfläche auf rund 6 Mf. im Jahre festgesetzt. Für Nebenräume wird nichts berechnet.

Die burchschnittliche Miete beträgt gegenwärtig für einen Wohnraum von rund 20 gm im Unterhaus 9,83 Mk., im ersten Stock 11,79 Mk., im zweiten Stock 11,12 Mf. und im britten Stock 10,37 Mf. pro Monat. 3mar ift zu berücksichtigen, bag in biefen Mieten nur bie Erstehung ber leeren Wohnung ohne Berd und Ofen, wofür der Mieter nach Ortsaebrauch felbst zu forgen hat, einbegriffen ift; immerhin find die Cape im Berhältnis zu ben fonft in Duffelborf gezahlten Mieten fehr mäßig zu nennen, namentlich, wenn man die vorzügliche Lage ber Wohnungen berücksichtigt. Daß dem so ist, erhellt auch daraus, daß fie sofort nach Vollendung, bei insgefamt 800 (!) vorliegenden Melbungen, vergriffen gewesen maren und auch heute noch nach wie vor ftark begehrt find; ein gutes Zeichen ift auch bie Seltenheit des Mieterwechsels. Aus den einheitlich abgefaßten Mietverträgen mag noch hervorgehoben werben, daß bas Untervermieten und bas Halten von Quartiergängern nicht geftattet ift, fowie daß ber Oberbürgermeister berechtigt ift, zu angemessener Zeit selbst ober durch einen Bevollmächtigten die Wohnungen befichtigen zu laffen.

Die Einnahmen an Miete betrugen im letten Jahre 53 912 Mf., b. h. 2618 Mf. mehr als oben für Ausgaben angegeben. Diefer Betrag bleibt für außergewöhnliche Inftanbsetzungen ber Wohnungen reserviert.

Außer biesen häusern besitzt die Stadt noch beren 3, die sie vor einigen Jahren für 222 000 Mt. gekauft hat und die gegen einen durchschnittlichen Mietpreis von 6 bis 8 Mt. pro Monat für das Zimmer an Leute vermietet werden, die, ohne arm im armenrechtlichen Sinne zu sein, trot ihrer Bemühungen eine Wohnung nicht haben sinden können, namentlich wegen zu großer Kinderzahl. In diesen häusern sind an bewohndaren Räumen im ganzen 93 Zimmer verfügbar, die am 31. März 1908 mit 172 Köpfen belegt waren.

Die Einnahmen (1907: 7816 Mf.) reichen, abgesehen von außersordent lichen Bedürfniffen, im allgemeinen zur Deckung ber Außegaben für Verzinsung und Tilgung der Anleihe sowie für Unterhaltung (1907: 9828 Mf.) auß; ein etwaiger Fehlbetrag wird auß ber Stadtkasse gebeckt.

Beide Gruppen städtischer Arbeiterwohnungen werden im Etat der Bermögensverwaltung geführt; ein Unternehmergewinn wird bei ihnen nicht beabsichtigt, nur besteht das Programm, daß ihre Einnahmen einander gegenseitig und in den verschiedenen Jahren so ergänzen, daß die Wohnungen dauernd sich selbst erhalten, ohne daß sie Zuschüsse aus der Stadtkasse bedürfen.

V.

Der Fonds für Beteiligungen der Stadt Düffeldorf an gewerblichen Unternehmungen.

Einen bedeutsamen Fortschritt in der Politik der Gemeindebetriebe bedeutete im Jahre 1907 die Errichtung des Fonds für Beteiligung der Stadt Düfseldorf an gewerblichen Unternehmungen. In grundsätzlich bedeutsamer Weise paßte sich die Stadtgemeinde mit dieser Institution den Formen des modernen Wirtschaftslebens an, indem der Fonds die ausgesprochene Zweckbestimmung erhielt, die finanzielle Besteiligung der Stadt Düfseldorf an fremden gewerblichen Unternehmungen aller Art und jeder Form, soweit nur ein öffentliches Interesse mitspricht, zu ermöglichen und herbeizuführen.

Den Anlaß zur Errichtung bes Fonds bilbete ber oben (S. 67) erswähnte Erwerb von Aftien ber Rheinischen Bahngefellschaft im Nennwert von 5 561 000 Mt. zum Preise von 8 204 015 Mt. Die für diese Finanzsoperation maßgebenden Grundgedanken schienen zu gesund und zu besbeutungsvoll für die zukünstige wirtschaftliche Stellung der Stadt, um nicht stadilere Form zu erhalten.

Die Grundfäte für die Bermaltung find folgende:

- § 1. Die im Besitze der Stadt Düsseldorf besindlichen Aktien der Rheinischen Bahngesellschaft und andere Aktien oder Anteile von in den Reichs- und Landesgesetzen vorgesehenen Gesellschafts- und Genossenschafts- formen, deren demnächstiger Erwerb durch das öffentliche Interesse oder das Allgemeinwohl der Stadt Düsseldorf ratsam erscheint, bilden ein aus dem übrigen Gemeindevermögen ausgeschiedenes, selbständig verwaltetes, in seinem Stock zu erhaltendes Bermögen der Stadt Düsseldorf unter der Bezeichnung "Fonds für Beteiligungen der Stadt Düsseldorf an gewerblichen Untersnehmungen".
- § 2. Die laufenden Erträgnisse bieses Fonds, die Einnahmen, ins= besondere die Gewinne aus Veräußerungen oder bankmäßigen Geschäften

hinsichtlich ber zum Fonds gehörigen Effekten, die eingezogenen Forderungen und sonstigen Unfälle und die zur Erfüllung der Zwecke des Fonds über-wiesenen Unleihemittel sollen in der Regel zur Deckung der laufenden Ausgaben des Fonds, zum Erwerbe von neuen Beteiligungen oder zur Ber-größerung bereits bestehender Beteiligungen oder sonstiger Rechte an gewerb-lichen Unternehmungen und zur Berzinsung und Tilgung der für Zwecke des Fonds überwiesenen Unleihen verwendet werden.

- § 3. Beteiligungen an folden gewerblichen Unternehmungen, welche ausschließlich einem bestimmten Gemeindezwecke unmittelbar zu dienen haben, oder deren Bermögen als Ganzes zur Berschmelzung mit bestimmten bereits bestehenden oder noch einzurichtenden gewerblichen Unternehmungen der Stadt Düffeldorf selbst bestimmt ist, follen dem Fonds nicht zugeführt werden.
- § 4. 1. Ob die Beteiligung an einem gewerblichen Unternehmen nach § 1 gegenwärtiger Grundsätze ratsam erscheint, beschließt die Stadtverordenetenversammlung. Sie befindet auch über einen jeden Erwerb, der im Einzelfalle mehr als 50000 Mf. Auswand verursacht, es sei denn, daß keine so lange Bindefrist für ein Verkaufsangebot zu erlangen ist, daß vor ihrem Ablauf ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung herbeisgeführt und mitgeteilt werden kann, oder daß allgemein der Erwerb bestimmter Beteiligungen unter bestimmten Bedingungen beschlossen worden ist.
- 2. Zum Erwerbe neuer Beteiligungen, die im Einzelfalle einen größeren Aufwand als 50 000 Mf. bedingen, muß die Stadtverordnetenversammlung unbedingt vorher die grundsätliche Genehmigung erteilt haben.
- 3. In allen Fällen, in benen die Stadtverordnetenversammlung einen Erwerb nicht selbst allgemein ober besonders beschlossen hat, ist ihr in ber nächsten Sigung eventuell auch außer ber Tagesordnung Bericht zu erstatten.
- § 5. Zum Erwerbe von Beteiligungen an gewerblichen Unternehmungen gibt die Stadt Düffelborf Schuldverschreibungen auf den Inhaber aus. Bei gänzlicher oder teilweiser Beräußerung einer Beteiligung muß der nicht zum Erwerbe neuer Beteiligungen oder zur Vergrößerung bestehender Beteiligungen erforderliche Kapitalsbetrag an Schuldverschreibungen getilgt werden. Insoweit ihre Einlösung nicht möglich oder sogleich tunlich ist, muß zwischenzeitlich eine ergänzende Decung durch Geld oder mündelsichere Anlagewerte stattsinden.
- § 6. 1. Abgesehen von der im § 5 gegenwärtiger Grundsäte vorsgesehenen außerordentlichen Tilgung von Schuldverschreibungen muß die Stadt Düsseldvers sie vom sechsten auf die Ausgabe eines jeden Anleihesabschnittes folgenden Etatsjahre ab tilgen und zwar alljährlich mit einem halben Prozent des Kapitals unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen.

- 2. Seitens ber Inhaber find bie Schuldverschreibungen nicht fündbar.
- § 7. 1. Die Verwaltung bes Fonds bilbet eine von dem übrigen Gemeindehaushalte völlig abgesonderte Betriebsverwaltung der Stadt Düssels dorf. Die Ausgaben des Fonds haben sich im Nahmen des alljährlich von der Stadtverordnetenversammlung festzusetzenden Etats zu halten. Ersforderliche Nachfredite sind rechtzeitig zu beantragen. Der Stand des Fonds ist der Stadtverordnetenversammlung alljährlich durch eine Bilanz und eine Geminns und Verlustrechnung nachzuweisen.
- 2. Alle Beteiligungen sind hierin mit dem wirklichen Markt= oder Börsenkurse vom 31. März des betreffenden Jahres oder des letzten vorangehenden Tages, an welchem eine offizielle Kursnotiz stattfand, höchstens aber mit dem Erwerdskurse einzusetzen. Die ausgegebenen Schuldversschreibungen sind zum Nennwerte einzusetzen.
- § 8. Verluste werden aus dem zu bildenden Reservesonds und, soweit dieser nicht ausreicht, vorschußweise von der Stadtkasse gedeckt und durch spätere Gewinne beglichen.
- § 9. Betriebsvorschüffe hat die Stadtkaffe zu leisten, wogegen überschüffige Barmittel von ihr ausbewahrt werben. Beiberseits werden hierbei 4 % Binsen für das Jahr berechnet.
- § 10. Die Verwaltung der Geschäfte des Fonds und die Vorbereitung der Anträge an die Stadtverordnetenversammlung obliegt einer neu zu bildenden Deputation zur Verwaltung des Fonds für Beteiligungen der Stadt Düsseldorf an gewerblichen Unternehmungen mit dem Namen "Insustries-Deputation", soweit diese Geschäfte in den Bestimmungen dieser Deputation nicht ihrem Vorsitzenden zugewiesen sind.
- § 11. 1. Der Oberbürgermeister, die Beigeordneten, die Beamten und die Angestellten der Stadt Düffelborf erhalten hiermit die Genehmigung etwa auf sie fallende Wahlen zu Mitgliedern des Aufsichtsrates oder eines anderen Verwaltungsorganes solcher gewerblicher Unternehmungen, an benen die Stadt Düfseldorf finanziell beteiligt ift, anzunehmen.
- 2. Sie haben aber in dieser Eigenschaft nur den Anspruch auf Ersat ihrer baren Auslagen; bei Reisen usw. sinden die jeweiligen von der Stadt- verordnetenversammlung genehmigten Bestimmungen über die Reisekosten, Tagegelder und Umzugskosten zur Zeit die vom 17. Rovember 1903 sinngemäße Anwendung. Alle anderen baren Vergütungen, unter welchem Titel sie auch gegeben werden mögen, sind an die Kasse des Fonds für Beteiligungen der Stadt Düsseldorf an gewerblichen Unternehmungen uns gekürzt abzusühren.
 - 3. Die Stadt Duffeldorf übernimmt die Erfatleiftung für alle Ent-

schien eines solchen Rechtsstreites trägt die Stadt Düsselder und Berwaltungsorganen, bie ihr Ant unter Berzicht auf irgendwelche Bergütung zugunsten der Stadt Düssels dorf oder eines von ihr verwalteten Fonds als Ehrenamt ausüben, wenn sie wegen versehentlicher Berletzung ihrer Obliegenheiten in Anspruch gesnommen werden. Insoweit die Stadt Düsseldorf einen solchen Anspruch nicht für begründet erachtet, hat das betreffende Mitglied der Stadt Düsselsdorf die Führung des Rechtsstreites zu überlassen unter Überweisung aller vorhandenen Behelse und Erteilung jeder ersorderlichen Austunft. Die Kosten eines solchen Rechtsstreites trägt die Stadt Düsseldorf.

- 4. Die Deputation hat die Richtung zu beraten, in welcher sich die städtischen Interessen bei ber Beschlußfassung von Organen der Gesellschaften ober Genossenschaften, an welchen die Stadt Duffelborf beteiligt ift, bewegen.
- 5. Die Bestimmungen in den Absätzen 2 bis 4 des gegenwärtigen Paragraphen sinden sinngemäße Unwendung auf Stadtverordnete und andere Personen, die auf Borschlag der Stadt Düsseldorf als Beteiligter auf Grund besonderen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung oder der Deputation in ein Verwaltungsorgan eines gewerblichen Unternehmens gewählt werden.
- 6. Ausnahmen hiervon find nur auf Grund eines besonderen Beichlusses der Stadtverordnetenversammlung zulässig.

Für das Geschäftsverfahren der Berwaltungsdeputation im einzelnen sind besondere Bestimmungen erlassen, die ihr, dem Zweck des Fonds entsprechend, mehr Wirkungsfreiheit lassen als sonst dei städtischen Deputationen üblich ist. Insbesondere erledigt die Deputation innerhalb der durch den Etat und die Fondsdewilligung gezogenen Grenzen alle bankmäßigen Geschäfte des Fonds, erwirdt und veräußert Beteiligungen an gewerblichen Unternehmungen, soweit sie von der Stadtverordnetenversammlung grundsätlich beschlossen worden sind und im einzelnen Falle nicht mehr als 5000 Mt. und höchstens 50000 Mt. repräsentieren. In dringlichen Fällen hat die Deputation freie Hand ohne Nücksicht auf die Höhe des Umsatzes, wenn ein grundsätlicher Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vorliegt; wenn nicht, die zum Höchstumsatz von 50000 Mt. In diesen beiden Fällen ist nachträglicher Bericht an die Stadtverordnetenversammlung ersforderlich.

Zur Verwirklichung der Zwecke des Fonds hat die Stadtverwaltung eine Obligationenanleihe im Betrage von 15 000 000 Mt. aufzgenommen, wovon 1907 9 000 000 Mt. begeben wurden. Andere Bezteiligungen als die Uttien der Rheinischen Bahngesellschaft sind bislang in der kurzen Zeit des Bestehens des Fonds noch nicht erworben worden.

Geminn= und Verluftkonto sowie Bilangkonto für bas erfte Geschäftsjahr find nachstehend abgebruckt.

Bilanz bes Fonds für Beteiligungen ber Stadt Duffelborf an gewerblichen Unternehmungen für 1907.

Geminn= und Berluftfonto.

		S o	ιι.			Haben.				
				241	478,83	Dividendenkonto .				
Vorschuß-(D	isaç	3io=))			Tantièmen	"	7 473,04		
konto . (Anteil				28	024,00					
Reingewinn	•		,,	3	895,48					
		_	Mf.	27 3	3 98,31		Mf.	273 398,31		

Bilanzfonto.

	Aftiva.						,	Paffiva.				
					Anleihekonto Reingewinn .				480,25 895,48			
fonto			"		112	115,	50					
			Mf.	8	271	375,	73			Mŧ.	8 271	375,73

Der Reingewinn beträgt somit 3895,40 Mk. gleich 0,05 % ber Unleiheschuld und wurde auf das nächste Jahr vorgetragen. Er ergibt sich aus der Differenz zwischen Zinssatz ber Anleihe und Höhe der Dividende aus den erworbenen Wertpapieren.

VI. Sanitäre Unternehmungen 1.

1. Die Ranalisation.

Die Entwässerung Düffelborfs vor Ausführung der Kanalisation war wenig befriedigend und gesundheitlich bedenklich. Soweit sich die Möglichsteit bot, wurden das Regenwasser und die Schmuzwässer ohne die menschslichen Auswurfstoffe, die in Gruben gesammelt und abgesahren wurden, in den in der Nähe des Rheines gelegenen Stadtteilen durch Kanäle diesem Flusse, in anderen Stadtteilen den beiden Düsselarmen und den von diesen

¹ Unter Zugrundelegung des Werkes "Die Uffanierung von Düffelborf", heraussgegeben von Th. Went (Leipzig 1908), mit Beiträgen von C. Geufen (Abschnitt 1), G. Brig (2), G. Tremus (3), M. Schenk (4), F. Schrakamp (5, 6, 7).

gebilbeten Zierteichen zugeführt. In den vom Rhein und den Bachläufen entfernt liegenden Stadtteilen mußten die Abwäffer in Senkgruben geleitet werden, oder sie flossen tief gelegenen Geländeslächen zu. Bei Anlage neuer Straßen konnte vielfach eine Entwässerung nur dadurch ermöglicht werden, daß künstlich eine Anzahl von Tiespunkten geschaffen wurde, an denen das Wasser gesammelt und durch Senkgruben beseitigt wurde.

Diese mangelhaften Entwässerhältnisse hatten eine Reihe von Abelständen im Gesolge, die mit dem Wachstum der Stadt für die Gesundheit der Bevölkerung gefahrdrohend wurden, die Behaglichkeit des Wohnens störten und dem Fremden den Aufenthalt in der Stadt verleideten. Die in den Düsselarmen und den Zierteichen sich sammelnden Schlamms massen verbreiteten, besonders in den Sommermonaten, vielsach üble und lästige Ausdünstungen; der Boden und das Grundwasser wurden durch die zahlreichen Senkgruben in gefährlicher Weise verunreinigt und gelegentliche Aberslutungen niedrig gelegener Stadtteile und benachbarter Geländeslächen vermehrten noch die aus dem Fehlen einer unterirdischen planmäßigen Entswässerung sich ergebenden Übelstände.

Diese mißlichen Berhältnisse, die sich bei der raschen Entwicklung der Stadt naturgemäß immer mehr fühlbar machten, wurden unhaltbar nach der vermehrten Wasserzusührung durch die im Jahre 1856 in Betrieb gesetzte Wasserleitung; auch zeitigte die Erkenntnis, daß in den neu entstehenden Bauvierteln beizeiten für ordnungsmäßige Entwässerung gesorgt werden müsse, den Entschluß, eine systematische Kanalisation aus zusühren. Nachdem schon in den siedziger Jahren des vorigen Jahrehunderts einzelne Kanäle ausgeführt worden waren, die den schlimmsten Mißständen abhalfen, wurde ein den größten Teil des Stadtgebiets umsfassender Entwurf im Jahre 1882 ausgestellt.

Hiernach begann die Ausführung bes unteren Systems im Jahre 1884, bes oberen Systems 1889. Ginen vorläufigen Abschluß brachte der Bau der Reinigungsanlagen und der dorthin führenden Hauptsammelkanäle im Jahre 1903, natürlich ohne daß deshalb die Ausführungen neuer Kanalisserungen angesichts der ständigen Bergrößerung der Straßenanwohner jetzt in geringerem Umfange vorzunehmen wären als bislang.

Bon den Bororten Hamm, Volmerswerth und Flehe abgesehen (vergl. den Stadtplan), die noch einen rein dörflichen Charafter tragen, entbehrt jett keine bewohnte Straße der unterirdischen Entwässerung. Die Gesamtlänge der ausgeführten Leitungen (einschl. Hausanschlüsse und Sinksketneleitungen) betrug am 31. März 1908: 239 709 m.

Der Unschluß ber bebauten Grundstücke an ben Kanal ift obligatorifc;

am Ende des Berwaltungsjahres 1907 waren 12 706 bebaute Grundstücke angeschlossen. Die Anschlußleitungen von den Häusern zum Straßenkanal gelangen, um eine gleichartige und gute herstellung zu erzielen und nachträgliche Straßensenkungen infolge mangelhafter Zufüllung der Baugrube zu vermeiden, durch die städtische Berwaltung auf Kosten der Hausbesitzer zur Aussührung.

Die Gefamtaufmendungen für die Ranalisationsanlagen beliefen fich am 31. Marg 1908 auf 12 865 167 Mf., bavon find burch Beitrage ber hausbesitzer rund 4 Millionen Mf. gebedt worden. Für die Aufbringung ber Ranalbautoften wird von ben Sausbesitzern ein einmaliger Beitrag von 40 Mf. fur bas Meter Frontlänge bes Grundftude bei beffen Unschluß erhoben. Da indeffen die Ranalbautosten höher find, auch die Betriebstoften eine erhebliche Sohe erreichen, ift in ber für die Ranalisation erlaffenen Gebührenordnung bestimmt, bag, außer einem aus städtischen Mitteln zu leiftenden Buschuffe zu bem Bedarf, von ben Sausbesitzern eine jährliche Gebühr erhoben wird, die nach ber Lange ber Grundstucksfront und nach bem Nugungewerte ber Grundstücke bemeffen ift. Beitrag ber Stadt und ber Prozentsat, ber vom Rutungswert bes Grundftuck zu erheben ift, mirb jährlich festgestellt; ersterer foll nicht meniger als 20 und nicht mehr als 30 % bes Bedarfs betragen. Augenblicklich trägt bie Stadt 30 % bes Bedarfe, ber Prozentsat vom Nutungewert ber Bebaube ift zu 1 % festgesett. Die Sahresabgabe für bas Meter Frontlange beträgt 1 Dif.

Die Kanalisation wird als besonderes wirtschaftliches Unternehmen der Stadt betrieben und hat einen felbständigen Etat, ber fich fur bas Jahr 1908 in Einnahmen und Ausgaben auf 1 666 000 Mt. stellte. Bierin find in Gin= nahme und Ausgabe 180 000 Mf. für die Berstellung der Sausanschluß= leitungen und 6000 Mf. für die Materialienprüfungestation, die mit der Dienststelle für Ranalisation verbunden ist, enthalten. Für Ranalneubauten find 600 000 Mt. ausgeworfen, die mit 230 000 Mt. durch Beitrage ber Sausbesitzer und burch vorgelegte Bauloften von Strafenbauunternehmern, mit 364 500 Mf. aus Anleihen und 5500 Mf. aus anderen Ginnahmen gebeckt wurden. Beim Kanalbetrieb, ber in Einnahme und Ausgabe mit 807 000 Mf. abschließt, find in ber Ausgabe 523 000 Mf. für Berginsung und Tilgung bes Unlagekapitals vorgesehen. Die Einnahmen beim Kanalbetrieb bestehen außer aus fleinen Summen für Pachte, Berkauf von Rudftanben ber Reinigung u. a. m. aus 632 000 Mf. Jahresgebühren ber hausbesiter und 158 000 Mf. Rufchuß bes Waffermerts. Lettere Summe fcmantt nach bem Bedürfnis; fie stellt fich, wie schon auf S. 33 bemerkt, als Leistung fur Leiftung bar Schriften 129. 3meites Seft. - Gemeinbebetriebe II. 2.

und ist der Ausgleichsfaktor, der dafür sorgt, daß auch die Kanalisationse anlage ein Betrieb bleibt, der zwar keinen Gewinn für die Stadt abwirft, sich aber doch selbst erhält. Dabei sind die sinanziellen Ansprüche an die Angeschlossenen keineswegs hoch. Die Belastung eines Wohnhauses von 10 m Front und 2000 Mt. Mietwert beträgt bei der jetzt geltenden Gebührenordnung (außer dem einmaligen Beitrage von 10 · 40 = 400 Mt.) jährlich 30 Mt., ein im Verhältnis zu den Annehmlichkeiten und dem Rutzen der Kanalisation jedenfalls verhältnismäßig geringer Betrag.

2. Strafenreinigung und Fuhrpart.

Die Pflicht zur Reinigung ber Straßen ist in Duffelborf burch landesherrliche Berordnung, Observanz und auf beide gegründete Bolizeis verordnungen den Unliegern auferlegt worden.

Das Defret bes herzogs Johann Wilhelm vom Jahre 1703 erneuert ben ichon im Jahre 1554 von Bergog Wilhelm gegebenen Befehl, daß jeder Einwohner ber Refibengstadt Duffelborf bie Stragenreinigung vor feiner Wohnung felbst beforgen und ben Kot in den Rhein bringen laffen foll. Ein Defret bes herzogs Carl Theodor aus bem Jahre 1760 genehmigte eine jur befferen Sandhabung ber Stragenreinigung vom Magiftrat behufs ber Beaufsichtigung vorgeschlagene Bezirkseinteilung und verordnet sobann, "baß jeber Einwohner an ben bagu bestimmten Tagen gur Reinigung ber Strafe vor seinem Sause verpflichtet ift . . ., und daß an heißen Tagen die Goffen täglich gefäubert werben, auch alle Ginwohner ein Gefäß mit Wasser vor ihre Ture feten muffen." Auch die Verordnung vom 13. Oftober 1807 betreffend die Munizipalverwaltung der Städte und Gemeinden des Große herzogtums Berg wiederholte die Bestimmungen über die Stragenreinigungspflicht ber Einwohner, bie bann auch in die feit jener Zeit erlaffenen Polizeiverordnungen aus ben Jahren 1827, 1848, 1854 und 1860, in bie Strafenpolizeiverordnung vom Sahre 1876 und bie jest gultige Strafenpolizeiverordnung vom Jahre 1888 übergegangen find.

Letztere bestimmt, daß alle Straßen (Fahrdämme, Rinnen und Bürgerssteige) täglich vormittags mit Ausnahme der Sonns und Feiertage reinsgekehrt werden müssen, und daß die Reinigung an den Tagen vor Sonns und Feiertagen nachmittags zu wiederholen ist; der Kehricht muß entsernt oder auf Haufen gestellt werden, im letzteren Falle erfolgt die Wegschaffung durch das von der Stadt gestellte Fuhrwerk; die Pflicht der Einwohner umfaßt auch die Reinigung der Bürgersteige und Straßenübergänge von Schnee und deren Bestreuen mit Sand oder Asche bei Winterglätte; während bes Frostwetters sind die Straßen und Querrinnen stets frei von Schnee

und Gis zu halten und bie fo aufgebrachten Schnee= und Gismengen auf Saufen zu fehren; bei eintretendem Tauwetter find die Berpflichteten verbunden, das Eis auf den Fahrdammen aufzuhauen und auf Saufen feten In afphaltierten Stragen find Die gur Stragenreinigung verpflichteten Unwohner gehalten, die Reinigung durch ben ftabtifchen Fuhrpark bemirken zu laffen, die zur Winterszeit vorzunehmenden außergemöhnlichen Arbeiten bleiben aber Bflicht ber Anwohner. Für diese durch Bolizei= verordnung vom 18. Märg 1902 festgesette Bestimmung mar ber Gesichtspunkt maggebend, daß die Afphaltfahrbahnen eine besondere, für den einzelnen schwer auszuführende Reinigung und fonftige Behandlung verlangen, follen die Borteile diefer Befestigungsart in vollem Umfange erreicht und ihre Rachteile nicht fo fehr fühlbar werben. Die Erfahrung hatte gezeigt, bag es ben Unwohnern nicht möglich mar, bie Reinigung ber Ufphaltstraßen fachgemäß zu bewirken, mährend die Reinigung ber mit Steinen gepflafterten Strafen burch bie Unlieger feinen berechtigten Bunfch unerfüllt läßt. Gine bringende Beranlaffung, bie gefamte Strafenreinigung burch Die Stadt vornehmen zu laffen, liegt noch nicht vor. Wie lange biefer Standpunkt noch aufrecht erhalten werden fann, ift freilich fraglich, benn ber machsende Berkehr ber Stadt wird in absehbarer Zeit die Reinigung zur Nachtzeit erfordern, die nur durch eine behördlich organisierte Einrichtung ju bemirten ift.

Die Abfuhr bes Stragenkehrichts und ber Abfalle ber Sauswirtschaft erfolgt durch ben städtischen Fuhrpark. Stragenkehricht und die Abfalle ber Hauswirtschaft (Afche, Sausfehricht, Rüchenabfälle ufm.) werden zusammen täglich entfernt und zur Ausfüllung von Riesgruben, zur Aufschüttung von Flächen, die in Zufunft Barfanlagen werden follen, fowie zur Aufschüttung von Mittelpromenaden breiter Strafen verwendet. Bur Ausfüllung ber Strafen felbft bienen bie Maffen nicht, weil beim Wieberaufgraben ber Strafen zwecks Berftellung unterirdischer Leitungen gefundheitliche Schädigungen ber Arbeiter und Strafenanlieger nicht ausgeschloffen find. Bis jest haben in bem ausgebehnten Stadtgebiete noch ftets genügend Flächen zur Unterbringung des Mulls zur Berfügung geftanden. Befundheitliche Migftande find bisher noch nicht beobachtet worben, benn die Ablagerungspläte liegen genügend weit von den bebauten Teilen der Stadt entfernt. Gine Underung in der Art der Unterbringung und Unschädlichniachung des Mülls ift daher einst= weilen noch nicht in Aussicht genommen, wenn auch bauernd die Fortschritte auf bem Bebiete ber Müllunterbringung forgfältig verfolgt werden.

Beim Fuhrpark find außer 14 Aufsichts, und Bureauangestellten 178, bei ber Straßenreinigung 101 Bersonen beschäftigt; jener arbeitet

9*

mit 66 Pferben und 162 Fahrzeugen, diefe mit 9 Pferben und 74 Fahrzeugen.

Reparaturen an den Fahrzeugen, Geschirren und sonstigen Gestäten werden in eigenen Werkstätten ausgeführt.

Im einzelnen bestehen die dem Fuhrpark und der Straßenreinigung obliegenden Arbeiten in:

- 1. Abfuhr bes Hausmülls, rund 100 000 cbm im Jahr,
- 2. Abfuhr bes Stragenfehrichts, rund 20 000 cbm im Jahr,
- 3. Reinigung ber asphaltierten Straßen, rund 161 000 qm Fahrbahnen und 70 000 qm Bürgersteige,
- 4. Reinigung von gepflasterten Straßen rund 225 000 qm Fahrbahnen und rund 45 000 Bürgersteige,
- 5. Reinigung von 40 Bedürfnisanstalten, darunter 6 große und 34 Heine,
- 6. Befprengen ber Stragen und Blage.

Außerdem leistet der Fuhrpark noch die für eine Reihe städtischer Dienststellen erforderlichen Fuhren, besorgt, soweit diese Dienststellen Pferde halten, die Fourage und für die Feuerwehr den Hufbeschlag.

Der Ctat bes städtischen Fuhrparks ist dem Etat der Stadtstasse eingegliedert und sieht für 1908 vor: 76 500 Mt. an Einnahmen, darunter 32 000 Mt. für geleistete Fuhren und 483 500 Mt. an Ausgaben, er erfordert also einen Zuschuß von 407 000 Mt. oder rund 1,50 Mt. auf den Kopf der Bevölkerung.

Im Etat ber Straßenreinigung für 1908 sind an Einnahmen vorgesehen 82 400 Mf., darunter 65 000 Mf. Gebühren von den verpflichteten Anliegern für die Reinigung der Asphaltstraßen, berechnet nach dem Saße von 0,50 Mf. für das Quadratmeter Fahrbahnfläche. Da die Fläche der Bürgersteige rund 2/5 der Größe der Fahrbahnen ausmacht, entsfällt also auf das Quadratmeter der überhaupt gereinigten Flächen ein Bestrag von 0,35 Mf. Die Reinigung ist verhältnismäßig teuer, weil die zu reinigenden Straßen und Bürgersteige größtenteils keine zusammenhängenden Flächen bilden, sondern in den verschiedenen Stadteilen weit auseinandersliegen. Die Ausgaben bei der Straßenenigung betragen 187 400 Mf., darunter 131 900 Mf. Löhne für stadtseitig vorzunehmende Straßenereinigungen.

3. Die ftädtischen Badeanftalten.

Die Badeverhältnisse Dusselborfs waren lange Zeit sehr mangelhaft. Da der Bersuch, eine Aftienbadeanstalt zu gründen, mißlang, beschloß im Jahre 1885 die Stadtverordnetenversammlung die Errichtung einer städtischen Badeanstalt. Zu diesem Zwecke wurde ein zwischen der Grün= und Bahnstraße gelegenes Grundstück in der Größe von 53 a ersworben und der Bau im Jahre 1887 begonnen. Im Jahre 1888 konnte die Anstalt dem Betriebe übergeben werden. Sie umsaßte eine Herrensschwimmhalle mit 57 Auskleibezellen sür Erwachsen und 5 gemeinschaftlichen Auskleideräumen für Knaben; eine Damenschwimmhalle mit 24 Ankleidehallen für Erwachsene und mit 4 gemeinschaftlichen Auskleideräumen für Mädchen; ferner 14 Wannenbäder, ein Heißluftbad mit Ruheraum für 10 Betten. Schon im Jahre 1889 wurde die Zahl der Wannenbäder auf 42 erhöht; im Jahre 1893 wurde auch eine Dampsbadeanlage dem Betrieb übergeben, ferner wurden 8 Brausebäder angelegt.

Die Koften ber gefamten Bauausführungen betrugen 502 000 Mt., bas benötigte Waffer (etwa 180 000 cbm pro Jahr) wird aus befonderen Brunnen entnommen; Wafferleitungswaffer wird nur für einzelne Braufen und für Trinkwafferzwecke verwendet.

Mittwoch und Samftag find fogenannte Bolfsbabeabenbe eingerichtet. Die an ber Grünftrage versuchsweise eingerichteten Brausebaber murben fehr bald so stark besucht, daß sich ber Bau eines besonderen Braufebabes empfahl. Ein solches wurde im Jahre 1895 eingerichtet. Unlagekosten beliefen sich auf 61 000 Mf. Das Bad umfakt 15 Braufezellen für Männer, sowie 3 Brause- und 3 Wannenbader für Frauen. Durch bie fortschreitende Ausbreitung ber Stadt nach bem Norben zu murbe Mitte ber 90er Sahre bas Bedurfnis der Errichtung einer befonderen Babean ftalt in biefem Stadtteil immer mehr fühlbar; hierzu tam die allmählich hervortretende Überlaftung ber Badeanstalt an ber Grünftrage, um bie baldige Errichtung einer zweiten großen Anstalt ins Auge zu faffen. Da= her beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 25. August 1896 bie Ermerbung geeigneter Grundstude im Sinterland an ber Ede ber Münfterund Blücherstraße zum Gesamtpreise von 46 656 Mf., von welchen 18 438 Mt. auf einen zu bem gedachten Zwecke abgetrennten Grundstücksftreisen eines anstoßenden Schulgrundstückes entfallen. Das Bab, welches in den ersten Tagen des April 1902 eröffnet worden ist, enthält eine Schwimmhalle mit 72 Austleidezellen, 4 gemeinfamen Austleideräumen für Schüler, Wäscheausbewahrungeräumen, Brausen und ben erforderlichen Nebenräumen, außerdem find vorhanden: 50 Bannenbader, und zwar für Männer 22 III. und 8 II. Klaffe, für Frauen 12 III. und 8 II. Klaffe; ferner 15 Braufebader für Manner. Un Beilbadern find im Sahre 1905 eingerichtet worden: ein Dampfbad und ein Warm- und Beigluftbad mit Ruheraum und 19 Ruhebetten und eine Abteilung "Rohlenfäurebäber".

Stäbtifche Babeanftalten.

Coll.

Betriebstonto.

.

	1906		1907	
	Wit.	Bf.	Mt.	Pi.
An Gehälter " Löhne " Drudfachen, Infertionsgebühren usw. " Drudfosten für die städische Druckerei " Dasipflichtversicherungsprämie " Beitrag zur Berusgenossenschaft " Invaliden» und Hinterbliebenenversorgung Unterhaltung der Gartenanlagen " Transport und Liegegebühr der Rheinbadeanstalten Berwaltungsfosten an die Stadikasse " Kanalbetriedsgebühren and Grünstraße " Kanalbetriedsgebühren " Heinigung zwischen Bahn» und Grünstraße " Mohlahrtseinrichtungen " Fernsprechanschlußgebühren Brennmaterialien einschl. Fracht und Anfuhr " Uschabsuhr " Gasverbrauch " elektrische Beleuchtung " Busmeterial " Dienstanzüge " Badezutaten " Unterhaltung und Ergänzung der Betriedsgeräte " und Reparatur der maschinellen Einsrichtung " ber Gebäude " der Mobilien und Utensilien " der Mobilien und Utensilien " der Wobilien und Utensilien " der Wobilien und Utensilien " der Wobilien und Utensilien " der Wobilien und Utensilien " der Wobilien und Utensilien " der Wobilien und Utensilien	95 955 2 115 100 1 917 1 210 1 50 32 1 169 600 320 51 305 363 47 723 624 7 806 6 943 3 285 787 6 793 1 073 5 000 5 760 6 095 11 836 2 903 6 976 192 167	59 29 	28 862 71 301 2 570 100 435 1 165 150 282 1 219 600 335 51 220 363 8 32 8 786 6 174 3 608 1 483 6 723 6 807 6 381 10 128 5 428 12 852 192 217	66 95
			238 515	19

Die Gefamikosten der Anstalt belaufen sich ohne Grundstück auf 495 000 Mt.

Am 10. September 1907 wurde eine vierte städtische Babe = anstalt mit Einrichtung für Wannen= und Brausebäder in einem Schul= hausneubau eröffnet1; im selben Jahre wurde in der Badeanstalt an der

¹ Diefe Anstalt bient als Schulbab, ift aber außerhalb ber Babezeit für bie Schulkinder auch dem allgemeinen Berkehr geöffnet.

Saben.

Städtifche Babeanftalten.

m			*	- 4		
24	e ti	r 1 6	h	a f	n n	t n.

	1906	1907	
	mr. P	mt. Pf.	
er Schwimmbab, Dauerkarten für Erwachsene "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinder . "Rinker . "Rinker . "Rinker . "Rinker . "Rinker . "Rinker . "Rinker . "Renuzung d. Rheinbadeanstalt seitens d. Truppenteile Allgemeiner Schwinmwerein "Boseidon" Düsselder Rubertportverein . "Düsselder Rubertportverein . "Rill "III." "Bellenbäder . "III." "Bellenbäder . "Brausebäder . "Brausebäder . "Brausebäder . "Bannesbad und Dusche . "Bannesbad und Dusche . "Dannesbad und Dusche . "Duschehad . "Rohlensäurebäder . "Duschehad . "Rohlensäurebäder . "Lusbewahren fremder Mäsche . "Berleihen der Anstaltswäsche . Berleihen der Anstaltswäsche . Berleihen der Anstaltswäsche . Besichtigung der Anstalt . Bächereinigung . Rabatt auf Gas und elektrischen Strom nicht vorgesehene Einnahmen . "Gewinn- und Berlustkonto (Berlust)	5 365 46 2 500 — 180 — 180 — 180 — 180 — 62 56 14 407 20 23 071 — 19 232 16 1 009 30 20 892 — 7 250 — 3 710 20 9 460 50 1 038 — 2 691 — 683 — 683 — 683 — 683 — 683 — 684 — 685 — 687 — 687 — 688 — 688 — 688 — 689 — 680	37 454 80 13 064 15 2 600 — 5 5777 80 2 500 — 175 — 175 — 190 — 24 692 50 21 389 10 444 80 22 315 40 22 315 40 22 315 75 1 152 — 3 270 — 3 270 — 3 270 — 5 538 — 6 168 — 2 145 — 3 759 — 7 15 15 289 80 424 20 49 50 171 30 1 527 83 501 06	

Münsterstraße eine elektrische Lichtbäberabteilung errichtet; ferner ist feit Frühjahr 1908 ein Licht- und Luftbab auf ben im Often ber Stadt gelegenen Waldhöhen in Betrieb.

Neben ben vier Babeanstalten im Innern ber Stadt bestehen noch zwei städtische Rheinbabeanstalten; die eine dieser zuletzt genannten Anstalten wird als Volksbadeanstalt mit erheblich reduzierten Badepreisen verwaltet.

Die Hauptpositionen bes zur Zeit gültigen Tarifs sind folgende (fämtliche Preise ohne Wäsche):

	Einzelkarten Mk.	Zehnerkarten Mk.
Schwimmbaber: Erwachsene	, 30	2,50
Kinder unter 14 Jahren	, 15	1,25
Volksschwimmbad	,1 0	
Wannenbäder: Rlaffe I	,8 0	6,—
" II	- ,5 0	4,—
" III	,3 0	2,50
Braufebad einschließlich Seife	,1 0	_
Bellenbäder in den Rheinbadeanstalten	, 50	4,—
Bolkezellenbad	,10	
Sonnenbad	,4 0	3,—
Lichtluftbad	—,2 0	

Bei Benutzung ber Anstaltswäsche werben erhoben für ein großes Babetuch 10 Pf., für ein Handtuch 5 Pf., für einen Damenanzug 10 Pf., für eine Babehaube und Babehose je 5 Pf.

An Bolksschulkinder werden Freibader in den offenen und geschlossenen Schwimmbadeanstalten in ausgedehntem Maße unentgeltlich versabsolgt. Außerdem sind in einer Neihe von Schulen Schülerbrausesbäder eingerichtet worden.

Tabelle 12 läßt den Besuch ber städtischen Badeanstalten nach Um- fang und Entwicklung erkennen.

Finanziell haben die Badeanstalten keine sonderlich günstigen Ergebnisse. Die Anstalt an der Grünstraße hat zwar zwischen 15000 und 30000 Mark schwankende rechnerische Überschüffe, die indes nur dadurch zustande kommen, daß Tilgung und Berzinsung des Anlagekapitals nicht unter die Ausgaben gesetzt worden sind, und daß die Kosten der Erweiterungen und für größere Unterhaltungsarbeiten nicht von der Badeanstalt getragen werden. Im Jahre 1907 betrug die Betriebsunterbilanz der sämtlichen Badeanstalten, wie aus der vorstehend abgedruckten Betriebserechnung ersichtlich, 16 533 Mt.

Die städtischen Badeanstalten sind somit — und das spiegelt sich in den Festsehungen des oben mitgeteilten Tarifs wieder — Zuschußbetriebe; ihre Verluste fallen aber nicht der Stadtlasse zur Last, sondern dem Wasserwerk (vergl. oben S. 33), das aus seinen Überschüffen auch sämtliche Anslagekoften aufgebracht hat.

	er		hiervon entjallen auf die									
Sahr	Gefamt≥ bofuchéziffer	eins Bolfs männl.	bäder	Volfs		ĺ	nbäder	Brause männt.		Heilb männt.		
!					1.55101	1	1	1				
1888	77 977	49 475	9 613	15 220	640	$11\ 215$	5 187	_		2 336	151	
1889	169743	112 547	23 546	39 306	1 496	18 942	10 278		—	4 178	252	
		$114\ 206$					21 104	843		4 421	240	
		126 786						20 147		4 901		
		133 198				34 301		26592		5 410		
		138268		42 438			29862	34 776		6 378		
		127 363					28 273			6 730		
		150725					30 307			6817		
		138 117					28 063			6 661		
		149 206					31 747			7 306		
		144 515						113 589		7 822		
								123 010		8 075		
								125 020		8 830	956	
								125289				
								154 548				
		190 487						152 794				
								177 347				
		244 701						185 104				
								201 065				
1904	101 869	261 993	89 526	51 462	4 316	82 293	19 099	213 433	9 721	24 286	5 562	

Fabelle 12. Frequenz der ftabtischen Badeanstalten zu Duffelborf 1888 bis 1907.

4. Der städtische Schlacht= und Biehhof.

Ein öffentliches Schlachthaus, verbunden mit einer Verkaufshalle für Fleisch, wird für Düsseldorf zuerst 1706 erwähnt, am 9. April dieses Jahres wurde ein "Neglement, warnach sich ein und der ander, sonderlich aber hiesiger Unserer Nesidentz- und Haupt-Statt Fleischhackere in der New erbawter Fleischhallen und sonsten vor künftig zu verhalten haben sollen", erlassen, in dem die Schlachtung alles "in oder außer Landes" gekauften Viehes in dem öffentlichen Gemeindeschlachthaus und der Verkaufshalle obligatorisch gemacht worden war.

Im Jahre 1764 befanden sich bereits zwei Schlacht- und Fleischhallen zu Düffeldorf in Betrieb, doch wurden sie in den Stürmen der Nevolutionssjahre (1795) ihren Zwecken entfremdet; diese alte Ordnung wurde aufgelöst, und Schlachthauszwang mit Fleischbeschau geriet in Vergessenheit.

Auch, nachdem ruhigere Zeiten eingetreten, blieben die Berhältniffe bezüglich ber Versorgung ber Stadt mit gesundem und preiswertem Fleisch im ganzen ersten Viertel des 19. Jahrhunderts ungünstig. Bald darauf jedoch ging die Stadtverwaltung dazu über, die alte Fleischbeschaus und Hallenordnung wiederherzustellen. Ein bisher als Marstall benuttes Ges

	18761	1880	1885	1890	1895
Ochsen und Stiere Rühe	3 355 2 496 2 134 9 520 12 466 5 936 16 8	4 001 2 780 2 638 14 634 12 063 7 685 2 — 325	4 103 4 297 2 788 14 911 22 497 6 399 5 551	4 035 5 995 3 391 15 831 29 187 9 642 42 —————————————————————————————————	3 677 7 674 2 909 15 400 42 510 16 136 136 877
Zufammen	35 931	44 128	55 551	68 931	89 319

Tabelle 13. Entwicklung des Schlachtbetriebes

bäube wurde erworben und für Schlachthauszwecke hergerichtet. Durch die neue Hallenordnung der Stadt Düffelborf vom 16. März 1827 wurden alle wichtigen Bestimmungen der früheren Ordnungen von 1706 und 1774, welche zwar einige Jahrzehnte nicht gehandhabt, aber bisher nicht gesehlich ausgehoben worden waren, erneuert, vor allem der Schlachthauszwang und die obligatorische Bieh= und Fleischbesch au mit den entsprechenden polizeilichen Maßnahmen. Es gelang jedoch nicht, die alte Bestimmung des Zwangsverkauss von Fleisch lediglich in den von der Stadt errichteten öffentlichen Fleischverkausschlich in Unbetracht der Ausseheng der Zünste und der eingetretenen Gewerbesreiheit dagegen aus. Auch eine an König Friedrich Wilhelm III. gerichtete diesbezügliche Eingabe der Stadtverwaltung wurde von diesem unter dem 21. Juni 1828 abschlägig beschieden.

In späteren Jahren murbe am Mheinuser ein neues Schlachthaus erbaut, bas bis 1875 in Betrieb blieb.

Bu Beginn bes Jahres 1876 fand bann bie Eröffnung eines ben Anforderungen ber Zeit mehr entsprechenden, auf einem 1 ha 38 a großen Terrain an der Schäferstraße erbauten städtischen Schlachthofes mit Biehmarkthalle und Stallungen statt.

Auf Grund bes preußischen Schlachthausgesetzes vom 18. März 1868 und eines Gemeindebeschluffes vom 7. Mai 1875 veröffentlichte die städtische Behörde unter dem 15. Januar 1876 eine Berordnung, betreffend die Benutzung des städtischen Schlachthoses zu Düsseldorf. Sie regelte den Betried im Schlachthose und sprach den Schlachtzwang über sämtliche Viehgattungen (mit Ausnahme der Pferde, die aber späterhin einbezogen wurden) sowie

¹ Bom 15. Februar 1876 bis 31. März 1877.

1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907
4 717 11 728 4 442 19 692 63 346 23 720 15 3 154 1 716	4 941 12 446 4 235 20 659 56 906 25 505 52 241 1 975	6 130 12 416 4 292 24 169 59 356 28 570 82 246 1 838	5 195 12 308 3 222 19 966 71 341 24 127 366 270 1 711	4 541 15 011 3 058 19 458 75 704 24 558 249 307 1 760	4 180 17 303 2 676 20 946 53 224 31 267 105 319 2 131	4 430 16 607 2 559 20 485 72 330 35 149 261 206 1 964	4 264 17 000 2 857 22 052 99 287 36 890 268 189 1 845
129 668	126 960	137 099	138 506	144 646	132 151	153 991	184 652

auf dem fladtifden Schlachthofe ju Duffeldorf.

ben Untersuchungszwang für alles eingeführte frische Fleisch aus. Nur in ben Außenorten Hamm, Bolmerswerth, Flehe, Stoffeln und Mörsenbroich, außeschließlich ber Münsterstraße, findet ber Schlachtzwang auf das nicht gewerdsmäßige Schlachten von selbstgemästeten, zum eigenen Gebrauch bestimmten Schweinen (Hausschlachtungen) keine Unwendung. Der Grund für diese Ausnahmebestimmungen liegt in der Entfernung und dem ländlichen Charakter der Außenorte.

Die neue Schlachthofanlage an der Schäferstraße konnte lange Zeit als mustergültig angesehen werden. Allein auf die Dauer genügte sie bei der starken Zunahme der Bevölkerung und den auf technischem Gediete einzgetretenen, vielseitigen Verdesserungen den Bedürfnissen nicht mehr. Vor allem machte sich der Mangel eines Bahnanschlusses zur Versorgung der Großstadt mit Schlachtvieh, eines Kühlhauses zur Konservierung der Fleischvorräte, einer Sanitätsanstalt zur striften Handhabung der ersorderlichen veterinär= und sanitätspolizeilichen Maßregeln, größerer Markthallen zur Hebung des Viehhandels, sowie geeigneter Einrichtungen zur Klärung der Schlachthofabwässer immer mehr fühlbar. Die städtische Verwaltung beschlachthofabwässer immer mehr fühlbar. Die städtische Verwaltung der Erbauung einer nodernen, allen sanitären und technischen Anforderungen genügenden Schlacht= und Viehhofanlage größeren Stils. Mit deren Bau wurde im Sommer 1896 begonnen, ihre Fertigstellung erfolgte im Frühzight 1899. (Kgl. den Stadtplan.)

Die Grunderwerbstoften des heutigen Schlachthofes beliefen sich auf 396 087 Mt. Die Gesamtkosten betragen in der heutigen Aussführung für den Schlachthof 3 205 000 Mt., für den Biehhof 669 696 Mk. Der Gesamtkostenausmand für die ganze Schlachts und Viehhofanlage besträgt demnach zur Zeit 3 874 696 Mk. einschließlich Grunderwerb.

Die Benutung seit Eröffnung bes Schlachthauses an ber Schäferftraße (1876) zeigt Tabelle 13.

Auf bem Biehhof murben im letten Sahre 149 472 Tiere auf-Die Benutungegebühren maren früher außerorbentlich gering, fo bag nach bem Bau ber neuen Unlage aus Rentabilitätsgrunden ihre Erhöhung notwendig murbe. Dagegen aber erhob fich ein Widerstand, ber nur burch eine - fpater ausgefüllte - Lude im Gefet moglich mar. Da nämlich bas Gefet für von außen eingeführtes Fleisch nicht ben Beschauzwang eingeführt hatte, suchte ein großer Teil ber hiesigen Gewerbetreibenden in völliger Berkennung ber großen fanitaren Bebeutung ber ftädtischen Unftalt sich ben Gebühren zu entziehen und errichtete in ber Nachbargemeinde Oberkaffel, hart an der Grenze ein gemeinschaftliches Privatschlachthaus, wo bas Bieh ohne Feststellung seines Gefundheitszuftandes zur Schlachtung gelangte. Das Rleisch murbe bann unbeanstandet in ber Stadt in Berkehr gebracht. Daburch murbe ber Beftand ber ftabtischen Unftalt in Frage gestellt. Mangels gesetlicher Silfe mußte Die Gemeinde nachgeben und die Gebühren ermäßigen. Erst nachdem das Gefetz vom 9. März 1881 ben weiter gehenden Beschauzwang eingesührt hatte, murbe es möglich, biesen gewiß nicht munichenswerten Buftand zu befeitigen.

Der Schlacht= und Biehhof ist im Sinne ber bestehenden gesetlichen Bestimmungen eine selbständige Betriebsverwaltung, die zwei gesonderte Etats ausweist. An die Stadtsasse führt der Biehhofs= und Fleischeschausbetrieb außer den Zins= und Amortisationsbeträgen für die Anlagesosten etwaige Betriebsüberschüsse, der Schlachthosbetrieb dagegen in voller Höhe die als Schlachtgebühren eingehenden Beträge an die Stadtsasse ab, die dafür ihrerseits Tilgung und Berzinsung der Schlachthosanleihe übernimmt. Der darüber hinausgehende Teilbetrag war im Etat auf 1908 mit 102 677 Mf. angesetzt.

Der Reservefonds ber Schlachthofkaffe beträgt 60 000 Mt., angelegt in Stadtobligationen. Er soll zur Dedung etwaiger Betriebseverluste dienen. Im letten Jahre ist, da ein finanzieller Ausgleich zwischen ben einzelnen Betriebsstellen nicht stattfindet, ein Desigit des Schlachthofebetriebs eingetreten, wie aus den nachstehend abgedruckten Rechnungseraebnissen ergebnissen ersichtlich ist, die für 1907 abschließen bei

1.	Schlachthof m	it ei	nem A	lusgabemehr vor	1	42829	Mŧ.
2.	Fleischbeschau	mit	einem	Einnahmemehr	von	975	,,
3.	Trichinenschau	,,	"	"	,,	7 780	"
4.	Viehhof	,,	,,	,,	"	$31\ 092$,,

Rechnungsergebnis bes ftadtifchen Schlachthof und Binhhofbetriebs.

1. S	d j !	lα	ďη	ţ	h	0 '	F.
------	--------------	----	----	---	---	-----	----

Einnahme.	1907 Mf.	1906 Mf.
1. Schlachtgebühren	310 507	276 929
2. Gebühren für die Untersuchung des Schlachtviehes	19 390	16 428
3. Wiegegebühren	18 153	17 893
4. Stallgebühren einschließlich Futtergelb	19 879	17 456
5. Platmiete	$20\ 855$	29 716
6. Erlös aus verkauftem Dünger	$\bf 254$	400
7. Mieten	6 040	8 871
8. Zinsen von rentbar angelegten Bestandgelbern.	3 647	3 917
9. Schächtergebühren	1 430	1 323
10. Miete vom Trichinenschauamt	$2\ 000$	2 000
11. Beitrag zur Besoldung ber bei ben Biehmärkten		
und bei der Fleischbeschau tätigen Beamten .	6 370	$6\ 445$
12. Einnahme von der Freibant	81 600	101 947
13. Aus bem Eisverkauf	30 115	31 820
14. Für Benutung der Rühlzellen und der Vor-		
fühlräume einschließlich Gierfühlraum	5 7 307	54 778
15. Insgemein	27 409	28 614
. Zusammen	604 956	598 537
Ausgabe.		
1. Gehälter, perfönliche Auslagen	51 584	49 861
2. Bureaukosten, Brennmaterial, Beleuchtung usw.	7 622	5 940
3. Steuern u. Abgaben einschl. Berficherungsbeiträge	207	5 071
4. Unterhaltung der Gebäude und Utensilien	93 487	93 062
5. Löhne der Arbeiter	54 863	52 593
6. Biehfutter und Streu	9 416	9 129
7. Schächtergebühren	1 43 0	1 323
8. Desinfeftion und sonstige Ausgaben, Kohlen für		
Resselfeuerung usw	72742	39 662
9. Zinfen, Schuldentilgung	152 808	150 394
10. Abführung an die Stadtkasse	109 364	95 778
11. Erlös aus ber Freibank an bie Metger	81 600	101 947
12. Sonstige Ausgaben	3 825	$3\ 227$
13. Restausgaben	8 837	
Zusammen	647 785	607 987

Die Ausgaben übersteigen bie Einnahmen um 42 829 (9 450) Mf.; bas Defizit wird aus bem Fonds aus früheren Betriebsüberschüssen gebeckt.

2. Fleisch	beschau.		
Einnahme.		1907 Mf.	1906 Mf.
1. Gebühren für bie Untersuchung bes		1 202	601
2. Gebühren für bie Untersuchung bes a		2.100	40.000
Fleisches		6 192	12 6 66
3. Staatliche Fleischbeschaugebühren . 4. Entschädigung für ben Tierarzt ber		2 064	4 222
fleischeschau	austanos-	1 183	1 275
5. Zölle, Zollverwaltungskosten		290 114	401 435
6. Sonstige Einnahmen			
. • · · ·	Zusammen_	300 755	420 199
Ausgabe.			
, 0 , , 0 ,		2 064	4 222
2. Bolle, Bollverwaltungstoften		290 114	401 435
3. Gehälter, Mieten und sonstige Ausg	aben	7 602	8 356
	Zusammen	299 780	414 013
Die Ginnahmen übersteigen bie 2 bie Stabttaffe abgeführt.	lusgaben um	975 (6186) Mf.; an
,			
3. Mitrostopische Unterfi	ichung (Tr		
Ginnahme.		1907 Mf.	1906 Mf.
1. Untersuchungsgebühren für die im			
gefchlachteten Schweine		79 663	58 12 5
sches Fleisch		_	_
3. Untersuchungsgebühren für eingeführte	es ausländi=		
sches Fleisch		22 3	3 770
4. Staatliche Gebühren		18	1 183
5. Sonstige Einnahmen	· · · -		
97	Zusammen	79 904	63 078
Ausgabe. 1. Staatliche Untersuchungsgebühren		18	1 184
2. Gehälter, Löhne und fonftige Ausga			57 716
,,, [],	Zufammen		58 900
Demnach übersteigen bie Ginnahmen an bie Stadtkaffe abgeführt.	•		

4.	R	i	e	ĥ	ĥ	n ·	F.
т.	~	٠	٠	н	41	·	

Gi	n n a	ħ m	e.							1907 Mt.	1906 Mf.
1. Mieten										4 076	5 532
2. Marktgebühren										38 764	81 696
3. Wiegegebühren										14 320	10 540
4. Stallgebühren										15 691	13474
5. Rampengebühren .										18364	14921
6. Futter und Streu .										30 315	$23\ 057$
7. Sonstiges									٠	3 654	1727
At 1	ığqı	a be				31	ufai	mm	en	125 184	100 947
N 1. Unterhaltungskoften	rgg:			٠	•	31	ufai	mm	en	125 184 9 910	100 947 5 021
			•			31	u∫a1	mm	en		
1. Unterhaltungskosten			•				uja1	mm	en	9 910	5 021
 Unterhaltungskoften Berwaltungskoften . 			· ·	•			ufa1	mm	en	9 910 9 545	5 021 8 843
1. Unterhaltungskoften 2. Berwaltungskoften	•		· ·	•			υ ∫αι		en	9 910 9 545 40 329	5 021 8 843 31 086
 Unterhaltungskoften Berwaltungskoften Betriebskoften Laften 			·	•			u fa 1		en	9 910 9 545 40 329 30	5 021 8 843 31 086 964

Die Einnahmen übersteigen die Ausgaben um 31 092 (22 737) Mf.; an die Stadtfasse abgeführt.

5. Die ftädtische Tierkörpervernichtungeanstalt.

Die in ben Jahren 1898 und 1899 im äußersten Norden des Stadtsgebietes (vgl. den Stadtplan) am Vogelfangerweg erbaute Vernichtungsanstalt zur unschädlichen und geruchlosen Beseitigung von Tierleichen, Fleischlonsisfaten und Schlachthofabsällen (Kadaver Extractionsanstalt) wurde am 15. Oktober 1899 dem Betriebe übergeben.

Bis bahin geschah die Beseitigung von Tierleichen und des bei der Schlachtung gesundheitsschädlich befundenen Fleisches in einer Privat = abdedere i an der Natherstraße, und zwar in einer den modernen Ansforderungen der Hygiene und Technik durchaus nicht entsprechenden Beise. Der Bezirksausschuß erteilte die gewerbepolizeiliche Genehmigung zum Bertriebe der städtischen Anstalt am 11. Januar 1898, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Betrieb unter der Leitung und Aufsicht der städtischen Berwaltung erfolge, da nur ein Negiebetrieb durch die Gemeindeverwaltung eine austreichende Kontrolle in sanitätspolizeilicher Hinsicht gewährleiste.

Die Anstalt ist errichtet nach bem verbesserten System ber Firma Rub. A. Hartmann in Berlin. Dem Hartmannschen System liegt bas

Arbeitsverfahren der sogenannten indirekten Durchdämpfung und Trocknung zugrunde.

Es beruht darauf, daß zum Auftochen und Trocknen des Kadavermaterials nicht direkter Dampf verwendet wird, wie er aus der Dampftesselsanlage kommt, sondern es wird das Eigenwasser der Kadaverteile in Dampf verwandelt und in diesem Dampf die Trocknung vollzogen.

Ver	a r l	6 e i	itet	muri	ben:

1906	1907
215	223
99	132
12	14
87	127
6	12
3 21	331
740	839
6680	7 600
10 130	11 488
1906	1907
1015	1382
246	357,62
	215 99 12 87 6 321 740 6 680 10 130

Einen Betriebäuberschuß hat die Vernichtungsanstalt bislang in keinem Jahre abgeworfen; sie durfte auch in Zukunft ein von der Stadtkasse sinanziell unterstützter Zuschußbetrieb bleiben, was gerade bei diesem Regiezweig auch kaum anders zu erwarten war und ist.

Im letten Betriebsjahr (1907) betrugen bie Einnahmen (Erlös aus bem Berkauf von Dungpulver, Fett, häuten ufw.) 25 765 Mk., bie Ausgaben 36 834 Mk., wovon entfielen auf:

- 1. Gehälter, Löhne und personliche Ausgaben 8 338 Mf.,
- 2. Betriebetosten 9 233
- 3. Verzinsung und Schulbentilgung . . . 8044
- 4. Unterhaltung ber Utenfilien, Gebäude ufm. 9 302

Daraus ergibt sich ein Betriebsverlust von 11 069 Mf.

Die Koften ber Anlage find in ber heutigen Ausführung auf 158 000 Mt. zu beziffern.

6. Die städtische Rahrungsmitteluntersuchungsanftalt.

In Ausschrung bes Gesetzes vom 14. Mai 1879, betreffend ben Berstehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen wurde im Jahre 1890 in Düffelborf eine öffentliche Nahrungsmitteluntersuchungssanstalt durch die Stadtgemeinde errichtet. Bis dahin hatte eine Kontrolle der Nahrungsmittel nur in ganz beschränktem Maße stattgefunden. Eine planmäßige Probeentnahme sowie fortlaufende Untersuchungen von Nahrungssmitteln bestanden nicht; die Überwachung des so wichtigen Milchverkehrs insbesondere lag im weitaus größten Teile in den Händen der unteren Polizeiorgane.

Mit Errichtung bes Untersuchungsamts murbe bie Lebensmittelkontrolle nach beftimmten Grundfäten gehandhabt. In bem Statut ber Unftalt vom 29. April 1890 ist als beren Aufgabe bie chemische, mikroskopische und fonst geeignete Urt ber Untersuchung von Nahrungs= und Genugmitteln nach wiffenschaftlichen, zuverläffigen Methoden, burch amtlich berufene fachfundige Personen bezeichnet. Die Untersuchungen erfolgen sowohl für die Stadtverwaltung von Duffelborf und für Behörben, als auch für Privatperfonen. Als Sachverständige fungieren an der Anftalt, außer dem leitenden Chemifer, ber Stadtargt und ber Polizeitierargt. Bon allen eingehenden Gegenftanden wird, soweit es eben möglich ift, junächst nur eine qualitative Untersuchung auf grobe Fälschung ober gefundheiteschädliche Stoffe ausgeführt. Erft wenn folde ungehörige Beimengung nachgewiefen ober fonft eine Falfdung vorzuliegen scheint, ferner in ben Fällen, wo überhaupt eine Borprüfung von vornherein als zwedlos angesehen werden muß, wird eine eingehendere quantitative Untersuchung nebst Bestimmung ber Mengenverhältnisse ber in Betracht kommenden Stoffe ausgeführt, b. h. eine Untersuchung angestellt, wie sie in dem speziellen Falle in polizeilicher ober gerichtlicher Hinsicht notwendig erscheint. - Für beibe Arten der Untersuchung bestehen besondere ausführliche Tagen, die übrigens nicht bindend sind, sondern je nach Lage ber Sache und Schwierigkeit ber Untersuchung überschritten bezw. herabgesett werben fonnen.

Die Entwicklung ber Nahrungsmittelkontrolle zeigt bie nachfolgende Zusammenstellung:

Jahr	Bahl der Untersuchungen 3	}ahl ber	Beanstanbung	en
1892	307		105	
1893	173		82	
1894	588		113	
Schriften 129.	3meites Seft Gemeindebetriebe II.	2.]	10

Jahr	Zahl ber Untersuchungen	Zahl ber Beanftandungen
1895	799	171
1896	971	116
1897	1421	214
1898	1948	364
1899	${\bf 2726}$	514
1900	6713	698
1901	5679	$\bf 524$
1902	$\boldsymbol{5042}$	277
1903	4026	$\bf 326$
1904	5651	453
1905	5484	490
1906	4974	458
1907	6384	365

Nicht eingeschlossen in die vorstehende Tabelle sind die chemischen und bakteriologischen Wasseruntersuchungen, und zwar sowohl die regelmäßige Kontrolle des städtischen Wasserwerks als auch die Rheinwasseruntersuchungen; letztere werden zeitweise aus besonderen Gründen in sehr großem Umfange ausgeführt.

Das Personal bes Instituts besteht zur Zeit aus einem leitenben Chemiker und 5 Hilfskräften.

Die Nahrungsmitteluntersuchungsanstalt wird im Etat der städtischen Polizeiverwaltung geführt; sie erfordert jährlich einen geringen Zuschuß. Im Haushaltsvoranschlag für 1908 waren für sie vorgesehen in Einnahme für Untersuchungen 9000 Mk., in Ausgabe 13 200 Mk.

7. Die städtische Desinfektionsanftalt.

Bereits durch § 19 des "Regulativs bei ansteckenden Krankheiten" vom 8. August 1835 wurde nach der Entfernung eines ansteckenden Kranken oder nach erfolgter Genesung Reinigung der Wohnung und der darin befindlichen Effekten vorgeschrieben. Ob diese Berordnung freilich jemals allgemein und genügend ausgiebig durchgeführt wurde, ist sehr zweiselhaft.

Erneut wurde durch Polizeiverordnung der Königlichen Regierung vom 1. August 1887 den Haushaltungsvorständen die Pflicht auferlegt, während bes Bestehens von Cholera, Ruhr (epidemischer), Scharlach, Diphterie, Pocken, Flecktyphus, Rückfallsieber, Unterleibstyphus, Genickstarre, Kindbettsieber, Roy= und Wurmkrantheit, Milzbrand und Wutkrankheit, sowie nach Beendigung dieser Krankheiten eine vollständige Reinigung und Desinsektion der Sachen und Wohnungen vorzunehmen. Die Ausführung dieser Reinigung

geschah in Düsseldorf anfangs durch die Privaten felbst. Bald aber fand sich ein Unternehmer für ihre Erledigung, zu der nach Einstührung der Wasserdampf-Desinsektion geeignete Apparate verwendet wurden. Bei Bemittelten geschah die Desinsektion auf deren eigene Kosten, für diejenige bei Undemittelten erhielt der Unternehmer einen jährlichen Zuschuß von 3000 Mt.

Auf die Dauer konnte aber auch der Unternehmer den an die Ausführung der Desinfektion zu stellenden Anforderungen nicht genügen, insebesondere bezüglich der Art der Ausbildung der Desinfektoren und der Möglichkeit einer regelmäßigen Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde. Die Stadtverwaltung übernahm das Desinfektionswesen und erhaute eine Desinfektionsanstalt, welche am 12. August 1901 in Betrieb genommen wurde. Die Kosten der Anstalt, einschließlich des Dampsbesinsektionssapparates, beliefen sich auf 35 000 Mk. Die Anstalt ift an das Feuerwehrshauptdepot angeschlossen. Der Dienst wird durch als Desinsektoren ausgebildete Feuerwehrleute erledigt.

Im Jahre 1903 murbe burch bie Polizeiverordnung vom 15. Juni für ben Stadtkreis 3mangsbesinfektion eingeführt und gleichzeitig mit biefer bie Desinfektion burch Formalin.

Diese Einführung der Zwangsdesinfektion hat keinerlei Schwierigkeiten gemacht. Das Publikum gewöhnte sich vielmehr sehr bald an diese Maßregel derart, daß sehr häusig Desinfektion freiwillig auch dort gewünscht wird, wo die Polizeiverordnung sie nicht fordert.

über bie Tätigfeit ber Desinfeftionsanftalt und ihre Rechnungsergebniffe gibt bie nachfolgende Tabelle 14 Ausfunft.

Tabelle 14. Inanspruchnahme der flädtischen Pesinsektionsanstalt zu Düsseldorf 1901 bis 1907.

Jahr	Es wur vor- genomi Woh- nungs- Desinfett	men (ampf=	દ	Diphtherie und se	Scharlach 139	Kindbettfieber &	Schwindfucht ge	Ruhr	Krähe	Mafern 3	Genickftarre 12	Rälle ohne m Angabe der Reanfheit	Eir nahr für a gefüh Desir tion Mf.	ne us= rte ifet=	'	e8= n8=
1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907	69 721 1 090 882 976	199 320 360 201 290 419 429	34	99 224 555 573 352 383 373	$\frac{295}{285}$	28 44 32	7 10 33 54 118 254 286	-4 2 12 10 6 2	3 11 25 1 29 30 17	3 6 4 9 5 2 12	1 17 26 64	20 28 108 275 246 263 211	1 884 3 253 4 034 3 562 3 523 3 963 5 730	50 — — —	5 089 7 142 14 003 11 798 11 472 15 702 16 073	58 26 12 59 62 28 16

Der erforderliche Zuschuß wird von der Stadtkasse getragen. Er bestetrug im Jahre 1907: $10\,343$ Mt.

8. Die städtische Friedhofs= und Begräbnisverwaltung.

Das Friedhofs und Begräbniswesen ist schon seit Jahrzehnten in städtischer Regie; Begräbnisgesellschaften haben hier nicht bestanden; in den achtziger Jahren wurde zwar ein Versuch gemacht, eine solche zu gründen, aber ohne Erfolg. Die Berechtigung des Regiebetriedes liegt namentlich in Verhütung einer Benachteiligung der Hinterbliebenen durch einseitige Interessen privater Unternehmungen und Vermeidung unnühen Kompes und Versichwendung.

Friedhofs- und Begräbnisverwaltung bilben gemeinsam eine selbsständige Betriebsverwaltung, die von der Stadtkasse weder Zuschüsse erhält, noch, abgesehen von 6000 Mk. Beitrag zu den allgemeinen Berwaltungstoften, solche leistet. Durch die Einnahmen für Benutung der Leichenswagen, für Erdarbeiten, aus den Gärtnereien der Friedhöse und Verleihung von Familiens und Erbbegräbnissen werden die Kosten für Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Friedhofsschulden, Unterhaltung der Friedhöse und Gebäude, bestritten.

Tabelle 15.	Finanzielle	Entwickel	ung der	städtifchen	Friedhofs-	und
2 5e	grābnisverw	altung zu	Püffelde	rf 1880 ßi	s 1907.	

Jahr	Einnahme	Ausgabe	Vetriebs= überschuß?	Jahr	<u>Einnahme</u>	Ausgabe	Betriebs= überschuß
1880 1881 1882 1883 1884 1885 1886 1887 1888 1889 1890 1891 1892 1893	61 913 80 437 50 732 86 915 102 342 62 098 148 529 90 264 82 991 81 752 103 218 99 163 151 172 131 380	42 030 67 079 36 766 67 504 88 734 47 279 125 395 64 981 60 661 60 754 95 247 89 186 130 880 103 499	19 883 13 358 11 539 15 382 12 193 14 156 21 453 23 648 20 272 20 211 4 285 1 8 716 8 716 8 72 25 440	1894 1895 1896 1897 1898 1899 1900 1901 1902 1903 1904 1905 1906 1907	124 831 148 124 107 549 141 578 274 586 2 96 979 92 030 85 543 100 624 102 499 141 319 241 685 246 723 229 581	81 860 71 913 75 155 122 525 165 8292 55 317 60 123 61 054 64 648 132 510 141 579 239 444 233 852 272 383	42 971 76 211 32 394 19 053 108 757 ² 41 662 31 907 24 489 35 981 — 30 011 — 260 2 241 12 871 — 42 802

¹ Die Berminberung der Betriebsüberschusse erklärt sich daraus, daß die Mittel zur Erweiterung der Anlagen, die seither die Stadtkasse vorgeschossen hatte, nunmehr aus einer Anleihe von 1888 beschafft wurden, deren Berzinsung und Tilgung einen Mehrauswand brachte.

² Für an bie Bermögensverwaltung übermiefene Flächen 130 665 Mt.

³ Bon den Betriebsüberschüffen der Jahre 1882 bis 1893 find die entstandenen Restausgaben abgesetzt worden; infolgedessen ergibt die Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe nicht genau den Betriebsüberschuß.

Etwaige Überschüffe werden dem Fonds zur Anlegung neuer und Ersweiterung bestehender Friedhöfe zugeführt. Das Betriebsjahr 1907 war das erste, welches infolge des geringen Berkaufs von Familien- und Erbbegräb-nissen infen einen Fehlbetrag aufgewiesen hat, doch ist anzunehmen, daß dies keine dauernde Erscheinung sein wird.

Die finanzielle Entwicklung der Friedhofs- und Begräbniskasse ist aus Tabelle 15 ersichtlich; der erwähnte Erweiterungs- und Erneuerungs- sonds wies, nach Deckung des Fehlbetrags von 1907, am 31. März 1908 noch einen Bestand von 17739 Wik. auf.

VII.

Städtische Betriebe für den Gigenbedarf der Gemeinde.

1. Das städtische Gartenamt.

Das städtische Gartenamt untersteht dem Dezernenten der Tiefbauverwaltung; seine Aufgaben bestehen in Anlegung und Unterhaltung der städtischen Straßenpslanzungen und Alleen, der Schmuck-, Spiel- und Sportplätze, in Ansertigung von Plänen, Kostenvoranschlägen und Ausführung neuer Anlagen, Herstellung und Unterhaltung der Pslanzungen in sämtlichen städtischen Anstalten, Aussührung von Dekorationen bei festlichen Anlässen, Swestellung und dergleichen, sowie in Unterhaltung der umfangreichen Stadtwaldungen, die bereits gegenwärtig (Frühjahr 1909) einen Umfang von 1,5 Millionen Duadratmeter einnehmen und durch den unlängst beschlossenen Ankauf weiterer großer Baldungen sich noch um rund 3 Millionen Duadratmeter ver- mehren werden.

Zwecks Durchführung seiner Aufgaben unterhält bas Gartenamt zwei eigene Baumschulen und eine eigene Stadtgartnerei.

Die Abgabe an Private beschränkt sich auf den Berkauf von abgeschlagenem Holz aus den Waldungen, des Grasauswuchses in den öffentlichen Anlagen und gelegentlich von Gegenständen aus der Gärtnerei sowie des durch die Stadtförsterei erlegten Wildes; die Sinnahmen hieraus sind so gering, daß sie nicht in Betracht kommen: im Jahre 1907 betrugen sie insgesamt rund 4000 Mk. Angesichts dieser minimalen Beträge und mit Rücksicht auf die privaten Gärtnereien will man den Verkauf von Gegenständen aus der Gärtnerei demnächst überhaupt einstellen. Weitere Arbeiten für Stellen außerhalb der Stadtverwaltung werden nicht ausgeführt, abgesehen von der Unterhaltung des sieklalischen Teils des Hof-

gartens und ber Anlagen vor ber Königlichen Kunftakabemie, wofür bie Regierungshauptkaffe einen jährlichen Betrag von 4250 Mk. bezahlt.

Dem Gartendirektor ist auch die Friedhofs- und Begrähnisverwaltung unterstellt, die im übrigen von der Garten- und Stadtverwaltung getrennt ist und bereits oben (val. Abschnitt VI, 8) behandelt worden ist.

Das Wirkungsgebiet bes Gartenamts ist, auch wenn man Friedshofsverwaltung und Stadtwald außer Betracht läßt, sehr umfangreich, besitzt doch die "Gartenstadt" an öffentlichen Parks und Schmuckanlagen im Jnnern der Stadt 12 406 a, wozu noch die staatlichen oben erwähnten Anlagen mit insgesamt 738 a hinzukommen.

Die Steigerung in den Aufgaben des Gartenamts während der letzten achtzehn Jahre kommt in Tabelle 16, welche die Ausgaben des Gartenamts (ausschließlich Friedhof und Stadtwald und ohne Terrainankauf) wiedergibt, deutlich zum Ausdruck.

Tabeffe 16. Ausgaben des Gartenamis (ausschließlich Friedhöfe, Stadtwalb und Terrainantäuse).

Jahr	Etats= mäßige Ausgaben	Außeretats= mäßige Aus= gaben für Neuanlagen	Im ganzen	Jahr	Etats≥ mäßige Ausgaben	Außeretats= mäßige Aus= gaben für Reuanlagen	Jin ganzen
1890	44 773	6 687	51 460	1899	86 700	39 085	125 785
1891	51 918	19 389	71 307	1900	81 969	44 755	126 724
1892	51 859	10 124	61 983	1901	90 982	66 272	157 254
1893	52 814	11 078	63 892	1902	101 077	46 746	147 823
1894	60 496	6 154	66 650	1903	115 660	49 347	165 007
1895	64 773	2 230	67 003	1904	117 594	53 715	171 309
1896	63 822	12 829	76 651	1905	135 723	54 455	190 178
1897	76 164	41 958	118 122	1906	147 200	22 600	169 800
1898	70 492	54 440	124 932	1907	166 700	35 800	202 500

Einschließlich bes Stadtwalbes ergaben sich im letten Rechnungsjahr (1907) an laufenden Ausgaben 169 224 Mk., an einmaligen Ausgaben 72 986 Mk., insgesamt 242 210 Mk.; da die Einnahmen im ganzen nur 38 453 Mk. betrugen, so war ein Zuschuß der Stadtkasse in Höhe von 203 757 Mk. zu leisten; 1880 betrug dieser Zuschuß rund 16 500 Mk., 1890: 41 052 Mk., 1900: 101 294 Mk.

Das Gartenamt ist bemnach, wie auch nach seinem ganzen Wesen natürlich, ein ständiger und nicht unerhebliche Auswendungen forbernder Zuschußbetrieb.

Das Personal bes städtischen Gartenamts ohne ben Direktor umsfaßte im Jahre 1907 für die öffentlichen Gartenanlagen burchschnittlich

211 Bersonen (1 Stadtgärtner, 3 Obergärtner, 4 Gartentechniker, 2 Obergehilfen, 13 Gärtnergehilfen, 9 Borarbeiter und 179 Arbeiter) und für den Stadtwald 26 Personen (1 Stadtförster, 1 Hilfsförster, 1 Waldwärter und durchschnittlich 23 Arbeiter).

2. Die städtische Druderei.

Düffelborf ist die einzige beutsche Stadt, welche eine eigene Gemeindes bruckerei größeren Umfanges besitzt; die freilich erheblich größere Dresdener Druckerei beruht, als Stiftung unter städtischer Verwaltung, auf wesentlich anderer Grundlage.

Im Band I der Beröffentlichungen des Bereins für Sozialpolitik über "Gemeindebetriebe" ift bereits die Düffeldorfer Gemeindebruckerei auf Grund von Angaben des städtischen Statistischen Amts eingehender behandelt worden (S. 364 ff.); der Bollständigkeit halber seien aber auch hier die wesent= lichsten Angaben wiederholt.

Als der vorhandene Steindruckhandbetrieb nicht mehr in der Lage war, das stetig wachsende Bedürsnis an Drucksachen mit der erforderlichen Beschleunigung zu befriedigen, wurde auf Antrag des Oberbürgermeisters in der Situng der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Januar 1903 beschlossen, die städtische Steindruckerei durch Einführung von Steins und Buchdruckschnellpressen mit Kraftbetrieb zu erweitern; gleichzeitig wurden zu diesem Zwecke 12 600 Mk. für einmalige Auswendungen und 8010 Mk. für jährliche Betriedskosten bewilligt. Hierzu kamen später noch 2400 Mk. sür Errichtung eines Papierlagers, Anschaffung von weiteren Gerätschaften und für bauliche Anderungen. Die Stadtverwaltung sollte durch die Neueinrichtung in den Stand gesetzt werden, gegebenensalls unabhängig von Privatbetrieden, auf deren Jnanspruchnahme sie dei den bisherigen Vershältnissen immer allzu sehr angewiesen war, sich die rechtzeitige Fertigstellung ihrer Drucksachen zu sichern.

Zur Anfertigung im eigenen Betriebe wurden in Aussicht genommen alle Drucksachen, welche bisher mit den Steindrucksandpressen hergestellt wurden, diejenigen Buchdruckarbeiten geringeren Umfangs, welche bisher nicht vertragsmäßig an Privatunternehmer vergeben waren, und die Formulardrucksachen, soweit sie der eigene Betrieb herzustellen vermag. Alle Drucksachen erheblicheren Umfangs, wie der Verwaltungsbericht, der Voranschlag, größere Broschüren, sowie die statistischen Monats und Jahres berichte sind von der Ansertigung im eigenen Betriebe ausgeschlossen. Die etwa vorkommenden bedeutenderen Buchbinderarbeiten werden von einem Bertragsunternehmer besorgt. Die Papierlieferung ist einem am Plate

befindlichen Groffisten übertragen, welcher stets ein ausreichendes Lager zu halten hat.

Die Neueinrichtung der Druckerei erforderte einen Umbau der am Rathausufer gelegenen Räume. Die Beleuchtung erfolgt durch elektrische Glüh= und Bogenlampen. An Personal wurden eingestellt: 1 Schweizer= begen (Setzer und Drucker), 1 Steindruckmaschinenmeister, 1 hilfsarbeiter für den Steindruck und 3 Einlegerinnen. Die Leitung des Betriebs, der Ende März 1903 eröffnet wurde, liegt in der Hand des Borstehers der städtischen Zentralkanzlei. Am 30. Januar 1903 wurden Bestimmungen über die Beschaffung von Drucksachen und am 1. April 1903 eine Arbeits= ordnung für das Druckerpersonal erlassen.

Die Erfahrungen, welche man mit dem neuen, erweiterten Unternehmen gemacht hat, sind als durchweg günstige zu bezeichnen. Die an den Betrieb gestellten weitgehenden Anforderungen konnten bisher immer mit der nötigen Schnelligkeit und Sicherheit erfüllt werden. Die Druckerei ist das ganze Jahr über so stark in Anspruch genommen, daß stets noch eine beträchtliche Menge von Drucksachen den Privatdruckereien überwiesen werden muß.

Die etatsmäßig veranschlagten Kosten zur Bestreitung der für die Druckerei erforderlichen Bedürfnisse bezifferten sich im Verwaltungsjahr

			1903	1904	1905	1906	1907	1908
			Mf.	Mł.	$\mathfrak{Mf}.$	Mf.	Mf.	Mł.
a)	für	Löhne	5650	7 900	10 000	$10\ 000$	$12\ 000$	15 000
b)	,,	Materialien	$2\ 360$	1 800	$2\ 500$	2500	3 000	3 000
c)	"	Papier	11 000	$15\ 100$	$13\ 500$	13500	$15\ 000$	1 6 000
		Summe	19 010	24 800	26 000	26 000	30 000	34 000

Bon den tatfächlich verausgabten Beträgen entfielen auf ben

			Buchbruck	Steindruck
			Mf.	Mf.
im	Jahre	1903	13 314	$8\ 005$
"	,,	1904	15 888	8 277
,,	"	1905	$15\ 660$	$10 \ 633$
,,	"	1906	15 769	$9\ 972$
,,	"	1907	$27\ 068$	$11\ 225$

Die scheinbar rasche Steigerung der Druckfosten im letzten Jahre erstlärt sich aus der Übernahme sämtlicher Druckarbeiten für die städtischen Betriebsanstalten, Schulen usw., die dafür Bauschalsummen an den Etat der Allgemeinen Berwaltung abführen; dis dahin diente der Betrieb lediglich den Bedürfnissen der Allgemeinen Berwaltung.

Die Frage der Rentabilität des eigenen Betriebs gegenüber dem Privatbetriebe läßt sich für den Buchdruck nur im besonderen Einzelfalle beurteilen. Bon ausschlaggebender Bedeutung bleibt hierbei immer, welche Arten und Mengen von Drucksachen herzustellen sind, und ob ein regelmäßiger Bedarf daran während des ganzen Betriebsjahres vorhanden ist. Größere Drucksachen, wie Verwaltungsberichte und Geschäftseberichte, umfangreiche tabellarische Zusammenstellungen sind in der Gemeindebruckerei nicht herzustellen, da das Personal zu gering ist und das Schriftenmaterial hierzu nicht ausreicht. Wenn aber das Anlagekapital wesentlich erhöht würde — das Schriftenmaterial allein müßte auf mindestens 15 000 Mt. ergänzt werden —, so würde es sich wegen nicht ausreichender Verwendung nicht verzinsen und der Betrieb geradezu unrentabel werden. Bei Verwendung von nicht gängigen Schriftarten (modernen und Luzussschriften) würden sich die Anlagekosten noch erheblich steigern.

Der Steinbruck kann schlechtweg als rentabel bezeichnet werben, insbesondere dann, wenn die Herstellung der Überdrücke mit der Schreibs maschine erfolgt und Maschinen mit kleiner, enggestellter Schrift verwendet werden; ebenso stellt sich die Herstellung von mit autographischer Tinte geschriebenen Tabellen als das billigste Vervielfältigungsmittel dar. Voraussstung ist aber auch hier immer, daß genügend Arbeitszusluß vorhanden ist, so daß das Material genügend ausgenutzt und das Personal vollauf beschäftigt werden kann.

Wenn so der eigene Betrieb auch nicht immer und nicht in allen Teilen rentabel gestaltet werden kann, so stellt sich doch die Sicherheit und Schnelligkeit der geschäftlichen Erledigung von Druckaufträgen im Gesamts betriebe als ein hinreichender, nicht zu unterschätzender Ausgleich für einen eventuellen Minderertrag des Spezialbetriebes dar.

3. Ausführung häufig wiederkehrender Arbeiten und kleinere Regiebetriebe.

Die wirtschaftliche Tätigkeit ber Stadtgemeinde äußert sich außer in ben Eigenbetrieben auch in solchen Arbeiten, die, ohne in berartig fester Organisation zusammengesaßt zu sein, je nach Bedarf, aber mit einer geswissen Regelmäßigkeit innerhalb biefer oder jener Betriebszweige wiederkehren.

Hierbei kommen besonders in Betracht: Hochbauten, Kanalisations= arbeiten, Pflasterarbeiten, Hafen= und Uferbauten, Legung von Gas= und Basserröhren und Kabeln.

Bei Sochbauten ift das Berfahren grundfätlich so, daß die Einzelsarbeiten öffentlich ausgeschrieben werden, die Bauleitung jedoch in händen

ber Stadt verbleibt. Letzteres trifft auch für alle Tiefbauten zu. Soweit es sich im übrigen bei den Pflasterarbeiten um Neuanlagen und
größere Reparaturen handelt, werden sie ebenfalls Privatunternehmern übertragen; kleine Ausbesserungen dagegen werden im Regiedetriebe ausgeführt.
Das Gleiche gilt für die Kanalisationsarbeiten. In entsprechender
Weise werden Ausbesserungen, kleinere Erweiterungen sowie Hausanschlüsse
des Gas-, Wasserohr- und Kabelnetzes durch die Betriebe in
Regie ausgeführt; handelt es sich dagegen um Aussührung von größeren
Erweiterungen, um Anlage und Verlegung von Hauptrohren und dergleichen,
so tritt für die Erdarbeiten Submission ein, hier wie überall aber unter
Beibehaltung der Bauleitung durch die städtische Betriebsverwaltung. Die
Verlegungsarbeiten selbst werden stets in eigener Regie ausgeführt. Über
früher ausgeführte, seit Jahren aber eingestellte Installationsarbeiten
bei industriellen Werken val. Seite 9, 28 und 48.

Safen = und Uferbauten werden stets öffentlich ausgeschrieben; bie gewöhnliche Unterhaltung erfolgt im Regiebetriebe.

Am weitesten ausgedehnt ist die Regiearbeit bei der Straßenbahns verwaltung, die alle ihre Gleisverlegungen, Wagenreparaturen usw. selbst vornimmt.

Aus den Bestimmungen über das Verdingungswesen, die für Hoch= und Tiefbauarbeiten gelten, sind die Abschnitte I und V besonders hervorzuheben, da sie die Grundsätze über die Art der Vergebung und die Zuschlagserteilung enthalten.

Hiernach ift

- 1. die öffentliche Verdingung von Lieferungen und Arbeiten zu ftädtischen Bauausführungen nach Gewerken getrennt bei Beträgen von über 3000 Mt. an die Regel.
- 2. Handelt es sich um Lieferungen ober Arbeiten, die einer schnellen Erledigung bedürfen, eigenartig sind, oder eine besondere Fertigkeit verlangen, so kann auch bei Beträgen von über 3000 Mk. beschränkte Berbingung beschlossen werden.
- 3. Bei Roftenbeträgen bis 3000 Mf. bleibt es bem Ermeffen bes Oberburgermeisters bzw. seines Stellvertreters überlaffen, beschränfte Berbingung ober freihanbige Bergebung anzuordnen.

Die Wahl unter den Bietenden bleibt der Stadt Düffelborf vorbehalten, sie kann auch den Zuschlag teilweise oder ganz versagen, ohne zur Angabe von Gründen verpflichtet zu sein. Im letzteren Falle wird das schwebende Verfahren eingestellt und ein neues Verdingungsversahren eingeleitet oder freihändige Vergebung angeordret.

Für die Erteilung des Zuschlages soll die Zuverlässigkeit, Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des Unternehmers sowie die Angemessenheit der Preise — nicht unbedingt das niedrigste Angebot — maßgebend sein.

Unter mehreren gleich vorteilhaften Angeboten sollen möglichst ortse anfässige Bieter und, soweit handwerksmäßige Arbeiten in Frage kommen, möglichst solche Handwerksmeister berücksichtigt werden, die einwandfrei nache weisen, daß sie zur Führung des Meistertitels berechtigt sind. —

Aus dem oben geschilderten Verfahren ergeben sich folgende allgemeine Grundfäte:

Die Stadtgemeinde gibt Arbeiten nur soweit an Privatunternehmer, als diese die Kräfte stellen, der Stadt aber die völlige Leitung verbleibt; infolgedessen bestellt die Stadt für jeden in Betracht kommenden Unternehmer stets allgemein einen Bauleiter.

Reparaturen werden mit Ausnahme der Unterhaltungsarbeiten beim Hoch bauamt im Regiebetrieb ausgeführt, weil diese sich auf die verschiedenen Jahreszeiten ziemlich regelmäßig verteilen und so zweisellos billiger hergestellt werden können; insonderheit hat es die Stadtverwaltung bei den Regiearbeiten in ganz anderer Weise in der Hand, die ausgeworfenen Etatsäte einzuhalten.

Derfelbe Gesichtspunkt ift bei dem Berfahren der Straßenbahn, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke maßgebend. Die Arbeiten dieser Betriebe verlangen zudem ein besonders geschultes Personal, das im Winter leicht in anderen Teilen der Betriebe verwendet werden kann; dagegen sindet auch hier Abgabe an Unternehmer statt, wenn es sich um Arbeiten außer- gewöhnlichen Umfanges handelt, die eine besonders große Zahl von zu aller Zeit in städtischen Betrieben nicht verwendbaren Arbeitskräften erfordern.

Wenn im Winter 1908/09 erstmalig Straßenanschüttungs = arbeiten in städtischer Regie ausgeführt worden sind, so bedeutet bies keineswegs eine Durchbrechung dieser Grundsätze, sondern eine Ausenahme, begründet in der Notwendigkeit, zahlreichen Arbeitslosen schnell Gelegenheit zu nützlicher Beschäftigung zu schaffen.

Rleine Reparaturarbeiten an Fahrzeugen, Geschirren und ähnlichen Geräten werden möglichst in eigenen Werkstätten der betreffenden Betriebse verwaltungen ausgeführt: so beim städtischen Fuhrpark, den ins dustriellen Werken und namentlich bei der Feuerwehr; der Werksstätten betrieb der letzteren übernimmt auch für andere städtische Betriebe, namentlich für Schulen usw., Reparaturen und kleine Arbeiten, die im Rechnungsjahre 1907 eine Einnahme von insgesamt 17 402 Mt. gebracht haben.

Innerhalb ber Städtischen Allgemeinen Krankenanstalten schließlich arbeitet für ben Hausbedarf ein eigener Bäckerei= und Fleischerei= betrieb: in jedem von diesen ist 1 Meister mit 2 Gesellen ständig tätig.

Die vorstehend geschilderten Vornahmen und Grundsätze haben sich bislang burchaus bewährt.

Schlußwort.

In seinem bekannten Buche "Industrial Efficiency" ruft Shadwell nach einer Betrachtung ber wirtschaftlichen Tätigkeit ber Stadtgemeinde Düsseldorf aus: "Dusseldorf has no timidy about municipal enterprise".

Die Darstellung ber vorstehenden Seiten erweist die Richtigkeit dieses Ausspruches. Wenn die Geschäfte der Stadtverwaltung noch vor fünfzig Jahren (1851) durch einen Bürgermeister, einen Beigeordneten und kaum 50 Beamte erledigt werden konnten, heute dagegen rund 4800 Personen im unmittelbaren Dienste und Solde der Gemeindeverwaltung stehen, so ist dies nicht zum mindesten auf die starke Ausdehnung der kommunalen Aufgaben, wie sie ihren prägnantesten Ausdruck in der Vermehrung und Vergrößerung der Gemeindebetriebe sindet, zurückzusühren; und nicht minder zum guten Teile hierauf die gewaltige Steigerung der Gemeindeseinnahmen und Musgaben, deren Etats im Jahre 1851 mit 484 200 Mk., 1908 dagegen mit 103 514 973 Mk. balanzierten.

Die Gemeinde ist im Laufe ber Zeit ber bei weitem größte Arbeit= geber in ber Stadt geworben.

Nach dem Ergebnis der letten Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 betrug die Gefamtzahl aller in Düffeldorfer Handels- und Gewerbebetrieben beschäftigten Personen 95 902; Tabelle 17 zeigt, daß die Gewerbebetriebe der Stadt allein, abgesehen noch von den in der Allgemeinen Berwaltung dafür tätigen Personen (Dezernenten, Bureau- und Kaffenbeamte) 3131 Personen, d. h. 3,27 % aller in Düsseldorf Gewerbetätigen beschäftigten. Auf je 1000 Einwohner entfallen 11,2 in städtischen Betrieben beschäftigte Personen; in München dagegen, dem die erste Monographie dieser Sammlung gewidmet war, beträgt diese Quote nur 6,31 % o

Noch klarer tritt die allgemeine wirtschaftliche Bedeutung der Gemeindebetriebe hervor, wenn die in ihnen tätige motorische Kraft der jenigen des gesamten Gewerbes in Duffeldorf (einschließlich der städtischen Betriebe) gegenübergestellt wird. Letzteres, dessen Gewicht und mächtiges Emporblühen genugsam bekannt ift, arbeitete 1907 in regelmäßigem Be-

Im Dezember 1908 waren, von den Beamten der allgemeinen Berwaltung abgesehen, im vorbezeichneten Gemeindebetriebe tätig	Bec tech= nifche	nicht tech= niche	Un= ge= ftellte	Ar= beiter	Ins= gesamt
I. 1. Gaswerf Düffelvorf Gerresheim 2. Basserk ausschl. Badeanstalten 3. Elektrizitätswerk II. 1. Straßenbahnen 2. Hafen 3. Tonhalle mit Beingeschäft 4. Stadtmagen 5. Eichant 6. Marktverwaltung III. 1. Leihanstalt 2. Sparkasse Mlterssparkasse Sammelkasse	2 1 1 2 2 3 2 3 2	l — İ	61 2 47 53 37 11 3 achtet V 1 4	492 9 146 121 902 194 14 —	557 13 194 176 941 246 21 — 3 . — 14
3. hypothekenverwaltung IV. 1. Grundstücksfonds 2. Arbeiterwohnungen V. Fonds zur Beteiligung an gewerblichen Unternehmungen VI. 1. Kanalisation 2. Straßenreinigung und Fuhrpark 3. Badeanstalten 4. Schlachthof 5. Biehhof 6. Tierförpervernichtungsanstalt 7. Nahrungsmitteluntersuchungsanstalt 8. Desinsestionsanstalt 9. Friedhof- und Begräbniswesen VII. 1. Gartenamt einschl. Stadtwald 2. Druckerei.	8ea 8ea 8ea 8ea 8ea 8ea 8ea 8ea 8ea 8ea	mte ber altung 1	werder Augen vahrgen 2 3 22 45 1 - 7 6 4 4 -	91 301 53 62 3 — 92 180	$\begin{array}{c} 99 \\ 316 \\ 76 \\ 125 \\ 4 \\ 1^{1} \\ 7 \\ 103 \\ 193 \\ 12 \end{array}$
Insgesamt	58	82	315	2676	3131

Cabelle 17. Perfonal der Duffeldorfer Bemeindebetriebe.

triebe mit einer motorischen Kraftleistung von 22019 K. W. und 96161 P. S., bavon entfallen allein auf die städtischen Betriebe 5375 K. W. und 14536 P. S. Kraft; d. h. bei Umrechnung der Kilowatt in P. S. zussammen 17,4% aller im Düsseldorfer Gewerbe verwendeten motorischen Kraft².

Noch in der Mitte der sechziger Jahre war die Stadt Duffelborf bis auf geringfügige Hafenanlagen und das altübernommene Schlachthaus sowie

¹ Außerbem 4 technische Silfsträfte, bie im Privatvertragsverhältnis mit bem Leiter fteben.

² Mitteilungen zur Statistit ber Stadt Duffelborf, Rr. 3, Most, Industrie und Handelsgewerbe in Duffelborf am 12. Juni 1907, S. 41*, S. 20.

von Leihhaus und Sparkaffe abgesehen ohne Gemeindebetriebe; heute machen biese bas Rückgrat der städtischen Bermögens: und Finanz= gebarung aus.

Bon bem gesamten Vermögen der Stadt am 31. März 1908 entsielen, wie aus Tabelle 18 ersichtlich, auf die Gemeindebetriebe ohne die öffentlichen Anlagen 122 142 394 Mf., gleich 82 %, einschließlich der öffentlichen Anlagen 125 499 613 Mf., gleich 84,2 % der Gesamtsumme.

Entsprechend ist der Anteil der Gewerbebetriebe an den städtischen Anleiheschulben; Düsseldorf ist diejenige preußische und wohl auch deutsche Stadt, welche von ihren Anleiheschulden den größten Prozentsat lediglich für produktive Zwecke zur wirtschaftlichen Anlage in ihren Gemeindebetrieben aufgenommen hat 1. Bis zum 31. März 1908 waren aus Anleihemitteln insgesamt 102 069 979 Mk. verausgabt worden; davon entfallen allein auf die in Tab. 18 nachgewiesenen Unternehmungen (ohne Straßenreinigung und Fuhrpark, Desinsektionsanstalt, öffentliche Anlagen und einige Kleinbetriebe) 88 858 331 Mk., gleich 87,1 %.

Tabelle 19 zeigt weiter, welchen erheblichen und ständig machsenden Anteil die Gemeindebetriebe an den Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde haben; er ist fast ebenso groß wie bei der Anleihensverwendung und wächst zwar langsam, aber sicher. Bon den Bruttoausgaben aller städtischer Kassen entsielen auf die Gemeindebetriebe 1898 74,9 % und 1908 77,6 %; von den Bruttoeinnahmen 1898 74,2 % und 1908 76,7 %.

Absolut genommen, ist die Summe der Brutto-Einnahmen und Ausgaben der Gemeindebetriebe in nur zehn Jahren von 23 Millionen Mark auf mehr als das dreifache, nämlich auf über 73 Millionen Mark gestiegen.

In derfelben Tabelle 19 wird für die einzelnen Gemeindebetriebe die Höhe der Gewinnabführungen an die Stadtfasse und der Zuschüsse aus dieser in den Jahren 1898 und 1908 dargestellt; sie ergibt eine starke Zunahme der Gewinnabführungen wie der Zuschüsse, läßt aber im übrigen erkennen, daß die Gewinnabführungen sich nur auf ganz bestimmte Unternehmungen ausgesprochen industrieller Urt konzentrieren und die übrigen Betriebe auch heute noch keineswegs allzustark mit Absührungen für andere Zwecke belastet sind.

Nach Tabelle 19 wie nach den vorausgegangenen Einzelabhandlungen scheiden sich die Gemeindebetriebe in vier Gruppen:

¹ Bergl. Beilage zu den Statistischen Monatsberichten der Stadt Düffeldorf. September 1908, S. XLVI.

Tabelle 18. Schulden und Bermögen der wichtigften Gemeindebetriebe zu Duffeldorf.

	Unleihe= fculden am 31. März 1908	Bermögen am 31. Mä	rz 1908
	Mł.	Bewertungsmaßstab	Mt.
I. 1. Gaswerf Duffelborf .	2 903 943	Anlagekapital	14 925 243
Gerresheim.	–	[,,	950 738
2. Wafferwerk	1	,	8 523 554
3. Elektrizitätsmerk	5 368 121	,	11 694 749
II. 1. Straßenbahnen	5 757 376	1	10 004 519
2. Hafen	16 642 814	Aus Anleihen verausgabte	
0.00	1.001.001	Beträge	16 642 814
3. Tonhalle	1 201 801	Unlagefapital	1 836 000
III.3. Hypothekenverwaltung	18 435 168	Sppothetendarlehen u. Bins-	
TTT 1 OF 1 CH VOT 1 C	15 060 005	rückstände	18 624 892
IV. 1. Grundstücksfonds	17 069 985	Buchmert der Grundstücke	
0.04 * 11 . * * * *	1.010.514	und Aftiphypothefen2	
2. Arbeiterwohnhäuser .	1 012 714	Anlagekapital	1 235 465
V. Fonds jur Beteiligung			
an gewerblichen Unter-	8 267 480	m 5 m	F 001 000
nehmungen	0 20 (400	Nennwert der Wertpapiere3	5 361 000
		(Aus Anleihen verausgabte)	
VI. 1. Kanalisation	6 356 100	Beträge für die Saupt	1 799 418
, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,		fammeltanale u. die Ranal=	1 100 110
		(wasserreinigungsanlage 4)	
3. Badeanstalten	462 000 ¹	Unlagekapital	1321592
4. Schlachthof	2 910 499	1)	
5. Biehhof	609 788	Aus Anleihen verausgabte	
6. Tierförper=		Betrage	4 084 845
Vernichtungsanstalt .	130 314		
9. Friedhofe und Be-		 '	
gräbnisverwaltuna .	1 730 228	Anlagekapital	2 702 904
	1 100 220	antugetuptiut	2 102 001
Insgefamt	88 858 331	Inegesamt	122 142 394
Sämtliche städtische Anleihe=	00 000 001	Städtisches Bermögen (ohne	122 112 001
schulden am 31. Märk		die zwar begebenen, aber	
1908 (nach ben veraus:		noch nicht verausgabten	
gabten Beträgen)	102 069 974	Anleihebeträge)4	148 940 488
Auf obige Gemeindebetriebe		Auf obige Gemeindebetriebe	100
entfallen º/o	87,1	entfallen	82,0
	,-		

¹ Die für die Errichtung der Badeanstalten aufgenommenen Anleihebeträge werden vom Wasserwerk getilgt und verzinst.

² Die in der Spalte "Anleiheschulden" nicht nachgewiesenen Passinhppotheken betrugen am 31. März 1908: 2 657 636 Mk.

³ Nach bem Beschaffungspreis: 8204015 Mf.

⁴ Dhne bie fonstigen Stadtentmäfferungstanäle.

Tabelle 19. Einnahmen,	dusgaben,	Gewinnabf	üğrungen 1	und Stadtfia	Einnahmen, Ausgaben, Gewinnabführungen und Stadtkaffenguichufe der Gemeindebetriebe 1898 und 1908.	r Geme	indebetrieb	e 1898 un	b 1908.
	Bruttoausgaben	18gaben	Bruttoei	Bruttoeinnahmen	an O	Gewinnabführung an die Stadtkasse	Gewinnabführung an die Stadtkasse	Zuschuß aus der Stadtkaffe	huß Stadtkaffe
	1898	1908	1898	1908	- 18	1898	1908	1898	1908
	Mť.	mŧ.	Mť.	mŧ.	() J)	Mŧ.	Mŧ.	Mť.	Mť.
l. 1. Casmert Düffeldorf*. Gerreheim*.	2 150 000	5 100 000 144 000	2 150 000	5 100 000	50	200 000	000 089	.	
2. wajerweri enijalieblig Badeanstasten * 3. Elektrizitätswerk *	926 000 482 000	$\frac{1991000}{2352000}$	926 000 482 000	$\begin{array}{c} 1991000 \\ 2352000 \end{array}$			400 000 200 000		1 1
hnen	240 800 695 000	$\frac{3800000}{1566590}$	240 800 695 000	3 800 000 1 566 590		11	11	11	300 000
o. Longaue mii weinger fâglf *	358 650 50 3 150 600	523 500 14 2 800 2 400	358 650 286 11 000 39 900	523 500 100 11 500 62 100	1 1 60	233	86 7 700 59 700	31 750	33 200
III. 1. Leihanstalt*	518 200	1 107 000	518 200	1 107 000		3 000	1		İ
_	16 577 000 21 450 223 500	39 801 000 17 000 299 500 4 875 000	$16\ 577\ 000 \\ 21\ 450 \\ 223\ 500$	39 801 000 17 000 299 500		111 690	105 322		1
O. Lypotyceinocinations IV. 1. Erundfücksfonds * 2. Arbeiterwohnungen		4 850 000 55 096		4 850 000 63 536	. , ;		8 440	1 11	i
V. Fonds zur Betelligung an gewerblichen Unter- nehmungen*	1	3 668 000	1	3 668 000		·	1	ļ	I

	176 300 412 000		12 000	4 200 - 14 850	1	65 100 185 600	5 273 500 962 150		8 623 000 22 323 000 8 623 000 22 323 000	3,2 4,3
and the second s	1	102 677	1		1	1 ;	379 497 1 581 425		99 39 000	7,1
1	1	22 774 2 500	I	11	1	1.			8 623 000	4,4
						:	Insgesamt	Summe ber orbentlichen	Sinnahmen bzw. Aus- gaben ber Stabtkaffe Mt	Auf die Ge= meindebetriebe entfallen da= von 00
562 0001 1 666 000	158 900	647 000 93 000	19 000	9 000 25 350	314 500	57 900 22 0004	73 240 476	95 214 973	6'92	
	63 200	en 1, 2. 170 700 ° 5 000 ²	1	1 [99 200	56 000			74,2	
572 275 1 1 666 000	006 029	93 000 1	31 000	13 200 10 500	314 500	243 500 34 000	73 878 500 23 169 886	95 214 978 31 214 614	9'22	
	239 500	$\frac{170700}{2500^{2}}$			99 200	91 100	23 371 675	31 214 614	74,9	
Kanalifation * .	ni :	d. Sadoanfalten. 4. Schlackthof* 5. Biethof*	i 0	i. Huhungsininetaniteta fuфungsanfadt 8. Desinfettionsanfadts	i grievijojas uno čeginos nismesen *	WII. 1. Gartenamt (einschließlich Etabtwald)	In In In In In In In In In In In In In I	Summe aller städtischen Kaffen 5 31 214 614	"Auf die Gemeindebetriebe ent= fallen davon 0/0	

Als Überschußbetriebe, die grund fätlich ber Stadtkasse Abführungen zu leisten haben, sind heute anzusehen Gaswerk, Wasserwerk und Elektrizitätswerk; ferner in durch das Gesetz beschränkter Weise Sparkasse und Schlachthof, sowie im kleineren Umfange die Markt- und Hypothekenverwaltung.

Als grunbfätliche Zuschußbetriebe haben zu gelten Tonhalle, Straßenreinigung und Fuhrpark, Tierkörpervernichtungsanstalt, Nahrungs-mitteluntersuchungsanstalt, Desinfektionsanstalt, Garten- und Stadtwalb-verwaltung; auch Kanalisation und Vadeanstalten, die zwar nicht von der Stadtkasse, sondern vom Wasserwerk jährlich Beträge zum Ausgleich des Betriebsdesizits erhalten.

Grundfäglich weber Gewinn an die Stadtkasse abführen noch von dieser Zuschuß erhalten Straßenbahn, Grundstücksfonds, Beteiligungsfonds und Friedhofs- und Begräbnisverwaltung.

Weder als Überschuß= noch als Zuschußbetrieb seinem inneren Wesen nach hat namentlich der Hafen zu gelten, sowie die kleineren Betriebe, Stadtwagen und Sichant, für die je nach Lage der Dinge Abführungen oder Zuschüsse etatisiert werden, sowie der Viehhof, der zwar im Stat in Einnahme und Ausgabe für sich abschließt, einen über den Etatansat hinausgehenden Gewinn aber der Stadtkasse abzussühren hat.

Die Gewinnabführungen der Gemeindebetriebe an die Stadtkasse sind als sachlich und durch die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetes (§ 3 ff.) berechtigte Risikoprämien anzusehen; in keinem Falle aber hat, wie ebenfalls aus den einzelnen Darlegungen zur Genüge hervorgeht, die Aussischt auf den sinanziellen Essekt den maßgebenden Grund zur Errichtung kommunaler Betriebe abgegeben; und ebensowenig hat anderseits die Furcht vor etwa erforderlichen Zuschüffen die Errichtung oder Kommunalisierung jemals hintenangehalten, wenn höhere Rücksichten das Eingreifen der Stadtgemeinde forderten.

In Tabelle 20 sind schließlich noch die für die Entwicklung der Stadt als gewerbliche Unternehmerin wichtigsten historischen Daten zusammengestellt worden; sie lassen nochmals und auf einen Blick erkennen, wie erst langsam und dann in schnellerer Reihenfolge sich ein Kommunalbetrieb an den anderen zum Kranze gereiht hat, der heute fast lückenlos alle Unternehmungszweige umfaßt, die nach der gegenwärtigen Lage der Dinge für den gemeindlichen Regiebetrieb in Frage kommen.

Die Überzeugung von seiner Bedeutung und Berechtigung hat sich auch in Dufselborf erst allmählich, aber mit feltener Durchschlagsfraft Bahn

Fabelle 20. Chronik der wichtigften Ereigniffe in der Geschichte der Duffeldorfer Gemeindebetriebe.

Nr.	Jahr		Abschnitt, in bem das betr. Ereig= nis behan= belt wird
1.	1825	Neubegründung der städtischen Leihanstalt, die schon	
		vordem als Mont de Piété bestanden hatte	III, 1.
2.	1825	Gröffnung ber städtischen Sparkasse	III, 2.
3.	1846	Beginn ber öffentlichen Gasbeleuchtung burch kon-	· '
		zessioniertes Brivatunternehmen	I, 1.
4.	1863	Erwerb eines Grundftude mit Baulichfeiten für die ftabtifche	,
		Tonhalle	II, 3.
5.	1866	Betriebseröffnung ber ftabtifchen Gasanftalt	I, 1.
6.	1870	Errichtung bes ftabtifchen Gichamts	П, 5.
7.	1870	Errichtung bes frabtischen Gicamts	I, 2.
8.	1876	Errichtung eines städtischen Schlachthauses mit Vieh-	<u>'</u>
		markthalle	V <u>I</u> , 4.
9.	1876	Betriebseröffnung der privaten Stragenbahn	II, 1.
10.	1884	Beginn der systematischen Kanalisation	VI, 1.
11.	1888	Gröffnung der ersten städtischen Badeanstalt	VI. 2.
12.	1890	Errichtung ber städtischen Rahrungsmittelunter-	
13.	1890	fuchungsanstalt	Ĭ, 1.
14.	1891	Betriebseröffnung bes ftabtischen Eleftrigitätswerts	I, 3.
15.	1891	Ankauf ber Straßenbahn und beren Berpachtung an	-, 51
		Unternehmer	11, 1.
16.	1896	Unternehmer	II, 2.
17.	1899	Eröffnung des neuen Schlacht= und Biebhofes	VI. 4.
18.	1899	BetriebBeröffnung der ftabtifchen Tierforpervernich =	i '-'
		tungsanftalt (bis dahin Brivatabdeckerei)	
19.	1900	Errichtung bes ftubtifden Sypothefenamts	III, 3.
20.	1900	Übernahme bes elettrifchen Straßenbahnbetriebs in	1
	ŀ	ftädtische Regie	II. 1.
21.	1900/01	Bau städtischer Arbeiterwohnhäuser	IV, 2.
22.	1901	Errichtung bes ftabtifden Grunbftudsfonbs	IV, 1.
23.	1901	Betriebseröffnung ber ftabtifchen Desinfettionsanftalt	
*	1	(bis dahin Brivatunternehmen)	V <u>I</u> , 7.
24.	1903	(bis dahin Brivatunternehmen)	VII, 2.
25.	1907	Errichtung bes Fonds für Beteiligungen ber Stadt	1, 2.
]	Duffelborf an gewerblichen Unternehmungen	l v.
	•		

gebrochen. In der Frage der Gasversorgung zunächst noch schwankend und unsicher, in den Erörterungen über die Errichtungen des Wasserwerks bereits bestimmt, wenn auch sachlich begrenzt zum Ausdruck gebracht, noch bei den Beratungen über die Zukunst der Straßenbahn zu Beginn der neunziger Jahre nicht durchaus geklärt, ist diese Überzeugung heute ein Glaubens bekenntnis der Düsseldorfer Kommunalpolitik. Ihre Begründung wie ihre Begrenzung sindet sie allein in der Rücksicht auf das Allgemeinwohl.

Neue Bahnen für eine noch weiter ausgreifende Betätigung bes kommunalen Unternehmungsgeistes hat der Erwerd von Aktien zweier Industriegesellschaften (S. 67 und 123) gewiesen. Ihre Richtung und ihren nneren Sinn hat der derzeitige Oberbürgermeister, Wilhelm Marx, selbst in aller Prägnanz gekennzeichnet, als er in der Sondernummer der Königsberger Hartungschen Zeitung zur Jahrhundertseier der Preußischen Städteordnung am 15. August 1908 schrieb:

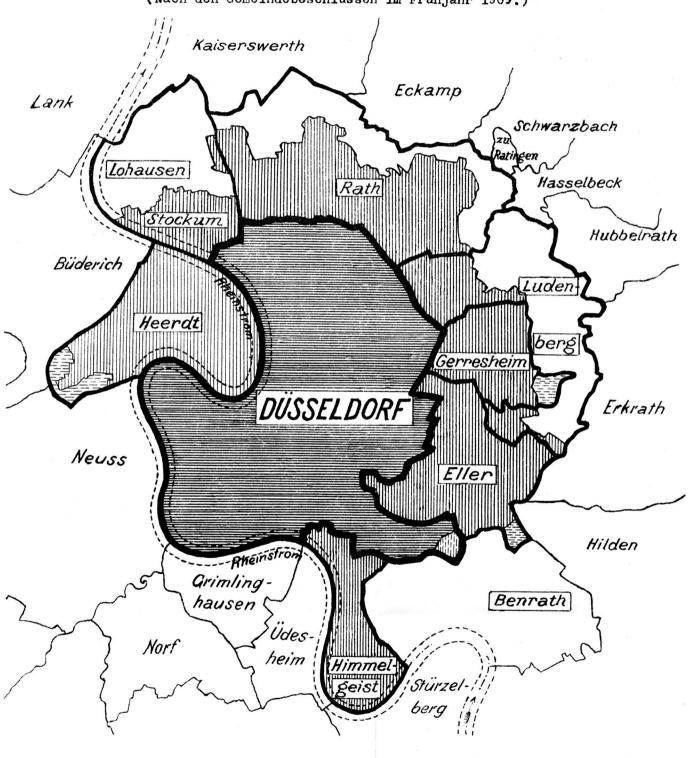
"Die wirtschaftliche Betätigung ber Städte beruht auf der Freiheit. welche in ber von Steinschen Gesetzgebung begründet ift. gelangten zuerst Unternehmungen, welche auf ein Monopol hinweisen, zum gemeindlichen Betriebe. Seute gibt es in ber mirtichaftlichen Betätigung ber Stäbte ein noli me tangere nicht mehr. Die fichtbaren Borteile biefer Betätigung haben bas kommunalwirtschaftliche Bewußtsein so gestärkt, daß alles danach brangt, die in handel und Inbuftrie herrschenden freiheitlichen Gebräuche und Formen anzuwenden. Die weitere Entwicklung wird babin führen, bag bie Städte weit mehr mie bisber fich an wirtschaftlichen Unternehmungen in handelsrechtlicher Gesellschaftsform (Aftiengefellschaft, Rommanditgefellschaft, Gefellschaft mit beschränkter Haftung usw.) beteiligen, wo es nütlich erscheint, ihren rein gemeindlichen Unternehmungen berartige Formen geben und fich zu wirtschaftichen Bereinigungen zusammenschließen, wie bies heute g. B. bereits in ber Bereinigung beutscher Gaswerke, Aftiengesellschaft' ber Fall ift. hlechte Gefete, bie Gott verhuten wolle, fonnen biefe Entwicklung hemmen."



Situationsskizze

zur Erweiterung des Stadtkreises Düsseldorf.

(Nach den Gemeindebeschlüssen im Frühjahr 1909.)







AuszugemeindenderTeil des Stadtbez Düsseldorf

Einzugemeindende Teile

Nicht einzugemeindende Teile von Heerdt, Elleru. Gerresheim